REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 439 · 8.6.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Rückkehr zur "Politik der verbrannten Erde"? Ex-Diktator bestimmt Kurs der Regierung in Guatemala - Ina Hilse/Stefanie Kron
2. Seattle liegt nicht an der Leine. Proteste gegen die EXPO - Peter Nowak
3. Auf Schäubles Spuren. Joschka Fischer und die Kontinuität deutscher Außenpolitik - Js.
4. Fallstricke der Expo 2000. Der Preis der Partizipation am Beispiel Bevölkerungspolitik - Sonya Schneider
5. Nebelwerfer im Dauereinsatz. Die Bundeswehr-Reformer sind sich einig: Eine Interventionsarmee muss her - Vo
6. Nicht meine Anti-Kriegs-Position ist parteischädigend. Uli Cremer soll aus der GAL ausgeschlossen werden
7. Staatsschutz konstruiert Paris-Hagen-Connection. Werner R. von Beugehaft bedroht
8. Den richtigen Zeitpunkt abwarten. Brief von Harald G. zum Umgang mit dem "Kronzeugen" Tarek M. - Harald G.
9. Hausmeister leben gefährlich. Erneute Verhaftungen und Durchsuchung des MehringHofs - mb., Berlin
10. "Eine rechtsstaatliche Gegensteuerung ist nicht möglich ..." Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck
11. Einstieg in Studiengebühren - Christian Brütt
12. Der Verlierer hat freie Auswahl. Nach der NRW-Wahl neue Optionen für die Schröder-SPD - mb.
13. Wie steht"s mit Widerstand? Interview mit VertreterInnen der mexikanischen Streikbewegung
14. Totengesänge auf die Demokratie. Der neueste Akt des peruanischen Wahlschwindels - Rolf Schröder
15. Koka makes the world go round. Drogenhandel in Kolumbien - im Prinzip ein Geschäft wie jedes andere - Dario Azzellini
16. Kuba 2000. Sozialer Club mit schlechten Aussichten? - Volker Lehmann
17. Die Party muss noch warten. Mosambiques Gläubiger zeigen kein Erbarmen - Anke Schwarzer
18. Das Drama von Sierra Leone. Akteure und Hintergrund des neuentflammten Krieges - Peter Cross und Tanja Schümer
19. Wir holen uns, was uns zusteht. Soziale Aneignungsbewegung in Hamburg
20. Gefälschte Pannen und echtes Buffet. Der "Kongress der Schwarzfahrer" in der Hamburger Kampnagel-Fabrik - dk
21. "Wenn es regnet, hilft nur Strammstehen." Feierlichkeiten studentischer Verbindungen - Pirmin Schreiber und Ernst Kovahl
22. Mörderische Stille am Frankfurter Flughafen. Naimah Hadjar nahm sich im sogenannten Flughafenverfahren das Leben
23. "Der Kranich hat erste Federn gelassen. Wir werden ihn weiter rupfen ..." Zwischenbilanz der Lutfhansakampagne - h., AG3F Hanau
24. Rassismus justiziabel. Interview mit Uwe Remus, dem Rechtsanwalt der kurdischen Familie Akyüz
25. Selbstorganisation gegen Pogrome. ImmigrantInnen in El Ejido setzen sich gegen Angriffe zur Wehr - Joachim Siemers
26. Illegal. Geächtetes Leben in einer verbotenen Welt - Kambiz Behbahani
27. "Wohlstand vor Verteilung." Die SPD bastelt sich ein neues Grundsatzprogramm - dk
28. Soziale Grundrechte sind Menschenrechte. Zur Diskussion um eine emanzipatorische Sozialstaatskritik - Dirk Hauer
29. Ohne Geld arbeitet es sich leichter. Rot-grün demontiert die Arbeitslosenhilfe - dk
30. (Haar)-Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
31. Antifabündnisse ohne bürgerliche Loblieder. Zivilgesellschaftliche Bekämpfung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland - Joachim Kolb
32. Zwei kluge Italiener. Frühe Faschismus-Analysen II: Gramsci und Togliatti gegen das Sektierertum - Js.
33. Liberté, Egalité et Radioactivité? Endlager in Frankreich - Bauplatzbesetzung in Bure - Tobias Pflüger
34. Unterversichert - Kein Fall für die Allianz - DSe

35. Ein schwarzer Tag für das Wendland - Wolfgang Ehmke
36. 22 Jahre Schweinerock. Wutzrock 2000 - Umsonst & Draußen - hz
37. Walk like an Egyptian - Continental Drifters - Hz
38. Sound des Hasses - Nazi-Musik in Europa - DSe
39. Alles verändert sich. Neues Glas aus alten Scherben - DSe
40. Fleckfieberexperimente im KZ. Die Behringwerke produzierten und profitierten - Thomas Werther
41. Projekt Glücklicher Kondor. Raul Zeliks Guerilla-Roman "La Negra"- eine Buchbesprechung - gw.
42. AUFGEBLÄTTERT
43. Tatort Katholikentag
44. Plakate zuschicken erwünscht!
45. KALENDER
46. Stop deportation.class!
47. Fit zur Intervention
48. Früher war es immer der Gärtner
49. Quelldatei leone.htm
50. Wahlen in Peru

1. Rückkehr zur "Politik der verbrannten Erde"? Ex-Diktator bestimmt Kurs der Regierung in Guatemala

Autor: Ina Hilse/Stefanie Kron · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:32

Am 14. Mai, um zwei Uhr morgens ist es in der 1000-Seelen-Gemeinde Santa Maria Tzeja plötzlich taghell. Das Lagerhaus der landwirtschaftlichen Kooperative im Nordosten Guatemalas, ein dünn besiedeltes Urwaldgebiet an der Grenze zu Mexiko, steht in Flammen. Die Ernte, das gemeinsame Barvermögen und alle Unterlagen der Dorfgemeinschaft, die 1994 nach 12 Jahren im mexikanischen Exil nach Guatemala zurückgekehrt war, sind vernichtet. Die polizeilichen Untersuchungen ergeben Brandstiftung. Für viele BewohnerInnen von Santa Maria Tzeja kehrt ein Albtraum zurück: 1982 war das gesamte Dorf von der Armee zerstört und niedergebrannt, 17 Menschen massakriert und der Rest zur Flucht gezwungen worden. Damals waren im Rahmen einer Aufstandsbekämpfungskampagne des guatemaltekischen Militärs, die als "Politik der verbrannten Erde" bekannt wurde, 440 meist indianische Gemeinschaften dem Erdboden gleichgemacht, 46.000 Menschen ermordet und mehr als eine Million in die Flucht getrieben worden.

Anfang Mai dieses Jahres hatten sich die EinwohnerInnen von Santa Maria Tzeja an einem mutigen juristischen Schritt beteiligt. Wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschheit während seiner Regierungszeit von 1978 bis 1982 hatte die Menschenrechtsorganisation CALDH gegen Romeo Lucas Garcia im Namen mehrerer indianischer Gemeinschaften - darunter Santa Maria Tzeja - Strafanzeige vor der guatemaltekischen Justiz erstattet; in der Geschichte des zentralamerikanischen Landes die erste Klage dieser Art auf nationaler Ebene.

Luis Gurriaran, ein katholischer Pfarrer, der die indianischen Gemeinden in der Gegend seit 36 Jahren begleitet, sieht einen klaren Zusammenhang zwischen der Brandstiftung und den ersten juristischen Schritten gegen Lucas Garcia in Guatemala: "Wir vermuten politische Beweggründe für die Tat, auf Grund der Anzeige, bei deren Ausarbeitung die Angehörigen der Opfer von Santa Maria Tzeja eine sehr aktive Rolle gespielt haben." Der spanische Priester fügt resigniert hinzu: "Trotz Friedensschluss ist es hier immer noch ein Verbrechen, Gerechtigkeit zu fordern."

Diese Situation habe sich sogar noch verschlimmert, fährt er fort, seit die neue Regierung an der Macht sei. "Die Friedensverträge werden ignoriert und die Repression hat wieder zugenommen." Am 28. Dezember vergangenen Jahres, fast genau drei Jahre nach dem Friedensschluss zwischen guatemaltekischem Staat und der Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas (URNG) - der einen 36-Jahre dauernden Bürgerkrieg formal beendete - wurde Alfonso Portillo, Kandidat der rechtsradikalen Republikanischen Front Guatemalas (FRG) zum neuen Präsidenten Guatemalas gewählt. Erstmals seit Einrichtung der formalen Demokratie im Jahre 1986 gewann ein Kandidat vor allem mit Hilfe der verarmten Mehrheitsbevölkerung auf dem Land und einer bis dato nie da gewesenen Wahlbeteiligung von über 50 Prozent eine Präsidentschaftswahl in Guatemala. Im Wahlkampf hatte Portillo auf einen rechts-populistischen Diskurs gesetzt, der im Gegensatz zur elitären Politik der vorangegangenen Regierung unter Alvaro Arzu von der Partei des Nationalen Fortschritts (PAN) stand.

Auf dem internationalen Parkett rief das Wahlergebnis zunächst Bestürzung hervor. Denn Gründer und Parteivorsitzender der FRG ist General Efrain Rios Montt, der sich 1982 an die Macht putschte, die Massakerpolitik von Lucas Garcia aber mit unverminderter Härte fortsetzte. Seine Strategie bestand allerdings im Unterschied zu seinem Vorgänger darin, Massaker und Terror statt von offiziellen Armee-Einheiten durch Todesschwadrone und paramilitärische Zivilpatrouillen (PAC) ausüben zu lassen, für die der Staat nur schwer zur Verantwortung zu ziehen ist. Von vielen indianischen Gemeinden in den Konfliktgebieten wurde die Machtergreifung Rios Montt's deshalb als Rückgang der staatlichen Repression empfunden. Dieses trügerische Bild hält sich bis heute hartnäckig und wird häufig als weiterer Faktor für den Wahlerfolg der FRG interpretiert.

Seit Anfang April wird in Spanien gegen den fanatischen Evangelisten unter anderem wegen Völkermord ermittelt. Rios Montt durfte sich zwar nicht als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen, da seine Partei aber die Regierung stellt, kann er seinen Ideen nun als Parlamentspräsident nachgehen.

Wer Gerechtigkeit fordert, wird bestraft

In seiner Antrittsrede am 14. Januar hielt Portillo einige Überraschungen bereit. Er werde vor allem die fortgesetzte Straffreiheit der Militärs und die "Alltagskriminalität" bekämpfen, ließ der Wirtschaftswissenschaftler verlauten. Konkret kündigte er die Auflösung des berüchtigten Generalstabs des Präsidenten (EMP) an, eine von Menschenrechtsorganisationen seit langem geforderte Maßnahme. Das EMP wurde tatsächlich aufgelöst. Als Ersatzinstanzen schuf Portillo zwei neue zivile Institutionen: das "Sekretariat für die Sicherheit des Präsidenten" (SAP) und das "Sekretariat für Strategische Analysen" (SAE). Das SAP ist zuständig für den Aufbau eines zivilen Wachdienstes für den Präsidenten. Das SAE soll eine Mandatsbeschränkung für Militärdienste erreichen und einen zivilen Nachrichtendienst unter Kontrolle der Staatsanwaltschaft schaffen.

Die Zusammensetzung von Portillos Kabinett ist nicht minder ungewöhnlich. Es gelang es ihm, namhafte Persönlichkeiten aus Menschenrechtsorganisationen und der ehemaligen revolutionären Bewegung einzubinden. So wird das SAP von dem ehemaligen URNG-Kommandanten Ricardo Marroquin Rosada geleitet und Pedro Palma Lau, ebenfalls früherer Guerilla-Kader, begleitet nun den Posten des Direktors in der Präsidial-Kommission für Rechtshilfe und Konfliktlösung in Landfragen. Die größte Überraschung für viele guatemaltekische Linke war jedoch die Entscheidung des ehemaligen Koordinators der Wahrheitkommission des bischöflichen Menschenrechtsbüros von Guatemala-Stadt (REMHI), Edgar Gutierrez, die Leitung des neu geschaffenen Sekretariats für strategische Analysen zu übernehmen. REMHI untersuchte, ebenso wie die Wahrheitskommission der UNO die Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges in Guatemala und ordnete die absolute Mehrheit derselben den Militärregierungen und der Armee zu.

Die Integration "renommierter" Linker und Menschenrechtsaktivisten in die Regierung war ein sehr geschickter politischer Schachzug Portillos, da diese Namen die internationale Zurückhaltung gegenüber seiner Regierung deutlich gemindert haben. Vor allem aber verlor die guatemaltekische Linke durch die Bereitschaft ihrer "Köpfe", sich an der rechten FRG-Regierung zu beteiligen, nicht nur einige wichtige "Strategen", sondern bei der Bevölkerung erheblich an Glaubwürdigkeit. Portillos Kalkül ist aufgegangen: Der Schaden für die Linke ist erheblich, der Preis für die Rechte um so geringer: die politisch einflussreichen Ressorts sind nach wie vor fest in FRG-Hand.

Auch die zügige Aufklärung des Mordes an Juan Gerardi, dem Weihbischof von Guatemala-Stadt und Schirmherr des REMHI-Projektes hatte Portillo in seiner Antrittsrede versprochen. Der Fall Gerardi gehört zu den politischen Kristallisationpunkten im Kampf gegen die Straffreiheit und hat international für große Empörung gesorgt. Gerardi war am 26. April 1998 erschlagen worden, zwei Tage, nachdem er den REMHI-Bericht in der Öffentlichkeit präsentiert hatte.

Eine Woche nach Portillos Amtsantritt wurden drei Militärs unteren und mittleren Ranges unter dem Vorwurf der außergerichtlichen Hinrichtung des Bischofs festgenommen. Ein weiterer Haftbefehl wurde gegen den Priester Mario Orantes und die Köchin des Pfarrhauses ausgestellt. Mitte Mai kam es zur Eröffnung des Gerardi-Prozesses. Derzeit stehen die Chancen sogar gut, dass die Angeklagten verurteilt werden - die Regierung braucht dringend ein Erfolgserlebnis, denn auch aus dem Ausland wächst der Druck.

Dennoch ist man sich in Menschenrechtskreisen sicher, dass in diesem Verfahren lediglich "Bauernopfer" gebracht werden, während die intellektuellen AnstifterInnen, die mit großer Wahrscheinlichkeit in den oberen Rängen des Militärs zu finden sind, weiterhin unbehelligt ihrer Wege gehen können.

In den ersten vier Monaten nach Amtsantritt fuhr Portillo fort, wie im Wahlkampf populistische Reden zu schwingen und Versprechen abzugeben, von denen keines eingelöst wurde. Beispielsweise kündigte er an, dass die Löhne der offiziell beschäftigten ArbeiterInnen um 200 Quetzales (etwa 50 DM) angehoben werden sollten, eine Maßnahme, die nicht etwa Teil einer allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Planung bildete, sondern vom Präsidenten wie aus einer Laune heraus und im Alleingang verkündet wurde. So nimmt es nicht wunder, dass die Löhne letztlich nicht um mehr als 80 Quetzales (etwa 20 DM) stiegen; und auch das nur in ganz wenigen Branchen, da bis hin zur Telefongesellschaft fast alle Unternehmen privatisiert sind und

die gewerkschaftliche Organisierung in Guatemala traditionell marginal ist, weshalb kaum Mechanismen zur Durchsetzung von Arbeitsrechten und Lohnforderungen existieren.

Neue Strategien der Repression

Trotz Portillos vollmundigen Ankündigungen, er werde auch hart gegen die sogenannte Alltagskriminalität vorgehen, nehmen Morde, Entführungen und Überfälle zu. Allein in der Hauptstadt werden täglich neun Mordfälle registriert. Meist ist es unmöglich festzustellen, ob es sich um gezielte politische Repression oder um Gewalt als Folge wachsender sozialer Widersprüche handelt. Einige der in der letzten Zeit aufgefundenen Leichen wiesen allerdings Folterspuren auf. Die katholische Kirche spricht von "konzentrierten Aktionen zur sozialen Säuberung" und einer veränderten Repressionsstrategie gegen die politische Opposition, die sich nicht mehr gegen die zivile Bevölkerung allgemein, sondern gegen führende Oppositionelle richte.

Am 25. Mai machten beispielsweise AktivistInnen von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen in einer gemeinsamen Pressekonferenz öffentlich, dass sie massiv bedroht werden. Unter den anonym Bedrohten befinden sich die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu - die im März vor dem Spanischen Gerichtshof Klage wegen Völkermords gegen Rios Montt und Lucas Garcia sowie weitere vier hohe guatemaltekische Militärs erhoben hatte - sowie Rosalina Tuyuc von der Witwenorganisation CONAVIGUA, Rosario Pu von der LandarbeiterInnengewerkschaft CUC und Frank La Rue von CALDH, der für die Klage gegen Lucas Garcia in Guatemala verantwortlich ist. Zudem wurde Ende Mai nachts in die Räume von CALDH eingebrochen und drei Computer gestohlen, auf denen Informationen über Menschenrechtsverletzungen der Militärs gespeichert waren.

Nach und nach werden auch Flügelstreitigkeiten innerhalb der FRG sichtbar. Nachdem Portillo und Rios Montt im Wahlkampf traute Einigkeit demonstriert hatten, scheint sich ihr Verhältnis inzwischen deutlich abgekühlt zu haben. Dies wird zumindest zum Teil darauf zurückgeführt, dass die sogenannten "Portillistas" in der Regierung, zu denen auch die Ex-Linken wie Edgar Gutierrez zählen, öffentlich die Klage gegen Rios Montt in Spanien unterstützt haben. Unter den rivalisierenden "FRGistas" ist wohl Rios Montt selbst die schillerndste Persönlichkeit. Er gilt allgemein als der eigentliche Entscheidungsträger und strategische Kopf in der Partei, der das derzeit wachsende politische Vakuum nutzt, um seinen Machtbereich wieder auszuweiten.

Anfang Mai erreichten die Unstimmigkeiten zwischen FRGistas und Portillistas einen vorläufigen Höhepunkt. Portillo ernannte den ihm nahe stehenden Eduardo Arevalo Lacs zum Chef des Generalstabs der Nationalen Sicherheit und entließ Ruiz Morales, der sich Gerüchten zufolge in die Augen und Ohren Rios Montts innerhalb der Streitkräfte verwandelt hatte. Nach darauf folgenden tagelangen Putschgerüchten, verkündete Portillo in den beiden großen guatemaltekischen Tageszeitungen die lachhaft anmutende Botschaft, er werde keinen Coup d'etat zulassen - als ob die guatemaltekischen Streitkräfte sich jemals von einem zivilen Staatsoberhaupt hätten beeindrucken lassen.

Ina Hilse/Stefanie Kron

2. Seattle liegt nicht an der Leine. Proteste gegen die EXPO

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:36

"Chaoten wollen Hannover mit Atombomben vernichten!" Diese Horrormeldung wurde über die Homepage der Expo-GegnerInnen verbreitet, war aber natürlich nicht so ernst gemeint. Wer sich ein bisschen in der jüngeren Hannoveraner Geschichte auskennt, wusste: hier wurde an die Chaos-Tage der 80er und 90er Jahre angeknüpft. Auch damals wurde immer wieder verbreitet, man wolle die Innenstadt von Hannover in Schutt und Asche legen. Davon konnte allerdings bei den Expo-Protesten, trotz aller im Vorfeld lancierten Meldungen von Polizei und konservativen Medien sowie den Expo-GegnerInnen selbst, keine Rede sein.

Knapp 1.000 Menschen demonstrierten am 27. Mai im Vorfeld der Expo durch die Innenstadt von Hannover. Zu Zwischenfällen kam es nicht. Allerdings erregte die Demonstration auch wenig Medienaufmerksamkeit.

Das Bündnisspektrum, das sich dort versammelt hatte, war sehr klein. Was aber nicht alleine daran lag, dass die PDS als Gesamtpartei nicht zu der Demo aufrief. Unterstützt wurde die Demonstration jedoch von autonomen Gruppen, die - ein Novum in der Geschichte der Protestbewegungen- dazu aufriefen, lieber zur Demo im Vorfeld der Expo als zu den Widerstandstagen während der Eröffnung der Weltausstellung zu kommen.

Dabei spielten Querelen zwischen den altautonomen Gruppen aus Hannover und Umgebung und jüngeren auswärtigen Initiativen keine unwesentliche Rolle.

Die Polizei war natürlich schon Tage vor Expo-Beginn in Hannover präsent. Schon am 31. Mai durchsuchte die Polizei für einige Stunden das angemeldete Anti-Expo-Camp in Hannover-Linden. Festnahmen gab es dort allerdings nicht.

Der Protesttag zum Expo-Beginn am 1. Juni begann schon frühmorgens. Zwischen Hildesheim und Göttingen musste der Zugverkehr auf der ICE-Trasse wegen brennender Autoreifen auf den Schienen unterbrochen werden. Am Morgen setzte sich dann eine weitgehend von der Gruppe Linksruck dominierte Demonstration Richtung Hauptbahnhof in Bewegung, die mit einer symbolischen Blockade endete. Bald danach beendeten die Linksruck-AktivistInnen ihre Stippvisite in Hannover und fuhren weiter zu den von ihnen organisierten Rosa-Luxemburg-Tagen nach Frankfurt/Main.

Die übrigen Anti-Expo-AktivistInnen waren den restlichen Tag mit Blockaden und kurzen Spontandemonstrationen beschäftigt. Auch gelungene Spaßaktionen waren zu vermelden. So lagen in den Fächern mit den offiziellen Expo-News plötzlich kritische Faltblätter mit dem provokanten Titel "Haben Sie hässliche Kinder? Die Expo klont Ihnen schönere". Am frühen Abend wurde eine Demonstration von der Polizei eingekesselt. Nach Angaben des Ermittlungsausschusses wurden mehr als 400 Personen im Laufe des Tages festgenommen und in käfigähnlichen Zellen eingesperrt. Gegen Auswärtige wurden Platzverweise für Hannover ausgesprochen.

Ein zweites Seattle ist Hannover also nicht geworden. Doch ganz ohne Protest konnte die Expo-Eröffnung auch nicht über die Bühne gehen. Immerhin hat wenigstens die internationale Presse von den Aktionen und der polizeilichen Repression Notiz genommen. Es wird sich zeigen, ob der Protest einen längeren Atem hat und über die gesamte Dauer der Weltausstellung spürbar bleiben wird. Überlegungen für spezielle Protesttage, die an das jeweilige Expo-Programm angepasst sind, existieren bereits.

Peter Nowak

3. Auf Schäubles Spuren. Joschka Fischer und die Kontinuität deutscher Außenpolitik

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:26

Ein unerwartetes Déjà-vu-Erlebnis bereitete Außenminister Fischer der internationalen Öffentlichkeit: Seine "Vision" vom Europa der Zukunft ist im Wesentlichen eine Neu-Auflage der 1994 veröffentlichten "Kerneuropa"-Thesen der CDU/CSU-Fraktion. Was damals in der regierungskritischen Presse verrissen wurde, stößt heute auf fast ungeteilte Begeisterung.

Schon bei seinem Amtsantritt hatte Fischer die letzten grünen TräumerInnen desillusioniert: Er werde keine grüne, sondern deutsche Außenpolitik machen. Deren bisheriger Höhepunkt, die Beteiligung am NATO-Krieg gegen Rest-Jugoslawien, zeigte den grünen Vizekanzler Seit' an Seit' mit Kriegsminister Scharping. Selbst die Rhetorik war vereinheitlicht: Man bombte aus moralischer Verantwortung und wegen Auschwitz.

Danach wurde es still um den großen Joschka; in den Gazetten wurde gar von "Amtsmüdigkeit" gemunkelt. Nun hat er einen "ganz persönlichen" Vortrag gehalten über seine "europäische Vision", und fast alle sind hingerissen von seiner "fulminanten Rede" (taz), mit der er sich "in die erste Riege der europäischen Gestalter katapultiert" habe. (Frankfurter Rundschau).

Machtpolitik als Naturgesetz

Dabei hat er lediglich gesagt, was alle wissen, aber für gewöhnlich nicht aussprechen: Dass zwar alle EU-Staaten gleich, einige aber "gleicher" sind als andere, namentlich Deutschland und Frankreich. Sie müssten das europäische "Gravitationszentrum" bilden - was Gravitation genau bedeutet, wissen zwar die wenigsten, es klingt aber gewichtig nach Naturgesetzen, denen man sich nicht widersetzen kann: Wenn die E-Kerngruppe per "Verfassungsvertrag" die "Souveränitätsteilung" zwischen Nationalstaat und Union beschließt, sich eine gemeinsame Exekutive mit direkt gewähltem Präsidenten gibt, werden die europäischen Zwerge schon irgendwann mitgerissen; die Einzelheiten der Vereinigung sind verhandelbar, etwa ein parlamentarisches Zwei-Kammer-System mit der Elite nationaler Abgeordneter in Doppelfunktion.

Die christliche Opposition reagierte uneinheitlich auf Fischers Rede. Bei der CSU wurde wie üblich gepöbelt, während kühlere christdemokratische Köpfe "Ideenklau" beklagten - mit vollem Recht. Denn das, was Fischer als eigene Kreation ausgab, war schon 1994 von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegt worden. Federführend waren damals der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble und der außenpolitische Sprecher Karl Lamers, die den "Europa-Gedanken" in deutsch-französische Macht- und Interessenpolitik übersetzten. Ein "Kern" - bestehend aus der BRD, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg - sollte nach dem Prinzip der "variablen Geometrie" bzw. der "mehreren Geschwindigkeiten" den übrigen EU-Staaten und den Beitrittskandidaten zeigen, wo es lang geht: "Die Bildung einer Kerngruppe ist kein Ziel an sich, sondern ein Mittel, an sich widerstreitende Ziel - Vertiefung und Erweiterung - miteinander zu vereinbaren."

Warnung an die Nachzügler

Auch 1994 waren diese Thesen mit ausgewählten "ausländischen Freunden" abgestimmt. Der konservative französische Premier Balladur hatte wenige Tage vor Veröffentlichung des CDU/CSU-Papiers ebenfalls von einem "Kern" und einem Europa "verschiedener Geschwindigkeiten" gesprochen. Der aktuelle Gefühlsausbruch des französischen Innenministers Chevènement sollte nicht überbewertet werden. Dass Deutschland "noch nicht geheilt ist von der historischen Entgleisung des Nationalsozialismus", ist eine (undiplomatische) Platitüde; es hat die französischen Regierungen bisher nicht abgehalten, mit Hilfe der "Achse" Paris-Bonn bzw. Paris-Berlin die Rolle der zweiten europäischen Supermacht zu spielen. Der amtierende französische Außenminister Védrine begrüßte Fischers Vorstoß denn auch ausdrücklich.

Die verhaltenen Proteste Großbritanniens, Spaniens und der kleineren Länder sind da lediglich lästige Begleitmusik - die "üblichen pawlowschen Reaktionen", wie FR-Redakteur Martin Winter die niederen Instinkte der Nachzügler beschreibt. Dass aus der großen "Vision" in absehbarere Zeit etwas wird, muss allerdings bezweifelt werden - eine starke europäische Zentralregierung ist nicht einmal in Ansätzen zu erkennen. Dennoch ist Fischers Rede mehr als der Versuch, sich werbewirksam als "großer Europäer" in Szene zu

setzen. Wirkung hatte sie vor allem als Drohung an die renitenten Kleinen der EU, die den ganzen Laden aufhalten. Das unausgesprochene "Wir können auch anders", als ständig um Konsens und Einstimmigkeit zu ringen, soll die Querulanten gefügig machen. Vorgetragen von einem "Alt-68er" und präsentiert als Frucht geistigen Ringens, war Fischers Rede der Beifall derer, auf die es ankommt, von vornherein sicher.

Man soll's ja nicht beschreien, aber dieser deutsche Außenminister kann es im Europa der Zukunft noch weit bringen. Die grüne Partei, die ihn immer wieder hindert, so richtig Stärke zu zeigen, hat er längst hinter sich gelassen. Das rot-grüne Intermezzo dürfte spätestens nach der Bundestagswahl 2002 zu Ende sein. Es ist kaum vorstellbar, dass das größte "Naturtalent" der deutschen Politik in die Reihen der (dann wahrscheinlich außerparlamentarischen) grünen Opposition zurückkehrt.

Js.

"Kerniges Deutschland"

Zu den wenigen "bürgerlichen" Kritikern deutscher Machtpolitik gehört der Außenpolitik-Redakteur der Frankfurter Rundschau, Karl Grobe. In seinem Kommentar "Kerniges Deutschland" schreibt er u.a.:

"Ein kerniges Deutschland, das in Mitten Europas seine Hegemonie aufrichtet, ist aller geschichtlichen Erfahrung zufolge ein Faktor der Unsicherheit. Das gilt auch dann noch, wenn Frankreich mit von der Partie ist. (...) Wie weit kann die Machtelite unseres Landes ihren weltpolitischen Dilettantismus treiben ...? Wie viel Dilettantismus gedenkt sie der übrigen Welt noch zuzumuten? Oder handelt es sich gar nicht um Dilettantismus? Dann bleibt im Grunde nur die Erklärung übrig, dass manche Kräfte ... dann doch ohne weitere Debatte auf Sonderwegen wandeln wollen. Dieses kernige Deutschland hat gerade noch gefehlt."

Deutliche Worte, die nur einen Schönheitsfehler haben: Sie standen schon am 6.9.1994 in der FR und bezogen sich allein auf die "Kerneuropa-Thesen" der CDU/CSU. Heute feiert an gleicher Stelle FR-Redakteur Martin Winter Fischers "Visionen für eine erwachsene EU". (FR, 18.5.2000) Die Zeiten ändern sich - und mit ihnen die Zeitungen.

4. Fallstricke der Expo 2000. Der Preis der Partizipation am Beispiel Bevölkerungspolitik

Autor: Sonya Schneider · Rubrik: Frauen; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:42

Die Expo 2000 präsentiert sich weltoffen. Innovative Ideen, die die Zukunft gestalten, sind erwünscht. Und auch die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind aufgefordert, ihre Visionen für die Zukunft darzustellen. Nach dem sie in den 90er Jahren bei den UNO-Konferenzen ihre Kooperationsfähigkeit unter Beweis stellen durften und in den offiziellen Erklärungen ihre Anliegen zum Teil berücksichtigt wurden, lädt man sie nun auch ein, am runden Tisch der Zukunft Platz zu nehmen. Was bedeutet diese Einladung? Ist es eine Chance oder wird man über den Tisch gezogen? Am Beispiel von "Empowerment" und Bevölkerungspolitik soll dieser Frage nachgegangen werden.

Eine zukunftsfähige Herrschaft muss eine zukunftsfähige Strategie entwickeln. Zivilgesellschaft ist das neue Zauberwort. Interessensgleichheit nach dem Motto - wir sitzen alle in einem Boot - soll uns suggerieren, dass eine Zusammenarbeit sinnvoll ist. Die Zusammenarbeit findet an runden Tischen statt und wenn alles klappt, kommt später ein Konsens dabei raus. Dass dieser Konsens nur die moderne Form der hegemonialen Macht ist, wird durch die gefeierte Gemeinsamkeit verdeckt. Diese Gemeinsamkeit drückt sich insbesondere in einer gemeinsamen Sprache aus. Emanzipatorische Begriffe werden dabei vereinnahmt. Herrschaft wird schöngeredet. Bevölkerungskontrollprogramme klingen wie Frauenbefreiungskonzepte. Weltbank und IWF präsentieren sich als armenfreundliche Hilfsorganisationen. Chemie- und Automobil-Konzerne schreiben sich Ökologie auf ihre Fahnen. Die Waffenindustrie arbeitet für den Frieden. Alle sind für die Zukunft unseres Planeten, für eine nachhaltige Entwicklung. Diese Philosophie wird zur Zeit in Hannover auf der Expo medienwirksam zelebriert. Lobbyarbeit und Partizipation sind die lohnenden erfolgsorientierten Politikkonzepte der Zivilgesellschaft, die sich in Form von NGOs präsentiert.

Die Diskussion über das Für und Wider der Partizipation von NGOs wird seit der UNCED-Konferenz in Rio 1992 sehr kontrovers geführt. Die Agenda 21 lädt alle dazu ein, ihren Beitrag für die nachhaltige Entwicklung zu leisten. NGOs, die der ewigen linken "ich bin dagegen"-Kritik müde geworden sind und endlich Erfolge sehen wollen, haben diese Einladung freudig angenommen. Schluss mit dem ständigen Hinterfragen des Systems und der bestehenden Herrschaftsstrukturen, reformieren statt abschaffen! Diese Partizipationsphilosophie hat in NGO-Kreisen Karriere gemacht. Dabei sein ist alles und vielleicht kommt ja auch noch was dabei rum ...

Seit der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 ist Empowerment zu einem feministischen Konzept geworden, das die Machtbildung in der Hand von Frauen zum Ziel hat. Dieses Konzept ist durch das internationale Frauennetzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) auf der Weltfrauenkonferenz eingebracht worden und hat in der internationalen Frauenbewegung großen Anklang gefunden. Sich selbst ermächtigen, jenseits staatlicher Interessen und Kontrolle ist die Grundidee von Empowerment.

Das Empowerment-Konzept von DAWN ist als ein offensives Handlungskonzept zu verstehen, dass sich trotz der Verschlechterungen für Frauen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bildung und der weiter bestehenden ökonomischen und sozialen Unterordnung der Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht entmutigen lassen will, sondern Perspektiven für eine Zukunft formuliert, die eine Feminisierung der Entwicklung und auch der Gesellschaft zum Ziel hat. Diese Vision, die sich an den Graswurzelbewegungen orientiert, setzt ein Handeln von unten voraus und lehnt Konzepte von oben ab. "Sie verbinden die ‚Globalsicht von unten` mit den langzeitlichen Themen der Frauenbefreiung und anderer Befreiungsbewegungen, nämlich ‚ökonomische und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung - frei von allen Formen der Unterdrückung auf Grund von Geschlecht, Klasse, Rasse oder Nation (DAWN, 1985)". (1)

Die Karriere von Empowerment

Wesentlich für den Empowerment-Prozess ist die Gründung von Frauenprojekten und die Organisierung von Frauen, damit Frauen durch diese kollektiven Strukturen Stärke erfahren und aktiv eingebunden sind in die Verbesserung ihrer Situation. Die Partizipation der Betroffenen ist ein wesentlicher Ansatzpunkt von DAWN. Innerhalb der internationalen Frauenbewegung sind seit dem viele Projekte mit dem Ziel, Frauen zu

empowern, initiiert worden. Durch Hinterfragung der Realität sollen Frauen ein Bewusstsein über ihre gesellschaftliche Situation erlangen und damit ein Selbst-Bewusstsein, das es ihnen ermöglicht, aus der Isolation herauszutreten und sich gegenseitig zu stärken. Empowerment "beinhaltet das Begreifen vom Selbst und von der Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, die sich gegen kulturelle und soziale Erwartungen richten, sowie das Begreifen von Verhaltensmustern, die Abhängigkeit, Interdependenzen und Autonomie innerhalb der Familie und in der Gesellschaft im Ganzen bewirken." (2) Diese Aussage von Nelly Stromquist beinhaltet, dass Empowerment nicht mit der Erwartung der Fruchtbarkeitskontrolle verknüpft werden kann, wie es im bevölkerungspolitischen Diskurs mit der Statusverbesserung der Frauen getan wurde. Ebenso kann Empowerment in diesem umfassenden Sinne nicht mit der ökonomischen Erwartung an die Verbesserung der Humanressource Frau und an die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes in Verbindung gebracht werden. Seitens der Frauenbewegung ist zunehmend vor der kritiklosen Übernahme des Empowerment-Begriffes gewarnt und die Verwendung von Empowerment zur Charakterisierung/Begründung von staatlichen, entwicklungspolitischen oder bevölkerungspolitischen Konzepten kritisiert worden. Schlussendlich wurde der Begriff an sich in Frage gestellt.

Problematisch ist insbesondere, wenn die Betonung von Empowerment auf der Möglichkeit der Partizipation liegt, wie es in Teilen der internationalen Frauenbewegung der Fall ist. Empowerment wird hier mit Lobbyarbeit für Frauen gleichgesetzt und es wird versucht, übergeordnete Interessen mit den Interessen der Frauen in Verbindung zu bringen. Verkommt hierbei Empowerment nur noch zu einer Worthülse oder einem nichts sagenden Symbol wie z.B. der Grüne Punkt?

Ein Beispiel für diese Art von Empowerment ist der Versuch des Frauenbündnisses "Women's Voices '94" durch Partizipation auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo Einfluss zu nehmen. Welche Folgen hatte dieser Partizipationsversuch? Ein kurzer Blick auf den runden Tisch der Bevölkerungskontrolle: Gab es z.B. seitens der internationalen Frauenbewegung gegen Bevölkerungspolitik in den 80er Jahren noch den Konsens "Bevölkerungskontrolle Nein - Frauen entscheiden selbst!", kippte diese klare Ablehnung in den 90er Jahren anlässlich der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zu einem Versuch, die Bevölkerungspolitiken feministisch zu reformieren. Teile der Frauengesundheitsbewegung haben sich aufgemacht und sind den Lockrufen der Bevölkerungskontrolleure gefolgt. Reproduktive Rechte, reproduktive Gesundheit und Empowerment sind die Schlüsselbegriffe der Kairoer Erklärung "Women's Voices '94", in der Bevölkerungspolitik in eine gerechte Entwicklungspolitik integriert werden soll. Eine Bevölkerungspolitik von unten statt von oben mit einer mindestens 50-prozentigen Beteiligung der Frauen in allen bevölkerungspolitischen Bereichen wird als erforderliche Voraussetzung für eine feministische Reform der Bevölkerungspolitiken und -programme angesehen. Seitdem sind die Begriffe Empowerment und reproduktive Rechte zu einem festen Bestandteil des neuen bevölkerungspolitischen Vokabulars geworden.

Frei und selbstbestimmt soll die Frau sich entscheiden, dass sie maximal nur zwei Kinder will. Das Problem ist nur, wenn die Frauen sich nicht für diese bevölkerungspolitische Zielvorstellung entscheiden wollen. Doch hier hat die Partizipationsstrategie von Teilen der Frauengesundheitsbewegung vorgesorgt. Der in Kairo entstandene Konsens lieferte den Bevölkerungskontrolleuren die Legitimation für ihre Arbeit. Sprachlich ist ja nun alles klar. Bevölkerungskontrolle ist frauenfreundlich und natürlich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Also, wer wagt dies noch zu hinterfragen! Getarnt mit diesen humanen Idealen gingen sie an die Arbeit und zwangen ca. 300.000 Frauen aus der armen und indigenen Landbevölkerung in Peru zu einer Sterilisation. Für ihre reproduktiven Rechte natürlich. Die Teile der Frauengesundheits-NGOs, die sich die Reformierung der Bevölkerungspolitik auf die Fahne geschrieben haben, schwiegen. Es wäre doch unklug, wegen so einer Sache den Platz am runden Tisch aufzugeben - sie wollen doch nur das Beste für die Frauen erreichen.

Bevölkerungspolitische Ziele werden als emanzipatorisch für Frauen dargestellt. Der Zwangscharakter von Bevölkerungspolitik tritt in den Hintergrund zu Gunsten eines frauenfreundlichen, armenfreundlichen und umweltfreundlichen Images. "Auf dem NRO-Forum in Nairobi war das Empowerment-Konzept als kritischer Gegenentwurf zum Weltbank-Ansatz der ‚Integration in die Entwicklung` vorgestellt worden. Seitdem hat es eine zwielichtige Karriere hinter sich gebracht: einen rekordverdächtigen Aufstieg in die Chefetagen der Vereinten Nationen und vieler Regierungen bei gleichzeitig exemplarischer Entleerung des Begriffs. Vollständig von der offiziellen Politik vereinnahmt, wurde ihm sein politisch-kritischer Zahn - nämlich die

Machtfrage zu stellen - gezogen, so dass es heute schlicht und harmlos für jedwede Stärkung und Partizipation von Frauen steht." (3)

Empowerment als Prozess, der keine systemüberwindende Perspektive aufwirft, die bestehenden Herrschaftsstrukturen nicht hinterfragt und die Partizipation in den Vordergrund stellt, wird nun zur Legitimation herrschender Politik genutzt. Keine Hochglanzbroschüre der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, kein Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen ohne Empowerment. Zu wessen Ermächtigung diese Art Empowerment dient, ist klar. Im bevölkerungspolitischen Kontext bedeutet Empowerment schlicht und ergreifend, eine Frau dank moderner Reproduktionstechnologie zu ermächtigen, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren wie es bevölkerungspolitisch gewünscht wird.

Auch auf der Expo 2000 wollen die beteiligten NGOs nur das Beste für wen auch immer erreichen. "Die Zukunft beginnt mit einer Vision und dem Willen sie zu verwirklichen." Mit dieser Aussage präsentiert sich der Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) auf der Expo. Neben der Fahrt zum Mond und dem Sieg über die Pocken fehlt ihnen jetzt nur noch die Beendigung des Hungers. Und dieser soll expogemäß zukunftsfähig mittels Gentechnologie gestillt werden. Das ist die Vision. Woher der Hunger kommt, ist dabei nicht mehr so wichtig, es sei denn, er ist das Ergebnis des Bevölkerungswachstums.

Partizipation zur Legitimation

Diese Formen der Partizipation dienen der Legitimation herrschender Politiken. Eingeforderte Reformen werden nur so lange zugelassen wie sie dienlich sind. Diejenigen die an der Partizipation beteiligt sind, üben keinen Widerstand mehr, sondern agieren in Kooperation mit der Macht. Ist diese erfolgreich, werden Zugeständnisse abgerungen. Dies geschieht, so Marianne Gronemeyer, "zum Vorteil beider, der Protestanten, von denen akuter Schaden abgewendet wird dadurch, dass die Macht weniger großzügig verfahren kann mit dem, was sie in Kauf nimmt, und zum Vorteil der Macht, die in einer bedrohlichen Legitimationskrise den drohenden Machtverlust nicht nur abwenden sondern die Krise in Gewinn ummünzen kann, indem ihr ein notwendiges Zurückweichen aus Fehlentwicklungen nicht zum Eingeständnis eigenen Versagens gerät, sondern zum Erweis funktionierender Demokratie - ein besonderer Zuwachs an Eleganz. (...) Die Macht wird zu ihren eigenen Interessen bekehrt, nicht zu politischer Moral." (4)

Eigene Ziele werden den Zielen derjenigen, die die Macht haben, untergeordnet und es entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, das vordergründig vielleicht die eigenen Ziele erahnen lässt, jedoch bei genauerem Hinsehen nicht mehr viel damit zu tun hat. Begriffe wie Empowerment tauchten statt dessen inflationär und sinnentleert in allen nachhaltigen und zukunftsweisenden Debatten auf, wie z.B. im Kontext der Expo 2000 und verschafften ihnen ein frauenfreundliches Image.

Sonya Schneider

Anmerkungen:

1) Zitiert nach Helga Satzinger: Das DAWN-Papier: Morgenrot für die Feminisierung der Entwicklung? In: Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 25/26, S. 143-163, Münster, 1987

2) Nelly Stromquist: Praktische und theoretische Grundlagen für Empowerment. In: Nord-Süd aktuell, J. 7, 2, S. 259-266, 1993

3) Christa Wichterich: Postfeministische Politik bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo. In: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V. (Hrsg.), 17. Jhg., Heft 38, S. 145-151, Köln, 1994

4) Marianne Gronemeyer: Die Macht der Bedürfnisse. Reinbek bei Hamburg, 1988

5. Nebelwerfer im Dauereinsatz. Die Bundeswehr-Reformer sind sich einig: Eine Interventionsarmee muss her

Autor: Vo · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:03

Die aktuelle Diskussion um die Reform der Bundeswehr erweckt nur bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck, hier ginge es um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über Wohl und Wehe des deutschen

Militärs. Denn über das Kernstück der Reform sind sich Regierung und Opposition einig: Die neue Bundeswehr muss weltweit interventionsfähig werden.

Nun hat also die Kommission "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" (die nach ihrem Vorsitzenden so genannte Weizsäcker-Kommission) nach einjähriger Fleißarbeit ihren Bericht vorgelegt, der gemäß offizieller Darstellung die Grundlage für eine umfassende und tief greifende Reform der deutschen Streitkräfte bilden soll. Zudem kam vom (vor kurzem geschassten) Generalinspekteur der Bundeswehr eine Stellungnahme zum Thema (der sog. Kirchbach-Bericht), und auch aus den Reihen der Parteien fühlte sich so mancheR berufen, seinen oder ihren Senf dazuzugeben. Der Verteidigungsminister wiederum hat deutlich werden lassen, dass er sich so seine eigenen Gedanken gemacht hat.

Alsbald sollen Regierung und Parlament Entscheidungen treffen. Die künftige Personalstärke der Streitkräfte und die Frage nach Erhalt oder Abschaffung der Wehrpflicht sind heiß umkämpft. Das ist - um im militärischen Jargon zu bleiben - Nebelwerfen auf Nebenkriegsschauplätzen. Denn verdeckt wird die Tatsache, dass sich Scharping, Kirchbach, die Damen und Herren der Weizsäcker-Kommission und die VertreterInnen der rot-grünen Regierung sowie der christlich-liberalen Opposition im entscheidenden Punkte völlig einig sind: Das deutsche Militär soll zu einer fern der Heimat einsetzbaren Interventionsarmee umgerüstet und umstrukturiert werden. Demgegenüber ist der Streit um ein paar Zehntausend Soldaten mehr oder weniger, um Wehrpflicht ja oder nein ziemlich unerheblich.

Die "Landesverteidigung" - der klassische Auftrag der Bundeswehr - mag zwar noch unterschiedlich gewichtet werden, klar und unbestritten aber ist, dass faktisch "Kriseneinsätze" künftig zur Hauptaufgabe des deutschen Militärs werden. Denn ein Feind, der das Land bedrohen könnte, ist nach einhelliger Meinung weit und breit nicht in Sicht, "Krisen" dafür aber um so mehr. Die Weizsäcker-Kommission etwa empfiehlt, die Bundeswehr auszurichten auf den "Kriseneinsatz" auf zwei Schauplätzen gleichzeitig. Und da ist es dann nebensächlich, dass die Kommission den Personalumfang auf 240.000 Soldaten und die Zahl der Wehrpflichtigen auf 30.000 herunterfahren will; entscheidend ist, dass sie die Krisenreaktionskräfte (in der neuen Terminologie: Einsatzkräfte) von gegenwärtig 60.000 auf 140.000 aufstocken will.

Über "große Entfernungen" einsatzfähig

Was die Aufgaben dieser Einsatzkräfte angeht, lässt der Bericht der Weizsäcker-Kommission an Klarheit nicht zu wünschen übrig: "Die Aufgaben der Bundeswehr haben sich völlig verändert. Die Bundeswehr wird vornehmlich außerhalb Deutschlands eingesetzt werden - entweder zur kollektiven Verteidigung eines Bündnispartners oder - was wahrscheinlich ist - zu regional begrenzten Einsätzen der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung ... Mit der vorrangigen Ausrichtung der Bundeswehr auf Kriseneinsätze wird eine geographische Eingrenzung des künftigen Einsatzraums deutscher Soldaten schwierig. Die Fähigkeit, im kompletten Einsatzspektrum bis hin zu Konflikten mit hoher Intensität handeln zu können, muss künftig über große Entfernungen glaubhaft und dauerhaft sichergestellt werden. Diese Entwicklung markiert zugleich die Abkehr vom traditionellen Bild der Bundeswehr als Instrument eines rein auf territoriale Verteidigung orientierten Landes". Also: keine "geographische Eingrenzung" des Einsatzraumes mehr, Fähigkeit zur Kriegführung ("Konflikt mit hoher Intensität" = Krieg) über große Entfernungen. Deutlicher kann man die Interventionsorientierung kaum noch formulieren.

Mobilität, Flexibilität, Verlegbarkeit, Durchhaltefähigkeit sind folglich Schlüsselbegriffe, mit denen die künftigen Fähigkeiten des Militärs bedacht werden. Dem entsprechend empfiehlt die Weizsäcker-Kommission, bei der Umrüstung der Bundeswehr das Schwergewicht auf so aparte Instrumente wie "strategische

Lufttransportkapazität", "leistungsfähige Seetransportkapazitäten", "Präzisionsbewaffnung mit Abstandsfähigkeit" usw. zu legen, kurz: auf jene Instrumente, die für militärische Interventionen besonders dringend gebraucht werden: "Die Kommission empfiehlt, bei der Neubeschaffung von Wehrmaterial der Führungs- und Aufklärungsfähigkeit, der Mobilität der Truppe, dem Schutz der Streitkräfte im Einsatz sowie der Abstands- und Präzisionsfähigkeit der Bewaffnung den Vorrang zu geben".

Besonderes Gewicht wird auf die für "Kriseneinsätze" unabdingbare "strategische Aufklärung" gelegt: "Bei der strategischen Aufklärung durch Satellitensysteme und bei der operativen Aufklärung durch fliegende, weiträumig abbildende Aufklärung verfügt Deutschland über keine oder keine ausreichenden Kapazitäten." Das soll sich ändern, schon um "einseitige Abhängigkeiten von Aufklärungserkenntnissen Dritter zu vermeiden" (dies ein kleiner Seitenhieb gegen die US-amerikanischen Freunde). Ebenso sollen die "nationalen Führungsstrukturen" auf Interventionsfähigkeit getrimmt werden. Sie sollen "so ausgelegt sein, dass streitkräftegemeinsame Einsätze in nationaler Verantwortung geplant und ausgeführt werden können. Dafür bedarf es einer neuen Organisation, die auf alle benötigten Kräfte zentral zugreifen kann und dazu in der Lage ist, streitkräftegemeinsame Operationen modular zusammengestellter Kontingente über Landes- und Bündnisgrenzen hinweg (!) zu führen." Das erinnert verdammt an einen Generalstab unseligen Angedenkens.

Comeback des Generalstabs?

Kein Trost ist es, dass man diese Interventionsarmee nach eigenem Bekunden ja nur für "den guten Zweck", also "Krisenvorsorge", "Krisenbewältigung", "humanitäre Interventionen" etc. pp. einzusetzen gedenkt. Im Krieg gegen Jugoslawien hat man sich ja auch schon über Völkerrecht und Grundgesetz hinweggesetzt. Die gesamte Diskussion in NATO und EU läuft gegenwärtig darauf zu, "selbstmandatierte" Interventionen immer dann und immer dort durchzuführen, wann und wo es die eigenen Interessen geboten erscheinen lassen. Hierauf bereitet man sich vor, ein "humanitäres" oder "menschenrechtliches" Deckmäntelchen kann dabei nützlich sein, ist aber nicht unverzichtbar.

Führungsanspruch im Bündnis

Es trägt auch nicht zur Beruhigung bei, dass man diese Interventionsarmee ja nur "im Bündnis", also im Rahmen der NATO und neuerdings auch der EU, einsetzen und sie auch nur bündnisgemeinsam einsetzbar machen will. Das mag zwar nationale militärische Alleingänge ausschließen, nicht aber militärgestützte nationale Machtpolitik als solche. Denn das eigene militärische Gewicht wird selbstverständlich als Trumpfkarte in die internen machtpolitischen Konkurrenzen in NATO und EU eingebracht werden. Wie heißt es doch bei der Weizsäcker-Kommission: 140.000 Mann (und Frau) Einsatzkräfte seien erforderlich, um "der Bundesrepublik angemessenes Gewicht und Mitsprache im Bündnis zu sichern". Das Bündnis aber - sei es nun die NATO oder die gemäß den Beschlüssen des EU-Gipfels von Helsinki (Aufstellung einer eigenen EU-Interventionsstreitmacht) militarisierte Europäische Union - hat sich auf Militärintervention als primären Einsatzzweck der Streitkräfte der Bündnispartner festgelegt. In dieses Bündnis fügt sich die Bundeswehr ein - bei gleichzeitigem Anspruch auf eine führende Rolle.

Vollends zynisch wird die Argumentation dort, wo man eine interventionsfähige Bundeswehr einordnet in eine angeblich auf zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung orientierte Politik und das Militär zum Mittel einer solchen Politik erklärt - ein Lieblingsmuster rot-grüner Volksverdummung; zeigen doch die Gewichte - nimmt man allein die Ausstattung mit Finanzen und Ressourcen -, dass einmal mehr das Militär zum eigentlichen Kern von "Krisenvorsorge und Krisenbewältigung" gemacht werden soll, während zivile Instrumente zum entbehrlichen Wurmfortsatz der hochgerüsteten Streitmacht degradiert werden.

Von nicht zu überbietender Dreistigkeit ist angesichts dieser Entwicklungen das Auftreten der Grünen. Sie wollen dem staunenden Publikum die personelle Reduzierung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht bzw. den "Einstieg" in die Abschaffung der Wehrpflicht als friedenspolitischen Erfolg verkaufen - gleichzeitig befürworten sie Modernisierung und Effektivierung der Bundeswehr im Sinne der Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission. Verarschen können wir uns selber.

Vo

Alle Zitate aus dem Bericht der Weizsäcker-Kommission nach dem auszugsweisen Abdruck in der FAZ vom 24. Mai 2000, S. 12

6. Nicht meine Anti-Kriegs-Position ist parteischädigend. Uli Cremer soll aus der GAL ausgeschlossen werden

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:09

ak: Auf Antrag des bündnisgrünen Kreisverbandes Hamburg-Eimsbüttel sollst du aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen ausgeschlossen werden. Wie lautet die Begründung für den Antrag, wie kam es überhaupt dazu?

Uli Cremer: Die Mehrheiten im Kreisverband der Grün-Alternativen Liste Eimsbüttel, für den ich sowohl 1994 als auch 1998 als Direktkandidat für den Bundestag antrat, haben sich nach dem Bielefelder Parteitag stark nach rechts verschoben: Nach diesem Parteitag haben ca. 80 KriegsgegnerInnen die Partei verlassen. Nun sollen offenbar die noch nicht ausgetretenen Kriegsgegner hinausgesäubert werden. Der jetzige Kreisvorstand wird jedenfalls von rechtem Personal aus den Gruppierungen Grüne Hochschulgruppe und Grüne Jugend dominiert. Der Kreisvorstand besteht aus fünf Leuten, und der Beschluss wird nur von einer Person nicht mitgetragen.

Mir wird vorgeworfen, bei der Gruppe Regenbogen - für eine neue Linke mitzuarbeiten. Ich zitiere mal kurz aus dem Antrag zum Ausschluss. Da heißt es wörtlich: "Die Gruppe Regenbogen - für eine neue Linke ist in der Hamburger Bürgerschaft und vertritt dort von der GAL unabhängige, auch gegen deren Positionen gerichtete Auffassungen. Sie ist daher als konkurrierende Organisation zu betrachten. Ein Mitarbeiten und öffentliches Auftreten für Regenbogen kommt der Mitarbeit für eine andere Partei gleich."

Das ist so natürlich Unsinn: Da ich kein Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft bin, kann ich auch nicht Mitglied der Bürgerschaftsgruppe Regenbogen sein. Richtig ist: Ich gehöre einem Verein namens Regenbogen an und engagiere mich dort im Arbeitsbereich Frieden und Internationales.

Im Übrigen ist Regenbogen nicht der einzige Verein, dem ich angehöre. Ich bin z.B. seit 1978 auch bei der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsgegnerInnen (DFG-VK). Auch dieser Verein vertritt - im Gegensatz zu den jetzt auftretenden Säuberungsinitiatoren - pazifistische Positionen.

Hat der Antrag Aussicht auf Erfolg?

Der Eimsbütteler Kreisvorstand dürfte wissen, dass solche Parteiausschlussverfahren wenig Sinn machen: Wer heute aus dem Kreisverband A rausgeschmissen wird, kann am nächsten Morgen in den Kreisverband B eintreten und ist nach wenigen Stunden schon wieder grünes Mitglied. Ich habe ja auch schon "Asyl"-Angebote, also Angebote z.B. aus Berlin, dort Mitglied zu werden.

Aus diesem Sachverhalt lässt sich schließen, dass das initiierte Ausschlussverfahren eine politische Kampfansage gegen eine bestimmte Position in der GAL sein soll.

Interessant ist der Zeitpunkt dieses Verfahrens. Obwohl ich schon seit Sommer 1999 bei Regenbogen mitarbeite, ist das Verfahren erst im April 2000 in die Wege geleitet worden: wenige Tage, nachdem ich mich mit einem Diskussionsbeitrag auf der Anhörung der grünen Bundestagsfraktion "Kosovo - ein Jahr danach" kritisch mit der Regierungspolitik, und hier natürlich mit der Politik von Außenminister Fischer auseinander gesetzt habe.

Welche Punkte in deinem Diskussionsbeitrag waren sicher nicht nach dem "Geschmack" des neuen Kreisvorstandes?

In meinem Diskussionsbeitrag hatte ich die Frage aufgeworfen, wie die Grünen friedenspolitische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen können. Und das ist ohne eine Aufarbeitung der Geschichte des Krieges, seiner Vorbereitung und der eigenen Rolle darin nicht möglich. Da das Eingestehen von Fehlern immer viel abverlangt, hatte ich die Hoffnung ausgesprochen, dass wir zumindest einzelne Punkte des Kosovo-Krieges aufarbeiten. Dadurch könnten sich immerhin gemeinsame Anknüpfungspunkte ergeben, wie die

Glaubwürdigkeit der Grünen als friedenspolitische Kraft wenigstens wieder ansatzweise hergestellt werden könnte. Zu dieser Aufarbeitung gehören folgende drei Punkte:

1. Racak. Gab es das von der NATO behauptete Massaker an Zivilisten bzw. welche Informationen darüber gibt es mittlerweile? Und warum wird mit Hilfe des Auswärtigen Amtes der Bericht der finnischen Untersuchungskommission unter Verschluss gehalten?

2. Der sog. Hufeisenplan. Auch hier die Frage: Gab es den wirklich oder war er nicht vielmehr ein Teil der NATO-Propaganda bzw. des Versuchs, die Öffentlichkeit in Deutschland auf Kriegskurs zu bekommen?

3. Die, ich nenne es, 15-Minuten-Lüge. Anders gesagt: Wurde den deutschen Regierungsvertretern tatsächlich, wie die Mitglieder der Bundesregierung behaupten, nachdem sie von einer Reise aus Washington zurückkamen, durch ein Telefonat aus dem Weißen Haus die Pistole auf die Brust gesetzt - hatten sie wirklich nur 15 Minuten Zeit sich, unter dem Druck der US-Regierung, zu entscheiden? Ist die Version, dass es nur eine zähneknirschende Zustimmung zum Krieg gab, weiter haltbar?

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen: An Aufklärung und den sich daraus möglicherweise ergebenden Konsequenzen ist manchen grünen Mitgliedern nicht gelegen.

Es geht hier aber doch nicht nur um die Aufklärung bzw. deren Verhinderung im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien - sondern auch um eine politische Positionierung?

Das ist der entscheidende Punkt. Mir wird jetzt vorgeworfen, ich würde in erheblicher und parteischädigender Weise gegen Grundsätze der Partei verstoßen. Genau das Gegenteil ist der Fall: In der Frage des NATO-Krieges halte ich mich an alte Grundsätze, an zuvor auf Parteitagen mehrheitlich verabschiedete Beschlüsse, an zentrale Forderungen der Partei - eine Mehrheit auf dem Bielefelder Parteitag, eine Mehrheit der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes sowie die Mehrheit meines Kreisvorstandes dagegen nicht.

Wir müssen doch auch ganz deutlich die Konsequenzen ins Auge fassen: Bei Wahlen seit dem Bielefelder Parteitag, zuletzt in NRW, haben die Grünen jeweils ein Drittel ihrer Stimmen eingebüßt. Da spielt der Kriegsbeschluss eine entscheidende Rolle. Er war gewissermaßen "parteischädigend".

Interview: Thomas Klein

7. Staatsschutz konstruiert Paris-Hagen-Connection. Werner R. von Beugehaft bedroht

Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:07

Werner R. ist in Hagen vielen als politisch aktiver Mensch, als Mitglied der Kooperative K, einer Hagener KünstlerInnen-Gruppe, und der IG Medien bekannt. Werner R. wurde Anfang des Jahres quasi über Nacht zum Objekt bundesdeutscher Terroristenfahndung. Als "tatverdächtiger Zeuge" wurde gegen ihn ein Zwangsgeld verhängt. Die Ermittlungen gegen ihn stehen im Zusammenhang mit der Verhaftung von Sonja S. und Christian G. in Paris.

Anlass der Aktion war die Verhaftung von Sonja S. und Christian G,. zwei vermeintlichen Mitgliedern der "Revolutionären Zellen", in Frankreich am 16. Januar. Die Haftbefehle wurden mit der Beteiligung an drei Sprengstoff- bzw. Brandanschlägen auf AKW-Zulieferfirmen in den Jahren 1977/78 begründet, bei denen Sachschaden entstand. (vgl. ak 438) Beide sollen seit dieser Zeit unter falschem Namen in Frankreich gelebt haben, Christian G. seit mehreren Jahren mit der Identität eines Schweizer Staatsbürgers - und zwar unter dem Namen von Werner R. Die beiden sind zur Zeit gegen Kaution auf freiem Fuß, bis über den Auslieferungsantrag der BRD entschieden ist.

Am 17. Januar, einen Tag nach den Verhaftungen in Paris, durchsuchten BeamtInnen des Bundeskriminalamtes (BKA) und des Staatsschutzes die Wohngemeinschaft, in der Werner R. seit 20 Jahren lebt, und das Atelier der Kooperative K. In der Wohnung wurden zunächst eine Mitbewohnerin und eine Besucherin an die Wand gestellt, nach Waffen durchsucht und nach dem Aufenthaltsort von Werner R. gefragt. Daraufhin wurde das Atelier der Kooperative K in Haspe mit gezogenen Waffen gestürmt. Werner R. war zu dieser Zeit alleine im Atelier.

Nach der Atelierdurchsuchung fuhren die BeamtInnen mit ihm in die WG und durchsuchten sie vollständig, also auch die privaten Räume der MitbewohnerInnen. Vier Stunden stellten 15 BeamtInnen alles auf den Kopf. Alles fand ihr Interesse - vom profanen Flugblatt bis zu persönlichen Briefen und Tagebuchaufzeichnungen.

Die anfängliche Nervosität und Aufgeregtheit der BeamtInnen legte sich während der Durchsuchung zusehends. Dies änderte sich allerdings wieder, als sie bemerkten, dass Werner R. neben der deutschen auch die Schweizer Staatsangehörigkeit besitzt. Bei der Durchsuchung war allerdings der Schweizer Pass, den er seit 1992 besitzt und bei seinen persönlichen Unterlagen wähnte, nicht aufzufinden. Er hatte den Verlust nicht bemerkt, da er ihn nur selten nutzte.

Daraufhin begann eine akribische Durchleuchtung seiner Lebensverhältnisse (Quittungen, Rechnungen, Kontoauszüge), Liebesbeziehungen (Briefe, Fotos) und politischen Aktivitäten. Beschlagnahmt wurden Briefe aus Nicaragua von seinem Aufenthalt dort 1984, ein nicht abgeschickter Brief an eine frühere Freundin, die 1989 verhaftet wurde und für das BKA zum "terroristischen" Umfeld zählt, und z.B. auch ein Notizzettel mit einer Verabredung zum Schlittenfahren.

Nach der Durchsuchung, so gegen 0.30 Uhr ging es dann ins Hagener Polizeipräsidium zur weiteren Befragung als "Zeuge". Hier wurde Werner R. unter anderem nach seinen Kontakten zur "linken Szene" befragt. Später nutzten die BKA-Beamten den Begriff "terroristische Szene". Die Vernehmung dauerte bis ca. 2.30 Uhr.

Werner R. gab an, zu der Frau, an die er 1989 hatte schreiben wollen, Anfang der 80er Jahre freundschaftlichen Kontakt gehabt zu haben. Außerdem kenne er aus seiner Jugendzeit (ein Kneipenkontakt im Alter von 16 Jahren) einen Menschen, der später wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni verurteilt wurde und kurze Zeit in der Hagener Justizvollzugsanstalt einsaß. Diesem hatte er schriftlich angeboten, Bücher zu schicken, die dieser aber nicht brauchte. Und zu guter Letzt wohnte Werner R. 1975 in Köln in einer Wohngemeinschaft, in der für zwei Wochen der Rechtsanwalt Klaus Croissant wohnte, der zu der Zeit in Düsseldorf verteidigte.

Bei der erneuten Befragung am Morgen des gleichen Tages eröffneten die Beamten Werner R., dass sie seine Angabe, sich das Verschwinden des Passes nicht erklären zu können, für nicht glaubwürdig hielten, weil er so "zahlreiche Kontakte" zu "terroristischen Personen" habe. Er wurde aufgefordert, endlich die Wahrheit zu

sagen, und es wurde ihm damit gedroht, dass er jetzt noch Zeuge sei, aber dass sich dies schnell ändern könne.

Es geht den Ermittlungsbehörden offensichtlich nicht nur darum, das Verschwinden des Passes zu klären. Daher muss Werner R. davon ausgehen, dass gegen ihn der Verdacht besteht, sich in irgendeiner Form strafbar gemacht zu haben - und so ist er nicht mehr nur Zeuge, sondern gleichzeitig Verdächtiger, also ein "tatverdächtiger Zeuge".

Werner R. hat sich nun entschieden, weitere Aussagen zu verweigern, weil er selbst verdächtigt wird. Einer Ladung zur polizeilichen Vernehmung einige Tage nach der Durchsuchung ist Werner R. nicht nachkommen. Einer Vorladung der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main im März ist er in Begleitung seiner Anwältin gefolgt. Er hat dort die Aussage verweigert. Er nahm damit ein Aussage-Verweigerungsrecht für sich in Anspruch, das Verdächtigten zusteht.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main versuchte mit der Verhängung von 1000 DM Zwangsgeld weitere Aussagen zu erzwingen. Die Anwältin von Werner R. beantragte beim Landgericht Frankfurt/ Main, die Verhängung des Zwangsgelds aufzuheben. Dies hat das Landgericht am 20.4.2000 nach Aktenlage, die der Zeuge nicht kennt, als im Wesentlichen unbegründet zurückgewiesen. Nach erneuter Vorladung zur Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main am 16.5. hat der Staatsanwalt Rath nun Beugehaft beim Amtsgericht Frankfurt/Main beantragt.

Solange die Justiz Werner R. keinen Glauben schenkt und ihm somit indirekt unterstellt, er hätte den Pass zur Verfügung gestellt, besteht offensichtlich gegen ihn der Verdacht der Strafvereitelung bzw. der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, also des Verstoßes gegen § 129a StGB.

Seit Jahren gibt es seitens der liberalen Öffentlichkeit die Forderung nach der Streichung der "Terrorismusgesetzgebung" aus den 70er Jahren, bisher wurden aber nur die Kronzeugenregelung und der § 88a StGB (Zensurparagraph) abgeschafft.

Um die Ermittlungswut anscheinend unterbeschäftigter Behörden einzudämmen, bedarf es nicht nur der moralischen Unterstützung von Werner R., notwendig ist auch, deren Vorgehen öffentlich zu machen. Es darf nicht sein, dass auf Grund fantasievoller Tatkonstrukte Menschen in ein Ermittlungsverfahren verstrickt und mit Gefängnis bedroht werden.

Der Artikel ist eine gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung des von FreundInnen von Werner R. herausgegebenen Briefs Nr. 1 vom 10.5.2000.

Wir brauchen eure Unterstützung!

Die FreundInnen von Werner R. bitten darum, gegen das Vorgehen des BKA/Staatsanwaltschaft zu protestieren, um die Beugehaft oder weitergehende Sanktionen gegen Werner R. zu verhindern. Sie fordern dazu auf, an den Hessischen Minister der Justiz, Herrn Dr. Christian Wagner, Luisenstr. 13 in 65185 Wiesbaden, zu schreiben, um Protest bei der Stelle einzubringen, die im Moment Einfluss nehmen könnte.

Die Arbeit der Anwältin und die Öffentlichkeitsarbeit kosten Geld. Spendet auf das Quadrux-Sonderkonto: Konto Nr.: 101 021 453, BLZ: 450 500 01, Bei der Sparkasse Hagen. Kontakt: Quadrux-Buchladen, Lange Str. 21, 58089 Hagen

8. Den richtigen Zeitpunkt abwarten. Brief von Harald G. zum Umgang mit dem "Kronzeugen" Tarek M.

Autor: Harald G. · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:05

In der letzten Zeit sind in verschiedenen Veröffentlichungen Forderungen erhoben worden, eine politische Bewertung des Kronzeugen Tarek M. vorzunehmen und als Grundlage für eine Einschätzung seines Verhaltens seine Aussagen zu veröffentlichen. Insbesondere das Soli-Bündnis (1) wurde zu einer "offensiven Beschäftigung" mit den Hintergründen von Tarek M.'s Verhalten aufgefordert und seine bisherige Zurückhaltung in dieser Frage kritisiert. Dies nicht zu tun, würde "geradezu Spekulationen und Mutmaßungen" herausfordern.

Dabei wird in den Artikeln, auf die ich mich hier beziehe, mit einer Mischung aus eigenen Spekulationen, nicht nachvollziehbaren Behauptungen und scheinbaren Gewissheiten gearbeitet, die die eigentlich formulierten Ziele deutlich konterkarieren. Darüber hinaus habe ich mit Verwunderung festgestellt, wie zitierfähig gerade der Focus in diesem Zusammenhang in linken Publikationen geworden ist. Hier nur einige ausgewählte Beispiele:

"Wer die Aussagebereitschaft des Kronzeugen Tarek M. verstehen will, muss sich auch mit der Geschichte der Revolutionären Zellen auseinander setzen ... Doch diese Geschichte war von heftigen persönlichen Differenzen und Verletzungen geprägt, die am Ende dazu geführt haben können, die Seiten zu wechseln." (Autonome l.u.p.u.s.-Gruppe, Jungle World, 1.3.00)

"Dabei kann nur eine offensive Beschäftigung mit den Hintergründen von M's Verhalten einen Weg aufzeigen, um den Kronzeugen dazu zu bringen, seine Angaben zurückzuweisen." (Wolf Dieter Vogel, Jungle World, 29.3.00)

"Er redet, so die ersten Informationen, über alles, was er in den Jahren mit erfahren und mitgekriegt (zu haben glaubt, ak). Und das kühl berechnend: ... ein kaltblütiges ans Messer liefern ... so viel steht fest:" (Libertad-Zeitung So Oder So, 3/2000)

"Tarek M. ... hat sich dort der Justiz als Kronzeuge zur Verfügung gestellt. Wahrscheinlich für eine neue Identität, für eine ganze Stange Geld und für eine offenbar bereits lang ersehnte Loslösung von seiner politischen Vergangenheit, verrät Tarek M. alle und jeden ... Dicke Ordner füllt inzwischen, was Tarek an tatsächlichen und erfundenen Details über Personen und politische Zusammenhänge den Bullen ins Mikro plaudert." (Interim, Nr. 492, 27.03.2000)

Nach meinem Wissensstand hat sich Tarek M. am Anfang der 90er Jahre aus seinen damaligen sozialen und damit wohl auch politischen Zusammenhängen zunehmend zurückgezogen und zumindest in den letzten Jahren (wie viele?) in einem Umfeld gelebt und gearbeitet, das keinerlei Berührungspunkte und Überschneidungen mit der "Szene" hat. Welche persönlichen und politischen Entwicklungen und Veränderungen Tarek M. in diesen Jahren durchgemacht hat, ist meines Wissens nach niemandem genauer bekannt. Es gibt vermutlich auch niemanden aus der "Szene", die oder der etwas Fundierteres zu seinem aktuellen politischen Selbstverständnis sagen kann. Auch auf die Frage, wie sehr er psychisch und persönlich unter Druck gestanden hat bzw. unter Druck gesetzt wurde anlässlich seiner ersten und zweiten Verhaftung, gibt es keine auf Wissen gegründete Antwort. Ein Versuch, sich mit den Hintergründen seines Aussageverhaltens und seiner Motivation auseinander zu setzen, kann sich infolgedessen weitestgehend nur auf Spekulationen stützen.

Wer sich erhofft, anhand seiner Aussagen zu mehr Klarheit gelangen zu können, verkennt den grundsätzlichen Mechanismus, dem Kronzeugen unterliegen: "Wo der Verrat um des eigenen persönlichen Vorteils willen gefordert wird, da sind falsche Bezichtigungen geradezu vorprogrammiert. Der Warencharakter solcher Aussagen liegt in der Natur der Kronzeugenschaft." (Rolf Gössner, ak 433). Welche Fakten seiner Aussage wahr oder falsch sind, welche Bewertungen und Interpretationen verdreht wurden, an welchen Punkten er Fakten liefern, d.h. auch erfinden musste, in welchen Situationen er aus freien Stücken geredet hat und wann starker Druck auf ihn ausgeübt wurde, all dies und noch einiges mehr wird sich nicht allein aus seinen

Aussagen erschließen lassen. Eine verstärkte Spekulation wäre zwangsläufig Bestandteil des Versuchs, eine Einschätzung mit Hilfe seiner Aussagen erarbeiten zu wollen.

Von meiner Seite aus wird es eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Kronzeugen, mit seiner Person, mit seinen Aussagen und seiner Motivation im Rahmen des Gerichtsverfahrens geben. Meiner Meinung nach ist das der angemessene Ort und der richtige Zeitpunkt dafür. Bis dahin gibt es aus meiner Sicht keine politische Notwendigkeit der Auseinandersetzung, um dem Kronzeugen einen dermaßen breiten Raum einzuräumen. Eine Konzentration auf die Diskussion um die politischen Ziele und Schwerpunkte des Soli-Bündnisses ist um vieles wichtiger.

Harald,

JVA Düsseldorf 26.4.2000

Anmerkung:

1) Gemeint ist das Berliner Bündnis für Freilassung, das sich kurz nach der Verhaftung von Axel H., Harald G. und Sabine E. und der Durchsuchung des Mehringhofs in Berlin-Kreuzberg gebildet hat.

9. Hausmeister leben gefährlich. Erneute Verhaftungen und Durchsuchung des MehringHofs

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:43

Die Bundesanwaltschaft (BAW) lässt nicht locker. Um endlich die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen untermauern zu können, ließ sie erneut das Berliner Alternativzentrum MehringHof durchsuchen. Zuvor wurden zwei weitere angebliche RZ-Mitglieder verhaftet.

Im Frühjahr 1998 stieß der Staatsschutz eher zufällig auf die Spur, die ihn zu Tarek M. führte. In einem von Tarek M. angemieteten Keller in Berlin-Prenzlauer Berg sei Sprengstoff aufbewahrt worden, der bei mindestens drei Anschlägen der Revolutionären Zellen (RZ) eingesetzt worden sei, so die damalige Vermutung der Ermittler. Ein Jahr und eine siebenmonatige Telefonüberwachung später wird Haftbefehl gegen Tarek M. erlassen. Im Mai 1999 kommt er in die Justizvollzugsanstalt (JVA) Berlin-Moabit, wird aber im Juli wieder entlassen, nachdem er den Sprengstoffbesitz gestanden hat. Im November wird er allerdings das zweite Mal festgenommen und direkt nach Karlsruhe zur BAW gebracht. Für die BAW ist er jetzt einer der führenden Köpfe der RZ in den Jahren 1986 bis 1996.

Tarek M. sitzt seitdem in irgendeinem Gefängnis der Bundesrepublik und pflegt regen Umgang mit den Ermittlern. Während der Vernehmungen, die seit seiner Verhaftung im November letzten Jahres andauern, hat er - so legen es die vorgelegten Durchsuchungs- und Haftbefehle nahe - ausgiebige Angaben zu seinem früheren Berliner Umfeld gemacht. Was jedoch von der Glaubwürdigkeit seiner Aussagen zu halten ist, hat die erste Durchsuchung des MehringHofes in Berlin-Kreuzberg im Dezember 1999 gezeigt. Dort wäre Sprengstoff gelagert, hatte Tarek M. behauptet. Doch die Durchsuchung, bei der ein Sachschaden von rund 100.000 Mark entstand, förderte nichts zu Tage.

Verhaftungen in Berlin und Kanada

Doch die BAW hielt und hält weiter an ihrem Kronzeugen fest. Umfangreiche Ermittlungen, eine weitere Hausdurchsuchung in Berlin, Befragungen von ZeugInnen und Verhaftungen in Berlin, Frankfurt und Kanada beweisen die Verfolgungswut der BAW. Nach den Verhaftungen von Axel H., Harald G. und Sabine E. im Dezember wurde zuletzt am 19. Mai Lothar E. verhaftet. Der Berliner, der in den 80er Jahren Hausmeister im MehringHof war, lebte seit längerem in Kanada und hatte in der Kleinstadt Yellowknife im vergangen Jahr eine Pension eröffnet. Dort wurde er in Anwesenheit eines Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) festgenommen; anschließend wurde die Pension durchsucht.

Lothar E. soll schon Wochen vor seiner Festnahme von der kanadischen Polizei observiert worden sein. Der Haftbefehl gegen ihn wurde jedenfalls bereits am 9. März vom Bundesgerichtshof (BGH) erlassen. Auch der Zeitpunkt der Verhaftung spricht dafür, dass Lothar E. schon seit geraumer Zeit unter Beobachtung stand. Verhaftet wurde er, als sich seine deutsche Geschäftspartnerin in Deutschland befand. Die Frau wurde nach der Aktion in Kanada in Berlin vorläufig festgenommen und zu einer Zeugenbefragung nach Karlsruhe gebracht. Weil sie die Aussage verweigerte, wurde sie allerdings umgehend wieder entlassen.

Die BAW beschuldigt Lothar E., bis 1995 den RZ angehört zu haben und am Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) in Berlin am 6. Februar 1986 beteiligt gewesen zu sein. Außerdem wirft sie ihm die Beteiligung am Sprengstoffanschlag auf die Berliner Siegessäule im Januar 1991 vor. Der Versuch, aus Protest gegen den Golfkrieg die goldene Viktoria-Figur von der Siegessäule zu sprengen, war damals auf heftigen Widerspruch der "Gruppe aus dem Traditionsverein der Revolutionären Zellen" gestoßen. Sie beschwerte sich bitterlich, dass "unter unserem Markenzeichen" - also dem Logo RZ - eine solche Aktion firmierte. Ein klarer Fall von Label-Klau, könnte man meinen, aber solche Feinheiten interessieren die BAW offensichtlich nicht.

Aber vielleicht erregen solche Ungereimtheiten ja das Interesse der kanadischen Gerichte. Dort wird über die Auslieferung von Lothar E. in die Bundesrepublik entschieden. Das Auslieferungsverfahren wird zeigen, ob man in Kanada die lediglich auf den Aussagen von Tarek M. beruhenden Vorwürfe gegen Lothar E. genauso unkritisch bewertet wie der BGH. Dass das zuständige kanadische Gericht dem Ansinnen der deutschen Behörden nachkam, die im Haftbefehl aufgeführten Beweismittel nicht öffentlich zu machen, macht jedenfalls

hinsichtlich deren Stichhaltigkeit stutzig. Und auch bei der BAW ist man sich über den Ausgang des Verfahrens nicht so sicher. "Internationale Rechtshilfe ist so eine Sache. Manchmal läufts, manchmal nicht", so umschrieb die BAW-Pressesprecherin Eva Schübel die Nervosität in Karlsruhe. (jungle world, 31.5.)

BKA als Putzkolonne

Dieselben Vorwürfe wie gegen Lothar E. erhebt die BAW gegen einen weiteren Berliner, der bereits am 18. April verhaftet worden war. Entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit ließ die BAW über die Festnahme von Matthias B. zuerst nichts an die Öffentlichkeit dringen. Erst im Zusammenhang mit der Verhaftung in Kanada berichtete sie von der Festnahme einen Monat zuvor. Matthias B., Leiter des Akademischen Auslandsamtes der TU Berlin, soll nach Aussagen von Tarek M. ebenfalls Mitglied der RZ und an den Anschlägen auf die ZSA und die Siegessäule beteiligt gewesen sein.

Direkte Beweise konnte die BAW bislang weder gegen die beiden zuletzt Verhafteten noch gegen die restlichen Beschuldigten vorlegen. Die scheint es auch einfach nicht zu geben. Weder die umfangreichen Ermittlungen noch die Versuche, Leute aus dem Umfeld der Beschuldigten als ZeugInnen zu vernehmen, haben augenscheinlich daran etwas ändern können. Am 30. Mai durchsuchten BKA-Beamte zum zweiten Mal das Berliner Alternativzentrum MehringHof nach Sprengstoff. Vom Gefängnis aus dirigierte per Video-Konferenz Tarek M. das BKA-Kommando. Akribisch wurden ein Fahrstuhlschacht, der angrenzende Kellerbereich und zwei Abstellräume gefilzt. Aus einem Schacht wurde dabei eine blaue Mülltüte gefischt und zur Untersuchung nach Wiesbaden geschickt. Außerdem wurde der Schacht sorgfältig ausgesaugt.

Die zweite Durchsuchung des MehringHofs wirkt wie das verzweifelte Unterfangen, auf jede erdenkliche Weise an irgendwelche konkreten Beweise zu kommen - und seien es nur obskure chemische Rückstände auf Wattebäuschen. Waffen oder Sprengstoff fanden die Fahnder bei der zweiten Durchsuchung jedenfalls wieder nicht.

mb., Berlin

10. "Eine rechtsstaatliche Gegensteuerung ist nicht möglich ..." Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck

Interview mit Rechtsanwalt Kaleck über die Kronzeugen-Problematik

Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:44

In die Diskussion um das Kronzeugengesetz ist, kaum dass es ausgelaufen ist, wieder Bewegung gekommen. Einiges spricht dafür, dass ein neuer Vorstoß der Strafverfolgungsbehörden dazu führt, dass das Gesetz in modifizierter Fassung und unter völliger Ausblendung u.a. der Verteidigerrechte eine Neuauflage erlebt.

ak: Zum Jahresende 1999 wurde die Kronzeugenregelung abgeschafft. Damals hat Ihr Kollege Rolf Gössner in ak433 diesen Vorgang kommentiert und die Kronzeugenregelung dargestellt. Können Sie aus Ihrer Sicht die zentralen Gründe für die Abschaffung im vergangenen Jahr skizzieren?

Wolfgang Kaleck: Die sogenannte Kronzeugenregelung wurde durch ein Artikelgesetz vom 9.6.1989 zunächst bis zum 31.12.1989 befristet, dann bis zum 31.12.1995 und schließlich bis zum 31.12.1999 verlängert. Sie galt zunächst für sogenannte terroristische Straftaten und wurde später auf organisiert begangene Taten erweitert. Insofern ist es nicht richtig, davon zu sprechen, dass die Regelung "abgeschafft" wurde. Vielmehr war die Kronzeugenregelung im Bereich der sogenannten "terroristischen Straftäter" von vornherein als befristetes Ausnahmegesetz gedacht. Man wollte damals durch den "Schlussverkaufscharakter" der Vorschrift potenzielle Aussteiger animieren. Weiterhin war die Befristung eine Vorsichtsmaßnahme, um eine genaue Folgenanalyse anzustellen, was nebenbei bemerkt wie bei so vielen jüngst eingeführten Gesetzen nie der Fall war.

Wahrscheinlich wäre bei einer CDU/ CSU-Regierung die Regelung nichtsdestotrotz verlängert worden, die Mehrzahl der Strafverfolger und Strafrichter war ohnehin dafür. Die Nichtverlängerung der Regelung durch die rot-grüne Bundesregierung bedeutet allerdings nicht, dass eine endgültige, die Interessen des Beschuldigten und der Verteidigung berücksichtigende rechtsstaatliche Lösung gefunden worden wäre.

Richtig ist offenbar aber doch auch, dass es Vergünstigungen für ZeugInnen unabhängig von der abgeschafften Kronzeugenregelung gibt. Wie haben wir uns diese Möglichkeiten im Unterschied zur Kronzeugenregelung vorzustellen?

Es existieren zahlreiche weitere Möglichkeiten, Kronzeugen Vergünstigungen zu gewähren. Die wichtigste Vorschrift ist sicherlich der § 31 Betäubungsmittelgesetz (BtMG). Es kann allerdings auch schon im Rahmen der Strafzumessung, durch Einstellung weiterer Verfahren, Vergünstigungen im Vollzug, vorzeitige Entlassungen oder aber durch die Sonderbestimmungen der §§ 129 Absatz 6, 129 a Absatz 5 Strafgesetzbuch sowie ähnlich lautende weitere Vorschriften der Kronzeuge oder Aufklärungsgehilfe dafür belohnt werden, dass er andere Menschen belastet.

Auch diese Vorschriften wurden von Strafverteidigern scharf kritisiert, vor allem der § 31 BtMG. Nur darum hat sich schlicht und einfach niemand geschert. Welcher linke oder liberale Mensch hat sich in den 80er oder 90er Jahren um die Rechte von mutmaßlichen Drogenhändlern oder organisierten Kriminellen gekümmert? Da ist - fast unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit und fast vollkommen unkritisiert - ein Repressionsarsenal aufgebaut worden, das dann Stück für Stück auf alle Kriminalitätsfelder ausgeweitet wurde. Nur dann war es schon zu spät, die Entwicklung aufzuhalten.

So ist es jetzt zwar nur folgerichtig, dass die rot-grüne Bundesregierung die sogenannte Kronzeugenregelung nicht mehr verlängerte, weil die öffentliche Kritik hieran Anstoß genommen hat. Auf der anderen Seite lässt Frau Däubler-Gmelin jedoch verlauten, dass in ihrem Haus an einer generellen - wesentlich mehr Kriminalitätsbereiche umfassenden - Regelung gearbeitet wird.

Ein wichtiger Kritikpunkt bei der Einführung des § 31 Betäubungsmittelgesetz war zum Beispiel, dass nicht mehr eine einzelne Straftat Anlass der Strafverfolgung war, sondern dass nunmehr ein ganzes Milieu zum Objekt polizeilicher Ausforschung wird. Damit sind nun Ermittlungen am laufenden Band erlaubt. Es wird flächendeckend ein ganzes Kriminalitätsfeld, nämlich die Drogenszene, beleuchtet und solange Dealer

festgenommen, bis der rote Faden der Aufklärungshilfe abreißt. Dies ist meist dann der Fall, wenn es die kleinen Dealer erwischt, die in Unkenntnis der größerer Zusammenhänge nichts mehr aufzuklären haben.

Worin besteht aus Ihrer Sicht die Gefährlichkeit dieser Rechtsfigur?

Die Kronzeugenregelung bei sogenannten terroristischen Straftaten ist seit ihrer Einführung von verschiedenster Seite kritisiert worden. Um die Ausführungen hier nicht ausufern zu lassen, möchte ich meine Kritik auf die zwei wichtigsten Argumente beschränken.

Zum einen soll im Strafprozess eine sogenannte Waffengleichheit zwischen Anklage und Verteidigung bestehen. Das faire Verfahren (fair trial) soll garantiert sein. Hiervon kann schon in "normalen Strafverfahren" kaum die Rede sein. Die Ermittlungsbehörden, insbesondere die Polizei, verfügten über einen absolut überlegenen Apparat. Die wichtigen Entscheidungen im Strafprozess werden entgegen landläufiger Meinung nicht in der Hauptverhandlung vor Gericht, sondern im Ermittlungsverfahren getroffen, wenn das Verfahren in den Händen von Staatsanwaltschaft und Polizei ist. In diesem Stadium des Strafverfahrens haben die Verteidiger viel zu geringe Rechte, um das Verfahren wirksam beeinflussen zu können. Im politischen Strafverfahren, und insbesondere bei Beteiligung der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes, ist die Position der Verteidigung noch schwächer. Das Verfahren wird u.a. durch den Informationsvorsprung von den Ermittlungsbehörden gesteuert.

Dies zeigt sich besonders deutlich beim sogenannten Kronzeugen. Dieser wird über Monate vernommen, ohne dass die Verteidigung des jeweils Beschuldigten vollständig erfahren würde, was der Zeuge gegen ihren Mandanten im einzelnen ausgesagt hat. Ebenso ist es der Verteidigung in diesem Stadium unmöglich, eigene Fragen an den Zeugen zu richten und ihn mit Vorhalten und Widersprüchen zu konfrontieren. Die Verteidigung ist in solchen Fällen vielmehr gezwungen, abzuwarten, was der Kronzeuge gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden an Vernehmungsprotokollen produziert, und kann dann erst im Stadium der Hauptverhandlung im reinsten Sinn des Wortes mit der Verteidigung beginnen.

Die zweite Hauptkritik richtet sich gegen die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen. Es handelt sich im hohen Maße um Zeugen, die ein starkes Eigeninteresse an dem Inhalt bestimmter Aussagen haben und damit per se weniger glaubwürdig bzw. von vornherein unglaubwürdig sind. Wer kann besser lügen, als ein Zeuge, der tatsächlich in die Vorgänge verwickelt ist, über die berichtet. Er kann praktisch nach freiem Belieben seinen eigenen Tatbeitrag abschwächen, kann Beteiligte und Taten nach Gutdünken austauschen.

Beide Kritikpunkte werden seit zwei Jahrzehnten von Strafverteidigern immer wieder reklamiert. Es werden Vorschläge gemacht, wie den geschilderten Missständen entgegengesteuert werden könnte. Unabhängig davon, dass ich nicht glaube, dass bei dieser Konstruktion eine rechtsstaatliche Gegensteuerung überhaupt möglich ist, wurden von keiner Seite bisher Anstalten unternommen, beispielsweise die Informationsrechte der Verteidigung im Ermittlungsverfahren zu verbessern oder aber zwingend vorzuschreiben, dass der Kronzeuge in der Hauptverhandlung zu vernehmen ist, oder aber gesetzlich auszuschließen, dass eine Verurteilung einzig und allein auf der Aussage eines Kronzeugen beruht. Dies ist zum Beispiel Inhalt entsprechender Regelungen in den USA; dort wird vorgeschrieben, dass die Aussage des Kronzeugen durch weitere Beweise gestützt werden muss. In Nordirland haben es die Obergerichte in den 80er Jahren aus rechtsstaatlichen Gründen abgelehnt, in politischen Verfahren allein auf Grund der Aussage von "supergrasses", von Superspitzeln, zu verurteilen.

Ein solches rechtstaatliches Bewusstsein ist in der BRD aber derzeit nicht anzutreffen.

Wie ist in Hinblick auf politische Verfahren der Erkenntnisgewinn des Kronzeugengesetzes zu bewerten?

Der praktische Wert der Kronzeugenregelung war ohnehin relativ gering. In einer neueren Studie ist die Rede davon, dass seit 1989 im Terrorismusbereich 20 bis 25 mal die Regelung angewandt wurde und im Bereich der organisierten Kriminalität, die seit 1994 von dem Gesetz erfasst ist, etwa maximal 25 mal.

Wenn von Kronzeugen die Rede ist, in den USA wird ja der Begriff des "Staatszeugen" verwandt, was mir plausibler zu sein scheint, wird häufig nur auf diejenigen rekurriert, die von diesen Aussagen betroffen sind, und damit vernachlässigt, dass sich solche ZeugInnen der Anklage in eine ausgesprochen schwierige Situation, in nicht überschaubare Abhängigkeitsverhältnisse usw. bringen. Können Sie aus Ihren Erfahrungen dazu etwas sagen?

Es spielen sich im übrigen bei monatelangen Vernehmungen zwischen dem Kronzeugen und seinen Vernehmern psychologische Prozesse ab, die durchaus mit dem sogenannten Stockholm-Syndrom zu vergleichen sind. Alle Eindrücke der Außenwelt werden dem Zeugen nur noch über die ihn betreuenden Zeugenschutzbeamten und seine Vernehmer vermittelt. Er wird in vielfacher Hinsicht total abhängig von diesen. Von der Bewertung seiner Aussagen hängt seine Verfahrenssituation (von Freiheit bis zu lebenslänglich), oft seine ausländerrechtliche Situation (z.B. bei Kurden), aber auch seine ganze weitere Existenz ab, die er ohne Hilfe des Staates nicht mehr auf die Reihe bringen würde. Aber auch emotional wird der Zeuge eben mehr und mehr von den Vernehmern abhängig. Es entsteht für ihn eine schiefe Ebene, es gibt kein Zurück mehr, wenn die Dämme einmal gebrochen sind.

Mancher Zeuge zerbricht genau daran, wie es das Beispiel eines jungen Kurden Ende der 80er Jahre gezeigt hat, der noch von Bundesrichtern und Bundesanwälten in deutschen Gerichtssälen als Superzeuge gegen die PKK gehandelt wurde, während er psychisch immer labiler wurde, in ärztliche Behandlung gehen musste und sich schließlich mit Benzin übergoss und anzündete.

Wolfgang Kaleck ist Rechtsanwalt

in Berlin und im Bundesvorstand des Republikanischen Anwältinnen und Anwältevereins (RAV). Das Interview führte Volker Eick.

11. Einstieg in Studiengebühren

Autor: Christian Brütt · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:37

Ende Mai beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) eine einheitliche Regelung der Studiengebührenfrage. (vgl. ak 438) Ab dem vierten Semester nach Ende der Regelstudienzeit sollen "LangzeitstudentInnen" 1.000 DM für jedes weitere Semester zahlen.

Was Baden-Württemberg hat, Niedersachsen und das Saarland anstreben, soll ab 2002 auch in Hamburg nicht fehlen: ein neues hochschulpolitisches Instrument. Das steht angeblich für die Qualität der Hochschulen, arbeitet mit dem Mittel der Abschreckung und dem Segen der KMK, bedient sich dem allgegenwärtigen Steuerungsmedium Geld und leistet eine beachtliche Individualisierung struktureller Defizite: die "pädagogische Studiengebühr".

Die Einführung dieser Studiengebühr gegen Langzeitstudierende bezeichnete Hamburgs Wissenschaftssenatorin Krista Sager (Grüne) als "Mindestsicherung in Richtung Gebührenfreiheit". Der KMK-Beschluss, der nun in einen Staatsvertrag münden wird, lässt für die Bundesländer offen, auf welche Weise sie künftig ihren Haushalt auffüllen. Sager, Niedersachsens Oppermann und Rheinland-Pfalz' Zöllner (beide SPD) wollen sich an einer Stundenanzahl je Semesterwoche orientieren, deren Überschreiten es zu sanktionieren gilt. Der Saarländische Bildungsminister Jürgen Schreier hingegen will sich an Baden-Württemberg ausrichten, wo Semester die Grundeinheit für das Bildungsguthaben sind.

Bereits 1997 hatte die baden-württembergische Landesregierung beschlossen, StudentInnen nach dem vierzehnten Semester mit 1.000 DM Strafgebühr zu belegen. Für den Bildungsminister Klaus von Trotha hatte diese Neuerung einen dreifachen Nutzen: Als "pädagogische" Maßnahme sollte sie dazu dienen, StudentInnen von einem "missbräuchlichen Daueraufenthalt" an landeseigenen Hochschulen abzuschrecken. Nebenbei wurden für die Staatskasse neue Mittel erschlossen. Und in der gerade wieder aufwallenden Studiengebührendebatte wollte von Trotha den ersten mutigen Schritt setzen.

Bis jetzt lehnten die meisten BildungspolitikerInnen Studiengebühren ab. Selbst die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), in deren Reihen etliche Befürworter der Gebühr sitzen, "verjainte" sie mit dem Hinweis auf die mäßigen Hochschulbedingungen, lehnte sie deswegen vorläufig ab. Seitens der SPD plädierte allein Peter Glotz qua Funktion als notorischer Querdenker dafür. Auch die Grünen wollten mit dem von Matthias Berninger gepushten "Bundesausbildungsförderungsfonds" (BAFF) lieber eine individuelle Bildungsfinanzierung (BAföG als Volldarlehen mit anschließender Rückzahlungspflicht).

Mit dem KMK-Beschluss ist die Front der GebührenfreundInnen offen parteiübergreifend geworden. Bereits im Vorfeld der Plenarsitzung in Meinigen verkündeten die sozialdemokratischen Bildungsminister aus Rheinland-Pfalz (Zöllner) und Niedersachsen (Oppermann) ihr Votum pro Strafgebühr, um Schlimmeres zu verhindern. Berninger, bildungspolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, hingegen sprach sich offen für Gebühren aus, um Besseres zu erreichen. Ihn treibt die Vision einer Dienstleistungshochschule, in der die StudentInnen sich zur KonsumentInnensouveränität aufschwingen, was bekanntlich nicht über Rechte, sondern über Geld erreicht wird.

Von Trotha hat also gute Gründe, den Kompromiss einen "überaus erfreulichen Einstieg der Sozialdemokratie in die Akzeptanz von Studiengebühren" zu nennen. Im Kern war die Diskussion um LangzeitstudentInnen ein schlechter Abklatsch der allgemeinen "Missbrauchsdiskussion". Zu offensichtlich ist die Tatsache, dass die künftigen GebührenzahlerInnen weder zusätzliche Kosten erzeugen noch studentischen Frischlingen die Seminar- und Laborplätze streitig machen. Zweckrational überlegt könnten Langzeitgebühren eher ein Anreiz für die Hochschulen sein, das Studium zu verlängern. Und was die von Oppermann und Zöllner angemahnte bundesweit einheitliche Regelung zu Gunsten der Planungssicherheit der StudentInnen anbelangt, so wäre diese über ein Verbot im Hochschulrahmengesetz (HRG) effektiver und dauerhafter zu erreichen gewesen.

60% der StudentInnen müssen für ihren Lebensunterhalt jobben. Von den rund 1,8 Millionen Studierenden schaffen lediglich ein Zehntel den Abschluss innerhalb der vorgesehen zehn Semester an den Universitäten bzw. den acht Semestern an den Fachhochschulen. Knapp 60% sind grundsätzlich BAföG-berechtigt. Doch nur ein Fünftel von ihnen erhält tatsächlich Staatsgelder, von denen wiederum ein Drittel vollgefördert wird. Der

BAFöG-Durchschnitt liegt derzeit bei monatlich 618 DM. Doch wichtiger als derartige Rahmendaten sind den BildungsministerInnen grundsätzliche marktgerechte Reformen.

"Action is needed now", orakelte bereits 1995 der European Round Table of Industrialists (ERT). Wenn schon die kapitalistische Warengesellschaft wissensbasierte Formen annimmt, dann darf die Bildung nicht hinterherhängen. Für ein Menschalter, von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung, entwarfen sie ihre Version eines Life Long Learning (L3). Demzufolge gibt es keine Arbeitslosen, sondern allenfalls Fehlqualifizierte. Jeder einzelne müsse daher sein "Humankapital" pflegen und seine Qualifikation permanent updaten. Der Zwang zum L3 wird zwar gesellschaftlich vorgetragen, aber angesichts knapper Staatsmittel soll die Finanzierung individuell erfolgen.

Für den Arbeitskraftunternehmer zählt allein employability, die jedoch nicht in unzähligen Semestern an deutschen Hochschulen erworben wird. Wenn der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft insgesamt ständig neue Anforderungen stellen, kann die staatlich regulierte Normalbiografie nicht mehr nach dem Muster "Ausbildung-Arbeit-Rente" organisiert sein. Unternehmerisches Denken in Sachen Arbeitskraft erfordert die Optimierung eigener Bildungsinvestitionen. Hier erhält die Diskussion um eine Verkürzung der Schul- und Studiumszeiten ihre inhaltliche Bestimmung.

Aber es geht auch direkter: 30 neue Studiengänge zur "Existenzgründung" sind geplant, etliche existieren bereits. Prof. Dr. h.c. Reinhold Würth, Kaufmann und Lehrstuhlinhaber, bringt die neue Linie auf den Punkt: "Wissen ist Schlaf, Realisieren ist Macht" lautet das Motto seines "Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship" an der Universität Karlsruhe. Ergo: Kurz und marktgerecht zum akademischen Start up.

Christian Brütt

12. Der Verlierer hat freie Auswahl. Nach der NRW-Wahl neue Optionen für die Schröder-SPD

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:33

"Die FDP rückt wieder ins Blickfeld - die Grünen welken", frohlockte FDP-Parteichef Wolfgang Gerhardt nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai. Aus den hoch fliegenden Plänen, am Regierungstisch in Düsseldorf Platz zu nehmen, wird aber (vorerst) nichts. Statt dessen kann sich die Schröder-SPD freuen: Endlich hat sie gegenüber allen Parteien Handlungsoptionen, so dass sie den Bundestagswahlen 2002 optimistisch entgegen sehen kann - und bis dahin sitzt eine handzahme grüne Partei am Berliner Kabinettstisch.

Besser hätte es für die Sozialdemokratie kaum laufen können. Trotz Verlusten von 5,5 Prozentpunkten gilt nach den Landtagswahlen in NRW: Die SPD ist auf Landes- und Bundesebene in der komfortablen Lage, jede denkbare Koalitionsmöglichkeit zu nutzen.

Aber wenden wir uns erst noch einmal der Wahl selbst zu. Die SPD erreichte 42,8 Prozent, die Union verlor 0,7 Prozentpunkte und lag am Ende bei 37 Prozent. Die FDP konnte mit 9,8 Prozent ihr Ergebnis von vor fünf Jahren mehr als verdoppeln. Die Grünen verloren rund drei Prozentpunkte und landeten bei 7,1 Prozent. Mit 56,7 Prozent Wahlbeteiligung wurde ein Tiefpunkt in der Geschichte der Landtagswahlen erreicht, stellte die Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg fest. (FR, 19.5.2000) Bezieht man das Abschneiden der Parteien nicht auf die abgegebenen Stimmen, sondern auf die Wahlberechtigten insgesamt, dann ergeben sich allerdings ganz andere Zahlen: 24 Prozent für die SPD, 21 Prozent für die CDU, sechs bzw. vier Prozent für FDP und Grüne. "Eine rot-grüne Koalition würde ihr Regierungsmandat auf eben 28 Prozent der Wahlberechtigten stützen, bei einem sozial-liberalen Bündnis wären es 30 Prozent", rechnet die Arbeitsgruppe Wahlen vor.

Am Wahlabend wurde die geringe Wahlbeteiligung noch dem sonnigen Wetter zugeschrieben - in den Augen der Akteure kann es natürlich nicht an der eigenen Performance gelegen haben. Dennoch: die SPD verlor gut 500.000 WählerInnen an das Lager der NichtwählerInnen; und auch wenn die Union nur 0,7 Prozentpunkte verlor, büßte sie im Vergleich zur Landtagswahl 1995 400.000 Stimmen ein.

Zuwachs für die Partei der Nichtwähler

Nach den Kommunalwahlen im Herbst letzten Jahres war die Hoffnung bei der CDU groß, man könnte der SPD zumindest gefährlich nahe kommen. Dann wurde allerdings das "System Kohl" öffentlich und die Hoffnungen, die sich der ehemalige "Zukunftsminister" im Kabinett Kohl, Jürgen Rüttgers, gemacht hatte, schmolzen jäh dahin. Seine auch innerparteilich umstrittene rassistische "Kinder statt Inder"-Kampagne verfing nicht - anders noch als im Hessenwahlkampf die Unions-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Auch konnte die NRW-CDU den leichten Aufwind für die Union im Zuge der Wahl Angela Merkels zur Parteivorsitzenden nicht in Wählerstimmen umsetzen. Gleichwohl ist ihr Ergebnis eine erneute Bestätigung dafür, wie unbeschadet die Union ihren Spenden- und Finanzskandal überstanden hat.

Der SPD gelang es zum wiederholten Male nicht, ihre traditionelle WählerInnenklientel zu mobilisieren. "Trotz positiver Konjunkturdaten und erheblicher Popularitätszuwächse der SPD-Spitzenpolitiker und bei einem gleichzeitigen Stimmungstief für die CDU haben viele vormalige SPD-Wähler aus der unteren Hälfte der sozialen Pyramide ihre Vorbehalte gegenüber der SPD à la Schröder und Clement nicht aufgegeben", beschrieben die Freiburger Wahlforscher das Phänomen.

Aber es war in NRW nicht die PDS, die von dieser Enttäuschung profitieren konnte. Es reichte nicht einmal für einen Achtungserfolg: 1,1 Prozent, rund 50.000 Stimmen weniger als bei der Bundestagswahl 1998. Das bescheidene Abschneiden der PDS hat dabei wohl weniger mit den Ereignissen auf dem Münsteraner Parteitag zu tun. Im Ergebnis ist das aber viel schlimmer: Die PDS ist so wenig in Westdeutschland verankert, dass es gar nicht darauf ankommt, wie die Partei auftritt und was sie bewegt.

Zur bürgerlichen Protestpartei mauserte sich statt dessen die FDP unter ihrem umtriebigem Frontmann Jürgen Möllemann. Dass von der skandalgebeutelten Union 150.000 WählerInnen zur Möllemann-Partei wechselten, ist dabei nicht überraschend. Doch die Wählerwanderungsbilanz zeigt auch, dass die FDP in nicht

unbeträchtlichem Umfang von Verlusten der SPD profitieren konnte. Sicherlich spielte dabei eine Rolle, dass die FDP geschickt brennende Landesprobleme wie Verkehrs- und Bildungspolitik aufgriff.

Die FDP als bürgerliche Protestpartei

Möllemanns Triumphgeschrei kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die rot-grüne Landesregierung in NRW von den WählerInnen bestätigt wurde. Da SPD und Grüne de facto mit Koalitionsaussagen füreinander in den Wahlkampf gezogen waren, wusste jeder, der für sie stimmte, worauf er sich einlässt. "Viele der FDP-Wähler aber votierten in erster Linie gegen Rot, Schwarz oder Grün", so die Süddeutsche Zeitung zwei Tage nach der Wahl.

Die erfolgreiche Positionierung der NRW-FDP in einer Äquidistanz zwischen SPD und CDU war wohl eher das Erfolgsrezept der Möllemann-Truppe als das jugendliche Image des Spitzenkandidaten, wie uns der Spiegel u.a. nach der Wahl weismachen wollten. Ob es mit diesem Rezept allerdings gelingt, den ambitionierten Traum Möllemanns wahr werden zu lassen, langfristig der Union einen beachtlichen Teil des bürgerlichen Lagers streitig zu machen, darf getrost bezweifelt werden. Eher schon wird es der FDP gelingen, den Grünen den Platz streitig zu machen. Der Erpressungs-Situation bei den Koalitionsverhandlungen in NRW hätte es dabei nicht bedurft, um zu zeigen, wie billig die Grünen mittlerweile zu haben sind.

mb.

Wahlergebnisse Nordrhein-Westfalen,

Landtagswahl 2000, Europawahl 1999, Bundestagswahl 1998, Landtagswahl 1995

Wahlbeteiligung, 7.409.399 (56,7) , 5.732.613 (43,8) , 10.984.476 (83,9) , 8.353.056 (64,0)

SPD, 3.143.179 (42,8) , 2,121.821 (37,3) , 5.097.425 (46,9) , 3.816.639 (46,0)

CDU, 2.712.176 (37,0) , 2.687.264 (47,3) , 3.669.024 (33,8) , 3.124.758 (37,7)

Grüne, 518.295 (7,1) , 406.176 (7,1) , 745.911 (6,9) , 830.861 (10,0)

FDP, 721.558 (9,8) , 197.919 (3,5) , 789.745 (7,3) , 332.634 (4,0)

PDS, 79.934 (1,1) , 76.689 (1,3) , 131.550 (1,2) , -

REP, 83.296 (1,1) , 53.039 (0,9) , 113.608 (1,0) , 65.509 (0,8)

13. Wie steht"s mit Widerstand? Interview mit VertreterInnen der mexikanischen Streikbewegung

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:45

Julia Escalante und Ricardo Martinez waren während des zehnmonatigen Streiks in der Nationalen Universität von Mexiko-Stadt (UNAM) für die juristische und sozialwissenschaftliche Fakultät im zentralen Streikrat (CGH) aktiv. Auslöser des Streiks waren die Ankündigung einer massiven Erhöhung der Studiengebühren sowie striktere Zulassungsbeschränkungen für staatliche Hochschulen (vgl. ak 435, 437). Nach der polizeilichen Räumung der größten Universität Lateinamerikas am 6. Februar, bei der mehrere hundert Streikende inhaftiert wurden, beteiligten sich Julia Escalante und Ricardo Martinez an der Durchführung eines internationalen Studierendenkongresses, der Anfang April in Mexiko-Stadt mit VertreterInnen aus 16 Ländern stattfand. Dabei wurde deutlich, dass die bis heute von offizieller Seite nicht erfüllten zentralen Forderungen der mexikanischen Studierenden nach kostenloser Bildung, die Rücknahme der zulassungsbeschränkenden Maßnahmen sowie die Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in den Universitäten die Probleme aller TeilnehmerInnen aus dem Ausland spiegeln. Derzeit reisen die beiden VertreterInnen der mexikanischen Studierendenbewegung durch Europa, um über die Situation an ihren Hochschulen zu informieren und sich mit europäischen Studierenden auszutauschen. Das folgende Interview führte SK am 30. Mai in Hamburg.

ak: Nach zehn Monaten Streik ist die UNAM von staatlichen Sicherheitskräften, angeführt von der neugegründeten Präventivpolizei (PFP), geräumt worden. Wo steht die Streikbewegung heute, vier Monate später, und wie soll es weitergehen?

Julia: Die Räumung hat der Streikbewegung einen harten Schlag versetzt. Wir waren zunächst völlig handlungsunfähig. Viele GenossInnen kamen ja auch in Haft, und die Bewegung bröckelte stark ab. Dazu hat aber vor allem auch die Strategie der Normalisierung seitens der Unileitung beigetragen. Schon zwei Tage nach der Räumung begannen in den meisten Fachbereichen der Universität und in den Schulen, die sich am Streik beteiligt hatten, wieder die Seminare und der Unterricht. Wer sich nicht einschrieb, blieb ein weiteres Semester außen vor. Viele Studierende ließen sich deshalb nicht mehr mobilisieren, sondern wendeten sich wieder ihren Studien zu.

Derzeit versuchen wir deshalb unsere Basis und die verschiedenen Kommissionen des zentralen Streikrates (CGH) wieder zu beleben. Bis vor kurzem wurde auch der runde Tisch, an dem wir, die Universitätsleitung sowie Vertreter der Hauptstadtregierung teilnahmen, um unsere Forderungen zu diskutieren, noch fortgesetzt. Ende Mai sind diese Verhandlungsrunden jedoch von offizieller Seite abgebrochen worden. Das liegt auch daran, dass wir als Bewegung zur Zeit zu schwach sind und nicht genügend Druck auf die Autoritäten ausüben können, damit die runden Tische fortgesetzt werden. Auf dem Studierendenkongress Anfang April haben wir auch einen internationalen Aktionstag beschlossen, der im Oktober in allen Ländern stattfinden soll, die an dem Kongress teilgenommen haben. Der wichtigste Teil unserer Aktivitäten besteht allerdings darin, für die Freilassung der letzten acht wegen des Streiks Inhaftierten zu kämpfen sowie die etwa 130 Leute zu begleiten, denen nun ein Prozess bevorsteht.

Ricardo: Wir müssen vorrangig eine breite öffentliche Debatte über unsere Forderungen erreichen, v.a. auch in Institutionen wie dem Kongress. Damit zusammenhängend sollte die Studierendenbewegung dringend ihren politischen Horizont erweitern und versuchen, ihren Kampf zur Verteidigung der öffentlichen und kostenlosen Bildung mit den sozialen Forderungen anderer gesellschaftlicher Sektoren zu verbinden. Denn nicht nur das Bildungssystem soll ja privatisiert werden, sondern auch Teile des sogenannten Patriomonio Nacional - Erdöl, Elektrizität, Wasser etc. Dagegen leistet vor allem die Elektrizitätsgewerkschaft Widerstand, und einige unserer GenossInnen versuchen daran anzuknüpfen und auch die Studierendenbewegung zu diesem Thema zu mobilisieren. Ein anderes Beispiel ist der Kampf der indianischen Bevölkerung gegen den Auslöschungskrieg, den die Bundesarmee gegen sie führt, vor allem in Chiapas, aber auch in anderen Teilen des Landes. Intern wollen wir in Zukunft in direkteren Kontakt mit den Lehrkörpern, Akademikern allgemein und den Angestellten der Uni kommen.

Welche Fehler hat die Streikbewegung und der CGH eurer Meinung nach gemacht?

Julia: Wir haben uns gleich zu Anfang in einem falschen Triumphalismus gesonnt und dabei vergessen, unsere Kräfte für eine lange Zeit des Protestes einzuteilen. Wir haben auch nicht genügend Gewicht auf die Forderung nach einem Dialog mit der offiziellen Seite gelegt und zu viel Zeit verstreichen lassen, bevor wir diesen Dialog wirklich eingefordert haben.

Eine andere Sache ist, dass die demokratischen, horizontalen, rotativen Prinzipien des CGH, die immer sehr wichtig für sein Funktionieren waren, zu bröckeln begannen. Der CGH begann ausschließend zu werden und Ideen autoritär durchzusetzen.

Ricardo: Es war unser größter Fehler, der Unileitung nicht von Anfang an eine klare Botschaft mit unseren Forderungen vermittelt zu haben. Wir hätten eher unsere Kräfte darauf konzentrieren sollen, möglichst schnell eine Lösung für die Probleme, weswegen wir in den Streik traten, einzufordern. Der Präsident der UNAM, Francisco Barnes, war auf einen langen Streik eingestellt so ließ er sich Zeit, auf unsere Forderungen zu reagieren. Seine Strategie bestand einfach darin abzuwarten, dass sich die Bewegung selbst erschöpft.

Außerdem haben wir es nicht geschafft, eine Streikbewegung von SchülerInnen und StudentInnen auf nationaler Ebene zu mobilisieren. Die Proteste blieben weitgehend auf das UNAM-Umfeld beschränkt, obwohl alle Universitäten und Schulen von neoliberalen Reformen betroffen sind. Eine Mobilisierung auf nationaler Ebene wäre die Garantie dafür gewesen, unsere Forderungen erfolgreich durchzusetzen. Warum? Weil es Forderungen im Bildungsbereich sind und Bildungspolitik ist ein Herzstück neoliberaler Umstrukturierungspolitik.

Wie hat sich die traditionelle Linke, beispielsweise die Intellektuellen und die linken Parteien, zur Streikbewegung verhalten?

Julia: Jeder blieb auf "seiner Seite" (lacht).

Ricardo: Klar ist zunächst, dass die traditionelle Linke mit ihrem Dogma in der Krise ist. Eine neue Linke, ich nenne die Studierendenbewegung "neue Linke", schlägt über ihre Artikulations- und Organisierungsformen eine Alternative vor - ohne eine klare ideologische Position einzunehmen. Bewegungen wie unsere setzen eher an realen Lebenswelten an, jenseits von einem Politikverständnis, das Marx zur Grundlage haben muss und sich auf die staatlichen Institutionen konzentriert.

Deshalb verstehen uns die meisten der mexikanischen linken Intellektuellen nicht und begegnen uns mit großem Misstrauen, wie auch die linken Parteien etc. Sie verstehen vielleicht unsere Forderungen, nicht aber unser Grundverständnis und unsere Form der Organisierung.

Unser Verhältnis zu den staatlichen Institutionen ist im Gegensatz zur dem der traditionellen Linken mehr als distanziert. Mit der Räumung der UNAM hat der Staat sein wahres, sein repressives Gesicht gezeigt. Der Effekt bei uns ist tiefes Misstrauen nicht nur gegenüber der Regierung, sondern gegenüber allen staatlichen Institutionen und dem gesamten Parteiensystem. Der politische Unwille des Staates gegenüber den Forderungen der sozialen Bewegungen in Mexiko hat System. Statt mit ihnen in den Dialog zu treten und über Lösungsmöglichkeiten für die sozialen Probleme zu diskutieren, werden unsere Forderungen mit Repression beantwortet. Um sich zu legitimieren, müssen auch linke politische Parteien, wie die Partei der Demokratischen Revolution (PRD), die in Mexiko-Stadt regiert, die Strategie der Repression statt des Dialoges übernehmen. Aus diesem Grund verorten sich die neu entstehenden sozialen Bewegungen in Mexiko mehr denn je außerhalb der Institutionen. Meiner Meinung nach muss die PRD, wenn sie überleben will, ihren politischen Diskurs wieder den Forderungen und Bedürfnissen der sozialen Bewegungen annähern. Andernfalls hat sie als Teil der institutionellen Linken keine Chance mehr.

Bezüglich der Organisationsform entsteht aus den Erfahrungen der zapatistischen Bewegung und denen der Studierendenbewegung gerade ein neues Grundverständnis des Politisch-Seins, das auf der Idee des sogenannten mandar obedeciendo - des befehlenden Gehorchens basiert. Das bedeutet, dass jede Person, die auf Grund eines Konses der Basis in eine politische Machtposition gelangt, wiederum ausführen muss, was die "organisierte Basis" beschließt. Diese organisierte Basis ist sozusagen die politische Rückbindung mit den Ausführenden. Auch die Strukturen des CGH sollten dieser entstehenden politischen Identität gerecht werden. Das haben wir auch erreicht, zumindest in der ersten Etappe des Streiks.

Die Präventivpolizei (PFP) ist kürzlich auch in Chiapas einmarschiert. Unter dem Vorwand zunehmend häufiger Waldbrände in der Gegend, wo viele zapatistische Gemeinden leben, soll die Bevölkerung evakuiert werden, was jedoch nichts weiter als eine weitere Militarisierung und neue Repressionsmaßnahme darstellt. Seht ihr Parallelen zwischen der Repressionsstrategie gegenüber den Zapatisten und euch?

Julia: Nach dem Polizeischlag gegen uns ist sofort die Militärpräsenz in Chiapas stärker geworden. Insgesamt nimmt die Militarisierung im ganzen Land kontinuierlich zu, und die Repression gegen die indianische Bewegung wird immer offener.

Ricardo: Der Beginn des Streiks in der UNAM fiel auch auf den Beginn der Vorwahlphase in Mexiko - im Juli dieses Jahres wird ja ein neuer Präsident gewählt. Unsere Bewegung störte den Vorwahlkampf der Regierung, genauso wie die zapatistische Bewegung sie stört. Labatista, der Kandidat der Regierungspartei PRI, hat schon angekündigt, "das Problem in Chiapas" zügig zu lösen, was bedeutet, die Bewegung militärisch zerschlagen zu wollen.

Auch hier wird eine Bildungs- bzw. Hochschulreform eingeläutet. Welche Übereinstimmungen und Unterschiede seht ihr diesbezüglich zwischen Mexiko und Deutschland?

Julia: Mich hat überrascht, dass die Vorschläge und Maßnahmen für eine Bildungsreform hier so stark denen in unserem Land ähneln. Die Universitäten hier durchlaufen gerade den gleichen Prozess wie in Mexiko: Erhöhung der Studiengebühren, Beschränkung der Regelstudienzeit etc. Das zeigt uns auch, dass die Hochschulreformen, sei es hier oder in Lateinamerika, Teil des gleichen neoliberalen Projektes sind.

Die Studierenden hier scheinen sich allerdings wenig gegen die Umstrukturierung des Hochschulsystems aufzulehnen. Es mangelt ihnen an Organisierung und vor allem an kollektivem Bewusstsein. Ich glaube, dass die Ursache dafür vor allem der starke Individualismus ist, ein Phänomen der Erste-Welt-Länder. Vielleicht ist hier auch selbst bei einer massiven Erhöhung der Studiengebühren das Wohlstandspolster immer noch dick genug.

Was könnte denn eine Strategie sein, Studierendenbewegungen in verschiedenen Ländern zu mobilisieren und zusammen zu bringen?

Julia: Unser Ziel ist es, die Studierendenbewegung und ihre Forderungen zu globalisieren. Ein Anfang für eine international orientierte Debatte war auf jeden Fall der Studierendenkongress in Mexiko, Stadt, dessen gemeinsamer analytischer Ausgangspunkt die Funktion von Bildung im globalisierten Kapitalismus ist. Aber bis zum nächsten Treffen in Quebec müssen wir einfach viel mehr werden.

Auch in Brasilien und Chile beginnen sich Studierendenbewegungen zu formieren. Anfang Mai traten beispielsweise die DozentInnen und StudentInnen der Universidade de Sao Paulo (USP) in den Streik und konnten bei ihrer ersten großen Demonstration über 50.000 Menschen mobilisieren. Die Forderungen der brasilianischen Studierenden gleichen denen der Streik-Bewegung in Mexiko. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

14. Totengesänge auf die Demokratie. Der neueste Akt des peruanischen Wahlschwindels

Der neuste Akt des peruanischen Wahlschwindels

Autor: Rolf Schröder · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:30

Präsident Fujimori hat seine Amtszeit definitiv um fünf Jahre verlängert. Doch der Preis für den Machterhalt ist hoch: Internationale Isolierung und wachsender Widerstand im Inneren. Gut möglich, dass Fujimori die nächsten fünf Monate nicht übersteht.

Zehn Tage vor der Stichwahl am 28. Mai gab Fujimoris Gegenkandidat Alejandro Toledo auf. Vor Tausenden seiner Anhänger erklärte er, nur antreten zu wollen, wenn der Wahltermin um drei Wochen verschoben würde. Über den Platz, auf dem Toledo seine Kundgebung abhielt, zog ein Trauerzug. Schwarz gekleidete junge Frauen und Männer reckten Kreuze empor und ließen einen Sarg von Schulter zu Schulter wandern und stimmten Totengesänge auf die Demokratie an.

Der Totengräber heißt Alberto Fujimori und schaufelt schon seit Jahren. Am Donnerstag vor den Wahlen vollendete er sein Werk und setzte zum letzten Spatenstich an. Die oberste Wahlinstanz JNE lehnte an diesem Tag mit 3:2 Stimmen eine Verschiebung des Wahltermins ab. Toledo rief derweil dazu auf, entweder die Wahlzettel mit der Parole "No al fraude" - "Nein zum Betrug" zu beschriften oder der Abstimmung fern zu bleiben. Bei einem einzigen verbleibenden Kandidaten war es nun nicht mehr schwer, den Wahlsieger vorherzusagen. Nur Absalón Vasquez, die Nummer eins auf Fujimoris Wahlliste Perú 2000, wollte nicht den Propheten spielen. Aber er sei optimistisch, so betonte er zwei Stunden vor Schließung der Wahllokale, dass Fujimori eine breite Mehrheit erhalten würde.

Rechentricks und schwarze Löcher

Es wurde sogar fast eine Dreiviertelmehrheit, denn der Kandidat siegte mit stolzen 74,6 Prozent. Doch unter Einberechnung der ungültigen Stimmen, die laut vorläufigem offiziellem Endergebnis der Wahlbehörde ONPE etwa 31,5 Prozent ausmachten, kam Fujimori nur noch auf 51,1 Prozent. Immerhin 17,4 Prozent entfielen auf Toledo, dessen Name trotz eines entsprechenden Antrags nicht von den Wahlzetteln gestrichen worden war. Die Zahl der NichtwählerInnen wurde auf 18,2 Prozent geschätzt. Das ist der höchste Anteil, der je in der Geschichte peruanischer Präsidentschaftswahlen registriert wurde, denn es gibt eine Wahlpflicht. Vergeblich ließ Fujimori kurz vor dem Urnengang einen Sprecher der Wahlbehörde ONPE scharfe Geschütze auffahren, um die Zahl der Boykotteure in Grenzen zu halten. Wer nicht zur Wahl ginge, so wurde angekündigt, der müsse eine Geldstrafe von umgerechnet 32 US-Dollar zahlen. Eine Summe, die für viele PeruanerInnen fast an ihren Monatsverdienst heranreicht. Der ONPE-Sprecher drohte NichtwählerInnen zudem mit einem Ausschluss aus der staatlichen Sozialversicherung und stellte in Aussicht, ihnen den Zugang zum öffentlichen Dienst oder die Ausstellung eines Reisepasses zu verwehren.

Die Resultate zeigen deutlich, dass Fujimori in fairen Wahlen die absolute Mehrheit der Stimmen verfehlt hätte. Zumal nach den Erfahrungen der ersten Wahlrunde vom 9. April die von der ONPE bekannt gegebenen Zahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit gefälscht sind. Immer noch verschleppt die Wahlbehörde auf Grund diverser Reklamationen die offizielle Bestätigung der Resultate der Parlamentswahlen vom 9. Mai. Und die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen wurden von der Opposition nur deshalb nicht angefochten, weil sie wegen der Stichwahl ihre Bedeutung verloren hatten. Doch es bleibt verdächtig, dass Fujimori überall dort, wo weder Vertreter der Opposition noch Wahlbeobachter anwesend waren, mit durchschnittlich 58 Prozent Ergebnisse erzielte, die deutlich über die absolute Mehrheit hinausgingen. Zudem kann die ONPE bis heute nicht erklären, warum fast eine Million mehr angekreuzte Wahlzettel als Wahlberechtigte erfasst wurden. Das ist allerdings im Peru Fujimoris nicht weiter schlimm, denn die Regierung hatte bereits rechtzeitig ein Gesetz verabschiedet, dem zufolge auch in einem solchen Fall gezählt werden darf.

Unvergessen bleibt, wie die ONPE Fujimori nach dem ersten Wahlgang fast zum Sieg gerechnet hätte. Dieses Vorhaben wurde unter anderem von der unabhängigen Organisation Transparencia vereitelt, deren Hochrechnungen den Präsidenten deutlich unter der 50-Prozent-Marke sahen. Zur jetzigen Stichwahl zog sich

Transparencia ebenso zurück wie die internationalen Beobachter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und des US-amerikanischen Carter-Centers. Die Rechenkunst der ONPE konnte sich also ungestört auf ihrem höchsten Niveau entfalten.

Toledo hatte seine Teilnahme an der Stichwahl klipp und klar an drei Bedingungen geknüpft. An erster Stelle stand der Rücktritt des Führungspersonals der ONPE. Zweitens sollte eine unabhängige Ethikkommission darüber wachen, dass die Sensationspresse und verschiedene Fernsehsender auf Lüge, Hetze, Hohn oder Spott als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichteten. Und schließlich bestand Toledo auf einen gleichberechtigten Zugang zu den Medien (siehe ak Nr. 438). Fujimori ging nicht auf eine einzige Bedingung ein. Dennoch fiel Alejandro Toledo die Entscheidung schwer, seine Kandidatur zurückzuziehen. Er musste einsehen, dass er unter diesen Voraussetzungen keine reelle Chance gegen Fujimori hatte.

Philippinen, Indonesien, Peru?

Eduardo Stein, ranghöchster Wahlbeobachter der OAS, erleichterte Toledo den Rückzug. Stein hatte die Computerprogramme der Wahlbehörde ONPE getestet, die bei der Auszählung der Stimmen eingesetzt werden sollten. Dabei musste er feststellen, dass bei der Eingabe von Testergebnissen Teile der Datenbank und die Namen der zugelassenen Programmbenutzer gelöscht wurden. Stein sprach von einem schwarzen Loch im Computer der ONPE und bezweifelte, dass sich diese Probleme bis zum Wahlsonntag lösen ließen. Er forderte als erster eine Verschiebung der Wahlen. Toledo brauchte sich nur noch anschließen.

Fujimori befindet sich mit seinem Wahlcoup in illustrer Gesellschaft. Wahlen mit nur einem Kandidaten haben vor ihm unter anderen schon die altbekannten Diktatoren Stroessner, Marcos und Suharto zelebriert. Die wurden entweder von einem Putsch oder von Volksaufständen hinweggefegt. Der peruanische Präsident steht schon mit dem Rücken zur Wand. Institutionen wie die OAS, das Carter-Center oder Transparencia hatten sich unmissverständlich für eine Verschiebung der Wahlen eingesetzt. Alle drei zogen ihre Beobachter vor dem Urnengang zurück, weil sie mit der Wahlfarce nichts zu tun haben wollten. Die OAS könnte in den kommenden Wochen sogar Sanktionen gegen die peruanische Regierung beschließen. Das US-Außenministerium erklärte die Wahlen für ungültig und Fujimoris Präsidentschaft für nicht mehr legitim.

Am Wahltag waren im ganzen Land weit über hunderttausend Menschen unterwegs, um gegen den Wahlbetrug zu demonstrieren. Auf der Kundgebung Alejandro Toledos in Lima forderten allein 80.000 ein Ende der Diktatur. Der Oppositionsführer sieht sich in einer Linie mit Mahatma Gandhi und Corazón Aquino. Er hofft immer noch auf eine dritte Wahlrunde und kündigte weitere Protestwellen in allen wichtigen Städten an. Als Toledo gewaltlose Proteste anmahnte, schallte ihm ein lautes "Nooooooo" entgegen. Die Stimmung ist explosiv. In der Andenstadt Huancayo wurde das Gebäude der spanischen Telekommunikationsfirma Telefónica in Brand gesteckt, die nach der Privatisierung des Telefonsektors das staatliche Monopol übernahm. Fujimori ließ seine Polizei mit Tränengas, Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vorgehen. Vorläufige Bilanz des Wahlabends: 130 Verletzte und 450 Festnahmen.

Das Fernsehen ignorierte die Protestkundgebungen gegen Fujimori mit Ausnahme von zwei kleineren Kabelkanälen. Statt dessen wurden Spielfilme gezeigt und die neuesten Hochrechnungen der ONPE eingeblendet, die darüber Auskunft gaben, ob Fujimori nun bei 74 oder 75 Prozent lag. Selbstverständlich waren die Fernsehkameras allerdings bei der bestellten Jubelfeier der Fujimori-Anhänger in Lima dabei. Diese warteten vergeblich auf den angekündigten Wahlsieger, denn der traute sich an diesem Abend nicht so richtig an die frische Luft.

Besonders an den Universitäten, in denen seit Anfang der neunziger Jahre Grabesruhe herrschte, scheint sich eine neue Protestbewegung zu formieren. "Se acabó el miedo" - "Wir haben keine Angst mehr" war während der Demonstrationen auf verschiedenen Plakaten zu lesen. Für Martha Chàvez, der ehemaligen Parlamentspräsidentin Fujimoris, sind die aufsässigen Studierenden zum Großteil Terroristen. Und die gehören ihrer Meinung nach ins Gefängnis. Diese Drohung dürfte jedoch ihren besonderen Abschreckungscharakter verloren haben. In der Ära Fujimori sind Tausende Unschuldiger genau dort gelandet, weil sie des Terrorismus angeklagt wurden.

Spannungen sind auch im neu gewählten Parlament garantiert, dessen Legislaturperiode am 28. Juli beginnt. Dort hat Fujimori die absolute Mehrheit deutlich verfehlt. Die Abgeordneten könnten mit einfacher Mehrheit die Präsidentschaft als vakant erklären oder ein Referendum für neue Wahlen in die Wege leiten. Natürlich wird

Fujimori das zu verhindern suchen und rechtzeitig die Gesetze ändern, Abgeordnete der Opposition bestechen oder gar das Parlament auflösen. Aber er läuft jetzt Gefahr, mit jeder seiner Maßnahmen neue Protestwellen auf den Straßen auszulösen.

Große Teile der Opposition schöpften mit dem Aufstieg des Alejandro Toledo neue Hoffnungen. Doch die Regierungspolitik der letzten Monate ließ keine Zweifel aufkommen: Fujimori und seine rechte Hand, der Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos, waren gewillt, die Macht um jeden Preis zu halten. Beide müssten nämlich fluchtartig das Land verlassen, wenn sie die Kontrolle über die von ihnen gleichgeschaltete Justiz nicht mehr besitzen würden. Anstiftung zum Mord, Folter, Wahlfälschung, illegale Bereicherung, Korruption, Drogenhandel oder Betrug wären nur einige der Anklagen, denen sie und ihre Helfershelfer sich zu stellen hätten.

Allein die Verbrechen des Vladimiro Montesinos würden eine unabhängige Justiz über Jahre beschäftigen. An seinen Schmutzgeschäften verdient der ehemalige Major nicht schlecht: Im Dezember 1999 konnte die Zeitung "Liberación" nachweisen, dass auf einem einzigen Konto des Geheimdienstchefs pro Jahr etwa 2,6 Millionen US-Dollar gutgeschrieben wurden. Montesinos gilt als Gründer der paramilitärischen Todesschwadron "Colina". Die ermordete 1992 neun Studenten und einen Dozenten der Universität "La Cantuta" und steht im Verdacht, ein Jahr zuvor in Barrios Altos, einem Stadtviertel von Lima, fünfzehn Menschen massakriert zu haben. Wer sich mit Montesinos anlegt oder internes über ihn ausplaudert lebt gefährlich. Das erfuhr Demetrio Chàvez, einer der bekanntesten Drogenbosse in Peru, am eigenen Leibe. Er gestand, monatlich 50.000 US-Dollar an Montesinos gezahlt zu haben, um einen Landeplatz für seine Flugzeuge im Dschungel zu erhalten. Dafür wurde er in Isolationshaft gesteckt und so gefoltert, dass er wohl nie wieder aussagen kann.

Die Regierungsmafia

Das vorerst letzte Opfer von Montesinos Schergen ist Fabiàn Salazar, Journalist der Oppositionszeitung República. Salazar befand sich im Besitz von Videobändern, auf denen Gespräche zwischen dem Geheimdienstchef und dem Vorsitzenden des angeblich unabhängigen Wahlgremiums JNE, Alipio Montes de Oca, aufgezeichnet waren. Wenige Tage vor der Stichwahl am 28. Mai wollte Salazar sein brisantes Material veröffentlichen. Doch er wurde überfallen. Mit einer elektrischen Säge zertrennten ihm die Täter mehrere Sehnen seiner Hand und verschwanden mit den Bändern.

Alberto Fujimori steht an der Spitze der Regierungsmafia. Doch er ist auch ein äußerst geschickter Politiker, der mit vorhandenen Ängsten umzugehen weiß und der nicht unterschätzt werden darf. Die lange Blutspur, die der Sendero Luminoso in den achtziger Jahren hinterlasen hatte, wusste er zu nutzen um an die Macht zu gelangen.

An den Wahlergebnissen ist zu erkennen, dass Fujimori zwar nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, aber immer noch einen großen Teil. Das verdankt er in erster Linie seiner Kontrolle über die Medien, in denen er sich ausgezeichnet verkauft. Die Bevölkerung selbst ist in zwei Lager gespalten. Es bleibt zu hoffen, dass ein angeschlagener Fujimori seine Anhänger künftig nicht gegen seine Gegner aufhetzt.

Rolf Schröder

15. Koka makes the world go round. Drogenhandel in Kolumbien - im Prinzip ein Geschäft wie jedes andere

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:06

Das Drogenbusiness gehört neben dem Waffen- und Ölgeschäft zu den bedeutenden Weltwirtschaftszweigen in Kolumbien. Der Drogenhandel ist der dynamischste Reichtumsfaktor. Die Großbanken profitieren von der Geldwäsche der Narco-Dollars, das Großkapital verdient beim Handel der Vorprodukte für die Kokainherstellung und beim Transport. Es verwundert daher nicht, wenn Oligarchie, Politiker, Polizei und Militärs tief in das Business verstrickt sind. Nicht umsonst gibt es zur Zeit Gerichtsverfahren gegen die gesamte Regierung Samper und viele Kongressabgeordnete wegen der Annahme illegaler Drogengelder.

Auch der riesige paramilitärische Apparat unter der Führung von Carlos Castaño kann nur dank der Koka-Einnahmen finanziert werden. Laut US-Drogenbehörde DEA verlassen fast 70 Prozent des nach Nordamerika und Panama verkauften kolumbianischen Kokains das Land über Häfen, die unter der Kontrolle von Carlos Castaños Leuten stehen.

Die enorme Einträglichkeit des Drogenbusiness ist allerdings vorwiegend in der Drogenverbotspolitik begründet, durch die der Risikogewinnanteil im illegalen Drogengeschäft auf 95-99 Prozent steigt. Davon bleiben nur etwa 10-15 Prozent in den südlichen Erzeugerländern, während die restlichen Einnahmen in den Industrieländern abgeschöpft werden. Folglich haben diese auch wenig Interesse an einer Legalisierung.

Eine genaue Aussage, wie viele Drogengelder in die kolumbianische Ökonomie einfließen, ist kaum zu treffen, doch die Tatsache, dass allein im Laufe des Jahres 1993 Bankkonten und Anlagen von Drogenunternehmern aus Medellín mit einem Gesamtwert von 1,4 Milliarden US-Dollar eingefroren wurden, gibt eine Vorstellung über die Größenordnung. Die verschiedenen Schätzungen schwanken zwischen 1,5 und sieben Milliarden US-Dollar Deviseneinnahmen jährlich, was angesichts des Volumens der Gesamtökonomie einen wesentlich kleineren Anteil am BIP ausmacht (zwischen drei und 14 Prozent) als etwa in Bolivien oder Peru. Die meisten Schätzungen gehen von etwa 6 Prozent des BIP und einem ebenso hohen Arbeitsplatzanteil aus. Damit sind Drogen - entgegen weit verbreiteter Vorstellungen - nicht das wichtigste kolumbianische Exportprodukt.

Dennoch wurden über die Jahre hinweg zweistellige Milliardensummen akkumuliert und größtenteils in Ländereien, Immobilien, Luxuskonsumgüter und Dienstleistungen investiert. Das Vermögen der Drogenbourgeoisie soll bereits Anfang der 90er Jahre mehr als 30 Prozent des gesamten kolumbianischen Reichtums inner- und außerhalb der Landesgrenzen ausgemacht haben.

Kartelle oder postfordistische Unternehmen?

Für gewöhnlich werden die illegalen Strukturen der Drogenhändler als "Kartelle", also als große, weit verzweigte Organisationen dargestellt. Dieser Begriff beschreibt das Phänomen allerdings nur unzureichend. Die Existenz großer Kartelle, die transnational hierarchisch organisiert sind, ist schon allein aus Sicherheitsgründen unwahrscheinlich. Darauf, dass es kein hierarchisch funktionierendes Kartell mit alles kontrollierenden Bossen an der Spitze gibt, hatte selbst der frühere kolumbianische Generalstaatsanwalt Gustavo Greyff wiederholt hingewiesen. Die illegalen Strukturen der Drogenhändler entsprechen wohl eher Organisationsmustern, wie sie auch von postfordistischen, transnationalen Konzernen bekannt sind (d.h. auf der Basis von just in time, Outsourcing, Subunternehmertum usw.). Entsprechend arbeitete auch das "Cali-Kartell" als modernes dezentralisiertes Unternehmen transnational, war mit modernsten Geräten und Techniken ausgestattet, unternahm Marktanalysen, entwickelte neue Verkaufsstrategien und neue Produkte sowie Produktionsabläufe etc.

Um den kolumbianischen Drogenmarkt zu beschreiben, scheint der Begriff des "illegalen Marktes" am besten geeignet. Demnach existieren, laut dem kolumbianischen Forscher Ciro Krauthausen, auf dem Drogenmarkt ebenso wie auf Märkten legaler Produkte, "Käufer und Verkäufer, Groß- und Kleinhändler, Makler, Importeure und Verteiler, Preise, Bilanzen und Profite und - was selten vorkommt - Verluste". So wie andere Geschäfte ist auch der Drogenhandel primär auf die Profitmaximierung ausgerichtet. Dabei teilt sich, ähnlich wie bei anderen Wirtschaftszweigen, das Geschäft in Wettbewerbssektoren (Kokabauern, kleinere Aufkäufer der Kokapaste,

Groß- und Kleinhändler des Endprodukts) und einen oligopolistischen Sektor, der sich im Wesentlichen in den Händen einer begrenzten Anzahl von kolumbianischen Exporteuren befindet.

Die Strukturen des oligopolistischen Sektors stellen den Motor des gesamten Geschäfts dar. Die Personen, die diese Strukturen ausfüllen, sind allerdings - wie in der legalen Wirtschaft - frei austauschbar, daher führt ihre Verhaftung auch nicht zum Verschwinden des Drogengeschäfts. So berichtete ein FBI-Agent über den Kokainhandel Medellíns, die Managementhierarchie sei meist fließend gewesen, Positionen wie Organisationszugehörigkeit wechselnd und auch eigenständige Nebengeschäfte wären vorgekommen. Teilweise schließen sich sogar mehrere Drogenunternehmen zusammen, um gemeinsame Großinvestitionen - wie z.B. den Bau von Großlabors mit Kosten von zum Teil 20 Mio. US-Dollar - vorzunehmen. Die Vertriebsstrukturen der Oligopole werden auch unabhängigen Produzenten - gegen Bezahlung - zur Verfügung gestellt.

Infiltrierte Agenten der DEA im Cali-Kartell haben feststellen können, dass an der Spitze des zellenartig organisierten Konglomerats ein "Rat der Unternehmer" steht. Jeder einzelne von ihnen ist von diversen Beratern und Delegierten umgeben, die sich jedoch untereinander nicht kennen. Dieser "Rat" kümmert sich um legale Investitionen des Clans, koordiniert die Geldwäsche, die Einrichtung von Laboratorien und den Vertrieb der Drogen. In einer Untersuchung stellte die Tageszeitung El Espectador 1994 fest: "Außer den Gebrüdern Rodriguez Orejuela sind alle anderen Unternehmer Akademiker: Anwälte, Ökonomen, Betriebswirte, die sich gerne mit jungen Universitätsabsolventen umgeben, die neue Ideen in das Unternehmen einbringen könnten".

Kapitalisten wie andere auch

Nach der Zerschlagung des Medellín-Kartells (in Folge des Todes von Pablo Escobar) im Dezember 1993 und des Cali-Kartells 1995 fächerte sich die Struktur des Kokainbusiness in Kolumbien weiter auf. Es traten zwar auch wieder neue "Kartelle" auf, etwa das "Cartel del Valle", doch bei genauer Betrachtung entspricht die heutige Struktur des Kokainbusiness in Kolumbien, nach Angaben des Observatoire Geopolitique de Drogues (OGD) mit Sitz in Paris, einem dichten Netz von 2.000-3.000 kleinen und 40 mittleren Organisationen, die insgesamt über mindestens 700 geheime Landebahnen verfügen sollen. Von vielen wird die Zerschlagung des "Cali-Kartells" als ein mit der kolumbianischen Regierung vereinbarter Rückzug interpretiert, nachdem das "Cali-Kartell" eine wesentliche Rolle beim Krieg gegen das "Medellín-Kartell" gespielt und sein Exportnetz in die USA in Verhandlungen teilweise an mexikanische Narcos abgegeben hatte. Tatsächlich gelten die mexikanischen Drogenhändler mittlerweile als die mächtigsten des amerikanischen Kontinents. Die kolumbianischen Narcos haben hingegen einen Großteil ihrer illegalen Gelder in legalen Unternehmen rein gewaschen und treten heute diskreter als früher in Erscheinung. Sie behielten aber ihre Vormachtstellung in Produktion, Raffinierung und Handel.

Zur Sicherung der eigenen Straffreiheit hingegen sind umfassende Maßnahmen notwendig. Gewalt ist dabei nicht einmal das favorisierte Vorgehen, da sie Aufmerksamkeit erregt. Dementsprechend scheiterten auch die Kokainunternehmer des "Medellín-Kartells", die die Gewalt als Mittel überstrapazierten und ihre strukturellen Grenzen zu spät erkannten. Die meisten Strukturen bauen ihre Führung auf Verwandtschaftsverhältnissen oder langjährigen Freundschaften auf, um sich eine entsprechende Vertrauensbasis zu sichern. Zu den weiteren Maßnahmen zum Schutz vor Strafverfolgung gehören auch die Sicherung von Loyalität in der Bevölkerung durch soziale Maßnahmen", die Bestechung von Behörden, Justiz und Repressionsorganen sowie die Infiltration der verschiedenen Machtebenen.

Doch die Illegalität des Produkts, das daraus folgende Fehlen juristischer Sicherheiten im Geschäftsverkehr und die ebenfalls aus der Illegalität resultierenden hohen Gewinnspannen unterscheiden Kokain (bzw. Drogen im Allgemeinen) von anderen Produkten. Gewalt erscheint daher aus unternehmerischer Sicht als ein notwendiges Mittel zur Regulierung des Handels.

In Medellín hatte sich als Folge der Aufträge der Drogenhändler mit der Zeit eine regelrechte Todesindustrie mit geradezu lehrbuchhaften, postfordistischen Organisationsmustern herausgebildet. Die kolumbianische Regierung geht davon aus, dass etwa 10.000 Personen in diesem Bereich tätig sind, 25 Prozent davon als Vermittler. Nach offiziellen Angaben operierten Anfang der neunziger Jahre in Medellín 300 Jugendbanden und mindestens 5.000 Sicarios - wie die Killer in Kolumbien genannt werden. Ihre Jobs bekommen sie von eigens auf die Vermittlerrolle spezialisierten "Vermittlungsagenturen", von denen es Mitte der 90er im

Stadtgebiet von Medellín zum gleichen Zeitpunkt mindestens 45 gegeben haben soll. Die "Vermittlungsagenturen" bieten den Kunden höchstmögliche Anonymität, ersparen ihnen die direkte Kontaktaufnahme mit den Sicarios und interessieren sich nicht für die Motive. Die billigsten erledigen Morde für 125 bis 800 DM, für etwas kompliziertere Aufträge werden zwischen 2.000 und 25.000 DM verlangt. Diesen Preis übersteigen die angesehensten "Vermittlungsagenturen" um ein Vielfaches.

Die Jugendlichen, die die Morde letztendlich durchführen, sind dabei das letzte Glied in der "Outsourcing-Kette" und bekommen - ebenso wie die Produzenten in der legalen Wirtschaft nur ein Trinkgeld im Vergleich zum Auftragsvolumen. So erhielt beispielsweise der 15-jährige Sicario, der am 22. März 1990 den UP-Präsidentschaftskandidaten Bernardo Jaramillo ermordete, nur etwas über 1.500 DM von den insgesamt 825.000 DM, die das Attentat gekostet haben soll.

Dario Azzellini

Von Dario Azzellini und Raul Zelik ist im ISP-Verlag das Buch "Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung" erschienen.

16. Kuba 2000. Sozialer Club mit schlechten Aussichten?

Autor: Volker Lehmann · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:15

Zehn Jahre nach dem Kollaps der Sowjetunion scheint sich Kuba auf die Krisenhaftigkeit seiner neuen Weltmarkteingebundenheit eingestellt zu haben. Sozialismus à la Kuba heißt heute marktwirtschaftliche Reformen, Biotechnologie und Tourismus.

Soy Cuba", ein Soli-Film aus den 60er Jahren, gedreht von dem sowjetischen Regisseur Michail Kalatozov, beginnt mit einer atemberaubenden Kamerafahrt. Entlang mehrerer Stockwerke eines luxuriösen Hotels werden wir in die vorrevolutionären Verhältnisse Kubas eingeführt: Am Swimmingpool räkeln sich einheimische Schönheiten, während dicke, Zigarre rauchende US-Amerikaner trägem Cool-Jazz lauschen.

Wer sich heutzutage in eine der Touristenburgen Kubas begibt, könnte meinen, die alten Zeiten seien zurückgekehrt. Auch wenn die meisten BesucherInnen mittlerweile aus Europa stammen und kubanische Musik mit Tausendundeiner Buena-Vista-Social-Club-Variante die kulturelle Hegemonie zurückerobert hat: Tourismus ist wieder zur wichtigsten Einnahmequelle des kleinen Inselsstaates in der Karibik aufgestiegen. Dahinter stehen einschneidende strukturelle Veränderungen der kubanische Wirtschaft und Gesellschaft, die Anfang der Neunzigerjahre begannen.

Zu Zeiten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bestand Kubas Rolle vor allem darin, Zucker an die sozialistischen Partnerländer zu liefern - zu Preisen, die über Weltmarktniveau lagen. Im Austausch dafür importierte das Land nicht nur die zur Zuckerrohrproduktion nötigen Hilfsmittel wie Kunstdünger, Pestizide und Maschinen, sondern auch Lebensmittel. 1990 fielen mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Handelsblocks auch Kubas wichtigste Auslandsmärkte weg. Der Außenhandel sank um 75 Prozent, die gesamtwirtschaftliche Produktion auf die Hälfte. Erstmals seit der Revolution 1959 kam es zu schmerzhaften Versorgungsengpässen. Als Reaktion hierauf verkündete die Regierung im August 1990 die sogenannte "Spezielle Periode in Friedenszeiten", deren ökonomische Eckpfeiler Zuckerrohr, Tourismus und Biotechnologie den Wiederaufbau der Wirtschaft garantieren sollten.

Vom Ausnahmezustand zur Regel

Zudem wurden eine Reihe von Reformen beschlossen, die das staatliche Monopol durch dezentrale Strukturen ersetzen und zu einem marktorientierten Wirtschaften beitragen sollen. Zum Beispiel können Betriebe ihre Außenhandelsgeschäfte heute autonom abwickeln sowie auf eigene Rechnung Devisen erwirtschaften und ausgeben. Unrentable Betriebe wurden geschlossen. Die amtlichen Statistiken sprechen von über 100.000 Arbeitslosen. Die Dunkelziffer dürfte sehr viel höher liegen, denn viele offiziell Beschäftigte gehen auf Grund fehlender Materialien zur Produktion gleichzeitig anderen Tätigkeiten nach.

Seit September 1995 wird sich im Rahmen von Joint Ventures gezielt um ausländische Investitionen bemüht. Von den bisher angekündigten 5 Milliarden US-Dollar haben jedoch nur 1 Milliarde Kuba tatsächlich erreicht. Hauptinvestoren sind Unternehmen aus Mexiko, Kanada, Australien und Spanien. Das meiste Geld fließt in den Bereichen Tourismus, Rohstoffgewinnung, Telekommunikation und einfache industrielle Fertigung. Seit 1997 haben drei Freihandelszonen ihre Tätigkeit aufgenommen, in denen ausländische Investoren mit der Bereitstellung von Infrastruktur und einer zwölfjährigen Steuerfreiheit begünstigt werden.

Um die chronische Abhängigkeit von Lebensmittelimporten - in Höhe von jährlich 800 Millionen US-Dollar - zu beenden, soll vor allem Biotechnologie die Landwirtschaft effektivieren. Nach 1990 wurde Kuba aus Mangel an Erdöl und den daraus hergestellten Pestiziden und Kunstdüngern notgedrungen zum Landbau nach organisch-ökologischen Prinzipien gezwungen. Kubanische Biotechnologen, damals an der Entwicklung biologischer Schädlingsbekämpfung und organischer Düngung beteiligt, widmen sich heutzutage vor allem der Gentechnologie. Kuba ist eines der wenigen Entwicklungsländer, welches auf diesem Gebiet über eine eigenständige Forschungsinfrastruktur verfügt. Im Laufe der nächsten Jahre sollen eine Anzahl von gentechnisch manipulierten Organismen zur Lebensmittelversorgung beitragen (unter anderem schnellwachsende Fische, insektenresistenter Reis und Mais).

Dennoch will man sich nicht nur auf diese Technologie-fixierten Ansätze zur Produktionssteigerung verlassen: Im September 1993 erließ Kubas Regierung ein Gesetz zur Bildung von Unidades Basicas de Produccion Cooperativa (UBPC), um neue Arbeitsplätze auf dem Land zu schaffen. Während der Boden Staatsbesitz bleibt, haben diese Kooperativen weit reichende Autonomie in der Art der Bewirtschaftung. Allerdings arbeiten die meisten der neugegründeten Kooperativen noch immer nicht rentabel, was unter anderem damit zusammenhängt, dass die aus den Städten stammenden "NeubäuerInnen" meist keine landwirtschaftliche Erfahrung mitbringen.

Private KleinbäuerInnen, UBPC und staatliche Agrarproduzenten müssen weiterhin staatliche Produktionsquoten erfüllen, können darüber hinaus aber seit 1994 die überschüssigen Erzeugnisse auf freien sogenannten "Bauernmärkten" zu ungebundenen Preisen verkaufen. Diese Maßnahme hat zu einer deutlichen Verbesserung der Ernährungslage geführt. Zumindest auf den Märkten der großen Städte gibt es mittlerweile wieder all das , was die staatlichen Lebensmittelrationen nicht beinhalten, vor allem Fleisch, Obst und Gemüse. Allerdings zu gepfefferten Preisen: Eine Ananas beispielsweise kostet einen durchschnittlichen Tageslohn.

Trotz allen strukturellen Veränderungen wird der Zucker auch mittelfristig eine Konstante in der kubanischen Ökonomie bleiben, denn obwohl der süße Stoff innerhalb der letzten fünf Jahre über die Hälfte seines Preises am Weltmarkt einbüßte, ist dieser Sektor mit Bruttoeinnahmen von 900 Millionen US- Dollar und 20 Prozent aller Beschäftigten im Zuckerrohranbau das wichtigste Segment der kubanischen Ökonomie.

Gentech-Fisch frisch auf den Tisch

Dass Geld wieder ein Rolle spielt, ist eine der schmerzhaftesten Erfahrungen der Reform für die Legalisierung des Besitzes ausländischer Währungen 1993. Kritisiert wird die vom Zugang zur Dollarökonomie abhängige Zweiteilung der Gesellschaft. Dennoch sahen sich Kubas Wirtschaftssteuerer hierzu genötigt, um Schwarzmarktpreisen und der Schattenwirtschaft das Wasser abzugraben. Kuba ist mittlerweile mit einem dichten Netz an Tiendas de Recuperacion de Divisas (TRD) überzogen. Diese Dollarläden erfüllen eine doppelte Funktion, indem sie zum einen die durch den Tourismus eingeführten Devisen aus der informellen Ökonomie in staatliche Kanäle lenken. Darüber hinaus bieten sie die in der Landeswährung nicht erhältlichen, importierten Waren an. Fast alle KubanerInnen versuchen irgendwie sich Dollars zu beschaffen, nicht nur um Konsumstatussymbole wie Videorecorder oder Turnschuhe zu kaufen, sondern vor allem auch Gebrauchsgüter des täglichen Lebens wie Seife oder Zahnpasta.

Auch wenn Kubas Regierung die Tourismusindustrie gezielt fördert, hat diese in den letzten Jahren eine eigene Dynamik entwickelt. Die jährlich fast 1,7 Millionen BesucherInnen lassen etwa 1,4 Milliarden US-Dollar im Land. Davon erhoffen sich viele KubanerInnen einen individuellen Anteil. Verständlicherweise: Bei einem Durchschnittslohn von 250 Pesos - umgerechnet 12 Dollar - im Monat, macht es aus der Sicht des Einzelnen mehr Sinn, sich als Taxifahrer ein Trinkgeld zu erwerben, als einer in Pesos bezahlten Tätigkeit nachzugehen. In Realität lässt sich mit den staatlichen Leistungen nur noch auskommen, wenn ein Dollar-Zubrot verdient wird. Der Staat hat inzwischen auch bestimmte privatwirtschaftliche Aktivitäten legalisiert, wie das Betreiben von "Paladares" (Restaurants im eigenen Wohnzimmer) oder private Zimmervermietung. Auch andere Dienstleistungen - von nicht angemeldeten Taxis bis zur Prostitution - erfreuen sich eines regen und von der Regierung mehr oder weniger geduldeten Daseins. Und diese Ausweitung des informellen Sektors dürfte weiter anhalten.

Kubas Wirtschaftsmisere ist nicht zuletzt durch den Handelsboykott der USA verursacht. Zwar gibt es erste Anzeichen, dass sich das Embargo zu lockern beginnt, für die daran interessierte Fraktion des US-Kapitals bedeutet eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba jedoch vor allem den Zugang zum kubanischen Markt. US-Agrarexporteure erhoffen sich von zukünftigen Getreideexporten an Kuba bis zu eine Milliarde US-Dollars jährlich. Was die Karibikinsel allerdings vor allem benötigt, sind neue Exporteinkünfte, will sie von Tourismuseinnahmen nicht ebenso einseitig abhängig werden wie früher vom Zucker. Auch wenn Kubas Ökonomie wieder mit durchschnittlich 4 Prozent wächst, wird es noch bis mindestens 2005 dauern, das Niveau von 1989 wiederherzustellen.

Die Folgen der Dollarisierung

Kubas Planer versprechen sich viel von den vorhandenen technologischen Kapazitäten. Dass das Land im Weltmarktgerangel mithalten kann, beweisen Biotechnologie und pharmazeutische Produkte, welche mittlerweile Einkünfte von jährlich 130 Millionen Dollar erwirtschaften. Die Strategie der kubanischen Regierung ist darauf ausgerichtet, mit diesen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Segmenten Gewinne zu erzielen, um sie dann innerhalb des Landes umzuverteilen. Pragmatisch gesehen werden zu diesem Zweck wohl noch weitere marktwirtschaftliche Reformen benötigt, gleichzeitig aber Staats- und Parteiapparat auf ihrer Ordnungsfunktion beharren. Wieviel von der Vision Kubas als einem starken, nationalen Wettbewerbsstaat mit sozialem Antlitz wird in der Ära nach Fidel Castro übrig bleiben? Dafür sind vor allem zwei Faktoren ausschlaggebend:

Mehr oder weniger nationaler Wettbewerbsstaat?

Erstens, ob es gelingt, die Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln und Konsumgütern des täglichen Bedarfs zu versorgen. Konkrete materielle Verbesserungen sind immer noch die beste Werbung für jede Regierungs- und Wirtschaftsform. Zweitens kann von einer Desintegration des kubanischen Staats- und Parteiapparates ausgegangen werden, da sich als Nachfolge Fidel Castros keine ihm an Integrationskraft nahe kommende Persönlichkeit abzeichnet. In der Staatshierarchie ist mittlerweile eine post-revolutionäre Generation von pragmatischen Technokraten aufgestiegen, denen ein politisches Bewusstsein ebenso zueigen ist wie das Wissen um die Zwänge der Weltmarkteingebundenheit. Sollten diese aufgeklärten Technokraten sich durchsetzen, könnte Kuba zu einer "ärmeren" Variante der ehemaligen schwedischen Sozialdemokratie werden. Realistischer dürfte jedoch das Vorbild Costa Ricas sein: Eine semi-abhängige Position in der Verwertungskaskade des Weltmarkts mit funktionierendem Staatsapparat - gemessen an den Standards anderer Länder der Region - und sozialer Basisversorgung.

Keine revolutionären Aussichten, aber genauso wenig das Ende des sozialen Experiments Kuba. Viele KubanerInnen versichern, dass es schon einmal schlimmer war und dies keine Zeit zum Trübsal blasen sei - "La vida es silbar" - das Leben, ein Pfeifen.

Volker Lehmann

17. Die Party muss noch warten. Mosambiques Gläubiger zeigen kein Erbarmen

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Mozambik · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:28

Wenige Monate nach der Flutkatastrophe in Mosambique sind die Kamerateams abgezogen - das Land ist den hiesigen Medien kaum mehr eine Nachricht wert. Der Thrill, den große Naturkatastrophen bieten, ist verflogen. Die Zerstörung großer Teile Mosambiques hat aber dem Thema "Schuldenerleichterung" neue Nahrung gegeben. Tatsächlich zählt Mosambique zu den ersten Ländern, die einen Teilerlass ihrer Schulden im Rahmen der HIPC-Initiative des IWF und der Weltbank erhalten sollen - doch der Preis dafür ist hoch. Der Erlass ist äußerst mäßig, denn Mosambiques multilaterale Schulden machen nur ein Viertel seiner gesamten Auslandsschulden aus. Zudem lassen sich der IWF und die Weltbank immer neue Hürden für den Schuldenerlass einfallen. Diese muss Mosambique erfüllen, bevor es den vollständigen Erlass eines kleinen Teiles seiner Gesamtschulden - vielleicht - erhält.

In kapitalistischen Kreisen gilt Mosambique als Musterland. Ausländische Direktinvestitionen fließen ins Land und seit den letzten beiden Jahren liegt das wirtschaftliche Wachstum um etwa 10 Prozent bei einer ständig sinkenden Inflationsrate. Allerdings kommen diese Wirtschaftdaten in erster Linie deshalb zu Stande, weil der Korridor, der das südafrikanische Wirtschaftszentrum um Johannesburg mit dem Hafen in Maputo verbindet, für ausländische InvestorInnen lukrativ ist; - der Rest des Landes versinkt in Armut und selbst in dem Wirtschaftskorridor profitieren nur wenige vom derzeitigen Wirtschaftswachstum: Die Hälfte der Bevölkerung ist analphabetisch und hat kaum Zugang zu medizinischer Versorgung. In dem südostafrikanischen Land leben 70 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze.

1984 trat die Frelimo-Regierung (1) dem IWF und der Weltbank bei und erhielt 1987, nachdem das Land einer "Strukturanpassung" unterzogen wurde, erstmals einen IWF-Kredit von 37,3 Millionen US-Dollar. Mittlerweile belaufen sich Mosambiques Auslandsschulden nach Angaben von Jubilee 2000 auf über 8 Milliarden US-Dollar. Das zweitärmste Land der Welt ist nun eines der ersten, das auf eine "Schuldenerleichterung" der reichen Geberländer hoffen kann. Im Rahmen der HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries) erlässt die Weltbank Mosambiques einen Teil seiner multilateralen Schulden. Der IWF und die Weltbank gehen davon aus, dass Mosambique nach der Schuldenerleichterung in den Jahren 1999 bis 2005 durchschnittlich 73 Millionen US-Dollar zurückzahlt. In den Jahren 1995 bis 1998 lag der jährliche Durchschnitt bei 114 Millionen US-Dollar.

Mosambiques Schulden gegenüber IWF und Weltbank machen aber nur ein Viertel seiner gesamten Schulden aus. Gut die Hälfte der Auslandsschulden entfällt auf die reichen Staaten des Nordens. Entgegen ihren Ankündigungen, die bilateralen Schulden weitgehend zu streichen, haben sie es auf ihrer Gläubigersitzung (Pariser Club) im März dieses Jahres nicht geschafft, sich auf eine Schuldenstreichung für Mosambique zu einigen. Sie konnten sich gerade noch durchringen, die Schulden für dieses Jahr zu stunden. Und die privaten Banken des Nordens, denen Mosambique ein Viertel seiner Auslandsverpflichtungen schuldet, haben noch nicht einmal die Absicht, diese in absehbarer Zeit zu streichen.

Gegenüber der Mosambique News Agency (AIM-Reports) sagte Jubilee 2000, dass Mosambique auch nach der Schuldenerleichterung in diesem Frühjahr jede Woche 1,1 Millionen US-Dollar an IWF, Weltbank und Länder des Nordens zahlen muss. Die Schuldenerleichterung beträgt demnach nur schlappe 15% der ursprünglichen Gesamtschulden.

Mäßige Schuldenerleichterung

Aber nicht einmal diese mäßige Schuldenerleichterung ist umsonst zu haben: Mosambique muss dafür weitere Strukturanpassungsmaßnahmen durchführen. Mit der HIPC-Initiative des IWF und der Weltbank kann ein Land nur dann eine Schuldenerleichterung erhalten, wenn es zwei Hürden nimmt: Es muss erstens sechs Jahre lang ein Strukturanpassungsprogramm im Rahmen des ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) durchgeführt haben, um sich überhaupt für eine Schuldenerleichterung qualifizieren zu können. Zudem ist die Schuldenerleichterung selbst ein zweistufiger Prozess. Zunächst muss die Entscheidung für die Schuldenerleichterung fallen, an diese teilweise Schuldenstreichung werden jedoch noch zusätzliche

Bedingungen geknüpft und erst wenn auch diese erfüllt sind, werden die Schulden tatsächlich teilweise gestrichen.

Der erste "decision point" für Mosambique war der 8. April 1998 und der "completion point" der 30. Juni 1999. Zu den Bedingungen, die Mosambique bis zum Stichtag zu erfüllen hatte gehörte u.a. die Einführung einer Mehrwertsteuer, die Entlassung von Staatbediensteten und die Senkung von Importtarifen.

Zucker, Cashewnüsse und Wasser

Mittlerweile hat sich der IWF noch etwas Neues einfallen lassen. Das ESAF-Programm heißt nicht mehr ESAF, sondern PRGF (Poverty Reduction and Growth Facility), zu dessen Kernstück ein Poverty Reduction Strategy Paper (PRSF) gehört. Die Initiative für Strukturreformen soll nun von den betroffenen Ländern selbst ausgehen; die "Armutsstrategiepapiere" sollen unter umfassender Beteiligung der Regierungen und ihrer "Zivilgesellschaft" entworfen werden. Was sich zunächst nett anhört, ist aber nichts anderes als eine PR-Strategie und ein weiteres Hineinregieren in die Politik der HIPC-Länder. Außerdem ist bislang ungeklärt, wie im Konfliktfall zwischen Konditionalität und Partizipation entschieden wird. Aber es ist kaum anzunehmen, dass die HIPC-Länder von den Kernelementen der klassischen IWF-Politik (Privatisierung, Liberalisierung, Deflationspolitik und Ausgabenkürzung) abweichen dürfen. Schließlich behalten sich IWF und Weltbank das Recht vor, die geplanten Schuldenerleichterungen zu erlauben oder zu verweigern bzw. zukünftige Kredite von "sound policies" und "good governance" abhängig zu machen.

Die HIPC-Initiative bleibt, was sie war: ein Instrument zur Durchsetzung von Strukturanpassungen und zur Machterhaltung der Finanzinstitutionen des Nordens. Die tief greifenden Reformen werden mit dem Schlagwort "Armutsbekämpfung" legitimiert und sind nichts anderes als die Zurichtung benachteiligter Gesellschaften und deren Menschen auf die "Erfordernisse des Marktes".

Bezogen auf Mosambique benutzte der IWF die geplante Schuldenerleichterung insbesondere dazu, zwei neue Bedingungen aufzustellen. Zum einen gestattet er der Regierung nicht, die ärmsten Menschen in den ländlichen Regionen mit sauberem Trinkwasser zu versorgen und zum anderen will er Mosambique davon abhalten, die Cashewnuss-Industrie zu retten.

Das "ESAF Policy Framework Paper for April 1999 -March 2002" hält fest, dass die Regierung bis 2002 die Trinkwasserversorgung von einem bedürfnisorientierten Versorgungsmodell auf ein Modell umstellen muss, dass eine Kostendeckung, kommunales Wassermanagement und die Privatisierung der Wasserversorgung vorsieht. Übersetzt bedeutet dieser IWF-Jargon, dass die Regierung aufhören muss, Wasser an die Menschen zu geben, die es brauchen, sondern nur an diejenigen, die es sich leisten können.

Die Cashewnuss-Industrie sorgte bis vor kurzem für den Löwenanteil an den mosambiquanischen Exporten. Die Cashew-Kerne liegen in einer harten Schale, die in Mosambiques größten Fabriken entfernt werden. 1994 wurden diese Fabriken privatisiert; die Regierung behielt aber weiterhin einen Ausfuhrzoll für unbearbeitete Nüsse aufrecht, damit die neuen Besitzer Zeit hätten, ihre Fabriken zu modernisieren. Ein Jahr später zwang der IWF im Rahmen des ESAF die mosambikanische Regierung, diesen Ausfuhrzoll zurückzunehmen. Damit wurde der Export von unverarbeiteten Nüssen nach Indien erleichtert. Dort ist die Nussverarbeitende Industrie stark subventioniert und ein Großteil der Arbeit wird von Kinderhänden verrichtet. Zahlreiche Fabriken in Mosambique mussten daraufhin schließen. Mosambique produzierte früher 150.000 Tonnen Cashewnüsse, heute ist die Produktion auf 20.000 Tonnen jährlich gefallen. Die meisten der Entlassenen sind Frauen.

Mittlerweile hat die Regierung wieder einen Zoll und weitere Ausfuhrrestriktionen eingeführt, damit die Fabriken wieder öffnen können. Dies ist jedoch eine klare Verletzung des "Letter of Intent" im Rahmen des ESAF-Programms der Regierung. Auch Protektionen für die Zuckerindustrie sind dem IWF ein Dorn im Auge. Bislang gibt es einen Extrapreis für importierten Zucker, der höher liegt als der Weltmarktpreis und des im Land produzierten Zuckers. Sollte die Besserstellung des heimischen Zuckers wegfallen, sei dies für die mosambiquanische Zuckerindustrie ruinös, so die Mosambique News Ageny. Fraglich ist, wie lange sich Mosambique in diesen Fragen noch über den IWF hinwegsetzen kann.

Abgesehen davon, dass mit der HIPC-Initiative nur weitere Demütigungen und Almosen anstehen, so sind die Bedingungen, die Mosambique erfüllen muss, um sich für die HIPC-Initiative zu qualifizieren, äußerst hart. Sie mögen zur weiteren Kapitalisierung der mosambiquanischen Gesellschaft und einem freieren Welthandel

beitragen - die Armut verringern werden sie ganz sicher nicht. Der Bericht zur Situation in Afrika "Economic Commission for Africa" (ECA) der UNO von 1999 zeigt, dass sich die Versorgung von Grundbedürfnissen in zahlreichen Ländern, die ein ESAF-Programm durchlaufen haben, dramatisch verschlechtert hat. In 12 von 28 afrikanischen Ländern lag die Einschulungsrate nach Beendigung eines "Strukturanpassungsprogramms" unter der vor Beginn des Programms. In Tansania hatten die Menschen in absoluter Armut 1991 niedrigere Einkommen als 1983. Die Pro-Kopf Ausgaben für Gesundheit lagen in Simbabwe nach 1994 34 Prozent niedriger als vor der Unterzeichnung eines ESAF-Programms 1991. Und die Zahl der Frauen, die während der Geburt starben, verdoppelte sich im gleichen Zeitraum. Die Verteilung von Kondomen nahm um 43 Prozent ab, nachdem auch hierfür Gebühren erhoben wurden.

HIPC-Initiative zementiert Machtverhältnisse

Immer wieder fordern die mosambiquanische Regierung unter Präsident Joaquim Chissano, sowie NGOs (z.B. die Grupo Mocambicano para a Divida (GMD)) und Gewerkschaften die vollständige Streichung aller Schulden. Am Rande klingt dabei auch an, dass die Staaten und Banken, die jetzt Geld fordern, den Terrorkrieg der Renamo maßgeblich unterstützt haben. Doch ernsthafte Forderungen nach Entschädigung werden nicht erhoben. "Das Land wird weder jemals die Kapazität haben, alle Schulden zurückzuzahlen, noch die neuen Schulden, die bei internationalen Finanzinstitutionen aufgenommen werden", so Mosambiques Gewerkschaftsdachverband OTM. Und die mosambiquanische Tageszeitung metical schreibt: "Bislang gibt es nichts zu feiern. Heben wir die Party auf für den Tag, an dem alle Schulden gestrichen sind - und für den Tag, an dem über neue Kredite von uns selbst entschieden wird und die intelligent verwendet werden für die Entwicklung und das Wohlergehen hier. Zur Zeit versinken wir immer tiefer in Schulden, um internationale Bürokraten zu bereichern, ebenso weitgehend parasitäre Industrien wie die Beraterfirmen und transnationale Konzerne und um Kosten zu schaffen, die wieder neue Kredite erforderlich machen."

Der "Fall" Mosambique zeigt nicht nur die Unzulänglichkeit der HIPC-Initiative und die Zementierung der Machtverhältnisse durch diese Maßnahmen. Er verdeutlicht auch die Begrenztheit der Strategien, gegen die weitere Verschuldung vorzugehen. Der Bock kann nicht zum Gärtner gemacht werden - von den mächtigen Institutionen kann nicht ernsthaft erwartet werden, dass sie zu einer nachhaltigen Lösung des Armut- und Verschuldungsproblems beitragen können und wollen. Zudem erschwert die nationale Vorgehensweise der Schuldnerländer ein offensives Auftreten gegenüber IWF, Pariser und Londoner Club.

Dot Keet (2) sieht eine mögliche Lösung darin, dass alle Drittwelt-Schuldnerländer ausdrücklich und gemeinsam ihre Schulden zurückweisen: Aber sie müssten dann ebenfalls bereit sein, sich gemeinsam gegen Strafmaßnahmen der herrschenden finanziellen Institutionen und der politisch hegemonialen Mächte zu wehren. Diese Strategie verlangt sowohl politische Entschiedenheit auf der Seite der Regierenden des Südens als auch Bestrebungen, diese Lösungsmöglichkeit zum Bestandteil der internationalen Debatte zu machen. Beides ist aber bislang nicht in Sicht.

Anke Schwarzer

Anmerkungen:

1) Nachdem 1975 der portugiesische Kolonialismus auch in Mosambique seine Fahne einziehen musste, hatte die Befreiungsbewegung Frente da Libertacao de Mosambique (FRELIMO) nicht nur mit der Hinterlassenschaft der kolonialen Vergesellschaftung und dem Verlust von Subventionen, die Südafrika dem portugiesischen Regime gewährt hatte, zu kämpfen. Der rhodesische Geheimdienst baute aus heimatlosen Söldnern, Mitgliedern der Spezialeinheiten der portugiesischen Kolonialarmee und einigen FRELIMO-Dissidenten die Terrororganisation Resistencia Nacional Mosambiquana (Renamo) auf. Diese hatte die innere Zersetzung des Landes zum Ziel. Nachdem Rhodesien befreit war, übernahm 1980 der südafrikanische Sicherheitsapparat die Anleitung der Renamo. Das Apartheid-Regime hatte ebenfalls Interesse an einer Schwächung Mosambiques, da es dem südafrikanischen ANC Unterstützung gewährte.

2) Dot Keet ist Aktivistin aus dem Süden und arbeitet mit dem "Alternative Information & Development Centre" (AIDC) in Kapstadt, Südafrika zusammen. Vgl. Widerspruch 38/99, S.123-138

18. Das Drama von Sierra Leone. Akteure und Hintergrund des neuentflammten Krieges

Autor: Peter Cross und Tanja Schümer · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:38

Nach dem Ende der Geiselnahme von 500 Blauhelmsoldaten in der letzten Maiwoche will sich die UNO wieder auf die Umsetzung des Friedensabkommens für Sierra Leone konzentrieren. Doch die UNAMSIL-Mission der UNO ist gescheitert. In dem westafrikanischen Land geht der unübersichtliche Krieg unvermindert weiter. Großbritannien hat Kriegsgerät und Elitesoldaten nach Afrika geschickt und bekämpft die Revolutionary United Front

von Fodah Sankoh.

Der Krieg in Sierra Leone ist neu entflammt, obwohl das Lomé-Friedensabkommen erst letztes Jahr in Togos Hauptstadt unterzeichnet wurde. Dort hatten sich die Kriegsparteien auf eine Demobilisierung ihrer Truppen geeinigt und die Kämpfer der Revolutionary United Front (RUF) erhielten eine Generalamnestie. Doch das Abkommen baute auf den Zusagen von Warlords auf, die bereits in der Vergangenheit ihre Versprechen gebrochen haben. Nicht nur die Brutalität diese Krieges übertrifft jegliche Vorstellungskraft, sondern auch die beteiligten Akteure und die schillernden Facetten des Konflikts.

Da ist zunächst Foday Sankoh, der Anführer der RUF. Er begann den Bürgerkrieg 1991 mit dem Slogan "Macht und Vermögen für die Massen" und bediente sich einer einfachen Ideologie, welche sich gegen eine korrupte Elite vor allem städtischer Unternehmer aus Sierra Leone und dem Libanon richtete. Letztere kontrollierten den Reichtum des Landes an Mineralien. Es wurde aber schnell deutlich, dass Sankoh keinerlei Interesse an einem revolutionärem Befreiungskampf hatte.

Militärputsche und wechselnde Allianzen

Vor dem Friedensabkommen von 1999 war Sankoh wegen eines Putsches zum Tode verurteilt worden. Das Lomé-Abkommen gewährte diesem Mann aber nicht nur Amnestie, sondern seiner RUF auch vier Sitze in der neuen Regierung Sierra Leones. Ihm wurde vor allem auch weiterhin die Kontrolle über die nationalen Diamantenminen zugebilligt.

Nachdem die RUF im Mai dieses Jahres 500 Blauhelmsoldaten gefangen nahm, wurde Sankoh nach wenigen Wochen aufgespürt und steht derzeit unter Arrest. In der Vergangenheit hatte sich die RUF mit der Patriotic Front of Liberia von Charles Taylor, derzeitiger Präsident von Liberia, verbündet. Auch Taylor ist in der Wahl seiner Mittel nicht zimperlich. Beide haben in den 90er Jahren einen Krieg gegen alle Versuche geführt, in dem kleinen westafrikanischen Land eine funktionstüchtige Regierung auf die Beine zu stellen. Liberia ist jetzt für Sierra Leone die hauptsächliche Nachschubroute für Waffen und Drogen. Über Liberia wird auch ein Großteil der sierraleonischen Diamanten verkauft. Indiz dafür ist, dass Liberia vor dem Krieg im Nachbarland lediglich zwischen 100.000 und 150.000 Karat Diamanten pro Jahr exportiert hat. In den späten 90er Jahren, während der Krieg in Sierra Leone in vollem Gang war, importierte jedoch alleine Belgien aus Liberia 6 Millionen Karat Diamanten.

Die sierraleonischen Regierungen hatten der RUF wenig entgegenzusetzen. Die 90er Jahre waren geprägt von Putschversuchen und Instabilität. 1992 unternahm der gerade 26-jährige Offizier Valentine Strasser in Sierra Leone einen Militärputsch. Er ersetzte die weitestgehend vom Militär kontrollierte Regierung durch Zivilisten und hoffte, dass sich die Armee mit dem Rückzug aus der Politik verstärkt darauf konzentrieren würde, die RUF zu besiegen. Zwischen 1991 und 1995 wuchs die Armee Sierra Leones um 9.000 Soldaten. Vor allem junge, schlecht ausgebildete jugendliche Straßen- und Waisenkinder wurden rekrutiert. Tatsächlich gelang es ihm mit der Unterstützung Großbritanniens und der Regionalmacht Nigeria, der RUF weite Teile des Landes abzutrotzen.

1996 wurde Strasser aber von seinem Vize Maada Bio gestürzt. Dessen Militärregierung gab nur wenige Monate später die Macht ab und der von Nigeria und Großbritannien unterstützte Zivilpolitiker Ahmed Tejan Kabbah gewann am 15. März 1996 mit 59,9 Prozent der Stimmen die Wahlen.

Etwa ein Jahr später stürzten Teile des Militärs und der RUF den gewählten Präsidenten. Angeführt wurde der Putsch von Johnny Paul Koroma, einem jungen ungebildeten Soldaten, der während der Vergrößerung der Armee in den frühen 90er Jahren über seine eigentlich Fähigkeiten weit hinaus gefördert worden war. Seine Truppen stürmten die Hauptstadt Freetown, plünderten und verbrannten den Finanzminister am lebendigem Leib. Eine nigerianische Militärintervention stürzt Koroma und setzt den Präsidenten Kabbah wieder ein. Koroma ist mittlerweile Anführer einer unkontrollierbaren Guerillagruppe, der Armed Forces Revolutionary Council (AFRC), die früher an der Seite von Sankohs RUF gekämpft hat und heute der Regierung zur Seite steht.

Kabbah, der auch heute noch Präsident ist, bediente sich in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft der Hilfe von Sicherheitsfirmen, die bereits der frühere Präsident ins Land geholt hatte. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei Executive Outcomes, eine zur Zeit nicht mehr existierende südafrikanische Söldnerorganisation.

Diamanten, Bauxit und Rutil

Executive Outcomes ersetzte 1995 die schwache britische Söldnerorganisation Gurkha Security Group. Executive Outcomes war wesentlich erfolgreicher: Mitte 1996 hatten sie für die Regierung die Herrschaft über den Großteil des Landes zurückgewonnen. Executive Outcomes Verbindungen zu den Diamantenfirmen, die Gewährung von weit reichenden Diamantenförderungkonzessionen und Vorwürfe, dass Angestellte von Executive Outcomes am illegalen Diamantenschmuggel beteiligt seien, führte aber bald zu vehementer öffentlicher Kritik im Lande. Warum zahlte die Regierung Executive Outcomes 1,8 Millionen US-Dollar pro Monat, um 100 Söldner einzusetzen? Die öffentliche Meinung wandte sich auch gegen die Diamantenfirmen, die eng mit der südafrikanischen Söldnertruppe zusammenarbeiteten. Entsprechend einer Bedingung des Friedensabkommens vom Januar 1997 sollte Executive Outcomes aus Sierra Leone abziehen.

Aber bereits im Anschluss an Koromas Putsch im Frühjahr 1997 hatte Kabbah die britische "private militärische Firma" Sandline International beauftragt, die Hauptstadt wiederzuerobern, was auch mit Hilfe nigerianischer Truppen gelang. Damit wurde die britische Firma, die enge Kontakte zum Außen- und Verteidigungsministerium Großbritanniens hat, zur Nachfolgerin von Executive Outcomes. Obwohl Sandline International mittlerweile offiziell aus Sierra Leone abgezogen ist, wird angenommen, dass die "Firma" weiterhin in enger Verbindung zu den nigerianischen Truppen steht, die in Sierra Leone operieren. Auf jeden Fall stehen vereinzelte Söldner derzeit für alle Seiten zur Verfügung. Nach Informationen von Dr. Abdel-Fatau Musah von der Londoner NGO Centre for Democracy and Development ist Freetown ein großer Markt für selbstständige Söldner. Diese Reste von Sandline International, Executive Outcomes und verschiedene Sicherheitsfirmen der Diamentenförderer sind verfügbar für jeden, der das nötige Geld dafür aufbringen kann.

Obwohl internationale Konventionen den Einsatz von Söldnern verbieten, wird in Sierra Leone reger Gebrauch von ihnen gemacht. Auftraggeber sind - neben der Regierung - auch Konzerne, die verschiedene Rohstoffe fördern. Denn bei dem langanhaltenden Krieg geht es nicht nur darum, politische Macht zu erringen, sondern auch darum, rohstoffreiche Gebiete zu kontrollieren. Sierra Leone hat große Diamantenvorkommen, verfügt über den zur Aluminiumgewinnung wichtigen Rohstoff Bauxit und war vor dem Krieg der weltweit zweitgrößte Lieferant von Rutil, einem Mineral, in dem Titandioxid enthalten ist und das zur Stahlerzeugung verwendet wird. Die Firmen heuern Sicherheitsfirmen an, um ihre Anlagen zu schützen oder Gebiete, die die RUF erobert hatte, wiederzugewinnen. Der Diamantenkonzern De Beers arbeitete jahrelang mit Söldnern zusammen, um den "illegalen" Diamantenabbau und -handel unter Kontrolle des Monopolisten zu bringen. Und als die RUF 1995 in das Gebiet der weltgrößten Rutilmine vorrückte, engagierte die Firma Sierra Rutile Ltd. mit Hilfe der Vermittlung des britischen Waffenhändlers J&S Franklin die Londoner Sicherheitsfirma Gurkha Security Guards.

Auch die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien spielt in Sierra Leones Drama eine tragende Rolle. Die britische Regierung unterstützte lange Zeit die entmachtete Regierung Kabbahs. Nach dem Ausrufen des Waffenembargos der UNO im Juli 1997 war der britische Botschafter in Sierra Leone Verhandlungsführer bei der Entmachtung Koromas und hatte dabei Kontakt zu der Söldnerorganisation Sandline International und der von Nigeria geführten "Friedensmission" ECOMOG. Britische Waffen landen in den Händen von Kindersoldaten der sierraleonischen Armee obwohl die Regierung Kabbah als auch die britische Regierung geschworen haben, dass keine Soldaten unter 18 Jahren britische Waffen tragen werden. Auch die britischen Ausgaben von 14 Millionen Pfund für Entwaffnungs- und Reintegrationsprogramme von Soldaten in Sierra

Leone hinderte Großbritannien nicht daran, weiterhin im großen Stil Kleinwaffen und Munition für Sierraleones Armee zu liefern.

In diesem Gemengelage unterschiedlicher Interessen und wechselnder Allianzen sollte nun Ende 1999 die UN-"Friedensmission" in Sierra Leone (UNAMSIL) die Umsetzung des Lomé-Friedensabkommens, das u.a. die Demobilisierung der Rebellengruppen vorsah, "überwachen". Die mit fast 9.000 Soldaten derzeit größte UN-Mission sollte die Regierung unterstützen. Doch die Friedenstruppen sind hilflos und ohne Strategie. Die UN-"Friedenstruppen" können den Konflikt nicht langfristig lösen. Sie sind vielmehr Teil des Krieges geworden und wenden ihrerseits brutale Gewalt an.

Seit dem Scheitern der "Friedensmission" in Somalia zögern vor allem die USA aber auch andere westliche Staaten, ihre eigenen Truppen für "Friedensmissionen" der UN in Afrika zur Verfügung zu stellen. Unter dem Stichwort "African Ownership" und durch die Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten fordern sie stattdessen regionale und sub-regionale Mächte auf, Verantwortung zu übernehmen und eigene Truppen zu entsenden. Die meisten dieser Truppen sind schlecht ausgebildet, in einigen Fällen stehen sie Konfliktparteien gefährlich nahe.

Großbritannien traut der UNAMSIL nicht einmal zu, die AusländerInnen in Sierra Leone zu evakuieren und schickte schweres Kriegsgerät und Soldaten in das westafrikanische Land - und zwar nicht nur, um britische Staatsangehörige auszufliegen und den Flughafen in Freetown zu sichern. Unter den 1.500 Soldaten befinden sich die wichtigsten britischen Elitetruppen: das Luftlanderegiment der Armee, das letztes Jahr für die Nato Kosovos Hauptstadt Pristina besetzte, sowie das 42. Marinekommando, das im Krieg um die Falklandinseln an vorderster Front stand. Vor der Küste Freetowns liegt der Flugzeugträger "Illustrious" mit 13 Harrier-Kampfjets sowie fünf andere Kriegsssschiffe der britischen Marine.

Große Nachfrage nach Söldnern

Mittlerweile leiten britische Offiziere die Kämpfe auf Regierungsseite gegen die RUF. Außerdem hat die Armee dem britischen Kabinett einen Plan vorgelegt, wonach sie die Regierungsarmee in einem Schnellverfahren neu ausrüsten und ausbilden wollen, so dass in kurzer Zeit drei einheimische Elitebataillone für einen Angriff auf die von der RUF beherrschten Diamantenfördergebiete im Osten des Landes zur Verfügung stehen. (vgl. taz, 23.5.00)

Die UN-"Friedenstruppen" konnten keinen Frieden durchsetzen, an dem den Rebellen nichts gelegen ist und dessen Bedingungen sie nicht einhalten werden. Nachdem der Versuch gescheitert ist, Macht und wirtschaftliche Kontrolle unter der Regierung und den Warlords aufzuteilen geht Großbritannien dazu über, mit einer Kanonenbootpolitik die RUF besiegen zu wollen. Von einer Integration der RUF als politische Kraft ist keine Rede mehr. Großbritannien und die Regierung Sierra Leones mögen damit vielleicht die Kontrolle über verschiedene Rohstoffgebiete wiedergewinnen - Frieden werden sie damit aber nicht erreichen.

Trotz der Unübersichtlichkeit des Krieges und seiner grausamen Akteure und Hintergründe ist es einem Menschen gelungen, den Krieg in Sierra Leone zu verfilmen. In seinem Dokumentarbericht Cry Freetown wundert sich der Filmemacher Sorious Somura, dass sein Land den Preis für einen Rohstoff bezahlt, der in Sierra Leone jeden in den Wahnsinn treibt, während in den Ländern des Westens Diamanten als Symbol für Liebe, Ewigkeit und Einzigartigkeit verschenkt werden.

Peter Cross und Tanja Schümer

Der Artikel wurde redaktionell überarbeitet.

19. Wir holen uns, was uns zusteht. Soziale Aneignungsbewegung in Hamburg

Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:12

Kein Schwarzfahrer-Kongress ohne Verweis auf subversive Aneignungstraditionen. Von den Rote-Punkt-Aktionen Anfang der 70er Jahre bis zu den Nulltarif-Kampagnen der Schwarze-Katze-Gruppen in den 80ern: Schwarzfahren war immer auch ein Synonym für direkte offene und politische Widerstands- und Aneignungskonzepte. Der "Kongress der Schwarzfahrer" auf Kampnagel hat diese Traditionen mit berücksichtigt. Wir dokumentieren hier einen Redebeitrag, der an die Politik der Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in den 80er Jahren erinnert.

Ende der 80er war ich politisch im Rahmen der Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen aktiv, im Zusammenhang der sog. "Schwarze Katze"-Gruppen, benannt nach dem Symbol der schwarzen Katze auf rot-schwarzem Grund. Im Rahmen der heutigen Veranstaltung will ich ein bisschen von dem politischen Ansatz und der Praxis dieser Gruppen erzählen. Und zwar nicht nur, weil es so schön ist, sich an frühere bewegungsreichere Zeiten zu erinnern, sondern weil ich denke, dass manches von dem, was damals gemacht worden ist, auch heute brennend aktuell ist. Der Titel meiner kleinen Erzählung lautet "Wir holen uns, was uns zusteht. Soziale Aneignungsbewegung in Hamburg"

Die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen waren ein politischer Selbstorganisationsansatz, der die verschlechterten Lebensbedingungen seit den 80er Jahren zum Ausgangspunkt hatte. Während hier und in anderen Städten Leute Häuser besetzten, machten die Jobber die Bedingungen zum Thema, unter denen hier das alltägliche Einkommen und Leben organisiert werden musste. Die Schwarze Katze-Gruppen haben auf allen möglichen Ebenen für ein besseres Leben für alle gekämpft, für ein unteilbares Existenzrecht unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Altern oder Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben uns dagegen gewehrt, dass gesunde Nahrung, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Sport usw. in dieser Gesellschaft nur als Waren gekauft werden können. Wir haben uns dagegen gewehrt, dass die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse eine Frage des Geldbeutels sein soll. Wir haben uns dagegen gewehrt, dass Menschen mit geringem Einkommen mangels Kaufkraft nur als Menschen zweiter Klasse gelten sollen.

Wer kein Geld hat, erwerbslos ist, in Billig-Lohn-Klitschen schuften muss, wer alt und pflegebedürftig oder UmschülerIn ist, der und die wird von wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen: Für sie und ihn gibt es nur die kleinsten, dunkelsten und feuchtesten Wohnungen, die wenigsten Grünflächen, das ungesündeste Essen und die schlechteste Arbeit. Teure Preise in den öffentlichen Verkehrsmitteln verurteilen Einkommenslose und GeringverdienerInnen zu Immobilität und Isolation. FreundInnen zu besuchen, kann zum unerschwinglichen Luxus werden. Kino, Theater, Oper sind Kulturgüter, die allein auf Grund der hohen Eintrittspreise für viele unerreichbar sind. Schwimmbäder und Sauna, Bücherhallen, Zoo-Besuche, alles Dinge, die für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen und ihre Familien nur möglich sind, "wenn Oma zahlt". "Tatsache ist, dass schon ein stinknormaler Alltag für uns teuer wird", hieß es 1985 in einem Flugblatt der Koordination Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen.,

Schwarze Katze gegen grauen Alltag

Das, was die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in Hamburg und überregional bekannt gemacht hat, waren direkte Aneignungsaktionen, mit denen das Recht auf eine menschenwürdige Existenz hier und heute umgesetzt werden sollte: Nicht bitten und betteln, sondern Widerstand leisten, hieß die Strategie, "Wir nehmen uns, was wir brauchen", war die Parole.

"Nulltarif in allen öffentlichen Einrichtungen, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schwimmbädern, Kantinen, in Theatern und Kinos, in Bücherhallen und Pop-Konzerten. Für eine abgesicherte Existenz mit garantiertem Einkommen, gegen die Bedürftigkeits- und Zumutbarkeitsregelungen des Sozial- und Arbeitsamtes." Das waren die Forderungen der Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen am ersten Nulltarif-Aktionstag im November 1984. Doch entscheidend war nicht so sehr, dass diese Forderungen aufgestellt wurden. Viel wichtiger war, dass sie - zumindest punktuell und demonstrativ - auch durchgesetzt wurden.

Schwarzfahren heißt hochoffiziell "Leistungserschleichung". Unser Konzept war das krasse Gegenteil von "Leistungserschleichung". Das Konzept der Jobber hieß offensive und kollektive Aneignung. (Natürlich ist nebenher und quasi privat auch konventionell schwarzgefahren und eingeklaut worden, genauso wie Stromklau oder Versicherungsbetrug zum Alltag der subversiven JobberInnen gehört hat.) Wenn die Jobber im Rahmen von Nulltarif-Aktionen "schwarzgefahren sind", so hieß das, das 20, 30, 50 und mehr Leute mit Kind und Kegel, mit Transparenten und Flugblättern ohne zu bezahlen mit U- und S-Bahn gefahren sind. Es hieß, dass wir mit gezielten Regelverletzungen offen demonstriert haben, dass teure Fahrscheine eine Zumutung darstellen, die wir uns nicht gefallen lassen. "Fahrgeld ist Bargeld" hieß es damals. Das hieß auch, dass Flugblätter mit Tipps im Umgang mit Kontrolleuren verteilt wurden: Wie erkennt man sie, wie warne ich Mitreisende, wie entziehe ich mich einer Kontrolle, und wenn ich einen Fahrschein habe, wie sorge ich dafür, dass andere SchwarzfahrerInnen entkommen können. Für uns war also selbst ordinäres Schwarzfahren mehr als ein bloß individuelles Verhalten, sondern ein kollektiver Prozess: "Kommunikation ist Sabotage."

Aber der Slogan "Wir nehmen uns, was wir brauchen" galt nicht nur für die öffentlichen Verkehrsmittel. In der Nulltarif-Aktionswoche vom 7.-12. Oktober 1985 gab es spektakuläre kostenlose Besuche in Kinos, im Schauspielhaus, bei einem Udo Lindenberg-Konzert, in Schwimmbädern und bei Hagenbecks Tierpark. Immer hieß es "Vorwärts und nicht bezahlen!" Immer waren es viele Menschen, die mit Transparenten und Flugis ihr Anliegen offen erklärt und propagiert haben. Immer ist im Vorfeld zu diesen Aktionen mobilisiert worden. Und immer ist das Vorgehen offen diskutiert und geplant worden, inklusive der eventuelle Umgang mit der Polizei.

"Wir, Erwerbslose, Zivildienstleistende, Auszubildende, Schüler und Rentner gehen heute umsonst ins Theater. Auch wir wollen am kulturellen Leben teilhaben, können es uns aber wegen der Höhe der Eintrittskarten nicht leisten. Das nehmen wir nicht hin!" lautete die Erklärung für den kostenlosen Besuch beim Hamburger Schauspielhaus. Peter Zadek hatte mit der "Herzogin von Malfi" Premiere. Im Vorfeld ist nicht nur darüber geredet worden, dass auch wir uns das Recht nehmen, uns eine solche Aufführung anzusehen. Es wurde auch sehr heftig darüber gestritten, welche Art von Kultur wir eigentlich wollen, welche Art von Kulturbetrieb hier eigentlich öffentlich subventioniert wird: "Wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, wie oft wir ins Theater gehen können, sondern es selbst bestimmen. Gerade der bürgerliche Kulturbetrieb (Oper, Schauspielhäuser) bekommt Millionen von Subventionen vom Hamburger Senat. Wir fordern subventionierte Eintrittskarten, d.h. kostenlose Eintrittskarten für sämtliche Kulturbetriebe, d.h. vom Abaton (Hamburger Programmkino, ak) über Kampnagel bis zur Oper. Wir fordern eine stärkere Subventionierung der Kultur, die uns angeht, z.B. der Stadtteilkultur."

Bis zum Ende der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in Hamburg Anfang der 90er Jahre hat es immer wieder solche offenen und direkten Aneignungsaktionen gegeben. Und heute wären sie wichtiger und notwendiger denn je. Just zu Beginn der Freibad-Saison sind in Hamburg wieder mal die Preise in den Schwimmbädern erhöht worden, die nächste HVV-Preiserhöhung ist bereits angekündigt. Bücherhallen und öffentliche Bäder werden geschlossen.

Nicht bitten und nicht betteln

Nun, offenbar ist die Jobber-Tradition nicht völlig verschwunden. Anlässlich der HVV-Preiserhöhungen im letzten Jahr hat die Sozialpolitische Opposition (ein Zusammenschluss von über 100 sozialpolitischen Initiativen und Einrichtungen in Hamburg, ak) eine Nulltarifaktion in der S-Bahn durchgeführt. Und während der Erwerbslosenprotesttage des Jahres 1998 gingen die Erwerbslosen der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg "französisch einkaufen". "Mundraub in der City" lautete die entsetzte Überschrift des lokalen Hunte-Reports. In einer großen Plus-Filiale wurden mehrere Einkaufswagen voll geladen und durch die Kassen geschoben, mit einem fröhlichen "bezahlt wird nicht" auf den Lippen. Nach Rücksprache mit der Konzernleitung akzeptierte die Oldenburger Filiale den kostenlosen Einkauf, "Hauptsache, ihr macht das jetzt nicht ständig". Das anschließende Straßenfest mit 300 Leuten soll orgienhafte Ausmaße angenommen haben, aber vielleicht haben die Oldenburger Freunde da auch übertrieben.

Wie dem auch sei, das Bedürfnis nach Straßenfesten gibt es immer noch, auch in Hamburg. Und Plus-Märkte gibt's hier mehr als in Oldenburg.

20. Gefälschte Pannen und echtes Buffet. Der "Kongress der Schwarzfahrer" in der Hamburger Kampnagel-Fabrik

Autor: dk · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:13

"Junge Hunde 2000" war der Titel eines Festivals für internationalen Tanz- und Theaternachwuchs, das vom 27.4. bis zum 27.5. in den Hallen der Hamburger Kampnagel-Fabrik stattfand, der etwas anderen, experimentierfreudigeren Theater-Location in der Hansestadt. Formal und konzeptionell ungewöhnlich war dabei insbesondere der "Kongress der Schwarzfahrer", ein Projekt von Stefan Kaegi und Berndt Ernst.

Kaegi und Ernst studieren Theaterwissenschaften in Gießen und firmierten auf Kampnagel unter dem Label "Hygiene heute", und das weite Feld des "Einschleichens, Schwarzfahrens und Infiltrierens" war das Thema ihrer Inszenierung "Der Kongress der Schwarzfahrer". Die beiden Theatermacher vertreten einen für die Theatersprache sehr radikalen Begriff von Authentizität. Sie haben am 20. Mai auf der Kampnagel-Bühne im wahrsten Sinne des Wortes einen Kongress organisiert, mit allem was dazu gehört: RednerInnen, Kongress-Moderation, Podiumsdiskussion, Foyer mit Info-Tischen. Selbst das abschließende Büfett wurde nicht ausgelassen. ZuschauerInnen wie TeilnehmerInnen erhielten die obligatorischen Namensschildchen und Kongress-Mappen.

Mit Hilfe von Kleinanzeigen hatten Kaegi und Ernst über Wochen in Hamburg die ReferentInnen und SpezialistInnen für ihren Kongress gesucht und gefunden: Schüler, deren Hobby das Schwarzfahren und die Mitnahme von Gratisbüfetts bei Kongressen ist, einen ehemaligen Schiffspianisten, der aus Not schwarzfährt, BiologInnen, die über die Infiltrationsstrategien von Viren referierten, Philosophen zum Thema Anarchie und Juristen zum Thema Leistungserschleichung, Internet-Fachmenschen, VertreterInnen der Deutschen Bundesbahn, Rhetorik- und KommunikationsspezialistInnen, Werbeleute und Managementtrainer.

Die wenigen klassischen Theaterelemente waren genauso authentische Statements auf dem Kongress wie die Regie selbst: Nicht unsichtbar sondern höchst aktiv mit Funksprechgerät und Handy liefen Regisseure und HelferInnen durch die Gegend. Der einzige Schauspieler referierte über den gezielten Einsatz der Körpersprache. Der Kinderchor nutzte den Kongress als letzte Übungsgelegenheit vor einem anderen Auftritt. Der Opernregisseur erklärte das Einschleicher-Thema am Beispiel der Oper Turandot.

Der Kongress der Schwarzfahrer war ein Mammut-Event. Von 17 bis 23 Uhr dauerte das Spektakel "mit richtigen Rednern, gefälschten Pannen und echtem Büfett." Langweilig war es dabei nie, dafür garantierte schon die Bandbreite der Personen, ihrer Äußerungen und ihrer Zugangsweise zum Thema. Schwarzfahren als offenes politisches Statement oder als individuelle Verhaltensweise, Infiltrieren als Ausdruck der Subversion wie auch als Element bewusster Herrschaftstechnik. Der Kongress schillerte in vielen Farben. Und für den theatertheoritischen Laien war es mindestens eines: ein grandioses Spektakel für die Sinne.

dk

21. "Wenn es regnet, hilft nur Strammstehen." Feierlichkeiten studentischer Verbindungen

Feierlichkeiten studentischer Verbindungen in Eisenach, Marburg und anderswo

Autor: Pirmin Schreiber und Ernst Kovahl · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:10

Studentische Verbindungen sind wieder im Kommen. Dies behaupten nicht nur die Berichte der Frankfurter Allgemeinen Sonntags Zeitung und des Magazins der Süddeutschen Zeitung. Das Wiederaufleben studentischer Traditionen zeigt sich auch an den öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der Verbindungen, die in zahlreichen Städten mit reger Beteiligung der Bevölkerung durchgeführt werden. Fast immer gehören auch Revanchisten und prominente Rechtsextreme zu den Gästen. In Marburg mobilisieren dieses Jahr nicht nur die Burschenschaften zum traditionellen Marktfrühschoppen, sondern auch militante Neonazis.

Aufsehen erregte im Mai die "Festakademie 2000" im österreichischen Innsbruck. 400 Studenten aus sechs "wehrhaften Korporationen" kamen auf Einladung des Innsbrucker Congresses zusammen. Die Tiroler Tageszeitung bezeichnete die Versammelten als Mitglieder "schlagender und deutschnationaler Verbindungen". Als Referenten für eine Podiumsdiskussion wurden auch bekannte Rechtsextremisten eingeladen: Alfred Mechtersheimer, Vertreter der Deutschland-Bewegung, Hans-Helmut Knütter, "Anti-Antifa-Experte" und Junge-Freiheit-Autor, sowie zwei Autoren des FPÖ-nahen Magazins Aula. Die Diskussionsleitung übernahm Otto Scrinzi, den das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes als "rechtsextremen Altaktivisten" bezeichnet. Gegen die Veranstaltung der studentischen Korporationen demonstrierten mindestens 1.000 Menschen. Unterstützt wurden sie von dem Rektor der Universität, der den Korporationen nicht erlaubte, die Universitätsräume für ihren Festkommers zu nutzen.

Von solchen Voraussetzungen können die GegnerInnen studentischer Verbindungen an deutschen Universitäten nur träumen. In Tübingen fand 1999 nach langer Pause wieder ein "Universitätskommers" statt. Auch dieses Jahr soll am 14. Juli im nahe gelegenen Bad Krozingen der "Festkommers" mit mehreren Hundert Korporierten stattfinden. Im Gegensatz zu seinem Kollegen aus Innsbruck lässt es sich der Rektor der Tübinger Universität, Wolfgang Jäger, nicht nehmen, die Veranstaltung tatkräftig zu unterstützen. Als Festredner überbringt er ein Grußwort der Universität. Darüber hinaus wird der Justizminister aus Baden-Württemberg, Ulrich Goll, erwartet.

Neben diesen "Festkommersen" kommt jedes Jahr in der Nacht zum 1. Mai in Tübingen und Heidelberg Arbeit auf die dortigen AntifaschistInnen zu. Eine Mischung aus nicht-akademischer Bevölkerung, "Aktivitas" und "Alter Herren" singt in alter Tradition den 1. Mai an zentralen Plätzen in der Stadt ein. Solche Ereignisse dienen den Korporationen dazu, ihre Nähe zur Restbevölkerung aufzuzeigen. In "vollem Wichs" stehen Mitglieder studentischer Verbindungen neben faszinierten TouristInnen und Einheimischen, die ob solch guter alter Traditionen derart ins Schwärmen kommen, dass sie vergessen oder erst gar nicht wissen wollen, welchen Inhalt diese uniformierte Symbolik transportiert.

Allein die studentische Schärpe, das meist dreifarbige Band, das von der rechten Schulter zur linken Hüfte angelegt wird, sowie die zugehörige Mütze schaffen Identität. Sie zeigen die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe auf, die sich wiederum in die verschiedenen Verbindungen untergliedert. Das Band ist ein Relikt alter militärischer Tradition. Am Band wurden die Schwerter und Degen getragen. Die kleinen Kappen haben je nach Schnittmuster Ähnlichkeit mit Militärmützen. Auf Grund der Farbkombination der Bänder und Mützen ist es Eingeweihten oder anderen Wissenden möglich, die Korporierten ihren Verbindungen zuzuordnen. Mit den Farben lassen sich dann die nach außen getragenen "Werte" unterscheiden. Dementsprechend kann es sein, dass beim "Mai-Einsingen" in Tübingen, Heidelberg, Marburg oder anderswo ein junger Mann neben dem interessierten Touristen oder der traditionsbewussten Einheimischen steht und mit seinen Farben nach außen trägt: "Ich bin männlich und deutsch. Ich bin Patriot und bereit mit der Waffe mein Vaterland zu verteidigen, weshalb es eine Selbstverständlichkeit ist, den Militärdienst abgeleistet zu haben. Ich bekenne mich zum Darwinismus und vor allem zum Sozialdarwinismus. Nicht allen stehen die gleichen Rechte zu. Weder Mann und Frau, noch Deutschen und Nichtdeutschen. Das

hierarchische Prinzip, Befehl und Gehorsam, Weisungsberechtigung und Weisungsgebundenheit sind in unserer Gesellschaft elementar."

Sicherlich gibt es Unterschiede innerhalb der verschiedenen Dachverbände und Verbindungen. Nicht alle Verbindungen beschränken ihre Aufnahmevoraussetzung auf deutsche Männlichkeit. Die von sich selbst als "liberal" bezeichnete Toleranz der weniger reaktionären Verbindungen und Dachverbände zeigt sich aber vor allem gegenüber denjenigen Korporationen, bei denen es zum Statut gehört, elitär und ausgrenzend zu sein. In regionalen und überregionalen Vernetzungen werden die scheinbaren Differenzen ebenso überwunden wie beim gemeinsamen Bier auf dem Markt beim "Mai-Einsingen" oder im späteren Berufsleben. "Es ist natürlich etwas anderes, wenn man weiß, der andere war auch aktiv", so der frühere Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jorzig (FDP) vom Corps Hansea aus Bonn über seinen Umgang mit Ex-Innenminister Manfred Kanther (CDU) vom Corps Guestfalia et Suevoborussia aus Marburg.

Frauenfreie Räume, Mut, Ehre und ein lebenslanger Bund sind Voraussetzungen für die Verbindungsmänner, sich immer wieder aufs Neue ihre beherrschende und patriarchale Rolle zu bestätigen. Die interessierten Touristen und traditionsbewussten Einheimischen bilden dazu eine Schnittstelle. Sie reproduzieren die gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse ebenso wie der Bursche, Corps-Student, Turnerschafter, Landsmannschafter oder Sänger. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass bei den Korporationen diese Werte in Statuten normiert sind und über die alltäglichen Verhältnisse hinaus mit Ritualen wie Gruppensaufen oder Mensurfechten zur Stärkung der "Charakterfestigkeit" verstärkt werden.

Mit öffentlichen Veranstaltungen und Festkommersen kann der Gedanke der studentischen Verbindungen der Restbevölkerung nahe gebracht werden. Dabei haben sich die beiden gesellschaftlichen Gruppen trotz aller äußerlichen Unterschiede schnell gefunden. Als Instrumentarium solcher Verständigungsveranstaltungen dienen auch sogenannte "Frühschoppen".

Nach jahrelanger Pause wurde am 21. Mai 2000 im hessischen Gießen ein solcher "Frühschoppen" wiederbelebt. 200 Mitglieder aus 20 Studentenverbindungen kamen auf den Schiffenberg. In dem lokalen Zusammenschluss, der Arbeitsgemeinschaft Gießener Studentenverbindungen, ist neben der Burschenschaft Germania, dessen Mitglied, Rolf Schlierer, Vorsitzender der Republikaner ist, auch die Burschenschaft Dresdensia Rugia vertreten. Letztere kam wegen eines ihrer Mitglieder unlängst in die Schlagzeilen der Lokalpresse und verschiedener Antifa-Veröffentlichungen. Der NPD-Aktivist und Autor der Deutschen Stimme, Jürgen Gansel, gehörte zu der Gruppe, die von dem Verbindungshaus der Marburger Burschenschaft Normannia-Leipzig einen Nachbarn mit einem Luftgewehr beschossen hatte. Beim Eintreffen der Polizei soll er diese mit "Sieg Heil" und "Hitlergruß" begrüßt haben. Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Gießener Studentenverbindungen, Horst Menzinger, sagte zu Sinn und Zweck des wiederbelebten "Frühschoppens": "Diese Veranstaltung soll dazu dienen, die interkorporative Zusammenarbeit aller Verbindungen zu stärken und alle Verbindungen an einen Tisch zu bekommen." Protestaktionen waren zwar angekündigt und dementsprechend Polizei vor Ort. Der Frühschoppen verlief jedoch ungestört.

Ebenso ungestört dürfte in diesem Jahr auch das alljährliche Treffen der Landsmannschaften und Turnerschaften des Coburger Convents (CC) an Pfingsten im bayrischen Coburg ablaufen. Denn bisher ist es noch ruhig in Coburg, was antifaschistische Gegenaktivitäten anbelangt.

Dem Regenwetter und der Demonstration von rund 300 AntifaschistInnen war es letztes Jahr zu verdanken, dass beim "Wartburgfest", dem "Burschentag" in Eisenach, die PR-Veranstaltung der Deutschen Burschenschaft (DB) nicht medien- und öffentlichkeitswirksam auf der Wartburg, sondern in einer Mehrzweckhalle stattfinden musste. Bereits Dutzende Burschen und ZuschauerInnen hatten sich im Innenhof der Wartburg versammelt, als dicke Wolken aufzogen. Die von einem Alten Herren ausgegebene Parole: "Wenn es regnet, hilft nur Strammstehen" nützte nicht viel. So mussten sich die Burschen in der Mehrzweckhalle die Rede des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl anhören, die viele Burschenschafter jedoch langweilte. In den Jahren zuvor standen nämlich ganz andere Kaliber auf der Rednerliste: "Anti-Antifa-Experte" Hans-Helmut Knütter oder der Vorsitzende des revanchistischen Witikobundes, Horst Rudolf Übelacker. AntifaschistInnen aus Eisenach rufen auch dieses Jahr dazu auf, während des Treffens der Deutschen Burschenschaft vom 15. bis 18. Juni in Eisenach aktiv zu werden.

Beim diesjährigen "Burschentag" werden die Marburger Rheinfranken den Vorsitz der DB übernehmen. Die Rheinfranken stellen neben der bereits oben erwähnten Normannia-Leipzig und Germania den rechten Rand der 30 Korporationen zählenden Verbindungsszene im hessischen Marburg dar. Auf den Häusern dieser drei Verbindungen geben sich namhafte Referenten der konservativen und neurechten Szene die Klinke in die Hand: Franz Uhle Wettler, Alfred Mechtersheimer, Heinrich Lummer, Rigolf Hennig, Manfred Brunner, Horst Mahler, Hans-Dietrich Sander, Ernst Nolte, Gerhard Loewenthal, Paul Latussek und andere.

Mitglieder dieser Burschenschaften machten sich 1999 dafür stark, dass der vom Aus bedrohte "Marburger Marktfrühschoppen" weiterhin stattfinden kann. Jeweils am ersten Sonntag im Juli hatten sich mehrere tausend Burschenschafter sowie deren Familien und andere Teile der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Marburger Marktplatz eingefunden. Der "Marktfrühschoppen" ist das sichtbarste Zeichen des Marburger Korporationswesens, das sich sonst versteckt in prächtigen Villen am Schlossberg abspielt. Trotz jahrelanger Kritik des Marburger Projektes Konservatismus und Wissenschaft und der örtlichen Antifa gelang es nicht, die feiernde Mehrheitsbevölkerung mit der inhaltlichen Auseinandersetzung über das Korporationswesen und die ihr zu Grunde liegende gesellschaftliche Ordnung zu erreichen.

Erst die Verzahnung der kontinuierlichen Kritik mit militanten Aktionen rund um das Fest hat dazu geführt, dass 1999 die veranstaltende Stadtteilgemeinde sich aus der Verantwortung für das Politikum "Marktfrühschoppen" gezogen hat. 1999 übernahm aber ein Alter Herr kurzerhand die Festausrichtung, nachdem dem Allgemeinen Studierendenausschuss der Universität Marburg (AStA) der Marktplatz für ein Gegenfest verwehrt wurde. Aus dieser spontanen Festausrichtung des Alten Herren der Burschenschaft Arminia, Tilmann Pfeiffer, ist inzwischen ein Verein für die Ausrichtung des Marktfrühschoppens erwachsen.

Unterstützung bekommt dieser Verein von der neofaschistischen Szene aus dem Marburger Umland. Seit Februar rufen die Freien Kräfte aus Mittelhessen bundesweit zur Unterstützung des "erhaltenswerten Marktfrühschoppens" auf. Hier zeigt sich die Zusammenarbeit von Korporationsszene, revanchistischen und militaristischen Vereinigungen in Marburg mit dem neofaschistischen Lager.

Die örtliche Antifa mobilisiert wieder nach Marburg und möchte den Korporationen ihr Selbstdarstellungsforum nehmen. Wie schon in den Jahren zuvor veranstaltet sie eine zweitägige Gegenkampagne mit Gegenfest, Demonstrationen und weiteren vielfältigen Aktivitäten. Eine zwölfteilige Veranstaltungsreihe im Vorfeld soll den Marktfrühschoppen als das darstellen, was er ist: kein fröhliches Fest, sondern eine Demonstration reaktionärer Kräfte und der Mehrheitsbevölkerung.

Pirmin Schreiber und Ernst Kovahl

22. Mörderische Stille am Frankfurter Flughafen. Naimah Hadjar nahm sich im sogenannten Flughafenverfahren das Leben

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:21

Wer die Situation im Gebäude C 183 am Frankfurter Flughafen, dem Internierungslager für ankommende Asylsuchende, kennt, den hat der Tod von Naimah Hadjar am 6. Mai kaum überraschen können. Allein 18 Suizidversuche wurden dort in den letzten Monaten gezählt, gerade erst Ende März hatte eine Gruppe von 24 dort inhaftierten Frauen und Männern, zum Teil seit fast einem Jahr dort eingesperrt, einen verzweifelten Hilferuf an verschiedene Menschenrechtsorganisationen gefaxt.

Insgesamt 110 Plätze, 70 reguläre und 40 Notunterkünfte, stehen für das sog. Flughafenverfahren bereit. Innerhalb von 19 Tagen werden hier einige hundert Flüchtlinge jedes Jahr "abschiebefertig" gemacht, im wahrsten Sinne des Wortes. Sie gelten als nicht eingereist, und diesen Status behalten sie auch dann, wenn sie z.B. in ein Krankenhaus müssen, in dem dann ein BGS-Beamter vor der Tür sitzt.

Eigentlich haben Gerichte die Inhaftierung am Flughafen auf genau diese 19 Tage begrenzt. Ist bis dahin die Abschiebung nicht durchführbar, muss die Einreise gestattet werden. Doch Asylsuchende, deren Verfahren zwar in diesem Zeitraum abgeschlossen wurde, die aber mangels Reisedokumenten nicht abgeschoben werden können, wird Sicherungshaft in Abschiebeknästen angedroht, falls sie nicht eine Erklärung "freiwillig" unterschreiben, weiterhin im Flughafenlager zu bleiben.

So erging es auch Naimah Hajdar, die sich am 238. Tag ihrer Inhaftierung aus Verzweiflung und Angst vor der Abschiebung das Leben nahm. Die Algerierin saß seit September 1999 im "Transitbereich" des Flughafens fest. Aus Algerien war sie geflohen, weil ihr Mann dort als "Terrorist" gesucht wurde und sie von algerischen Polizisten mehrfach vergewaltigt worden war. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte ihren Asylantrag jedoch ab. Auch das Frankfurter Verwaltungsgericht befand den Asylantrag Ende September 1999 für unglaubwürdig. Der Grund: Naimah Hadjar konnte sich nicht genau erinnern, wann sie das erste Mal vergewaltigt worden war.

Nun begannen Monate des Dahinvegetierens und Wartens auf die gefürchtete Abschiebung nach Algerien im Lager auf dem Frankfurter Flughafen. Nach Auskunft des Flughafensozialdienstes hatte Naimah Hadjar im Februar stundenlange Weinkrämpfe. Am 26. Februar brach sie zusammen und musste in die Klinik. Drei Tage später widerrief sie die sogenannte Freiwilligkeitserklärung und wurde daraufhin in die JVA Frankfurt-Preungesheim in Abschiebehaft genommen. Auch da habe sie es "nicht mehr ausgehalten", so Rechtsanwalt Andreas Metzner, und die Erklärung Anfang Mai wieder unterzeichnet. Am 4. Mai brachte sie der BGS zurück in die Flughafen-Unterkunft. Zwei Tage später endete die Odyssee mit ihrem Selbstmord.

23. "Der Kranich hat erste Federn gelassen. Wir werden ihn weiter rupfen ..." Zwischenbilanz der Lutfhansakampagne

Zwischenbilanz der Lufthansakampagne von kein mensch ist illegal

Autor: h., AG3F Hanau · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:11

"Als Linienfluggesellschaft unterliegt Lufthansa der Beförderungspflicht von Personen. Gemäß Luftverkehrsgesetz (§ 21, Abs.2) muss sie grundsätzlich alle Personen mit gültigem Ticket und den erforderlichen Reisedokumenten für das jeweilige Zielland akzeptieren." (Lufthansa-Pressestelle vom

August 1999)

"Lufthansa lehnt Abschiebungen gegen den Widerstand der Betroffenen grundsätzlich ab und befördert sie seit Juni 1999 nicht mehr." (Lufthansa-Pressemitteilung vom 11. April 2000)

Dass der letzte Halbsatz der Lufthansa-Pressemittelung vom April diesen Jahres nicht der Wahrheit entspricht, soll im folgenden noch genauer erläutert werden. Doch zunächst überrascht der öffentliche Betonungswandel bei Lufthansa (LH). Hatte Lufthansa bislang jede Kritik an ihrer Beteiligung bei Abschiebungen kaltschnäuzig abgeblockt, hört sich dies seit dem 11. April alles ganz anders an.

Kein Zufall: Denn wenige Tage zuvor hatten mehrere im antirassistischen Netzwerk kein mensch ist illegal zusammengeschlossene Gruppen ihr erstes Aktionswochenende gegen die "deportation class" gestartet. Eine unter diesem Titel erscheinende Kampagnen-Zeitung war erstmals im März auf der Internationalen Tourismusmesse (ITB) in Berlin verteilt worden: von dunkelblau-orange gekleideten Damen, die gut als Stewardessen hätten durchgehen können. Erste Missstimmungen bei den anwesenden Lufthansa-Oberen waren dort unschwer zu erkennen gewesen. Wenige Tage später hatten militante AntirassistInnen den Lufthansa-Chef Weber in seiner Hamburger Villa besucht und reichlich rote Farbe hinterlassen. Am 8. April waren dann die Lufthansa-Schalter an den Flughäfen in Hamburg, Hannover und München Ziele von Protestkundgebungen. Und tags zuvor veranstalteten AktivistInnen in Seeheim-Jugenheim, in der Nähe von Darmstadt, ein Go-In im Zentralen Ausbildungszentrum der Lufthansa.

Die Nervosität steigt

Es ist anzunehmen, dass Lufthansa sich zunächst weiter unbeeindruckt gegeben hätte, wenn nicht mit einer weiteren Aktion ihr wunde Punkt getroffen worden wäre: zeitgleich waren tausende Flyer, den offiziellen Werbefaltblättern der Lufthansa täuschend ähnlich, auf Flughäfen sowie in den Auslagen von Reisebüros in zahlreichen Städten aufgetaucht. Darin wurde zum 1. Mai als "Lufthansa Special" die "deportation class" mit bis zu 30%igem Preisnachlass angekündigt, weil im gleichen Flugzeug "ein abgetrennter Bereich für die Rückführung von abgewiesenen Asylbewerbern reserviert" sei. Daraufhin dürften die Telefone bei Lufthansa heißgelaufen sein. Unter denen, die sich über dieses neue Sonderangebot der Lufthansa empörten, war auch die Münchener Vorsitzende der jüdischen Gemeinde. Spätestens jetzt musste Lufthansa ihre Deckung verlassen und eiligst eine Pressekonferenz einberufen, um sich von diesem "zynischen" Machwerk zu distanzieren und Strafanzeige zu erstatten.

"Arme Lufthansa. Militante Menschenrechtler haben der Kranich-Fluglinie in den letzten Tage übel mitgespielt!", schrieb rührselig die Bild-Zeitung, und die "deportation class" wurde nachfolgend des öfteren zum Lufthansa nervenden Pressethema.

Die Kampagne hatte damit schneller den beabsichtigten Erfolg errungen als erwartet. Lufthansa war unter Rechtfertigungsdruck geraten, offensichtlich verunsichert und das Image erstmals angeschlagen. Im Rahmen von Pressenachfragen, und um sich gegen den "absurden Vorwurf" zu wehren, vom Abschiebegeschäft zu profitieren, gestand Lufthansa dann auch ungewollt die Dimension ihrer Abschiebebeteiligung ein. 40 Millionen Passagiere transportiere Lufthansa pro Jahr, da könne bei 10.000 Abschiebungen doch nicht von Geschäft gesprochen werden. Peanuts, so lag es auf der Zunge. Die Süddeutsche Zeitung erfuhr gar von 16.000

Abschiebungen unter LH-Flugnummern im Jahr 1999, was dann nahezu die Hälfte der rund 33.000 vom Bundesgrenzschutz (BGS) in seiner Jahresstatistik aufgeführten Rückführungen ausmachen würde.

Diese Abschiebungen werden in abgestufter Brutalität durchgesetzt. Dass, nach offiziellen Angaben, ca. 90% der sog. Deportees unbegleitet fliegen, mag stimmen. Doch die angebliche Freiwilligkeit ist knallhart erzwungen: Denn die Alternative ist bei vielen Betroffenen die Fortdauer von monatelanger Abschiebehaft. 10% der "Schüblinge", und für 1998 hat der BGS 9.000 eskortierende Beamte gezählt, fliegen "begleitet", und dann nach wie vor unter Anwendung nahezu aller Gewaltmittel. Nach dem Tod von Aamir Ageeb im Mai letzten Jahres hatte Innenminister Otto Schily die allzu gewalttätigen Durchsetzungsmittel eingeschränkt, doch nach einer kurzen Schamfrist können heute sogar wieder Helme eingesetzt werden. Und Spezialisten sind, wie der Spiegel (18/2000) berichtet, mit der Entwicklung neuer Spezialhelme sowie aus den USA angelernter Fesselungstechniken beschäftigt.

Peanuts für die Lufthansa

Die Abschiebestrategen insbesondere beim BGS sorgen längst dafür, dass viele Problemausweisungen andersweitig erledigt werden: z.B. von mitgebrachtem Sicherheitspersonal der rumänischen Airline Tarom, die einmal pro Woche von Düsseldorf aus einen Sammelabschiebecharter in die Türkei fliegt. Oder, wie im Rückführungsabkommen mit Algerien festgelegt, dass Deportees schon auf den deutschen Flughäfen an Beamte dieses Staates in Maschinen der Air Algerie übergeben werden. Vor diesem Hintergrund hatte kein mensch ist illegal nicht nur auf den exemplarischen Charakter der Lufthansakampagne hingewiesen, deren Ziel darin besteht, an einem doch wichtigen Rädchen der Abschiebemaschinerie Sand ins Getriebe zu streuen. Denn auf Lufthansa, mit ihren vielen Direktverbindungen in alle Welt, ist für einen flexiblen, effizienten Abschiebeapparat schwerlich zu verzichten.

Die Behauptung, bei Lufthansa würde seit Juni 1999 nicht mehr gegen den Widerstand der Betroffenen abgeschoben, muss leider als PR-Märchen abgetan werden. Ein Leipziger Professor war noch im März 2000 Zeuge eines brutalen Abschiebeversuchs geworden. Die Crew des LH-Fluges 4115 von Paris nach Berlin hatte nicht reagiert, bis der Professor dem Kapitän juristische Konsequenzen androhte. Daraufhin wurde der Flug abgesagt. Vom Januar 2000 datiert ein anderer Abschiebungsfall mit Lufthansa in den Sudan, ein Land, in das fast ausschließlich mit Lufthansa abgeschoben wird. Gefesselt war ein protestierender Flüchtling von Gera bis zum Frankfurter Flughafen gebracht worden. BGS-Beamte setzten ihn ins Flugzeug und ließen ihn mit dem Versprechen zurück, dass er ja bei der Zwischenlandung in Kairo aussteigen könne. Doch in Kairo verweigerte der Kapitän die Herausgabe der Pass-Dokumente und zwang den Sudanesen zum Weiterflug.

Dieser Vorfall, der die offensichtliche Zusammenarbeit von BGS und Flugkapitän beweist, deutet auf eine Praxis hin, die sich offiziell natürlich nicht belegen lässt. Vermittelt von der Lufthansa-Sicherheitsabteilung bucht der BGS Deportees auf die Flüge, bei denen er sich der Unterstützung oder zumindest Gleichgültigkeit bestimmter Piloten sicher sein kann. Kommt es zu Zwischenfällen, dann landen die entsprechenden "flight reports" wiederum in der Sicherheitsabteilung der Lufthansa, die alles daransetzt, dass nichts an die Öffentlichkeit gerät. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass noch zahlreiche, auch unmittelbar gewalttätige Abschiebungen mit Lufthansa stattgefunden haben bzw. weiter stattfinden.

Dass Lufthansa erst im vergangenen Monat, also fast ein Jahr nach ihrem angeblichen Beschluss, in der MitarbeiterInnenzeitung "Lufthanseat" davon berichtet, keine Abschiebungen gegen den Widerstand der Betroffenen durchzuführen, und dass bis heute keinerlei entsprechende Anweisung an das Flugpersonal ergangen ist, beweist einmal mehr, dass es um einen Showeffekt und allein darum ging, der "deportation class"-Kampagne und der damit verbundenen öffentlichen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Vor dem Showdown

Doch diese Taktik scheint nicht aufzugehen. Zu einem zweiten Aktionstag gegen die "deportation class" anlässlich des Todestages von Aamir Ageeb Ende Mai kam die Lufthansa erneut ins Schwitzen. In Bremen kündigten Aktivistinnen an, die Lufthansa-Pilotenschule zu besuchen und zum Gespräch zu fordern. Hektische Reaktionen auf Presseanfragen und ein von Polizei abgeriegeltes Schulungsgebäude waren die Folgen. An mehreren Flughäfen fanden Demonstrationen statt, adrette "FlugbegleiterInnen gegen Abschiebungen" waren am Kölner Flughafen im Einsatz, in Frankfurt wurde eine Gedenktafel aufgestellt. Mittlerweile kursiert auch ein erster internationaler Aufruf, in dem der Lufthansa Proteste gegen die "deportation class" in Stockholm oder

Amsterdam angekündigt werden. Gleichzeitig reist nun eine kleine Ausstellung mit Plakatentwürfen und Texttafeln zur Lufthansakampagne umher, ab Mitte Juni wird sie bei Anti-Expo-Veranstaltungen in Hannover zu sehen sein.

Ein vorläufiger Höhepunkt des Protestes steht der Lufthansa demnächst in Berlin ins Haus. Am 15. Juni tagt im ICC die jährliche Aktionärsversammlung. Die feindliche Übernahme ist zwar noch nicht vorgesehen, doch kritische Aktionäre und aktionistische KritikerInnen dürften dieser Veranstaltung eine brisante Stimmung verschaffen. Arme Lufthansa.

h., AG3F Hanau

Aktuelle Infos, auch zu den Planungen am 15.6. über 0172/8910825 (Kampagnenhandy) sowie über die Webseite: www.deportation-alliance.com

24. Rassismus justiziabel. Interview mit Uwe Remus, dem Rechtsanwalt der kurdischen Familie Akyüz

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:08

ak: Die Abschiebung Ihres Mandanten Abdulcabbar Akyüz bzw. die Entscheidung der Wiesbadener Ausländerbehörde, die ganze elfköpfige Familie Akyüz müsse Deutschland verlassen, hat für bundesweites Aufsehen gesorgt. (vgl. ak 438) Wie kam es dazu?

Uwe Remus: Zur aktuellen Situation vorab dies: Herr Abdulcabbar Akyüz muss sich zur Zeit in der Türkei versteckt halten. Er ist nach seiner Abschiebung am 17. Februar diesen Jahres verhört, misshandelt und gefoltert worden. Um weiteren Misshandlungen und Folterungen zu entgehen, hält er sich zur Zeit an wechselnden Orten in der Türkei versteckt.

Die Besonderheit des Falles der Familie Akyüz liegt darin, dass mittlerweile ausführlich dokumentiert worden ist, dass in der Vergangenheit sowohl der Vater als auch andere Familienangehörige von türkischen Sicherheitskräften mißhandelt und gefoltert worden sind. Trotzdem haben die deutschen Behörden - damit meine ich das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, aber auch das Verwaltungsgericht Wiesbaden und die Ausländerbehörde Wiesbaden - sowohl Herrn Abdulcabbar Akyüz als auch die anderen Familienmitglieder zur Abschiebung freigegeben.

Fakt ist: Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden muss als eine Weigerung gewertet werden, auf neue Fakten überhaupt einzugehen. Es wird schlichtweg behauptet, die erst vor einiger Zeit vorgebrachten Angaben, in der Türkei Opfer von Folter und sexueller Gewalt geworden zu sein, seien "verbraucht", weil sie erst kürzlich erfolgten.

Dabei ist es in der Folter- und Traumaforschung Stand, dass Folteropfer häufig nicht von Anfang an über ihre Erlebnisse, über Folterungen reden können, sondern dafür eine Zeit brauchen. Manche Personen sind überhaupt nicht in der Lage, von ihren Foltererlebnissen zu berichten. Es darf keine Rolle spielen, wann die Opfer von Folterungen und sexueller Gewalt ihre Erlebnisse in das laufende Verfahren einbringen.

Nach der neuesten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vom September 1999 muss ein neuer Vortrag unabhängig von Fristen bezüglich Abschiebungshindernissen gemäß § 53 Ausländergesetz auf jeden Fall geprüft werden: Selbst dann, wenn es erst kurz vor der Abschiebung ist.

Das heißt, die Justiz hat sich hier nicht mal an die "eigenen Gesetze" gehalten?

Genau, denn auf diese neue Rechtsprechung ist das Verwaltungsgericht Wiesbaden nicht eingegangen. Der Beschluss des Verwaltungsgerichts Wiesbaden enthält stattdessen eine Verschwörungstheorie gegenüber den Dorfbewohnern im Heimatdorf der Familie Akyüz. Den Dorfbewohnern wird unterstellt, dass sie einem Stern-Reporter das erzählt hätten, was dieser hören wollte. Diese Verschwörungstheorie ist abwegig und inzwischen durch die Recherchen eines ZDF-Fernsehteams widerlegt.

Was hat denn der Stern-Reporter heraus gefunden?

Dem vor Ort recherchierenden Stern-Reporter und dem ZDF-Fernsehteam wurde von verschiedenen Personen das bestätigt, was die Familie in der Vergangenheit erklärte: Herr Abdulcabbar Akyüz sollte Dorfschützer werden. Nachdem er sich weigerte, geriet er unter PKK-Verdacht. Er wurde danach mehrfach festgenommen und gefoltert.

Das Gleiche passierte mit dem ältesten Sohn der Familie, der sich ja noch in der Bundesrepublik aufhält.

Diese Rechercheergebnisse des Stern und des ZDF-Fernsehteams haben nochmals das belegt, was das Verwaltungsgericht Wiesbaden nun nicht wahrhaben will.

Es gibt in diesem Fall auch ein Gutachten, das in dem Verfahren erstaunlicherweise ebenfalls keine Rolle gespielt hat?

Es gibt sogar zwei Gutachten vom Psychosozialen Zentrum für Opfer von Folter und organisierter Gewalt in Frankfurt am Main. Eine Beratungsstelle, die seit über zwanzig Jahren existiert und führend ist bei der

Behandlung von Folteropfern. Danach sind sowohl Frau Akyüz als auch der älteste Sohn der Familie Opfer von sexueller Gewalt geworden. Das Gutachten besagt, dass sie schwer traumatisiert und dass sie dringend behandlungsbedürftig sind. Darüber hinaus gibt es noch ein Vorgutachten für Herrn Abdulcabbar Akyüz, in dem Herrn Akyüz ebenfalls schwere Traumatisierungen attestiert worden sind.

Das Gutachten konnte nicht mehr fertiggestellt werden, da Herr Akyüz von der Ausländerbehörde Wiesbaden in Abschiebehaft genommen wurde und sich inzwischen in der Türkei befindet.

Warum haben diese Gutachten in dem Verfahren keine Rolle gespielt?

Die Gutachten datieren auf den 27. März diesen Jahres. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden hat sich auf den nicht haltbaren Standpunkt gestellt, dass der Vortrag, in der Türkei Opfer sexueller Gewalt geworden zu sein, "verbraucht ist". Meine Mandanten haben diesen Vortrag vorher nicht eingebracht - aus meiner Sicht aus verständlichen Gründen. Es ist ihnen nicht vorwerfbar, dass sie erst jetzt von dieser Gewalt berichten können.

Das Gericht hat darüber hinaus im Verfahren gegen Frau Akyüz grundsätzlich Kritik am Gutachten geübt. Es wurde bemängelt, dass keine vereidigte Dolmetscherin tätig gewesen sei. Hierzu ist anzumerken, dass der Richter, der hier entschieden hat, weder Frau Akyüz noch den ältesten Sohn der Familie je persönlich gesehen hat. Es wäre erste Pflicht des Gerichts gewesen, sich einen persönlichen Eindruck von der Glaubhaftigkeit meiner Mandanten zu machen. Es wäre zudem Verpflichtung des Gerichts gewesen, die Diplom-Psychologin, die die beiden Gutachten erstellt hat, als sachverständige Zeugin in dem Verfahren zu vernehmen. All das ist nicht passiert

Ich habe u.a. beantragt, falls Zweifel an dem Gutachten aus Frankfurt bestehen, ein weiteres Gutachten vom Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin einzuholen. Diesem Antrag ist ebenfalls nicht nachgegangen worden. Ich sehe das als schweren Verstoß gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs und habe das entsprechend in der Verfassungsbeschwerde vermerkt.

Wie geht es jetzt auf der juristischen Ebene weiter?

Wir haben zur Zeit nur Entscheidungen in Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden, die Hauptverfahren laufen noch. Die Eilverfahren habe ich angegriffen mit einer Verfassungsbeschwerde und einer einstweiligen Anordnung beim Verfassungsgericht in Karlsruhe. Hierzu ist noch keine Entscheidung ergangen. Sollte die Entscheidung positiv sein, bleibt die Familie hier und es wird weiter vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden verhandelt. Sollte das Verfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde bzw. die einstweilige Anordnung ablehnen, werde ich Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg erheben.

Dieses Beispiel offenbart eine erschreckende Praxis im Umgang mit Flüchtlingen. Dennoch: Von Hilfsorganisationen wird jetzt darauf hingewiesen, dass dies kein Einzelfall sei. Wie sind die Erfahrungen in diesem Bereich?

Das Verfolgungsschicksal der Familie Akyüz ist in der Tat kein Einzelfall. Allein in meiner Praxis - ich bin ausschließlich im Asyl- und Ausländerrecht tätig - habe ich solche Vorgänge leider dutzendfach. Die Besonderheit bei der Familie Akyüz ist, dass sich eine Reihe von Leuten sehr intensiv um die Familie kümmern, u.a. aus Kirchenkreisen und von Seiten des Wiesbadener Flüchtlingsrates, hier Öffentlichkeitsarbeit leisten und die Sache deshalb bekannt wurde. Das ist leider nicht immer möglich.

Hinter dem Fall der Familie Akyüz steckt ein strukturelles bzw. politisches Problem - das politische Problem heißt: In der Bundesrepublik Deutschland ist die herrschende Politik, speziell die Asyl- und Ausländerpolitik, darauf ausgerichtet, den Zuzug von Ausländern und Asylsuchenden zu verhindern. Aus diesem Grund ist das Grundgesetz 1993 geändert worden, aus diesem Grund wird die Rechtsprechung immer restriktiver. Und aus diesem Grunde werden auch die Verwaltungsvorschriften und das Handeln der zuständigen Behörden noch restriktiver.

Ich sehe den Grund für diese Entwicklung darin, dass bis tief in die Poren dieser Gesellschaft eine rassistische Grundhaltung anzutreffen ist, die ihren Ausdruck auch in den Gesetzen, Vorschriften und der Rechtsprechung findet.

Am Ende noch mal zurück zu dem konkreten Fall in Wiesbaden: Welche Möglichkeiten, zu einer anderen Entscheidung zu kommen, hat die dortige Ausländerbehörde gehabt? Von der Gruppe kein mensch ist illegal, Wiesbadenwird dem CDU-Oberbürgermeister Hildebrand Diehl und dem Leiter der Ausländerbehörde, Winnrich Tischel, vorgeworfen, mit Falschaussagen und irreführenden Behauptungen an die Öffentlichkeit gegangen zu sein, um eine "unmenschliche Entscheidung" in ein anderes Licht zu stellen.

Tatsächlich hätte die Ausländerbehörde von der Abschiebung von Herrn Akyüz absehen müssen, als im Vorgutachten des Psychosozialen Zentrums attestiert worden ist, dass Suizidgefahr besteht und schwere Traumatisierungen feststellbar sind. Der normale Weg wäre gewesen, ein Gutachten beim Gesundheitsamt in Auftrag zu geben, ob das Gutachten des Psychosozialen Zentrums zutrifft. Und wenn das Gutachten des Gesundheitsamts dies bestätigt hätte, wäre der nächste Schritt gewesen, Herrn Akyüz eine Duldung gemäß § 55 Absatz 2 des Ausländergesetzes zu erteilen. Das ist eine Möglichkeit, die besteht auf Grund des für alle geltenden Grundrechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit gemäß Artikel 2, Absatz 2 Grundgesetz. Und das hat die Ausländerbehörde in eigener Kompetenz zu überprüfen. Das Gleiche gilt für die anderen Familienmitglieder. Auch hier hätte die Ausländerbehörde Wiesbaden Duldungen ausstellen müssen.

Die Ausländerbehörde hat stattdessen nicht einmal erste Prüfungsschritte unternommen, obwohl ihnen die psychologischen Gutachten bekannt waren. Aber wenn sie glaubt, damit sei die Sache erledigt, hat sie sich getäuscht.

Das Interview führte Thomas Klein

25. Selbstorganisation gegen Pogrome. ImmigrantInnen in El Ejido setzen sich gegen Angriffe zur Wehr

Autor: Joachim Siemers · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:40

Anfang Februar machten große Teile der Bevölkerung im 50.000-Leute-Ort El Ejido im Süden Spaniens Jagd auf ImmigrantInnen. Sie brannten ihre Unterkünfte, Autos und Geschäfte nieder und griffen Gebetshäuser an. Tausende von Menschen waren an diesem Pogrom beteiligt, das vom örtlichen Bürgermeister, der Stadtpolizei, Mitgliedern der Partido Popular (PP, die regierende "Volkspartei") sowie örtlichen und angereisten Faschisten durchgeführt wurde. Geplant wurde die Aktion vom PP-Bürgermeister Juan Enciso und von seinem Bruder Paco, der gleichfalls ein öffentliches Amt im Ort inne hat. Die Situation hat sich bis heute nicht grundlegend geändert; noch immer werden ausländische ArbeiterInnen im Ort bedroht und angegriffen; der Großteil der 15- bis 20.000 ImmigrantInnen lebt weiterhin in äußerst prekären Verhältnissen auf den großen Gemüseplantagen, in einfachsten Wohnunterkünften meist ohne fließend Wasser und Strom und ohne Verkehrsanbindungen. Gegen die rassistischen Angriffe setzen die ImmigrantInnen Formen der Selbstorganisierung, die in den letzten Wochen verstärkt wurden.

Bis heute gibt es, trotz zahlreich vorhandener Filmdokumente und Fotos, keine Verhaftungen von Attentätern. Stattdessen werden unter dem Vorwand des Drogenbesitzes die ausländischen ArbeiterInnen in der Stadt und auf den Landstraßen durch Ausweiskontrollen und Leibesvisitationen durch die Polizei drangsaliert. Die Anwesenheit von 600 Polizisten einer Sondereinheit, ursprünglich eingesetzt, um weitere Attacken zu verhindern, führten nicht zu einer Reduzierung der Drohungen gegen ImmigrantInnen und Linke in der Region. Rund 2.000 Immigranten waren gezwungen, den Landkreis zu verlassen und in anderen Orten nach Arbeit zu suchen. Auch örtliche Oppositionelle sind vor der anhaltenden Pogromstimmung geflüchtet. Den "Fortschrittlichen Frauen" wurde im Februar das Lokal angezündet, einer Mitarbeiterin der Laden verbrannt. Bis heute konnten sie nicht zurückkehren. Das Gleiche geschah mit Läden, Autos und anderem Eigentum von ImmigrantInnen. Für diese entstandenen materiellen Verluste wurde die Zahlung von Entschädigungen gefordert.

Neues Ausländergesetz

Während der Regierungsvertreter in der Provinz antirassistische Demonstrationen verbietet, durfte die faschistische "Plattform 2000" Info-Stände aufbauen und ein Treffen in einer örtlichen Schule veranstalten. Der Chef der Ortspolizei erschien dazu in Zivil. Die PP engagierte die lokale "Vereinigung Arbeitsloser über 40", um Hetzflugblätter gegen Linke verteilen zu lassen. Es ist keine "Ruhe" eingetreten in El Ejido, wie Regierung und Medien behaupten; die "Normalität" bedeutet weiterhin Terror gegen ausländische ArbeiterInnen.

Ein zentraler Aspekt im Selbstorganisierungsprozess der ImmigrantInnen liegt in der Erlangung eines legalen Aufenthaltsstatus. Von der spanischen Regierung wird diese Frage im neuen Ausländergesetz und dem Gesetz "Regulierung 2000" behandelt. Letzteres sieht vor, dass AusländerInnen aus Nicht-EU-Staaten zur Legalisierung ihres Aufenthaltes belegen müssen, dass sie vor Sommer 1999 eingereist sind und bis Ende März 2000 eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis beantragt haben. Die offiziellen Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 80.000 Menschen ihren Aufenthalt dadurch legalisieren könnten. Um die Anzahl der Anträge möglichst gering zu halten, müssen die AntragstellerInnen den Nachweis ihrer Ankunft vor Sommer 1999 beweisen. Wie ernst die Behörden dieses "Angebot" nahmen, zeigte sich im März, als die ersten AntragstellerInnen vor den Ausländerbehörden bereits im Morgengrauen lange Warteschlangen bildeten. Die Ämter waren in keiner Weise auf diesen Andrang vorbereitet und konnten die Anträge nicht bearbeiten. Die Antragsbearbeitung bestand dann in Knüppeleinsätzen durch die Polizei.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der EinwanderInnen in der Provinz Almería sind unmenschlich. Viele leben in ehemaligen Geräteschuppen oder Viehställen neben den Treibhäusern. Zumeist haben die nur notdürftig reparierten Unterkünfte weder Wasser noch Strom. Die ArbeiterInnen erhalten für ihren bis zu zehnstündigen Arbeitstag nur rund 70 DM. Sie arbeiten sechs Tage die Woche unter den Plastikplanen der Gewächshäuser, in denen es im Sommer bis zu 50 °C heiß ist. Bei "schlechtem" Ertrag wird der Lohn um bis

zu 50% gekürzt. Hinzu kommt der Einsatz von Chemikalien, der teilweise Vergiftungserscheinungen bei den ArbeiterInnen auslöst.

Der "Integrationsplan 2000" des Bürgermeisters Enciso sah vor, mit umgerechnet 280 Mio. DM diese Verhältnisse zu "neo-liberalisieren". Er plant, mit dem Geld, das er bei der andalusischen Regierung beantragt hat, die Landgüter aufzupolieren und die Landstraßen zu verbessern. Die ArbeiterInnen sollen weiterhin bei ihren Arbeitsplätzen wohnen; es soll für sie spezielle Busse zum Krankenhaus und zum Einkaufszentrum geben. Die Kontrolle wird nach diesem Plan durch mehr Polizei vervollständigt; am liebsten hätte Enciso die Guardia civil zu Pferde, "wie in alten Zeiten". Ein Mitglied des Rates der ImmigrantInnen bezeichnete dieses Vorhaben als "neoliberale, faschistische Apartheids-Strategie".

Besetzung und 1. Mai

Diese Bedingungen hatten schon weit vor den Pogromen im Februar zu Gegenmaßnahmen der ausländischen ArbeiterInnen geführt. Hauptforderungen waren würdige Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Reaktion der Kleinkapitalisten auf die Selbstorganisierung ließ nicht lange auf sich warten. Neben direkten Einschüchterungsversuchen gab es Anklagen wegen angeblichen Drogenhandels, v.a. gegen marokkanische Arbeiter. Ein "Abkommen" über die Arbeitsbedingungen schrieb dann die bisherige Sklavenarbeit bezüglich Stundenzahl und Lohn fest. Doch aus Gruppen und Komitees wurden Organisationen, zuerst von EinwanderInnen der jeweiligen Länder, bis schließlich die Koordination der Immigrantenvereinigungen Almerías gegründet wurde, die nach dem Pogrom im Februar maßgeblich an der Organisierung eines Streiks beteiligt war, der täglich zig-Millionen DM Verluste bewirkte. Besonders effizient wurde der Streik durch die Beteiligung der Einpackerinnen, die sich weigerten, die eingefahrene Not-Ernte zu verpacken. Durch den Streik konnte die Koordination Verhandlungen mit dem Bürgermeister und der Regierung erzwingen, bei denen es zunächst um ein Sofortprogramm ging mit dem Ziel, Wohnungen zu schaffen und die ca. 600 Menschen zu entschädigen, denen durch die Angriffe materielle Verluste entstanden waren. An diesen Verhandlungen waren auch die von der Caritas gegründete NGO, die eurokommunistische Comisiones Obreras (CC.OO.) und die sozialdemokratische Union General de Trabajadores (UGT) beteiligt. Von beiden Gewerkschaften hatten die ImmigrantInnen in der Vergangenheit keine Unterstützung erhalten.

Neue Verhandlungen erkämpft

Doch die bei den Verhandlungen erzielten Vereinbarungen wurden nicht eingehalten. Der Bürgermeister war nicht bereit, "auch nur einen Quadratmeter Land im Ort zur Verfügung zu stellen". Die gezahlten Entschädigungen waren angesichts der entstandenen Schäden verschwindend gering. Sie betrugen oft nur einige hundert Mark und sollten darüber hinaus nur für ca. 200 Leute bereit gestellt werden. Bei einer Nachverhandlung paktierten schließlich die NGO und die Gewerkschaften mit den Institutionen - nachdem sie die VertreterInnen der ImmigrantInnen faktisch ausgeschlossen hatten. Diese beschlossen, nunmehr endgültig ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und traten aus dem "Runden Tisch für die soziale Integration der Immigranten in Almería" aus. Ihre bisherigen Erfahrungen mit den NGOs hatten sie bereits äußerst skeptisch werden lassen, zumal eine "Integration" von Menschen, die verurteilt sind, in Gettos auf den Feldern zu leben, eine absurde Angelegenheit ist. Der Aktionsplan des Bürgermeisters bestand darin, in 17 Kilometer Entfernung vom Ort, mitten zwischen Treibhäusern, eine Containersiedlung ohne Wasser und Strom zu installieren, die als "Wohnraumbeschaffung" propagiert wurde .

Um den Widerstand ins Leere laufen zu lassen, wurden vermehrt ArbeiterInnen aus Osteuropa angeworben. Bereits vor dem Streik hatte die Stadtverwaltung diesen Plan gefasst, um durch Spaltungen die bisherige Ausbeutung und Kontrolle aufrecht zu erhalten. Durch die Schaffung einer gemeinsamen Organisation konnte dieser Absicht bisher entgegen getreten werden. Die Koordinierung der Aktivitäten wird jedoch durch die verstreuten Unterkünfte der ImmigrantInnen erschwert.

Da auf dem Verhandlungswege die Einhaltung des Abkommens vom Februar nicht erreicht werden konnte, entschlossen sich die ArbeiterInnen, in der Woche vor dem 1. Mai eine Besetzung durchzuführen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am 24. April wurde ein Raum im Gewerkschaftshaus von Almería besetzt. Die Minderheitsgewerkschaften CGT und CNT unterstützten die Besetzung. An der Besetzung waren zeitweise bis zu 200 Menschen beteiligt. Zusätzlich wurde eine Demonstration zum Gebäude des Vertreters der Zentralregierung in der Provinz organisiert, bei der Solidaritätsunterschriften übergeben wurden. Dieser rief

die Polizei und ließ sein Amtsgebäude räumen, woraufhin sich die BesetzerInnen wieder in das Gewerkschaftshaus zurückzogen.

Am 1. Mai ergriffen die ausländischen ArbeiterInnen die Initiative und riefen zu einer gemeinsamen Demonstration aller ArbeiterInnen in Almería auf. In ihrem Manifest stellten sie dreizehn Forderungen auf, für die sie auf die Straße gingen. Diese reichten von der umgehenden Ausstellung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen für alle, die aus dem neuen Gesetz "Regulierung 2000" herausfallen, über die Schaffung von Wohnraum für ImmigrantInnen und bedürftige SpanierInnen unter eindeutiger Ablehnung der Containergettos. Weiterhin forderten sie die Verfolgung der Attentäter vom Februar, die Anwendung des Landarbeiter-Tarifvertrages, die Einführung der 35-Stunden-Woche, das Verbot von Überstunden und die Ablehnung der prekären Arbeitsverhältnisse, in denen fast 100% der Jugendlichen und Frauen in der Provinz arbeiten. An der Demonstration beteiligten sich rund 4.000 Leute, im Gegensatz zur offiziellen Demo des "Tisches für die Integration" die nur 1.500 Menschen versammeln konnte.

Blutiges Gemüse aus dem Süden

Die Besetzung des Gewerkschaftsgebäudes wurde aufrecht erhalten. Die Aktionen führten nun zu ersten Erfolgen: Die Forderung der BesetzerInnen nach direkten Verhandlungen mit Vertretern der andalusischen Regierung, des Innenministeriums und des Madrider Regierungsdelegierten in der Region, ohne Beteiligung der "Vermittler" des "Integrationstisches", wurde erfüllt. Am 4.5. gab es das erste Treffen auf dieser Ebene, bei dem Zusagen bezüglich der wichtigsten Forderungen der ImmigrantInnen gemacht wurden: Zahlung der Entschädigungen in voller Höhe und an alle Betroffenen, keine Containersiedlungen, Bau von neuen Wohnheimen und Renovierung der vorhandenen bis zum Spätsommer, Legalisierung der EinwanderInnen, die von der "Regulierung 2000" ausgeschlossen bleiben und eine Extra-Klausel in diesem Gesetz für Almería, die besagt, dass die Anträge aus dieser Region vor Ort bearbeitet werden, da hier ein großer Teil der ImmigrantInnen lebt.

Mit diesen Verhandlungsergebnissen im Rücken wurde die Besetzung am folgenden Tage beendet. Wie diese Verhandlungsergebnisse umgesetzt werden, ist zur Zeit noch offen. Der Widerstand in El Ejido ist gleichzeitig antirassistisch und klassenkämpferisch. In einigen Orten Spaniens wurden Unterstützungskomitees gegründet.

In Barcelona führte die Arbeit der Unterstützungsplattform, der verschiedenste Gruppen und Organisationen aus autonomen, kommunistischen, ökologischen, studentischen, internationalistischen, antifaschistischen u.a. Spektren angehören, relativ spontan zu einer gemeinsamen Kundgebung aller interessierten ArbeiterInnen im Anschluss an die 1.-Mai-Demo. Transparente mit dem Slogan "Kämpfe mit den Einwander-ArbeiterInnen aus El Ejido!" wurden an mehreren Orten in der Stadt aufgehängt und in den verschiedensten Blöcken der 1.-Mai-Demo mitgeführt. In der Hauptstadt Kataloniens fand Ende April ein dreitägiges Protestcamp vor einem Abschiebeknast statt, während dessen ein dutzend Zelte an der vielbefahrenen Straße aufgestellt wurde, an der das Gefängnis liegt. Die von der Gruppe "Papiere für Alle" durchgeführte Aktion war von mehreren Veranstaltungen (u.a. über El Ejido) und täglichen Kundgebungen vor dem Knast begleitet.

Joachim Siemers, Barcelona

26. Illegal. Geächtetes Leben in einer verbotenen Welt

Autor: Kambiz Behbahani · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:29

Bis zu einer Million Menschen leben in Deutschland ohne Papiere. Sie haben keine Aussicht auf eine Lösung ihrer Probleme. Gewöhnlich sind sie kein Thema. Für die meisten Menschen, die "legal" hier leben, sind sie gar nicht vorhanden.

In Frankreich heißen sie wenigstens die "Papierlosen". Hier sind sie die "Illegalen". Dank einer kürzlich von der katholischen Kirche herausgegebenen Studie "Illegal in Berlin" wird derzeit wieder über jene Menschen gesprochen, die hier ohne ein Aufenthaltsrecht leben. Die Studie gibt die Zahl der in der Hauptstadt lebenden "Illegalen" mit bis zu 100.000 an. Die Menschen ohne Papiere vegetieren in ganz Deutschland wie auch in den anderen Ländern Europas als neuzeitliche Vagabunden.

Während die Politik in Bund und Ländern so tut, als ob diese Menschen tatsächlich nicht existierten, herrscht in der Wirtschaft ein reges Interesse an ihnen. Genauer gesagt, an ihrer Arbeitskraft. Denn die Betroffenen, die offiziell der gesellschaftlichen Verachtung anheim fallen, sind von Bauunternehmen und Zeitungsverlegern, Restaurantbetreibern und privaten Haushalten durchaus geschätzt. Der Grund sind die geringen Kosten, die "Illegale" verursachen. Das Risiko, dass der mit dem Schwarzarbeit-Geschäft verbundene Gesetzesverstoß die Verantwortlichen teuer zu stehen kommen könnte, ist vergleichsweise gering. Ungeschrieben, aber verlässlich sind die Preiskategorien: Putzfrauen und Babysitter bekommen weniger als Köche oder Kellner, Asiaten weniger als Osteuropäer und Lateinamerikaner.

Die Öffentlichkeit nimmt sie gewöhnlich nur im Zusammenhang mit Polizeirazzien auf Baustellen und in Bordellen wahr. Dabei vollzieht sich abseits der öffentlichen Wahrnehmung ein Überlebenskampf, der täglich Stoff für jeden Thriller bietet. Krankheiten sind mit unkalkulierbaren Risiken verbunden, die Gefahr der Entdeckung verhindert in aller Regel den Arztbesuch.

Angst verhindert Arztbesuch

"Illegale" werden Ziel von Erpressungen, die Angst, verraten zu werden, macht sie zu willfährigen Opfern. Zerstreuungen wie Kino, Tanz oder Ausflüge sind tabu, sie leben unter falschem Namen und sind von der Gnade ihrer "Gönner" abhängig.

In der Hierarchie der Ausbeutung stehen die "Illegalen" auf der untersten Stufe, ihre Arbeiten sind nicht nur die schmutzigsten und gefährlichsten. Auch die Möglichkeiten der Betroffenen, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren, sind gleich null - von gewerkschaftlicher Vertretung ganz zu schweigen. Der unfreiwillige Verzicht auf alle Sozialleistungen bringt den Arbeitgebern nicht nur Extraprofite, sondern dient gleichzeitig der unausgesprochenen Drohung und Disziplinierung aller anderen ArbeitnehmerInnen. Zwar sind die Bedingungen in den europäischen Ländern unterschiedlich, doch die Anforderungen der Arbeitsmärkte bilden überall einen wichtigen Aspekt der staatlichen Regulierungsversuche oder eben ihrer Unterlassung - gegenüber der illegalen Migration. "Illegale" sind ein subtiles Instrument, Garantien auf ein offizielles Existenzminimum zu. Ein gutes Jahr ist es her, dass die Bewegung der französischen illegal Eingewanderten in Deutschland von der Internationalen Liga für Menschenrechte mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille geehrt wurde.

Sie weigern sich die Bezeichnung "Illegal" anzuerkennen und nennen sich "Sans-Papiers". Mit spektakulären Aktionen wie Kirchenbesetzungen und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung gelang es ihr immerhin, einige Amnestiewellen bei der Regierung in Paris zu erwirken. Die Verhältnisse in Deutschland sind weit davon entfernt, dass die Politik - auch die rot-grüne Bundesregierung - sich zu solch einem Schritt entschließen würde. Bis zu einer Million Menschen, so die Schätzungen, leben ohne Papiere in Deutschland. Eine große Gruppe unter ihnen bilden die abgelehnten AsylbewerberInnen. Flüchtlinge vor allem aus Südamerika und Osteuropa, die irgendwo Unterschlupf gefunden haben. Sie müssen vielfältige Diskriminierung einstecken, um zu überleben.

Europarat warnt vor Verdrängung

Sie sind von der ständigen Angst vor Entdeckung begleitet, von dem Gedanken beseelt: "Hoffentlich begegnet mir jetzt kein Polizist!" Nach den Bestimmungen des Ausländerrechts müssen sie mit unverzüglicher Abschiebung rechnen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat in ihrer Sitzung Ende Januar in Strasbourg in einem Bericht die Mitgliedstaaten davor gewarnt, das wachsende Problem der illegalen Einwanderung und das damit verbundene Leid der betroffenen Menschen weiter zu verdrängen. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers und darüber hinaus im Nord-Süd-Dialog könne eine Milderung der Situation erreicht werden, heißt es in einer in Strasbourg verabschiedeten Entschließung.

Illegalität bewegt sich nicht in einem Vakuum. Sie ist eingebettet in die Prozesse der Globalisierung von Arbeit, Wirtschaft, Finanzen und Kommunikation. Soziologisch gehört sie zum Gebilde der "Zivilgesellschaft" und europapolitisch geht es um das Projekt vom "einheitlichen Rechtsraum" der Europäischen Union.

In dem Nachwort der herausgegebenen Studie "Illegal in Berlin" ist zu lesen: Die Art und Weise des Umgangs mit Illegalität wird in Zukunft grundlegend davon abhängen, wie diese drei Räume mit ihren Interdependenzen ausgestaltet werden.

Individualethisch ausgedrückt: Sie wird bestimmt sein davon, wie Menschen von heute die Welt von Morgen gestalten wollen und was ihnen dabei als Maßstab und Verpflichtung gilt. Wie sehr wird es gewollt sein, am Schutz der Menschenwürde festhalten?

Kambiz Behbahani

27. "Wohlstand vor Verteilung." Die SPD bastelt sich ein neues Grundsatzprogramm

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:35

Grundwertedebatten all überall: Im schweizerischen St. Gallen plädieren wirtschaftsliberale Ökonomen auf den "Hayek-Tagen" für ein "Ende der antikapitalistischen Geschichtsklitterung" (FAZ; 15.5. 2000)". Die Evangelische Akademie Tutzing lädt zur Tagung "Liberalismus pur", und in Berlin eröffnet die SPD die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm. "In der SPD stürmt der liberale Flügel" beschreibt die FAZ (27.4.2000) dieses sozialdemokratische Grübeln.

Auf wirtschaftsliberaler wie sozialdemokratischer Seite ist viel von "Gerechtigkeit" die Rede. Der US-Ökonom Ralph Raico kritisiert in St. Gallen die "automatische Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Sozialismus". Wo in Wirklichkeit "ökonomische Gesetze" naturhaft walten, könnten "Menschen ohne wirtschaftstheoretische Ausbildung" ökonomische Erscheinungen leider nur als Gewalt erkennen und durch Gewalt erklären, beklagt Raico. In Tutzing erläutert der Freiburger Volkswirt Viktor Vanberg die "Gerechtigkeit der spontanen Ordnung des Marktes": Innerhalb eines Regelrahmens können alle frei handeln. "Gerecht ist dann das, was aus einem gerechten Verfahren resultiert." Und seien diese Ergebnisse noch so ungleich (und damit ungerecht).

Gedanken, die auch den Ethik-Experten der SPD-Grundwertekommission, Verteidigungsminister Rudolf Scharping und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement aus der Seele sprechen. Vor allem für Clement sollen Gerechtigkeit und Gleichheit nicht mehr zusammengedacht werden. "Plakativ" sei eine solche Gleichsetzung. Geht es nach der neuen Sozialdemokratie, so wird Gerechtigkeit nur noch als "Chancengleichheit", aber nicht mehr als "Ergebnisgleichheit" verstanden. "Faire" Verfahren und gleiche Regeln für alle ja (siehe Vanberg), aber keine "Gleichmacherei", etwa durch Umverteilung der (Einkommens-)Ergebnisse. Statt "Gleichheit" stellt Clement "Leistung" neben Gerechtigkeit. Und die muss sich auch lohnen, zwar nicht für SozialhilfeempfängerInnen, Erwerbslose und gering Verdienende, wohl aber für die "Leistungsträger" in dieser Gesellschaft.

"Produktive Ungleichheit" hat Clement in Berlin sein Credo zusammengefasst. "Leistungsanreize", sprich Ungleichheit in den Einkommen, ist effizient und produktiv und müsse deswegen "im Interesse von Leistung und Gerechtigkeit" akzeptiert werden. Ein in der Tat nur noch kleiner Schritt zum wirtschaftsliberalen "gerecht ist, was effizient ist." Und Meinhard Miegel, ehemals Berater von Kurt Biedenkopf und Helmut Kohl, weissagte in Berlin ironisch: "Der Vereinigungsparteitag (zwischen SPD und CDU, ak) ist nicht mehr fern."

Dieser Tenor -ganz auf der Linie von Anthony Giddens, Chefideologe von New Labour, und ebenfalls Gast in Berlin - stellt einen erheblichen Bruch mit der bisherigen Sozialstaatsidee dar. Die Vorstellung von Gleichheit und Egalität als Maß für soziale Gerechtigkeit ist durchaus noch verankert, die Vorstellung etwa, dass immenser privater Reichtum wenig mit persönlicher Tüchtigkeit und umgekehrt Armut wenig mit persönlichem Versagen zu tun hat. Ungleichheit in den Einkommen und damit Ungleichheit in den Lebensbedingungen, den Teilhabemöglichkeit und letztlich auch in der gesellschaftlichen Akzeptanz gilt nach wie vor als ungerecht. Selbst das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) nennt in seinem Paragraf 1 als oberste Aufgabe des Sozialhilfeträgers die bedarfssichernde Gewährleistung einer menschenwürdigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Diese traditionell-sozialstaatliche Gerechtigkeits- und Gleichheitsidee korrespondiert mit der Idee gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die solidarische Organisation der sozialen Sicherungssysteme. Entsprechend ist die Konsequenz der neuen sozialdemokratischen Gerechtigkeit die erst ideologische und dann auch praktische Entsolidarisierung und Individualisierung von Erwerbslosigkeit, Armut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit etc.. Die Logik von der "Ergebnisungleichheit" bei "gerechten Verfahrensregeln" heißt nämlich, dass letztlich jede und jeder für sich und seine "Leistungen", sprich gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten, selbst verantwortlich ist. Jede ist ihres Glückes Schmied.

Gerechtigkeit ist für Clement und andere letztlich das, was aus klar geregelten und "fairen" Vertragsverhandlungen herauskommt. In der Tat ist der Vertrag - in welcher juristischen Form auch immer - die (ideologische) Grundlage sozialer Beziehungen in der bürgerlichen Gesellschaft. Hier hat das bis in die letzten

Lebensäußerungen mächtige Muster von Leistung gegen Gegenleistung seine Basis. Die momentane, marktliberal dominierte Wertedebatte radikalisiert dieses Prinzip.

Auf der Ebene des Sozialstaates bedeutet ein radikalisiertes "Vertragsprinzip", dass gleichzeitig die in der Sozialstaatskonstruktion eh schon angelegten autoritären Tendenzen ebenfalls radikalisiert werden: Keine Leistung ohne Gegenleistung heißt nämlich für die EmpfängerInnen staatlicher Sozialleistungen nichts anderes als Pflicht zur Gegenleistung, sprich Arbeitspflicht.

Der traditionell-keynesianische Sozialstaat muss kritisiert und überwunden werden, die in ihm - wie rudimentär auch immer - angelegten Egalitäts- und Gleichheitsvorstellungen aber müssen als soziale Rechtsansprüche mit Menschenrechtscharakter bewahrt und ausgebaut werden. In dem momentanen ideologischen Klassenkampf um Gleichheit und Gerechtigkeit sollte es für die Linke und die sozialen Bewegungen darum gehen, Gerechtigkeits- und Gleichheitsvorstellung zu entwickeln, die gleichzeitig mit dem Vertragsprinzip von Leistung und Gegenleistung brechen. Ein unbedingtes und unteilbares Recht auf menschenwürdige Existenz für Alle wäre eine solche Orientierung. Ein Existenzgeld von 1.500 DM plus Urlaubsgeld sowie 100% Steuern auf alle Einkommen über 5.000 DM, fordern Teile der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbsloseninitiativen (BAG-E). Nicht die schlechteste Antwort auf die drohende neue "Gerechtigkeit".

dk

28. Soziale Grundrechte sind Menschenrechte. Zur Diskussion um eine emanzipatorische Sozialstaatskritik

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:34

"Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich" hieß ein Thesenpapier der dem damaligen Sozialistischen Büro nahe stehenden Widersprüche-Redaktion aus dem Jahre 1984. Damals ging es darum, was emanzipatorische Sozialpolitik vor dem Hintergrund der Kohl'schen Wende heißen könnte und damit auch darum, welche Position undogmatische Linke und SozialistInnen zum Sozialstaat entwickeln sollten. Heute, angesichts eines rot-grünen autoritären Neoliberalismus, ist diese Frage aktueller denn je.

Für den linken, staatsorientierten Mainstream, wie er sich sowohl aus der sozialdemokratischen wie auch aus der parteikommunistischen Strömung der (deutschen) ArbeiterInnenbewegung ins Hier und Jetzt hineingerettet hat, ist "der Sozialstaat" nach wie vor in erster Linie eine "Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung". Der "Kampf gegen den Sozialabbau" konzentriert sich daher auf die drastischen finanziellen Einschnitte und die "Verteilungsungerechtigkeit". Sozialpolitik wird so auf eine reine Verteilungsfrage verkürzt, das institutionelle wie ideologische Rahmenwerk des Sozialstaats bleibt unhinterfragt. Insofern beinhaltet das alte SB-Motto auch eine heilsame Provokation: Die These nämlich, dass der bisherige Sozialstaat keineswegs etwas per se "Gutes" ist, was unbedingt verteidigt werden müsse. Gerade die Fokussierung linker Abwehrkämpfe auf die finanzielle Austrocknung der sozialen Sicherungssysteme vernachlässigt nämlich, dass der traditionelle Sozialstaat auch ein System bürokratischer Strukturen, ein System von Demütigung und Ausgrenzung und nicht zuletzt auch ein System der mehr oder weniger offenen Repression gewesen ist.

Die Verteidigung sozialer Sicherungsansprüche, die Verteidigung von Einkommensansprüchen und kollektiver, gesamtgesellschaftlich organisierter Sicherungssysteme muss verbunden werden mit einer gleichzeitigen Sozialstaatskritik. Eine solche Kritik meint dabei nicht nur die materialistische Analyse von Staats- und Sozialstaatsfunktionen für das Kapitalverhältnis und den Antagonismus von Kapital und Arbeit. Mit Sozialstaatskritik ist hier vor allem die Konstruktion einer Art "moralischer Ökonomie" gemeint, der Entwurf von Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen, die als moralischer Maßstab sowohl für die Kritik der vorhandenen gesellschaftlichen Zustände als auch für Befreiungsperspektiven dienen können. Der Schlüssel und Orientierungspunkt dafür ist die umfassende, unbedingte und unteilbare menschenwürdige Teilhabe am und Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Das schließt die Sicherung der materiellen Voraussetzungen - etwa Einkommen - genauso ein wie die Wahrung von individueller Autonomie, Selbstbestimmung, persönlicher Integrität und Integration.

Vom Recht zur Pflicht

Der Sozialstaat ist Ausdruck eines Klassenkompromisses, der zumindest in Deutschland durchaus teuer erkauft worden ist. Von Anfang an zerfällt hier Sozialstaatlichkeit in eine "Arbeiterpolitik" zur engeren Reproduktion der Ware Arbeitskraft mit den bekannten Sozialversicherungssystemen als Kernelementen und in "Armenpolitik", die fürsorgliche Belagerung der "Unproduktiven".

Nicht nur, dass diese Konstruktion auch mit einer Zwangsverstaatlichung ehemals autonomer Selbsthilfekassen der organisierten ArbeiterInnenbewegung verbunden war; als konstitutiver Kern unterliegt dem Sozialstaatsprinzip seit Bismarck die Verknüpfung von Leistungs- und Pflichtgedanken. Es war ein Teil des Kompromisshaften, dass daneben in der Sozialstaatsidee auch Gleichheitsvorstellungen und Gedanken einer kollektiven, gesamtgesellschaftschaftlich-solidarischen Verantwortung für die soziale Sicherung aller existierten. Bei aller Kritik hat etwa die Sozialhilfe lange Zeit die Rolle eines unantastbaren Existenzminimums gespielt, das niemandem vorenthalten werden durfte.

Heute, wo überall das Subsidiaritätsprinzip beschworen wird, wird der Pflichtgedanke gegenüber den Gleichheitsmomenten in unerträglicher Weise aktiviert. Gestärkt wird die Produktivitäts- und Leistungsorientierung, die Legitimität von "arbeitsfreien" Einkommen wie Krankengeld, Rente, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe wird untergraben. Der heutige "aktivierende Sozialstaat" perfektioniert diesen Gedanken, europaweit. Er schafft damit soziale Ansprüche als Grundrechte ab.

Menschenwürdige soziale Sicherung ist kein Recht mehr, sondern muss sich verdient werden. Keine Leistung ohne Gegenleistung, staatliche Transfereinkommen wie Arbeitslosen- und Sozialhilfe gelten plötzlich als "Lohn" für zu erbringende Arbeitsleistungen.

Klaus Dörner, der ehemalige Leiter des Landeskrankenhauses Gütersloh und Wegbereiter der Psychatrie-Reform in Deutschland, hat sehr eindrucksvoll gezeigt, dass die "soziale Frage" in der bürgerlichen Gesellschaft immer die Frage danach gewesen ist , wie mit denjenigen zu verfahren sei, die unter den Prämissen und Normen der Kapitalverwertung "nicht zu gebrauchen" sind. Und bürgerliche Wohlfahrt, einschließlich aller Sozialstaatlichkeit, ist immer die Antwort auf diese Frage gewesen. Ihr Klientel sind diejenigen, die den Normen von Arbeit, Produktivität und Leistung nicht oder nicht mehr genügen können oder wollen: Alte, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, DrogenkonsumentInnen, BettlerInnen usw. Sie werden als "gefährliche Klassen" oder "Problemgruppen" definiert, vom gesellschaftlichen Kern abgespalten und einer ganzen Bandbreite gesonderter Maßnahmen unterzogen. Dort werden sie entweder "produktiv" oder aber unsichtbar gemacht. Zwischen Wegsperren, polizeilicher Vertreibung und anderen Formen des polizeilich-repressiven Kontroll- und Ausgrenzungsarsenals einerseits und sozialpolitischen Maßnahmen zur Befriedung und Unsichtbarmachung von Armut und "Auffälligkeit" andererseits gibt es dabei durchaus fließende Übergänge.

Soziale und gesellschaftliche Alternativen springen also zu kurz, wenn sie nur den Sozialabbau kritisieren. Nicht nur, dass damit heute leicht das verteidigt wird, was gestern noch kritisiert worden ist. Viel entscheidender ist, dass die grundsätzlichen Strukturen von sozialer Kontrolle und Ausgrenzung völlig ausgeblendet werden. Auch reformerische Politik muss heute sehr viel antiautoritärer, staatskritischer und in diesem Sinne auch radikaler als bisher sein. Es wird in der Tat auch darum gehen müssen, bisherige sozialstaatliche Strukturen, die ein Einfallstor für Pflichtgedanken, Ausgrenzungen und bürokratische Bevormundungen gewesen sind, zu knacken. Das heißt auch, dass die großen und kleinen sozialstaatlichen Institutionen, die Ämter, aber auch Krankenhäuser, Pflegeheime, Beschäftigungsgesellschaften, "Sozialunternehmen" etc. dahin gehend überprüft werden müssen, in wie weit hier mit viel Geld auch Menschenwürde, PatientInnenrechte, Selbstbestimmung etc. zu Gunsten einer repressiven oder fürsorglichen Belagerung täglich verletzt werden bzw. wo sogar direkt polizeiliche Ordnungs- und Räumfunktionen übernommen werden (etwa im Drogenhilfebereich oder in der Kinder- und Jugendhilfe).

Eine solche radikal-reformistische Institutionenkritik stellt auch und gerade an traditionell-linke Strömungen in Gewerkschaften und ArbeiterInnenbewegung neue Aufgaben. Ein Bündnis von Beschäftigten, PatientInnen, KlientInnen etc. ist nämlich nicht selbstverständlich, wenn man bedenkt, dass die sozialstaatlichen Institutionen auch Arbeitsplätze und oft genug die Hochburgen verbliebener gewerkschaftlicher Organisierung sind. Ein Beispiel: Die Abschaffung der Lagerunterbringung für Flüchtlinge, ihre Integration in ganz normalen Wohnraum, stellt sofort die großen Einrichtungen des Hamburger Landesbetriebs Pflegen und Wohnen in Frage und damit natürlich auch die dortigen Arbeitsplätze, zumindest in ihrer bisherigen Form. Ein Bündnis von Betroffenen und Beschäftigten setzt also auf der Ebene der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen mehr als bisher eine Debatte darüber voraus, auf was für Arbeitsplätzen da eigentlich oft gesessen wird, was da eigentlich an Sozialleistung produziert wird. Nicht nur in der Rüstungsindustrie ist eine Konversionsdiskussion überfällig. Und bestimmte radikale Weisheiten haben nichts von ihrer Richtigkeit verloren, etwa dass die besten SozialarbeiterInnen die sind, die sich überflüssig machen.

Aktualität der Menschenrechte

Worum es gehen muss, ist die Verteidigung sozialer Ansprüche, Ansprüche an ein gutes Leben für Alle, als soziale Grundrechte, d.h. als bedingungsloses und unteilbares Recht für jeden Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe oder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Solche Grundrechte haben wenig mit kodifiziertem staatlichem Recht zu tun. Sie sind auch deutlich mehr als demokratische BürgerInnenrechte. Als vor- und überstaatliche Rechte sind sie Menschenrechte, die als Leitbilder und unveräußerliche Eckpunkte für eine menschliche Gesellschaft auch und gerade dann gelten, wenn sie nicht in irgendwelchen Chartas festgehalten werden. Und als Menschenrechte sind sie auch nicht gebunden an einen (Staats-)BürgerInnenstatus. Soziale Grundrechte als Menschenrechte stehen jedem Menschen qua Existenz zu.

Der Begriff der Menschenrechte verweist auf die Tradition der französischen Revolution und damit auf den bürgerlich-demokratischen Kontext der Aufklärung. Ihn trifft daher durchaus berechtigte Kritik: eurozentristische wie patriarchale Perspektive, Herrschaftsideologie der Bourgeoisie, Instrumentalisierung für unzählige Verbrechen und imperialistische Kriege. Dass die materielle Basis der kapitalistischen Gesellschaft die Glücks- und Freiheitsversprechen der bürgerlichen Revolutionen nicht einlösen kann, ist seit Marx bekannt und ist immer wieder Gegenstand notwendiger Ideologiekritik. Das heißt aber nicht unbedingt, dass die Bilder vom "Recht auf individuelles Glück", vom Recht auf "Freiheit", auf "Gleichheit" (im Sinne eines Egalitätsprinzips in Bezug auf gesellschaftliche Wertschätzung, Rechte, Glücksansprüche; nicht im Sinne einer Nivellierung von individuellen Differenzen) oder auf "Menschenwürde" als Maßstäbe und Befreiungsversprechen für Linke obsolet wären (Das gilt selbst für die "Brüderlichkeit", wenn man sie im Sinne von "Solidarität" versteht).

Individuelle und gesellschaftliche Emanzipation, Befreiung, Kommunismus wird ohne universalistische moralische Wertvorstellungen nicht auskommen. Die (bürgerlichen) Menschenrechte sind dabei eine Messlatte, die zwar nicht 1 zu 1 übernommen werden kann, die aber auch nicht untersprungen werden darf. Wolf-Dieter Narr etwa formuliert politische, soziale und ökonomische Grundrechte als Menschenrechte. Selbst in der radikalen Linken gängigere Begriffe wie "Existenzrecht", "Selbstbestimmtes Leben", "Autonomie" stellen weniger einen Bruch, denn eine Weiterentwicklung des Menschenrechtsgedankens dar.

Soziale Grundrechte als Menschenrechte dürfen dabei auf keinen Fall nur als Armen- oder Marginalisiertenrechte missverstanden werden. Soziale Ansprüche als Grundrechte betreffen nicht zuletzt die Frage, wie in diesem Land gearbeitet wird, wer unter welchen Bedingungen eigentlich was produzieren soll. Ansprüche und Rechte machen weder vor den Fabriktoren, noch vor den Büros, oder den Küchen und Wickelkommoden der privaten Haushalte halt. Heute für soziale Grundrechte zu streiten, bedeutet auch, Ansprüche und Rechte gegen die Zumutungen und die Gewalt einer umfassenden Flexibilisierung und ihrer "Normalität" zu verteidigen.

Der SPD-Generalsekretär Franz Müntefering meint, es sei heute normal und zumutbar, für einen Job von Mecklenburg-Vorpommern nach Bayern zu ziehen und dabei vertraute soziale Bezüge aufzugeben. Für viele Menschen mag das tatsächlich der Fall sein und vielleicht sogar mit einer Aufbruchstimmung aus provinzieller Enge verbunden sein. Okay. Aber die sozialen Ansprüche an Einkommen, Jobs und Lebensqualität von denen, die aus welchen Gründen auch immer nicht so flexibel sein wollen, sind deswegen um kein Gramm weniger berechtigt. Für das Recht, unflexibel und immobil zu sein und dennoch gut zu leben, auch das ist ein Kampf um soziale Grundrechte.

Dirk Hauer

29. Ohne Geld arbeitet es sich leichter. Rot-grün demontiert die Arbeitslosenhilfe

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:24

Während CDU/CSU und Unternehmerverbände seit einigen Jahren die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe fordern, spricht auch die rot-grüne Bundesregierung inzwischen von einer "verbesserten Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern" mit der Perspektive einer "Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe". Im Bund wie in den Ländern und quer durch alle politischen Lager sollen die "Ineffizienzen", die sich aus der Doppelzuständigkeit von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Langzeiterwerbslose ergeben, beseitigt werden. Die menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch für Langzeiterwerbslose, ist dabei allerdings nicht der Leitgedanke.

Ineffiziente Doppelstruktur, Verschiebebahnhof zwischen Arbeits- und Sozialamt, zwischen kommunalem und Bundeshaushalt, BürgerInnenferne, Ausschluss von SozialhilfeempfängerInnen aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik - das sind einige Stichworte, die gerne zitiert werden, um die Zusammenfassung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu begründen. (1) In der Sprache der Verwaltungsmodernisierung werden flexible und "passgenauere" Strukturen der Armutsverwaltung beschworen, die für den "Kunden" maßgeschneiderte "Hilfeangebote aus einer Hand" kreieren können.

Unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, einschließlich der permanenten und von niemandem hinterfragten Sparvorgaben läuft eine solche Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe faktisch auf die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hinaus. Die Zusammenfassung beider Hilfearten auf dem Niveau der Arbeitslosenhilfe ist kaum mehr als eine theoretische Gedankenspielerei. Keine politische Kraft diskutiert das heute so. Alle bisherigen Diskussionsbeiträge von politischer Seite, egal ob CDU/CSU, SPD, Grüne oder Unternehmerverbände zielen auf eine Zusammenfassung auf dem Niveau der Sozialhilfe.

Die Arbeitslosenhilfe (AlHi) ist - trotz Bedürftigkeitsprüfung - in erster Linie eine Lohnersatzleistung, die sich - wie aufgeweicht auch immer - am letzten Erwerbseinkommen orientiert. 1996 lag die AlHi für 80% der Langzeiterwerbslosen in der Bundesrepublik über der Sozialhilfe, ca. 20% haben zusätzlich zur AlHi aufstockende Sozialhilfe beantragt. Auch wenn in der Zwischenzeit der Anteil derjenigen, die aufstockende Sozialhilfe beantragen müssen, gestiegen sein mag: Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe würde ganz unmittelbar zu massiven Einkommensverlusten bei den meisten Langzeiterwerbslosen führen.

Der Einkommensverlust geht sogar noch weiter: Im Unterschied zur Sozialhilfe werden nämlich z.Z. bei der Arbeitslosenhilfe bestimmte Einkommen von Haushaltsangehörigen wie Kindergeld, Wohngeld, BAföG oder die Arbeitslosenhilfe eines Partners bei der Bedürftigkeitsprüfung nicht angerechnet. Bei der Sozialhilfe wird hingegen jedes Einkommen bedarfsmindernd berücksichtigt. Eine Verschmelzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu Sozialhilfebedingungen wird das Einkommen von Langzeiterwerbslosen und ihren Familien also noch mal über die verschärfte Anrechnungspraxis schmälern.

Rigidere Anrechnungsvorschriften gibt es auch beim Vermögen. Bei AlHi-BezieherInnen ist ein Schonvermögen von 8.000 DM von der Bedürftigkeitsprüfung ausgenommen, bei der Sozialhilfe muss alles Vermögen bis zu einer Grenze von 2.500 DM zur Bestreitung des Lebensunterhalts eingesetzt werden. Ein Auto muss verkauft, eine Lebensversicherung aufgelöst werden.

Doch die gravierenden Leistungseinschränkungen, die eine Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau bedeuten würde, gehen weit über die direkten Einkommensverluste hinaus. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe bedeutet nämlich auch, dass noch mehr Erwerbslosen ganz normale ArbeitnehmerInnenrechte vorenthalten werden. Noch mehr Menschen als bisher werden bei Strafe von Leistungskürzungen und -streichungen zu buchstäblich jeder Arbeit gezwungen. Sicherlich sind die Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitslosenhilfe in den letzten Jahren ins Unerträgliche verschärft worden. Dennoch müssen ArbeitslosenhilfeempfängerInnen immer noch nicht jede Arbeit annehmen. Beschäftigungsverhältnisse mit Löhnen unter dem Betrag der Arbeitslosenhilfe können abgelehnt werden.

Im Unterschied dazu ist SozialhilfeempfängerInnen prinzipiell jede Arbeit zumutbar. In Hamburg gehen die Sozialämter dazu über, prinzipiell die Sozialhilfe nur noch in Teilen oder von vorneherein befristet auszuzahlen. Der pauschale Verweis auf die Arbeitsmarktsituation, nach der "innerhalb kürzester Zeit" jeder und jede zumindest einen schlecht bezahlten Aushilfsjob finden könne, reicht dabei als Begründung aus. Sozialhilfe wird so z.B. nur noch für einen Monat, als Unterstützung bei der "Arbeitssuche" gewährt. Danach ist "die eigene Arbeit einzusetzen", und wenn es sich um Zweit- und Drittjobs handelt.

Der deutsche Städtetag hat im letzten Jahr davor gewarnt, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe führe dazu, dass Langzeiterwerbslose aus der Sozialversicherung entlassen werden. Der Städtetag - wahrlich nicht unbedingt ein Freund von Erwerbslosen - sprach hier von einem "sozialpolitischen Skandal". Im Gegensatz zu den Sozialhilfeträgern zahlt die Bundesanstalt für Arbeit nämlich bei der Arbeitslosenhilfe auf der Basis von 80% des Bemessungsentgeltes die Beiträge für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Die Rentenversicherungsbeiträge sind in den jüngsten Riester-Eichel-Sparplänen der rot-grünen Bundesregierung zwar reduziert, aber nicht völlig abgeschafft worden. SozialhilfeempfängerInnen hingegen sind nicht rentenversichert. Und ein erheblicher Teil fällt auch immer noch aus der Krankenversicherung heraus. Die stigmatisierende Praxis der vom Sozialamt ausgestellten Behandlungsscheine ist immer noch bittere Realität.

Nicht zuletzt ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe auch ein Anschlag auf die Arbeitslosenversicherung als ganzes, wenn in Zukunft trotz jahrelanger Beitragszahlung das Risiko der Erwerbslosigkeit nur noch für ein Jahr (notdürftig) abgesichert sein soll. Die tendenziell eh schon vorhandene Spaltung in ArbeitslosengeldbezieherInnen als "Eliteerwerbslose" und Langzeiterwerbslose, die aus den Leistungen der Arbeitslosenversicherung herausfallen, wird noch zugespitzt. Zumal dann, wenn die Abschaffung der AlHi auch noch mit einer Reduzierung der Lohnnebenkosten, sprich der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verbunden sein sollte.

Doch wenn man sich die Debattenbeiträge anschaut, so wird man den Eindruck nicht los, dass all diese Leistungseinschränkungen genau der eigentliche Sinn der Übung sind. "Zuckerbrot und Peitsche" lautet ein Spiegel-Artikel vom Januar diesen Jahres. Zitiert wird dort u.a. die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, Thea Dückert. Frau Dückert spricht von "Integrieren statt Ausmustern" und von "Brücken in den ersten Arbeitsmarkt". Mittel zum Zweck ist die Zusammenlegung von AlHi und Sozialhilfe mit dem Effekt, dass SozialhilfeempfängerInnen zwar an den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik partizipieren sollen, andererseits aber AlHi-EmpfängerInnen mit verschärften Zumutbarkeitsregelungen und Bestrafungen bei "Leistungsverweigerung" zu rechnen haben: Integration, indem auch AlHi-BezieherInnen jede Arbeit annehmen müssen.

Auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ernst Schwanhold sieht "Justierungsbedarf" und will staatliche Transferleistungen "stärker an der Mitwirkung der Betroffenen orientieren". Die Arbeitslosenhilfe soll "deutlich zurückgeführt werden" und dem Sozialhilfeniveau angenähert werden, damit "das Interesse an der Aufnahme einer Tätigkeit aufrecht erhalten" wird.

Daumenschrauben für Erwerbslose

Letztlich geht es in der ganzen Diskussion darum, "die Anreize zur Arbeitsaufnahme" zu stärken, d.h. die Einkommen von Langzeiterwerbslosen so weit abzusenken und die Bezugsbedingungen so zu verschärfen, dass Langzeiterwerbslose gezwungen sind, jede Arbeit zu jedem Preis anzunehmen. Es ist auffällig, dass bei allem Gerede von "Aktivierung" und "Integration" niemals gesagt wird, um welche Arbeitsverhältnisse es dabei gehen soll, und es wird auch nicht gesagt, mit welchen Demütigungen und Entrechtungen diese "Integration" bereits in der jetzigen Praxis von Arbeits- und Sozialämtern verbunden ist. (2) Die unsägliche Formulierung, jede Arbeit sei besser als keine, schwingt in dieser Debatte ebenso mit wie die Bestrebungen nach einem Niedriglohnsektor. Um eines geht es allerdings mit Sicherheit nicht: um existenzsichernde Jobs mit vollen ArbeitnehmerInnenrechten.

Wie werden denn diese "Brücken in den ersten Arbeitsmarkt" aussehen? So wie die Hilfen zur Arbeit (HzA), die z.Z. von den Sozialhilfeträgern für SozialhilfeempfängerInnen angeboten werden und die mal jemand als "Mafia-Angebote" bezeichnet hat, weil sie nämlich nicht abgelehnt werden können? Bis heute gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass mit solchen Maßnahmen wirklich eine dauerhafte Integration in stabile,

sozialversicherungspflichtige, tarifierte und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse erreicht werden konnte. Detaillierte Verbleibestatistiken werden nicht veröffentlicht.

Vielmehr wird in der Praxis der Armutsverwaltungen die HzA als Arbeit zum Sozialhilfesatz organisiert. Das Recht auf Sozialhilfe wird an eine zu erbringende Gegenleistung geknüpft, ähnlich wie der CDU-Sozialpolitiker und ehemalige Berliner Sozialsenator Ulf Fink einmal sagte: "Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe müssen öffentlicher Lohn für öffentlich angebotene Arbeit werden". Eine solche Philosophie schlägt nicht nur jedem sozialen Grundrechtsgedanken ins Gesicht, selbst mit den verschärften Bedingungen des Sozialgesetzbuches III (SGB III) und des Bundessozialhilfegesetzes ist sie nicht vereinbar.

Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wäre gleich bedeutend mit einer Verdrängung von Langzeiterwerbslosen aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die von der Bundesanstalt für Arbeit auf der Grundlage von SGB III finanziert und organisiert wird. Sie ist gleichzeitig verbunden mit einer Kommunalisierung des Erwerbslosigkeitsproblems, wobei die Kommunen, die am stärksten mit struktureller Erwerbslosigkeit zu kämpfen haben, besonders hart getroffen wären. Wenn die Kommunen Langzeiterwerbslosen mehr als die bisherige HzA anbieten wollen, müssten sie in die aktive Arbeitsmarktpolitik einsteigen. Es ist schwer vorstellbar, wo die gebeutelten Kommunen die Mittel hernehmen sollten, um solche steuerfinanzierten Programme aufzulegen.

Wenn also über verbesserte Hilfsangebote für (Langzeit-)Erwerbslose diskutiert werden soll, dann aus der Perspektive, wie ihre menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden kann und nicht aus der Perspektive einer effizienteren Armutsverwaltung, einer lückenloseren Kontrolle und einer perfektionierteren Arbeitsverpflichtung.

Keine Leistung ohne Gegenleistung

Die Frage ist zu allererst eine nach bedarfsgerechten und existenzsichernden Einkommen für Erwerbslose, nach Sicherung minimalster ArbeitnehmerInnenrechte für alle und nach sinnvollen und existenzsichernden Jobs. Nur vor diesem Hintergrund macht eine Diskussion darüber Sinn, wie SozialhilfeempfängerInnen z.B. in die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik integriert werden können (was prinzipiell sinnvoll ist), wie die Integration aller Langzeiterwerbslosen in die Sozialversicherungssysteme gestaltet werden kann (was prinzipiell sinnvoll ist), wie effizient und ohne Reibungsverluste Langzeiterwerbslose bei der Aufnahme sinnvoller und vernünftig entlohnter Arbeits- oder Ausbildungsplätze unterstützt werden können (was ebenfalls prinzipiell sinnvoll ist).

dk

Anmerkungen:

1) vgl. Helmuth Hartmann: "Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe", Hamburg 1999 und Susanne Hoffmann: "Hilfe durch Systemreform?", Bundesarbeitsblatt 5/2000. Beide AutorInnen stehen der SPD nahe. Hartmann war lange Leiter des Landessozialamtes Hamburg, ist nun im Beraterkreis der Bertelsmann-Stiftung und gilt als Chefideologie einer marktorientierten Verwaltungsmodernisierung

2) Die kommunale Praxis der "Hilfe zur Arbeit" wird am Beispiel Köln beschrieben bei Helga Spindler: "Hilfe zur Arbeit, Existenzsicherung und Arbeitnehmerrechte", info also 4/1999; für Hamburg vgl. Dirk Hauer: "Das Sozialamt als Profitcenter", Hamburg 1999 (über Sozialpolitische Opposition Hamburg, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg)

30. (Haar)-Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:39

Unruhe durch Elefantenhochzeit

Die geplante Zusammenarbeit von General Motors und FIAT hat zu erheblicher Unruhe unter den Belegschaften beider Unternehmen geführt. Was die Konzernleitungen als "Synergieeffekte" versprechen, kommt bei den ArbeiterInnen als drohender Arbeitsplatzverlust an. Laut Informationen von Opel-Betriebsratsmitgliedern vom 8. Mai sind durch die anstehende Mega-Fusion in den Standorten Bochum und Kaiserslautern jeweils 2.000-2.200 Arbeitsplätze gefährdet. Das Werk Aspern soll komplett geschlossen werden. In Ungarn soll der sog. "Personalüberhang" 33% betragen, und 1.500 Arbeitsplätze im Beschaffungswesen (überwiegend Rüsselsheim) stehen zur Disposition.

Am 26. Mai legten ca. 1.000 Beschäftigte im Werk II von Opel Bochum (nahezu die ganze Frühschicht) zwischen 11 und 12 Uhr die Arbeit nieder und verlangten von der Werksleitung Antworten auf ihre Fragen zu den Folgen der Fusion.Die Werkleitung bestätigte, dass ca. 2000 KollegInnen im Werk II von einem Joint Venture zwischen GM und Fiat betroffen sein sollen. Entsprechende Verträge zwischen den Konzernen sollen bereits am 1.7.2000 unterschrieben werden.

Seit dem ist es bei Opel Bochum immer wieder zu mehr oder weniger langen Produktionsniederlegungen gekommen. Am 30. Mai hat die komplette Frühschicht des Werks II an der Info-Stunde der Vertrauensleute teilgenommen. Für über eine Stunde ist die Produktion dadurch zum Erliegen gekommen. Auch die Spätschicht legte zwischen 14 und 16 Uhr die Arbeit nieder. Auch am Mittwoch, den 31. Mai haben die Opel-Beschäftigten ihr Informationsrecht wahrgenommen, diesmal diejenigen im Werk I. Sowohl in der Früh- als auch in der Spätschicht ruhte die Produktion für jeweils über eine Stunde.

(LabournetGermany)

Arbeiten und sterben in Italien

Der Nordosten Italiens gilt als Kern des sog. "italienischen Wirtschaftswunders". Laut Informationen der Tageszeitung il manifesto handelt es sich dabei gleichzeitig um die mit Abstand gefährlichste Region des Landes - für die ArbeiterInnen. Im vergangenen Jahr sind in Italien 911.974 Arbeitsunfälle registriert worden, für 1.113 ArbeiterInnen mit tödlichen Folgen. Fast ein Drittel, nämlich nahezu 280.000 dieser Unfälle mit 272 Toten entfiel dabei auf den Nordosten des Landes.

Und in diesem Jahr scheint Arbeit in Italien noch blutiger zu werden: 97.020 Unfälle und 72 Tote gab es allein im Monat März, d.h. an jedem Werktag sind drei Menschen bei der Arbeit getötet worden. Ein trauriger Rekord mit zudem bedenklich kurzer Halbwertzeit. In den fünf Tagen zwischen dem 4. und dem 8. April hat es 20 Tote gegeben, vier pro Tag.

Unabhängige Arbeitsmediziner machen für diese tödliche Entwicklung die Flexibilisierung verantwortlich, die auch in Italien zum Standardrepertoire der neuen Produktionsstrukturen gehört. il manifesto zitiert einen Unternehmer mit den Worten "Wenn ich die Flexibilität habe und eine Person für zwei Tage (schwarz /d.Ü.) nutze, warum soll ich sie denunzieren ?" Benutzen und wegwerfen, schlank und schnell, tot oder lebendig.

(LabournetGermany)

VW-Südafrika bleibt stur

Die Auseinandersetzung bei VW Südafrika wird zur unendlichen Geschichte. Nach fünf Verhandlungstagen wurde der Schlichtungsmarathon Mitte Mai ohne Ergebnis abgebrochen. Während die Verhandlungen täglich von Großveranstaltungen der Entlassenen, ihren Familien und breiten Schichten der Bevölkerung von Uitenhage, wo das VW-Werk liegt, begleitet wurden, machte die VW-Geschäftsleitung noch einmal klar, dass sie sich als Opfer innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen sieht. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass einer der zentralen Punkte der Auseinandersetzung der sogenannte A 4 Vertrag war. Diesen hatte die Werkleitung mit der Gewerkschaft NUMSA ohne Befragung der Belegschaft abgeschlossen, um einen

Großauftrag für den Export nach Europa sicher zu stellen. Dabei war es zu erheblichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gekommen: Wegfall von Pausen, Einführung von Zusatzschichten, absolute "Ruhe im Betrieb", um ohne Widerstand produzieren zu können usw. (vgl. ak 435-438).

Auch das enge Bündnis zwischen Werksleitung und Gewerkschaft trat in diesen Verhandlungen noch einmal deutlich zu Tage. Nicht zuletzt wird VW Südafrika sowohl durch die Konzernleitung in Wolfsburg als auch durch den Konzernbetriebsrat gestärkt. In diffamierender Weise hatte sich der Weltbetriebsratsvorsitzende Hans Uhl in einem Brief gegen die streikenden und ausgesperrten VW-Beschäftigten gestellt.

Die Schlichtungsverhandlungen in Uitenhage sollen vom 31. Juli bis zum 11. August fortgesetzt werden. Bis dahin sind die entlassenen 1 300 Kollegen auf jeden Fall draußen. Eines haben sie jedoch erreicht: Die wegen der gerichtlichen Auseinandersetzung vorenthaltene Einbehaltung der Arbeitslosenunterstützung muss gezahlt werden. Immerhin ein kleiner Trost .

(LabournetGermany)

IWF-Trouble 1

Der koreanische Gewerkschaftsdachverband KCTU hatte für den 31. Mai zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen. Hintergrund sind die ökonomische Krise in Südkorea, geplante Privatisierungen und die zunehmende Einflussnahme von Weltbank und Internationalem Währungsfond auf die Wirtschaftspolitik der Regierung. Dem KCTU geht es um drei große Forderungskomplexe, nämlich der effektiven Durchsetzung einer Fünf-Tage-Woche (40-Std.-Woche) inklusive einer Reduktion von Überstunden, Schadensersatz für die Folgen der ökonomischen Krise und eine Beendigung des IWF-Diktats und der Strukturanpassungsprogramme (inklusive volle Wiederherstellung und Garantie aller ArbeiterInnenrechte, Beseitigung staatlich verordneter Lohnstopps) sowie eine sozial gerechte Steuerreform inklusive einer Ausweitung des Sozialbudgets (u.a. freie Bildung, kostenloses Gesundheitssystem, sichere Renten, Mindestlohn- und Grundsicherungssystem, Ausweitung der Sozialversicherungssysteme auf alle Beschäftigten, also auch auf prekär und "atypisch" Beschäftigte)

(LabournetGermany)

IWF-Trouble 2

Generalstreikstimmung gegen IWF und Weltbank auch in Argentinien. Gewerkschaftssekretär Hugo Moyano forderte am 31. Mai in Buenos Aires ein Ende der "IWF-Diktatur", die er mit der Diktatur der Militärs in Argentinien (1976-1983) gleichsetzte. Für Freitag, den 9. Juni haben die argentinischen Gewerkschaften einen Generalstreik gegen die Sparmaßnahmen der Regierung von Präsident de la Rua angekündigt. Erst kürzlich hat die Regierung ein Sparpaket im Umfang von 2 Mrd. DM beschlossen. Insbesondere Renten und die Gehälter im öffentlichen Dienst sollen um 15 Prozent zusammengestrichen werden.

(TAZ)

Privatisierte Erwerbslose

Der neueste sozialpolitische Clou von New Labour in Großbritannien heißt "Employment Zones" (Beschäftigungszonen). Von vielen anderen Privatisierungsmaßnahmen unterscheidet sich dieser Plan darin, dass hier die Menschen selbst, die Erwerbslosen privatisiert werden. Sie werden gewissermaßen an private Leiharbeitsfirmen verkauft, die ihrerseits für eine erfolgreiche und rasche Weitervermittlung dieser Erwerbslosen Kopfgelder und Prämien kassieren können. Jeder Erwerbslose bekommt die Arbeitslosenunterstützung im Umfang von sechs Monaten als "persönliches Job-Konto"; gelingt die Vermittlung eher, kann der Rest des Betrages von der Vermittlungsfirma als Prämie einkassiert werden.

Seit April diesen Jahres werden solche Zonen in Regionen mit besonders hoher Erwerbslosigkeit eingerichtet. Alle Zonen werden von privaten Firmen gemanagt, und betroffen sind alle, die 18 Monate oder länger erwerbslos gemeldet sind.

Dieses Profitmotiv verschärft noch einmal den Zwangscharakter der "aktivierenden" Arbeitsmarktprogramme unter New Labour. Je eher sie Erwerbslose wieder loswerden können, desto höher die Gewinne und Prämien.

Die privaten Vermittlungsfirmen pressen Erwerbslose daher in jede Form von Arbeit, ohne dass sich die Betroffenen gegen diesen Arbeitszwang wehren können.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik regt sich inzwischen in Liverpool und anderen Regionen auch gewerkschaftlicher Protest gegen diese Zwangsmaßnahmen. Unter dem Motto "Sag nein zu ‚Arbeit zuerst'" mobilisieren Gewerkschaften gegen die neuen Employment Zones.

(LabournetGermany)

31. Antifabündnisse ohne bürgerliche Loblieder. Zivilgesellschaftliche Bekämpfung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland

*Möglichkeiten und Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Bekämpfung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland**

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:16

Staatliche Stellen bagatellisieren und entpolitisieren die zahlreichen rechtsextremen Anschläge und Überfälle. Zudem förderte die "akzeptierende Sozialarbeit" rechtsextreme Tendenzen. Ziel linksradikaler Antifa-Politik ist es, die rassistischen Strukturen offen zu legen und öffentliche Räume für rechte Propaganda auch militant zu beschneiden. Als sich Ende der 90er Jahre zeigte, dass beide Ansätze gescheitert sind, rückte die "Zivilgesellschaft" wieder in den Mittelpunkt der Debatte. Trotz einiger nicht zu verachtender Möglichkeiten für die Linke bietet die zivilgesellschaftliche Stärkung aber kaum einen Ansatz, die Ursachen neofaschistischen Denkens anzugehen.

Als Anfang der 90er Jahre angesichts zahlloser Anschläge auf Flüchtlingsheime und rassistischer Übergriffe der erstarkende Rechtsextremismus in Deutschland endlich wahrgenommen wurde, reagierten die unter Handlungsdruck geratenen staatlichen Stellen mit einer bequemen und gleichzeitig gefährlichen Deutung der Ereignisse: Sie entpolitisierten den Rechtsextremismus und reduzierten ihn auf ein Gewaltproblem ostdeutscher männlicher Jugendlicher. Dementsprechend wurde die Bearbeitung des Problems an die dafür zuständigen Stellen verwiesen: SozialarbeiterInnen und PädagogInnen sollten sich um die Jugendlichen, Polizei und Justiz um die entsprechenden kriminellen Delikte kümmern.

Mit dem 1992 anlaufenden "Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" (AgAG) der Bundesregierung wurde die akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen zum zentralen Handlungsansatz erhoben. Um die "fremdenfeindlichen Übergriffe" auf den ostdeutschen Straßen einzudämmen, sollte rechtsorientierten Jugendlichen mit der großzügigen Bereitstellung von Räumen und Finanzmitteln ein attraktives und sinnvolles Angebot für ihre Freizeitgestaltung geboten werden.

Von linksradikal antifaschistischer Seite wurde dieses Vorgehen von Anfang an als Bagatellisierung und Verengung des Problems kritisiert. Dagegen wurde auf eine möglichst exakte Recherche rechter Strukturen und deren Ideologie Wert gelegt. Der Rechtsextremismus wurde dabei lediglich als offensichtliche und konsequente Ausdrucksform ohnehin weit verbreiteter völkisch-rassistischer Einstellungen der bundesdeutschen Bevölkerung betrachtet. Ziel linksradikaler Antifa-Politik war zum einen die Offenlegung rassistischer Strukturen und Denkmuster in Gesellschaft und Staat. Zum anderen strebten AntifaschistInnen eine wenn nötig militante Beschneidung der öffentlichen Räume für rechte Propaganda an. Einem solchen Vorgehen lag die Anfang der 90er Jahre noch vorhandene Annahme zu Grunde, über genügend eigene personelle und organisatorische Substanz zu verfügen, um die NeofaschistInnen ohne Kooperation mit - selbst rassistischer Einstellungen verdächtigen - bürgerlichen Kreisen zurückdrängen zu können.

Häkeln gegen Rechts?

Ende der 90er Jahre zeigte sich deutlich, dass sowohl die eine als auch die andere Seite mit ihren Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gescheitert sind. Der jugend- und kriminalitätszentrierte Handlungsansatz klammerte nicht nur wichtige gesellschaftliche Wirkungsfelder des Rechtsextremismus von vornherein aus. Er versagte sogar auf seinem ureigensten Terrain. Mit der "akzeptierenden Sozialarbeit" mit rechten Jugendlichen wurde in vielen Fällen überhaupt erst die notwendige Infrastruktur geschaffen, damit sich eine diffus rechtsorientierte Jugendkultur organisatorisch und ideologisch festigen konnte. Die vom AgAG finanzierten Jugendclubs, für die man in den meisten Fällen keine ausgebildeten SozialarbeiterInnen, sondern ABM-Kräfte ohne jegliche Erfahrungen mit rechtsextremer Jugendkultur eingestellt hatte, mutierten so zu Rekrutierungszentren und Aktionsbasen für rechtsextreme Organisationen. Nicht wenige der rechtsextremen Musikgruppen, die die rechtsextreme Szene für Jugendliche heute besonders attraktiv macht, haben in den vom AgAG finanzierten Proberäumen ihren Ursprung.

Auch die Art, wie die Verbote der neonazistischen Organisationen in der ersten Hälfte der 90er Jahre umgesetzt wurden, zeugten nicht gerade von Professionalität: Bereits Tage zuvor waren sie öffentlichkeitswirksam angekündigt worden und ließen so den neofaschistischen Kadern genügend Zeit für entsprechende logistische Vorbereitungen. Darüber hinaus wurde bei rassistischen Überfällen immer wieder die These von den "verwirrten Einzeltätern" kolportiert. Beides legt den Verdacht nahe, als habe niemals die Absicht bestanden, die rechte Szene zu zerschlagen. Vielmehr sollte der Rechtsextremismus in eine unauffälligere Form umgewandelt werden, die dem "Ansehen des Wirtschaftsstandortes Deutschland" keinen weiteren Schaden zufügt.

Aber auch die radikal-antifaschistische Seite kann ihr Scheitern beim Zurückdrängen des Rechtsextremismus nicht nur auf die - ohne Zweifel mitverantwortliche - staatliche Repression zurückführen. Die von Teilen der Linken kultivierte Arroganz, die letzte Insel der Menschlichkeit inmitten eines nicht enden wollenden braunen Sumpfes zu sein, zog ein politisches Vorgehen nach sich, bei dem nicht mehr ernsthaft versucht wurde, ein größeres gesellschaftliches Spektrum für die eigenen politischen Positionen zu gewinnen. Die pauschale Abstempelung insbesondere der ostdeutschen Bevölkerung zu RassistInnen und AntisemitInnen schweißte zwar die linksradikale Szene zusammen. Sie sorgte jedoch in Verbund mit einem oftmals wirkungslosen militanten Auftreten für deren gesellschaftliche Gettoisierung, die notwendige politische Bündnisse unmöglich machte und so zur weiteren Verfestigung eines zunächst eher diffus anzutreffenden rechten Gedankengutes beitrug.

Heute kann niemand mehr ernsthaft glauben, der neu erstarkte Rechtsextremismus könne allein durch den radikal-linken Antifaschismus zurückgedrängt werden. Die traurige gesellschaftliche Realität ist heute: Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen sind im Alltag längst zur Normalität geworden. Völkische Denkweisen haben sich inzwischen in vielen Kommunen weitgehend durchgesetzt, viele ostdeutsche Kleinstädte und Landkreise, sowie etliche Großstadtbezirke haben sich inzwischen zu regelrechten "No-Go-Areas" für Menschen mit "undeutschem" Aussehen entwickelt.

Standortdebatte erhöht Konkurrenzdruck

Als Folge des Scheiterns der bisherigen Handlungsansätze rückt ein politikwissenschaftliches Modewort in den Mittelpunkt der Debatte: die Zivilgesellschaft. Gemeinhin meint Zivilgesellschaft eine Vielfalt gesellschaftlicher Organisationen, Gruppen, Initiativen und Bewegungen, die weitgehend unabhängig von staatlichen, parteipolitischen oder privatwirtschaftlichen Institutionen wirken. Die Zugehörigkeit zu diesen gesellschaftlichen Gruppen ist freiwillig, die Organisationsstruktur demokratisch. Achtung der allgemeinen Menschenrechte, Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Wertvorstellungen, Anerkennen der Grundsätze des bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsmodells und des demokratischen Rechtsstaats gehören ebenfalls zu den zivilgesellschaftlichen Prinzipien. Auch ein konsequentes Agieren nach dem Legalitätsprinzip und eine aus der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols resultierende unbedingte Gewaltlosigkeit in den eigenen Handlungsansätzen bilden den gemeinsamen Nenner, der die Zivilgesellschaft einerseits von rechtsextremen Strukturen abgrenzt, sie andererseits aber auch von revolutionär-antifaschistischen Politikkonzepten unterscheidet.

Zivilgesellschaftliche Strategien, um rechte Tendenzen zu bekämpfen, wären demnach sämtliche Handlungsansätze, die versuchen, breite Schichten der bürgerlichen Gesellschaft zu mobilisieren, um die demokratische Grundwerte gegen die aktuelle rassistische und völkische Bewegung zu verteidigen. Sie beinhalten ein nicht zu unterschätzendes Potenzial an Handlungsoptionen gegen rechtsextreme Hegemoniebestrebungen und beschränken sich keineswegs - wie von GegnerInnen solcher Ansätze oft behauptet - auf symbolisches Flaggezeigen a la "Häkeln gegen rechts".

Obwohl auch die Sensibilisierung der Medien sowie der politischen Entscheidungsträger auf Bund- und Länderebene von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, liegt der Schwerpunkt zivilgesellschaftlicher Strategien auf kommunalen Handlungsansätzen. Konkrete Ansatzpunkte können dabei alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie z.B. Schule, Firmen, Gewerkschaften, Vereine, Bürgerinitiativen, Kultureinrichtungen, Jugendclubs, Kirchengemeinden, Sportstätten etc. sein. Bei dem meist erschreckend geringen Kenntnisstand über Ideologie, Erscheinungsformen, Strategien und Ziele des Rechtsextremismus muss dabei an erster Stelle der gezielte Informationsaufbau bei allen relevanten kommunalen Akteuren stehen. Da demokratisch engagierte Personen und Gruppen gerade in Ostdeutschland oft isoliert arbeiten, ist die Vernetzung solcher

Initiativen ein weiterer wichtiger Handlungsschritt. Inhaltlicher Minimalkonsens aller Aktivitäten und Akteure muss dabei der Einsatz für die Achtung der allgemeinen Menschenrechte, für den Schutz von Minderheiten, sowie für gewaltfreie Konfliktlösungen sein. Ziel wäre der Aufbau eines dichten Netzwerkes an zivilgesellschaftlichen Initiativen, die in möglichst enger Kooperation mit kommunaler Politik, Verwaltung und Polizei eine räumliche Zurückdrängung rechtsextremer Strukturen bewirken können. Die Handlungspalette ist dabei sehr vielfältig: Schulen führen Projekttage zu Rechtsextremismus durch oder eine Bürgerinitiative setzt sich für Schließung eines einschlägig bekannten Treffpunktes der rechten Szene ein. Die Aktivitäten könnten außerdem interkulturelle Feste oder Informationsveranstaltungen mit Flüchtlingen umfassen.

Zwar bietet auch eine zivilgesellschaftliche Strategie kein Konzept, den harten Kern bekennender RechtsextremistInnen in ihren Überzeugungen ins Wanken zu bringen. Doch könnte es damit durchaus gelingen, menschenrechtliche Standards in solchen Teilen der Bevölkerung verankert werden, die bisher keine eindeutige politische Position bezogen haben, die aber in rassistische Denkmuster abzudriften drohen, da ihr gesellschaftliches Umfeld von völkischen Stimmungslagen stark geprägt ist.

Eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen politischen Diskursen bildet ein Stück praktisch gelebte Demokratie und ist somit besonders gut geeignet, konformistisch-autoritäres Denken zu überwinden. Damit kann dem Rechtsextremismus eine wichtige psychologische Voraussetzung entzogen werden.

Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung kann rechtsextreme Milieus nicht unmittelbar auflösen, aber sie kann deren Selbstverständnis als Vollstrecker des wahren Volksempfindens erschüttern. Gerade bei RechtsextremistInnen lässt sich beobachten, dass ihre Bereitschaft zu offener Gewaltanwendung sinkt, sobald sie mit einer ernst zu nehmenden gesellschaftlichen Ächtung rechnen müssen.

Vor allem bricht ein solches Konzept aber auch mit der fatalen Täterzentriertheit einseitig sozialpädagogischer Ansätze. Die Opfer rechtsextremer Gewalt werden wieder stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Denn die Opfer sind es, die nach einem Angriff die Unterstützung von Initiativen vor Ort benötigen. Initiativen, die eine Rechtsberatung geben können, die bei der Suche nach ZeugInnen des Angriffs helfen, die die Opfer bei den notwendigen Behördengängen und beim Gerichtsverfahren begleiten, die psychotherapeutische Hilfe vermitteln können oder eine Telefonkette organisieren, um künftige Überfälle zu erschweren.

Da NeofaschistInnen ihre jugendliche Anhängerschaft auch über die Ausbreitung einer rechtsextrem codierten (Sub-) Kultur gewinnen, muss eine Gegenstrategie ebenfalls auf diesem Gebiet ansetzen. Wichtig ist dabei, alternative Kulturangebote zu initiieren und dauerhaft abzusichern. Gleichzeitig muss der Aktionsradius für kulturelle Angebote von rechts konsequent eingeengt werden. Dann bestünde die Möglichkeit, selbst in Regionen mit starker rechter Präsenz Aktionsräume für linke oder alternative Gruppierungen zu schaffen und dauerhaft zu sichern. Gerade diese "Türöffner-Option" macht zivilgesellschaftliche Handlungsansätze auch für linksradikale Politikstrategien interessant.

Eine entwickelte Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Aktionsmöglichkeiten kann ein Bollwerk der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft gegen einen reaktionären Umbruch sein. Allerdings nur, wenn es den zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingt, die Hegemonie über die politischen Diskurse nicht den Rechten zu überlassen. Bezogen auf einen kleineren Rahmen kann sie verhindern, dass (ostdeutsche) Kommunen vollständig in einen völkisch-rassistischen Konsens umkippen. Gegenüber einem Demokratiemodell, das sich auf staatliche Institutionen mit demokratisch geregeltem Elitenaustausch beschränkt, bildet sie allemal einen Zugewinn an politischen Partizipationsmöglichkeiten.

Zivilgesellschaftliche Grenzen

Die politischen Entscheidungsträger aber davon zu überzeugen, dass ein konsequentes Vorgehen gegen die gesellschaftliche Rechtsentwicklung notwendig ist, verlangt diplomatisches Geschick, Dies schmälert jedoch erheblich den Raum für eine - eigentlich unumgängliche - Kritik an einer in vielen Punkten rassistischen Gesetzgebung. Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich auf eine solche Lobbyarbeit gegenüber staatlichen Repräsentanten einlassen, verlieren nur allzu leicht den strukturellem Rassismus aus dem Blick. Sie kommen auf Grund der ausgeblendeten Wechselwirkungen zwischen staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus zu falschen oder zumindest verengten Ursachenanalysen über den Anstieg rechter Einstellungen in der Bevölkerung.

Mit dem unkritischen Glauben der meisten zivilgesellschaftlichen Kräfte an die rechtstaatlichen Grundlagen des bundesdeutschen politischen Systems bleibt auch ein mögliches Interesse staatlicher Institutionen beim Aufbau bzw. der Stabilisierung einer rechtsextremen Szene auf einem "kalkulierbaren Niveau" ausgeblendet. In den letzten Jahren wurden erschreckend viele "Drahtzieher im braunen Netz" als Agenten bundesdeutscher Nachrichtendienste enttarnt, was zumindest die Frage aufwirft, inwiefern sich die nach dem Ende des Kalten Krieges eigentlich überflüssig gewordenen Überwachungsapparate ihre weitere Arbeitsgrundlage selbst schaffen wollen. (2) Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich an erster Stelle gegen Rechtsextremismus einsetzen und die auf eine gute Zusammenarbeit mit Regierung, Verwaltung und Strafverfolgungsorganen angewiesen sind, könnten es sich auch überhaupt nicht leisten, solche Fragen aufzuwerfen.

An diesem Punkt wird auch deutlich, wie wenig die oben eingeführte idealistische Vorstellung von Zivilgesellschaft als einer von staatlichen und privatwirtschaftlichen Institutionen unabhängigen Bürgersphäre der gesellschaftlichen Realität entspricht. Alle die schon einmal in einer NGO gearbeitet haben, wissen, wie sehr die prekäre finanzielle Situation und die hohe Abhängigkeit von staatlichen und/oder privatwirtschaftlichen Finanzquellen auch die Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit bestimmen und das mögliche Maß an unliebsamen, weil herrschaftskritischen Positionen einschnüren.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass auch in der aktuellen Wahrnehmung des Rechtsextremismus eine deutliche Schieflage auftritt: Während gesellschaftlich opportune Ursachen für die Konjunktur rechtsextremer Einstellungen insbesondere in Ostdeutschland in den Vordergrund gestellt werden (z.B. die konformistisch-autoritäre Sozialisation und fehlende demokratische politische Kultur in der DDR), fallen andere Faktoren, die auch auf die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft kein gutes Licht werfen würden, weitgehend unter den Tisch: So darf bei einer umfassenden Ursachendiskussion nicht übersehen werden, dass die im Zuge der neoliberalen Globalisierung aufgekommene Standortdebatte ein Einfallstor für einen neuartigen, weniger ethnisch als vielmehr wohlstandschauvinistisch geprägten Nationalismus war.

Eine zivilgesellschaftliche Bekämpfung von Rechtsextremismus ist also kein revolutionäres Konzept. Es bietet keinen Ansatzpunkt für eine emanzipatorische Überwindung der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sondern festigt diese sogar noch. Damit werden aber auch wesentliche Ursachen nicht angegangen, die für die durchgängig anzutreffende Virulenz reaktionären bis neofaschistischen Denkens verantwortlich sind: das sozialdarwinistische Prinzip des "Survival of the Fittest" und die durch den ständig steigenden Leistungs- und Konkurrenzdruck zunehmende Entsolidarisierung mit den Schwachen der Gesellschaft.

Dennoch sollte eine in weiten Teilen Ostdeutschlands mit dem Rücken zur Wand stehende Linke die Möglichkeiten nicht ungenutzt lassen, die sich mit diesem zivilgesellschaftlichen Ansatz bieten - man muss deswegen noch lange kein Loblied auf die real existierende bürgerliche Demokratie singen oder gar auf orginär linke Politikformen verzichten. Partielle Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bedeuten noch lange nicht, den Kampf für eine menschlichere Gesellschaftsform endgültig über Bord zu werfen.

Joachim Kolb

Anmerkungen:

*1) Wenn im Folgenden der Begriff "Rechtsextremismus" verwendet wird, so geschieht dies nicht im - inzwischen leider üblichen - Sinne einer totalitarismustheoretischen Sichtweise. Er fungiert lediglich als Sammelbegriff für die verschiedenartigen Ideologien und Personengruppen, die sich durch völkisch-nationalistische, rassistische, revanchistische, autoritäre, militaristische und/ oder antisemitische Denk- und Handlungsmuster auszeichnen. Wenn sich die Darstellung im Folgenden auf Ostdeutschland konzentriert, so soll damit nicht suggeriert werden, der zunehmende Rechtsextremismus sei ein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Auch im Westen wächst die Zahl derer, die sich rassistischen und völkisch-nationalen Einstellungen gegenüber offen zeigen. Doch kann man nicht ignorieren, dass das Problem in Ostdeutschland eine entscheidend andere Qualität aufweist: Nach einer Untersuchung von Stöss betrug das rechtsextremistische Einstellungspotenzial 1998 im Westen 12, im Osten 17 Prozent, unter den Jugendlichen war dieser Unterschied (11 Prozent im Westen gegenüber 42 Prozent im Osten) sogar noch signifikanter. Vgl. Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, hg. v. Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 1999.

2) Über weitere Gründe für einen staatlich geförderte Existenz einer nennenswerten rechtsextremen Szene (z.B. die Bindung systemoppositioneller Kräfte an antifaschistische Abwehrkämpfe) ließe sich an dieser Stelle ausgiebig spekulieren, würde jedoch den hier gegebenen thematischen Rahmen sprengen.

32. Zwei kluge Italiener. Frühe Faschismus-Analysen II: Gramsci und Togliatti gegen das Sektierertum

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:01

Die kommunistische Debatte über den Faschismus verlief keineswegs geradlinig. War die faschistische Gefahr anfangs unterschätzt worden, folgte nach dem Amtsantritt der Regierung Mussolini (Oktober 1922) eine Phase ernsthafter Analyse und Diskussion in der Komintern (vgl. ak 438). Immer wieder brach sich allerdings ein unangebrachter Optimismus Bahn: Der Faschismus werde in absehbarer Zeit an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen.

Auf dem Parteitag von Lyon (Januar 1926) analysierte die Kommunistische Partei Italiens, der PCI, auch den "Faschismus und seine Politik". Die dazu vorgelegten Thesen stammen von Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti, dem PCI-Sekretär der Jahre 1927 bis 1964. Darin wird sowohl die soziale Basis als auch der Bündnischarakter des Faschismus an der Macht beschrieben: Getragen vom "städtischen Kleinbürgertum und einer neuen Agrarbourgeoisie", habe er die "Unterstützung des reaktionärsten Teils der Industriebourgeoisie und der Großgrundbesitzer" gewonnen. Seine Politik verschärfe die Klassengegensätze und die wirtschaftliche Rückständigkeit des Südens; seine repressiven Gesetze sollten jeglicher "Teilnahme der Massen am politischen Leben" ein Ende setzen; sein "Drang zum Imperialismus" lege "die Keime für einen Krieg".

Die "Thesen von Lyon" wurden von über 90 Prozent der Delegierten angenommen; damit war, so die offizielle Parteigeschichtsschreibung, ein wichtiger Sieg über die "Linkssektierer" um Amadeo Bordiga errungen worden. Betrachtet man die politischen Schlussfolgerungen, dann kann allenfalls von einem halben Sieg über das Sektierertum gesprochen werden. So ist in den drei Punkten, welche "die Hauptaufgaben der Partei" beschreiben, ausschließlich von Aufstand gegen den bürgerlichen Staat, Revolution und Diktatur des Proletariats die Rede, nicht aber vom antifaschistischen Kampf.

Einstweilen überwunden war immerhin die Illusion, der Faschismus werde in absehbarer Zeit an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen. Leider war der "Pessimismus der Analyse" in der Komintern nicht von Dauer. Schon im Sommer 1928 stieß Togliatti auf Unverständnis und offenen Protest, als er auf dem 6. Kongress der Komintern (17.7.-1.9.1928) die Stabilisierung des faschistischen Regimes in Italien zu erklären versuchte. Togliatti konnte seine Rede nicht zu Ende halten (offiziell wegen Überschreitung der Redezeit), er durfte seine Auffassungen aber im Komintern-Organ Die Kommunistische Internationale darlegen. Der Artikel, der in Nr. 16/1928 erschien, zählt zu den klügsten zeitgenössischen Analysen des Faschismus.

Togliatti wandte sich darin vor allem gegen "abstrakte Verallgemeinerungen" in der Faschismus-Diskussion und gegen die Gewohnheit, "jede Form der Reaktion mit diesem Ausdruck zu bezeichnen". Der frühe Faschismus sei "nicht nur kapitalistische Reaktion. In ihm waren gleichzeitig viele andere Elemente enthalten. Er umfasste eine Bewegung des ländlichen Kleinbürgertums; er war auch ein politischer Kampf bestimmter Vertreter des mittleren und Kleinbürgertums gegen einen Teil der alten herrschenden Klassen, der Versuch, eine einheitliche Organisation zu schaffen, die sich über das ganze Land erstrecken und einen Teil des städtischen Kleinbürgertums unter der Führung entwurzelter Schichten (ehemalige Offiziere, professionelle Arbeitslose) sammeln sollte; er stellte schließlich eine militärische Organisation dar, die sich mit ziemlichen Erfolgschancen der regulären bewaffneten Macht des Staates widersetzen konnte."

Faschismus ist mehr als nur Reaktion (Togliatti)

Zwei Aspekte des Faschismus an der Macht hob Togliatti besonders hervor: die Zerschlagung des parlamentarischen Systems und die Politik gegenüber der Sozialdemokratie, mit der das Regime "jeglichen Kompromiss verweigert" und die es statt dessen "hartnäckig verfolgt". Dass Togliatti diese Tatsache besonders betonte, musste diejenigen Kommunisten provozieren, die Faschismus und Sozialdemokratie als "zwei Seiten einer Medaille" betrachteten. Irritierend erschien diesen auch die Aufmerksamkeit, die Togliatti der faschistischen Ideologie widmete, insbesondere dem "sehr kuriosen Versuch (des Faschismus), die Ideen des Imperialismus mit einem angeblichen ‚Marxismus` in Einklang zu bringen. Der Kampf Italiens, eines armen Landes, das um seine Expansion kämpft, sei eine Art von Klassenkampf!" Das Attribut "kurios" darf nicht darüber hinweg täuschen, dass Togliatti die soziale Demagogie des Faschismus schon deshalb ernst nahm, weil sie offensichtlich Erfolg hatte.

Konkrete Schlussfolgerungen für den antifaschistischen Kampf zog Togliatti in dem Artikel zwar nicht; seine Ausführungen legen aber sowohl eine Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie nahe als auch die schon von Clara Zetkin (vgl. ak 438) geforderte "Hinwendung zu den Massen", insbesondere den für die faschistische Demagogie anfälligen "Kleinbürgern".

Als Togliatti sich auf dem 6. Komintern-Kongress dem Verdacht des "Rechtsopportunismus" aussetzte, befand sich Gramsci bereits seit mehr als eineinhalb Jahren in der Gewalt der Faschisten. Er war im November 1926 verhaftet und im Juni 1928 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Erst Anfang 1929 erhielt er die Erlaubnis zum Schreiben; in den legendären "Gefängnisheften" finden sich allerdings aus nahe liegenden Gründen keine Eintragungen über "das Wesen des Faschismus" oder dergleichen. Wo er sich dennoch über den Faschismus äußerte, tat er das in verschlüsselter Form. Seine Interventionen bis November 1926 lassen allerdings eine vergleichsweise gerade "Linie" erkennen - was einzelne "Abweichungen" davon nicht ausschließt.

Während Amadeo Bordiga auch nach dem Abflauen der revolutionären Bewegung in Italien unverzüglich zur Diktatur des Proletariats schreiten wollte, schrieb Gramsci im Oktober 1920, in Italien hätten sich nach dem biennio rosso (den "zwei roten Jahren" 1919/20) sowohl das kapitalistische Lager als auch die sozialistische Bewegung gegenseitig erschöpft. Er sah es als wahrscheinlich an, dass die Herrschenden versuchen würden, durch die Errichtung einer Militärdiktatur die Krise zu ihren Gunsten zu lösen.

Dass Gramsci im Herbst 1920 den Faschisten noch keine Schlüsselrolle zutraute, ist nicht verwunderlich. Denn damals begann die faschistische Bewegung gerade erst, ihre brutale Kraft zu entfalten; als Schlüsselereignis gilt der Angriff auf das rote Rathaus von Bologna am 21. November 1920. Während die Faschisten sich durch Überfälle auf die Arbeiterbewegung bei Großgrundbesitzern und Industriellen für höhere Aufgaben empfahlen, waren die sozialistischen Funktionäre mit Flügelkämpfen beschäftigt. Im Januar 1921 spaltete sich die sozialistische Partei (PSI), und in Livorno wurde die kommunistische Partei (PCI) gegründet. Diese Spaltung war von der Komintern forciert worden, und sie war historisch unvermeidlich. Gleichzeitig aber fand sie im denkbar ungünstigsten Moment statt und wurde so, wie Gramsci zwei Jahre später bemerkte, zum "größten Triumph der Reaktion".

Spaltung der Linken - Sieg der Rechten (Gramsci)

Die noch von Lenin vorgeschlagene Taktik der Einheitsfront mit den Reformisten, von denen man sich gerade getrennt hatte, überforderte die "linksradikale" PCI-Führung sichtlich. Bordiga und Genossen können in gewisser Weise als Urheber der These vom "Sozialfaschismus" gelten. Sie riefen die Arbeiter gleichzeitig zum Kampf gegen Sozialisten und Faschisten auf - während letztere unterschiedslos die reformistische wie die revolutionäre Arbeiterbewegung terrorisierten. Gramsci gehörte zu der Minderheit des PCI, die für die von der Komintern empfohlene Linie der Einheitsfront eintrat. Er warnte auch davor, die militärische Konfrontation mit den Faschisten zu suchen, da diese als mobile, von den Herrschenden bezahlte Paramilitärs den an feste Arbeitszeiten gebundenen Arbeitern auf diesem Felde überlegen seien.

Schon kurz nach dem Amtsantritt der Regierung Mussolini bezweifelte Gramsci, dass man direkt "vom Faschismus zur Diktatur des Proletariats" übergehen könne; statt dessen erklärte er "Zwischenetappen" für wahrscheinlich. Die Matteotti-Krise im Jahre 1924 (vgl. ak 438) verleitete allerdings auch ihn zu der Erwartung, das faschistische Regime werde demnächst zusammenbrechen. Nach dessen Stabilisierung und Radikalisierung erarbeitete sich Gramsci eine realistischere Einschätzung. Besonderes Augenmerk richtete er auf die faschistische Ideologie. In seiner Analyse des Faschismus, schreibt der Historiker Leonid Luks, "unterstrich Gramsci die Bedeutung der ideologischen Faktoren. Die Faschisten hätten den ‚Zeitgeist` viel besser erfasst als die italienischen Sozialisten beziehungsweise als die Kommunisten. Die faschistische Ideologie habe sich den Erfordernissen der damaligen Situation Italiens besser als die marxistische angepasst." Der Untersuchung der konkreten Situation im eigenen Lande hatten die italienischen Kommunisten zu wenig Bedeutung beigemessen - die Strategie war ja klar: Man musste nur dem russischen Beispiel folgen und die Revolution machen.

Mit seiner oben erwähnten Rede vor dem 6. Kongress der Komintern befand sich Togliatti im Sommer 1928 also durchaus im Einklang mit Gramsci. Der Skandal, den diese Rede verursachte, deutete allerdings auf den wachsenden Unwillen der Komintern hin, den Faschismus, seine Kampf- und Herrschaftsmethoden und insbesondere seine Ideologie zu analysieren. Leonid Luks lobt in seinem Standardwerk über die "Entstehung

der kommunistischen Faschismustheorie" mehrfach die "fruchtbare Periode" der Jahre 1921 bis 1928. Die darauf folgende theoretische Verflachung in der Diskussion der Komintern erklärt Luks als Folge der inner-sowjetischen Linienkämpfe.

Im Februar 1928 übernahm das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) Stalins These von einer angeblichen "neuen revolutionären Krise" in Europa. Nach der Ausschaltung der linken Opposition sprach Stalin hauptsächlich deshalb von einer revolutionären Offensive des europäischen Proletariats, "weil er seine eigene Partei zu einem neuen revolutionären Angriff anspornen wollte" (Luks) - gegen die letzte "kapitalistische Klasse" in der Sowjetunion, die Bauern. Als Gegner der forcierten Kollektivierung der Landwirtschaft wurden die "Rechten" um Bucharin bald ebenso angegriffen wie diejenigen Kommunisten Westeuropas, die der These vom revolutionären Aufschwung widersprachen und ernsthaft eine Bündnispolitik gegenüber der Sozialdemokratie betrieben. Luks schreibt: "In ihren Stellungnahmen zu den ‚rechten` Abweichungen nannten Stalin und seine Anhänger die Kompromissbereitschaft bestimmter westlicher Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten und die Kompromissbereitschaft der ‚rechten` Bolschewiki gegenüber den ‚reichen` Bauern in einem Zug."

Ende der Debatte: die These vom Sozialfaschismus

Die Niederlage der "Rechten" in der KPdSU und in der Komintern war im Juli 1929 besiegelt, als die These vom "Sozialfaschismus" auf dem 10. Plenum des EKKI offiziell bestätigt wurde. Fortan galten die "maskierten Faschisten", die Sozialdemokraten, als die gefährlichsten Feinde des Proletariats. Togliatti vollzog den neuen Kurs wider besseres Wissen mit - wie er später erklärte, aus Rücksicht auf den illegalen PCI, für den ein Bruch mit der KPdSU katastrophale Folgen gehabt hätte. Erst 1934/35 wurde Togliatti neben Dimitroff zum entscheidenden Wegbereiter der "Wende" in der Politik der Komintern gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus. Die war aber nicht nur in ihrer Analyse mangelhaft (vgl. ak 438) - ihre politische Schlussfolgerung (die "proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus") kam viel zu spät.

Js.

Literatur:

- Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur; Frankfurt am Main (Röderberg) 1986, S. 148-163

- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss; Frankfurt am Main (Marxistische Blätter) 1970

- Leonid Luks: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935; Stuttgart (DVA) 1985

- Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus; München (trikont) 1973

- Palmiro Togliatti: Über den Faschismus. Rede auf dem 6. Weltkongress der Komintern (Sommer 1928); in ders.: Reden und Schriften. Eine Auswahl, Frankfurt am Main (S. Fischer) 1967, S. 22-42

33. Liberté, Egalité et Radioactivité? Endlager in Frankreich - Bauplatzbesetzung in Bure

Autor: Tobias Pflüger · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:18

In Bure, 150 km von der deutschen Grenze entfernt, genehmigte die französische Regierung mit Zustimmung der grünen Umweltministerin im August 1999 ein "Versuchslabor" für die Endlagerung von Atommüll. Bure liegt bei Bar-le-Duc im Département Meuse/Lothringen, einer ländlichen und strukturschwachen Region. Die Presse hat dieser neuen Atomanlage in der Grenzregion bisher wenig Beachtung geschenkt. Im Juli geht der Widerstand in die heiße Phase: eine Platzbesetzung wurde für die Zeit ab dem 1. Juli 2000 angekündigt.

Seit 1991 wurden in Frankreich 30 potenzielle Endlagerstandorte untersucht, die der Atomindustrie für die geplante Tiefenlagerung geeignet schienen. In Frankreich wird eine unterirdische Einlagerung des Atommülls in Granit oder in Lehm-Ton-Schichten geplant. Drei Standorte wurden 1996 schließlich für sogenannte Vorstudien ausgewählt: Marcoule bei Avignon (als oberirdisches Zwischenlager), La Chapelle-Baton bei Poitier (als Endlager unter Granit-Felsen) und Bure bei Bar-le-Duc (als Endlager in Lehm-Ton-Erdschichten).

Dabei geht es um die Glaubwürdigkeit der französischen Atomindustrie. Denn die Atomabfälle häufen sich und müssen vor der Öffentlichkeit versteckt werden, um die Meinung der sauberen und exportierbaren Atomenergie aufrechtzuerhalten. Im August 1999 hatten daher Premierminister Jospin mit den Ministern Strauss-Kahn, Allègre und Voynet (Grüne) beschlossen, dass erstens lokale Informations-Komitees eingerichtet werden (CLIS), zweitens ein Endlagerlaborstandort in Granit gefunden werden soll und drittens das Endlagerlabor in Lehm-Ton-Schichten in Bure gebaut werden soll.

Die lokalen Komitees wurden mit BürgerInnen und politischen VertreterInnen der Region besetzt und sind mit der deutschen Genehmigungs- und Beteiligungspraxis kaum vergleichbar. Bei dieser Alibiveranstaltung gäbe es wohl eh nichts relevantes zu entscheiden, so eine Einschätzung in Bure. Die Komitees haben eher eine Beruhigungsfunktion, AKW-GegnerInnen sind dabei eine unbedeutende Minderheit, wirkliche Bedenken und wissenschaftliche Gegengutachten sind kein Thema.

Man muss sich die atomare Wirklichkeit in Frankreich vor Augen halten: Frankreich betreibt rund 60 Atomkraftwerke, davon etwa 10% für den Export von Atomstrom und mehrere AKWs für den Eigenbedarf, wie z.B. bei der Wiederaufarbeitung und Herstellung von Brennelementen. Frankreich hat einen Atomstromanteil von rund 70%, mögliche Alternativen wie Effizienzsteigerung, Energiesparprogramme und regenerative Energien werden kaum diskutiert. Die Radioaktivität habe nach dem Unfall von Tschernobyl direkt an der Grenze Halt gemacht, wird gescherzt, Gegeninformationen und Kritik wurden kaum bekannt. Die Atomindustrie ist in Frankreich in staatlicher Hand, d.h. es gibt keine richtige öffentliche Kontrolle oder Kritik. Und da die französische Atomindustrie direkt mit dem Militär verquickt ist, kann sie ohne Probleme einen Mantel des Schweigens über ihre Machenschaften hüllen. WISE Paris kritisiert schon länger die Geheimhaltung aller Dokumente zu den Atommüllmengen, zu den Sicherheitsberichten und vermisst unabhängige Untersuchungen. Die staatliche Atompropaganda der EDF (Electricité de France) geht Hand in Hand mit dem Vorgehen der anderen staatlichen Atomindustriesparten: ANDRA (Nationale Atommüll Agentur) kümmert sich um die "Entsorgung" des Mülls und COGEMA betreibt die Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague, in der seit 30 Jahren Atommüll unter katastrophalen Bedingungen oberirdisch lagert. So wurde auch schon Plutonium in den Bächen und stark überhöhte radioaktive Strahlung am Strand und im Meer gemessen. Bis heute bleibt das französische Atomsystem unkontrollierbar, so eine Kritik an der staatlichen Atomenergienutzung.

"Jospin und Schröder ins Atomklo!"

Die staatliche Atommüllgesellschaft ANDRA hat zur Endlagersuche eine raffinierte Methode entwickelt: Zuerst werden die politischen Entscheidungsträger an einem potenziellen Standort von der Wirtschaftlichkeit des Projekts überzeugt. Dann gibt es viel Geld, um auch die Zustimmung der Bevölkerung zu kaufen. Und schließlich wird von den Entscheidungsträgern eine schnelle Entscheidung zu Gunsten des Projekts verlangt, da verschieden Standorte in Konkurrenz zueinander stünden. "Auf der ganzen Welt fehlen wissenschaftliche und technisch glaubhafte Antworten für die Entsorgung von Atommüll", so die Charta der nationalen Koordination gegen die Endlagerung radioaktiver Abfälle, ein Zusammenschluss aller Initiativen der potenziellen Endlagerstandorte. Sie fordern das sofortige Ende der Atommüllproduktion und der

Wiederaufarbeitung, also den Ausstieg aus der zivilen und militärischen Atomenergienutzung. Ihr Slogan: "Nicht hier und auch nicht anderswo!" Doch die Atomindustrie benötigt eine Demonstration der Machbarkeit der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle, egal wo. Nur so kann sie die Diskussion um den mittelfristig fälligen Ersatz der Anlagen noch leichter gewinnen.

Trojanisches Pferd für die Endlagerung

"Eine wohl unlösbare Frage." Dass Atommüll nicht zu entsorgen sei, erklärte selbst der noch unter Kohl eingesetzte Umweltsachverständigenrat der Bundesregierung im März diesen Jahres. Es gäbe keine abschließende Lösung des Atommüllproblems, früher oder später würde Radioaktivität aus jedem Endlager entweichen. Dies bestätigt die Kritik der bundesdeutschen AtomkraftgegnerInnen, die gemeinsam mit französischen Anti-Atominitiativen am 19. März 2000 gegen das geplante Endlager Bure protestierten.

In der Nähe des 100-Seelen-Dorf entstand in diesem Jahr ein Containerdorf für Arbeiter und Wachpersonal der Atomanlage. Erste Probebohrungen und ein Zaun markieren inzwischen den großräumig abgesperrten und planierten Bauplatz des sogenannten Endlager-Labors.

Rund 700 Leute demonstrierten zuletzt gegen dieses milliardenschwere Projekt. An einer Protestmauer der "wütenden Bürger" aus Stroh wurden die Verantwortlichen des "atomaren Wahnsinns" angeprangert, "Jospin und Schröder ins Atomklo!", hieß es zweisprachig auf einem der vielen Plakate und "Für eine deutsch-französische Partnerschaft der Anti-Atom-Bewegung" auf einem Schild, das ein Vertreter der BI aus Gorleben angebracht hatte. Die Protestmauer wurde am Ende der Kundgebung angezündet, bereitstehende Polizisten und das Wachpersonal dabei eingeräuchert. Anschließend wurde das riesige Areal laut protestierend umrundet und es fand eine kleine Entzäunungsaktion statt. "Der Anti-Atom-Protest in Bure wirkt insgesamt bürgerlicher als der in Deutschland, die Leute sind durchschnittlich 15 Jahre älter", so eine deutsche Atomkraftgegnerin auf der Demo. Um so mehr überrascht es aber, "wenn sie unter den Augen der Polizei mal kurz Bauzäune umwerfen und auf das Gelände gehen, wie bei der kleinen Aktion im November 99!" Der Widerstand in Bure war schon mit mehreren tausend Leuten auf der Straße präsent, ein internationales Festival und große Demos in Verdun und Bar-le-Duc zeigten in den letzten Jahre durchaus ein Potenzial, das die deutschen Vorurteile von den ewig atomfreundlichen Franzosen widerlegt.

An anderen potenziellen Standorten von Atomanlagen ist der Widerstand noch stärker. Nach Zeitungsberichten demonstrierten im April insgesamt rund 25.000 Menschen in Frankreich gegen die Endlagerung von Atommüll. So versammelten sich beispielsweise am 14. April 4.000 Menschen in Glénat/Zentralmassiv und zeitgleich 8.000 in Quintin/Bretagne. Einen Tag später demonstrierten 5.000 in Athis-de-l'Orme/Normandie sowie 500 in Lascaux/Zentralmassiv.

Vor allem in der Bretagne hat der Anti-Atom-Widerstand Tradition. Demonstrationen mit bis zu 100.000 Leuten haben Atomanlagen in der Region bisher erfolgreich verhindert. Ein Netzwerk für den Atomausstieg (Reseau sortir du nucléaire) hat in den drei Jahren seines Bestehens rund 500 lokale Gruppen und Initiativen als Mitglieder gewonnen und organisiert heute landesweite Kampagnen. Insgesamt scheint der Widerstand gegen die Atomindustrie also im atomfreundlichen Frankreich zu wachsen.

In Bure wurde der Anfang für das erste französische Atomklo gemacht, im Herbst 1999 war Baubeginn. Während der Bauarbeiten bis zum Jahre 2006 sollen jährlich 60 Mio. FF in die Kassen der Départements Meuse und Haute Marne fließen. Alleine das Versuchslabor mit mehreren Kilometern an Schächten und Stollen kostet 800 Mio. FF, insgesamt sollen 3,5 Mrd. FF in das Endlager investiert werden. Auf dem 17 ha großen Gelände sollen mehrere Gebäude und das Endlagerlabor in 500 m Tiefe in den nach Angaben der Befürworter relativ undurchlässigen Lehm-Ton-Schichten entstehen. Labor ist natürlich Quatsch: Wer Milliarden investiert will sie nicht in den Sand bzw. in Lehm-Ton-Schichten verbaut haben.

Ein juristischer Trick zur Erzeugung eines sogenannten politischen Sachzwangs? Als "trojanisches Pferd für die Endlagerung" wurden diese Labors von WISE, dem weltweiten atomkritischen Infodienst in Paris schon bezeichnet. Denn früher oder später würden die Labors in Endlager für Atommüll umgewandelt. 1995 war von rund 120.000 Tonnen mittel- und hochradioaktiven Müll die Rede, für den es bis heute weder ein Endlager noch eine Verpackung gibt.

Landesweites Netzwerk aus 500 Initiativen

Während der öffentlichen Anhörung im Planungsverfahren hat ANDRA 19,3 Mio. FF an die umliegenden Gemeinden gezahlt, damit die politischen Vertreter für das Endlager in Bure stimmen. Kein Wunder, dass auch die Bevölkerung in der Region mit wenigen Arbeitsplätzen dem Projekt kaum ablehnend gegenüber steht.

Seit Anfang der 90er Jahre widerstehen aber mehrere Bürgerinitiativen der umliegenden Départements den Plänen der Atomindustrie, hier eine "Scheinlösung" für ihr unlösbares Müllproblem zu finden.

Mehrere Demonstrationen - auch mit internationaler Beteiligung haben stattgefunden. Bei der letzten Demo wurde die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit betont: Das Endlager Bure im Saar-Lor-Lux-Raum habe europäische Dimension und könnte auch für deutschen Atommüll genutzt werden, so ein deutscher Vertreter. Also ein Problemexport, um den deutschen Widerstand loszuwerden? Allerdings sind konkrete Hinweise über eine beispielsweise deutsche Beteiligung in diesem Sektor bisher nicht bekannt.

25.000 gegen die Endlagerung

Vor allem aus dem Südwesten der Bundesrepublik erhalten die französischen Anti-Atom-Initiativen seit gut zwei Jahren Unterstützung. Doch obwohl Bure für die halbe Bundesrepublik näher als Gorleben liegt, sind bisher nur wenige deutsche AtomkraftgegnerInnen zu den Protesten nach Lothringen gekommen. Die BI Lüchow-Dannenberg versucht mit einer Partnerschaft Solidarität zu beweisen, doch wenn nicht mehr deutsche Initiativen Bure auf ihre Tagesordnung setzen, wird die deutsche Unterstützung für die Bauplatzbesetzung diesen Sommer schwach bleiben.

"Noch ist nichts entschieden und nun ist verstärkter Widerstand gegen diesen atomaren Wahnsinn angesagt" erklärte die Sprecherin der französischen Initiativen mit Blick auf die geplante Besetzung des Bauplatzes. Auch deutsche AtomkraftgegnerInnen wollen die ab dem 1. Juli geplante Bauplatzbesetzung unterstützen. Ein Widerstandscamp und verschiedene Aktionen sind geplant. Der Widerstand gegen das Endlager Bure geht dieses Jahr jedenfalls in eine entscheidende Phase und benötigt Unterstützung und Solidarität! Gorleben ist überall!

Markus Pflüger (Koordinationskreis gegen Atomkraft Saar)

Kontakte:

- Koordinationskreis gegen Atomkraft Saar, Försterstr.22, 66111 Saarbrücken, castor-saar@geocities.com

- Initiative für Atomausstieg Trier c/o AGF, Pfützenstr.1, 54290 Trier, 0651/9941017, atomausstieg@yahoo.de

- Aktion 3. Welt Saar, Weiskircherstr.24, 66679 Losheim, 06872/993056, a3wsaar@t-online.de

- Coordination National des Collectifs contre l'enfouissement des dèchets radioactifs, (Französische Koordination der Initiativen gegen Atommüll-Endlager) 33 rue du Port, F-55000 Bar-le-Duc, Tel/Fax 0033-329 454555

www.altern.org/bure (hier sind auch verschiedene Plakate und Informationen erhältlich!)

34. Unterversichert - Kein Fall für die Allianz

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:31

Die Ärzteorganisation IPPNW hat eine neue Kampagne gegen die Atomenergie begonnen, mit der sie vor allem auf eine eher konservative Öffentlichkeit zielt. Mit einer bundesweiten Unterschriftenaktion macht sie die Versicherung der AKWs gegen Unfälle aller Art zum Thema und will erreichen, dass die künftig nur noch mit einer vollen Haftpflichtversicherung betrieben werden dürfen.

Derzeit sind die AKWs nur mit einer Schadenssumme von einer Milliarde DM gegen die Folgen von Unfällen versichert. Davon müssen die Betreiber allerdings nur 500 Millionen DM selbst tragen, bzw. die entsprechenden Prämien bezahlen. Die diesen Betrag übersteigenden Kosten übernimmt der Staat. Das dieser Betrag den tatsächlichen Schäden, die ein schwerer Atomunfall in der Bundesrepublik auslösen könnte, in keiner Weise angemessen ist, erkennt vermutlich schon der Laie. Die rot-grüne Bundesregierung hatte schon vor einiger Zeit angekündigt, im Rahmen der Novellierung des Atomgesetzes die Schadensvorsorge auf einen Betrag von 5 Milliarden DM festzusetzen. Doch auch ein solcher Betrag ist geradezu lächerlich. Bezogen auf eine Stadt wie Hamburg mit rund 1,8 Millionen EinwohnerInnen würde das bedeuten, das jeder nur einen Betrag von 2.777 DM als Entschädigung erhalten würde.

So beeindruckend also die Geste der rot-grünen Regierung auf den ersten Blick sein mag, die derzeitige Schadenssumme quasi zu verfünf- bzw. zu verzehnfachen, so weit liegt sie von der Wirklichkeit entfernt. In einer Studie der keineswegs atomenergiekritischen Prognos AG, die noch vom damaligen Wirtschaftminister Rexrodt (FDP) in Auftrag gegeben wurde, kamen die Gutachter zu dem Ergebnis, das sich der Schaden nach einem Super-Gau in einem deutschen Atommeiler auf die unvorstellbare Summe von 10.000 Mrd. DM belaufen dürfte. So makaber derartige Rechenbeispiele sein mögen, wenn man die grausamen und tödlichen Folgen für die betroffenen Menschen bedenkt: Klar ist, das die AKWs gegen die Schäden, die sie auslösen können, hoffnungslos unterversichert sind. Ein klarer Fall für die Allianz-Versicherung. Doch die will damit nichts zu tun haben.

Nach dem Unfall von Tschernobyl haben alle Versicherungen eine Konsequenz gezogen: in jeder Versicherungspolice ist seit dem der Hinweis, das Schäden, die in Folge radioaktiver Strahlung eintreten, als höhere Gewalt von der Schadensregulierung und der Versicherung ausgenommen ausgenommen sind. Rainer Stephan von der IPPNW nennt dies eine faktische Enteignung. Denn sollte es zu einem Super-Gau kommen, dann dürften die Opfer, wenn sie denn überhaupt die Katastrophe überleben, ohne jede Entschädigung dastehen.

Bernd Hahnfeld von der Neuen Richtervereinigung, einem Zusammenschluss von bundesweit rund 500 Juristen, weist darauf hin, das allein nach dem Atomgesetz Handlungsbedarf besteht. Denn im Paragraf 13 des Atomgesetzes, der die Schadensersatzpflicht regelt, ist vorgesehen, das die Ermittlung der Schadenskosten alle zwei Jahre vorzunehmen ist. Die derzeitige Regelung mit der Grenze bei einer Milliarde DM stammt aber noch aus den 60er Jahren, als das Atomgesetz geschaffen wurde. Seitdem hat sich an dieser Summe nichts geändert. Hahnfeld sieht hier sogar verfassungsrechtliche Probleme. Aus seiner Sicht verstößt die derzeitige Situation gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes (Artikel 3) und gegen den Artikel 14, der den Schutz des Eigentums garantiert. Ersterer sei deshalb verletzt, weil "Atomkraftwerke im Gegensatz zu anderen Fabrikanlagen und sonstigen gefahrengeneigten Aktivitäten unangemessen haftpflichtversichert" sind. Der Verstoß gegen die Eigentumsgarantie besteht aus seiner Sicht darin, das angesichts der geltenden Schadenssumme derzeit lediglich "nur rund 0,1 Prozent der Sach- und Vermögensschäden unser Mitbürger entschädigt werden können."

IPPNW fordert daher, dass die rot-grüne Bundesregierung die Versicherungsprämien der AKW-Betreiber endlich auf das Niveau der tatsächlich zu erwartenden Schäden bringen muss. Renate Backhaus, atompolitische Sprecherin des BUND, beziffert die erforderliche Versicherungsprämie auf satte 350 Millionen DM pro Jahr und AKW.

Mit der jetzt laufenden Unterschriftenaktion wollen die Initiatoren erreichen, das endlich auch wieder über die Gefahren der Atomenergie-Nutzung öffentlich diskutiert wird. Auf einer Pressekonferenz in Hamburg kritisierten sie die rot-grüne Bundesregierung und die laufenden Konsensgespräche auch damit, dass nur noch

über die wirtschaftlichen Verluste der Atomindustrie geredet werde, nicht aber über das enorme Sicherheitsrisiko, das die AKWs darstellen.

Das Bündnis, das sich für diese Unterschriftenaktion zusammengetan hat, ist einigermaßen interessant, - weil bemerkenswert konservativ besetzt. Denn neben der IPPNW, dem BUND und der Neuen Richtervereinigung unterstützen auch die Christlichen Demokraten gegen Atomkraft (CDAK) und die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) diese Aktion. Der KLJB hat bundesweit immerhin 70.000 Mitglieder und ist neben ländlicher Jugendarbeit auch im Bereich des "Dritte-Welt-Handels" aktiv. Im Rahmen der katholischen Kirche engagiert sich der KLJB derzeit auch dafür, das die Kirchen und ihre Einrichtungen künftig keinen Atomstrom mehr einsetzen und auf regenerativen Strom umsteigen. Der CDAK besteht aus CDU/CSU-Mitgliedern, die sich nach eigenem Anspruch für die "Überwindung der Kernenergie" einsetzen. Bundesweit zählt der CDAK rund 700 Mitglieder. Vor allem bei den Grünen müsste die Kritik dieses Kreises an der rot-grünen Atompolitik tiefste Bestürzung auslösen. In einer Presseerklärung wirft Detlef Chrzonsz, Bundesvorsitzender des CDAK, der Bundesregierung "Täuschung und Doppelzüngigkeit vor, weil sie vom Ausstieg nur redet und gleichzeitig zu Lasten der Volkswirtschaft den nuklearen Weiterbetrieb noch über den Rahmen hinaus absichert, den die Regierung Kohl der Atomwirtschaft zugestehen wollte."

DSe

Infos und Unterschriftenlisten gibt es unter: www.atomhaftpflicht.de

35. Ein schwarzer Tag für das Wendland

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Regierungspolitik zu AKWs · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:20

In der Umgebung der Gorlebener Atomanlagen kommt wieder einmal Bewegung auf. Am 4. Juni jährte sich zum 20. Mal die brutale Räumung des Hüttendorfes 1004 in der Freien Republik Wendland. Fünf Wochen lang hatten AtomkraftgegnerInnen aus der gesamten West-Republik die Bohrstelle 1004 für das geplante Endlager im Gorlebener Wald besetzt.

In den folgenden Tagen und Wochen entwickelte sich hier eine Dorf- und Widerstandsgemeinschaft, die den Hauch einer neuen Welt ausstrahlte. Tausende beteiligten sich am Hütten- und Latrinenbau, errichteten Wachtürme, organisierten die Lebensmittelversorgung in Volksküchen und schufen eine eigene Dorfverwaltung, eine eigene Form von Basis-Demokratie. Große Teile der wendländischen Bevölkerung unterstützten durch Spenden, Lebensmittel, Baumaterialien den Widerstand gegen die Atomindustrie und den Atomstaat, - und solidarisierten sich mit der illegalen Besetzung. Mit martialischer Gewalt, haufenweise Truppenhubschraubern, schweren Räum- und Panzerfahrzeugen und über 8.000 Polizisten überfiel die westdeutschen Staatsgewalt unter eines SPD/FDP-Bundesregierung die Freie Republik Wendland und zerstörte das Dorf. Der Traum von der Freien Republik Wendland konnte jedoch bis heute nicht zerstört werden. Bis heute hat sich im Wendland eine bundesweit einzigartige Widerstandskultur entwickelt, von der nach wie vor eine weit über die Anti-AKW-Bewegung hinausreichende Ausstrahlungskraft ausgeht. Grund genug, das die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg nach 20 Jahren einlud: Vom 1. - 4. Juni feierte sie das Fest "zwo1004". Doch Gorleben wäre nicht Gorleben, würde es lediglich um eine Gedenk- und Erinnerungsveranstaltung gehen. Im Herbst wird Gorleben voraussichtlich gleich zwei Mal im Mittelpunkt stehen. In der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague stehen seit Monaten sechs Atomtransporte zur Abfahrt ins Gorlebener Zwischenlager bereit. Neben der Zwangspause wegen des Atomtransportskandals und den laufenden Konsensgesprächen zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft verzögerte sich der Transport auch wegen einer kaputten Eisenbahnbrücke bei Seerau/Hitzacker. Nun hat die Bundesbahn die Sanierung dieser denkmalgeschützen Brücke in Angriff genommen und begonnen, diese Castor-fest auszubauen. Gleichzeitig wurde der Ausbau der Castor-Verladestation in Breese/Marsch am Ortsrand Dannenberg beantragt, wo die Castoren, die als Six-Pack angeliefert werden sollen und von der Schiene auf die Straße umgeladen werden. Grund genug also, dass das Fest "zwo1004" auch der Vorbereitung der kommenden Aktionen dienen wird.

Doch es kommt noch dicker: Kommt der Konsens in Berlin, folgt die Genehmigung für die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) in Gorleben. Das wäre ein rabenschwarzer Tag für das Wendland.

1004 - Die Freie Republik Wendland entsteht

Die rot-grüne Bundesregierung und die Energiewirtschaft können sich noch immer nicht auf die Laufzeiten der Atomreaktoren einigen. Die Grünen haben sich inzwischen bereit erklärt, eine Betriebsdauer von 30 Jahren für die Atomkraftwerke hinzunehmen. Diese Haltung läuft auf den Bestandsschutz des Kraftwerkparks hinaus.

Auch bei "Lösung" des Atommüllproblems kommt die Bundesregierung den Betreibern entgegen. Zum einen werden kraftwerksnahe Zwischenlager gebaut, zum anderen soll die PKA Gorleben den Betrieb aufnehmen.

Die Anlage ist praktisch fertig gestellt. Ihr Bau hatte sich seit dem Baubeginn 1990 jahrelang verzögert. Ursprünglich wollte die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) die inzwischen 800 Millionen DM teure Allzweckfabrik 1995 in Betrieb nehmen. Die GNS besteht auf einer Betriebserlaubnis zur Sicherung ihrer Investitionen.

Das Kürzel PKA (Pilot-Konditionierungs-Anlage) steht für die endlagerfertige Verpackung ("Konditionierung") der hochradioaktiven Brennelemente bzw. der verglasten hochradioaktiven Abfälle (Kokillen) aus der Wiederaufarbeitung. Dazu werden die Castorbehälter in einer "heißen Zelle" ferngesteuert geöffnet, die Brennelemente bzw. Kokillen werden herausgezogen und in einen sogenannte Pollux-Behälter umgepackt. Über einen 60 Meter hohen Abluftkamin wird Radioaktivität in die Luft geblasen. Luft, die wir atmen.

Der Castor nach Gorleben rollt im Herbst

Dass es in jeder Atomanlage außerdem Störfälle geben kann und dass daher erst recht bei einer "Pilot"-Anlage mit Pannen zu rechnen ist, ist zu befürchten.

Die PKA macht keinen Sinn. Niemand kann heute sagen, wo, d.h. in welcher geologischen Formation (Salz, Granit, Ton ...) und an welchem Ort im Jahr 2030 ein Endlager für den Strahlenmüll den Betrieb aufnehmen soll. Deshalb will die GNS zunächst nur den "Kaltbetrieb", also das Hantieren mit den Behältern üben. Aber die Atomfirma besteht auf der Gesamtgenehmigung.

Statt eine überflüssige PKA, die auch noch am falschen Ort errichtet wurde, mit zum Verhandlungsgegenstand in den Konsensrunden zu machen, schlugen ausgerechnet der grüne Umweltstaatssekretär Baake und sein Abteilungsleiter Renneberg der PKA eine Bresche: sie wollen - weil der Ausstieg nichts kosten darf - die umstrittene Atomfabrik als Castorreparaturzelle genehmigen. Wohlgemerkt: als zentrale Einrichtung für alle Zwischenlager. Das heißt: am Ende gibt es noch mehr Atomtransporte, und das auch noch mit schadhaften, defekten Behältern.

Wir sehen schwarz, aber wehren uns: Die Farbe schwarz ist das Symbol. Schwarze Fahnen, schwarze Wimpel, Plakate und Flugblätter mit schwarzem Grund verweisen auf die drohende Entwicklung. Den Widerstand geben wir nicht auf. Kommt es zur Betriebsgenehmigung treffen wir uns am Abend dieses schwarzen Tages in schwarzer Kleidung an den Toren der PKA in Gorleben.

Wir sitzen am längeren Hebel und haben einen langen Atem, wir wissen nur zu gut: die Castorbehälter sind das "Futter" für die PKA. Jeder Castor, der Gorleben nicht erreicht, macht die PKA "arbeitslos".

Was ist geplant? Wir starten eine Info-Offensive während der "Kulturellen Landpartie" im Wendland zwischen Himmelfahrt und Pfingsten, einige planen einen Expo-Ausflug am 7. Juni und eine Demo im Herbst - wer nicht kämpft, hat schon verloren! Die Demo soll bundesweit organisiert werden und kann/muss bilanzieren, was aus dem Konsensnonsenspoker in Berlin für die Bewegung folgt. Auf jeden Fall gibt es Themen, Stoff und Anlass für eine Herbstdemo!

Wolfgang Ehmke,

BI Lüchow-Dannenberg

Nach Redaktionsschluß hat die BI Lüchow-Dannenberg den Termin für eine bundesweite Demonstration gegen das rot-grüne Atomprogramm für den 23. September festgelegt!

36. 22 Jahre Schweinerock. Wutzrock 2000 - Umsonst & Draußen

Autor: hz · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:22

Mammutveranstaltungen wie "Rock am Ring" oder die zweijährlich stattfindenden Rolling Stones Welttourneen sind deutliches Zeugnis der vollständigen Kommerzialisierung der Ware Rockmusik. Als Ausdruck von Gegenkultur ist sie nur noch in wenigen Nischen zu finden. Eine dieser verborgenen Ecken ist ein kleines, meist nicht sehr spektakuläres Musikfestival mit dem Namen Wutzrock im Osten Hamburgs.

Der Kampf um ein autonomes, selbstverwaltetes Jugendzentrum war die Geburtsstunde dieses wohl zu den ältesten zählenden "Umsonst & Draußen"-Festivals in der BRD. Um die Idee eines autonomen Jugendzentrums ("JUZ, aber dalli" lautete die damalige Parole) zu transportieren, wurde 1979 im Billtalstadion des Hamburger Stadtteils Bergedorf das erste Wutzrock-Festival veranstaltet. Man wollte Öffentlichkeit bzw. Gegenöffentlichkeit zum Angebot des Hitparadenmiefs eines Dieter Thomas Heck. Vor allem aber sollte die eigene kulturelle Identität schon mal im Vorwege ausprobiert und vorgelebt werden. Das kulturrevolutionäre Element war Wegbegleitung zumindest in der ersten Phase der Realisierung der Festivals. Es ging nicht um eine Art Masterplan zur Erringung der lokalen kulturellen und politischen Hegemonie, sondern im Vordergrund stand die Idee der konkreten Umsetzung eines alternativen, immer politisch infizierten Lebens.

Bemerkenswert ist vor allem, dass Wutzrock nach diversen Höhen und Tiefen und trotz eines bis heute vollständig gewandelten Zeitgeistes und trotz eines abhanden gekommenen revolutionären Subjekts, immer noch sehr lebendig jedes Jahr auf dem Gelände am Eichbaumsee wieder auferstehen. In diesem Jahr findet das Open-Air-Festival nun schon zum 22. Mal statt. Darüber hinaus ist das damals durch u.a. mehrere Hausbesetzungen erkämpfte autonome Jugendzentrum noch existent bzw. funktioniert immer noch im Sinne seiner Mütter und Väter. Indikator für den unangepassten, immer noch aufrührerischen Geist mag sein, dass das JUZ "Unser Haus" in CDU-Anfragen an den Hamburger Senat schon mal als Dependance der "Roten Flora" bezeichnet wird.

Idee eines alternativen, politischen Lebens

Bundesweit gibt es noch einige andere Orte wie z.B. Vlotho oder Würzburg, an denen die Idee der "Umsonst & Draußen" Festivals weiterlebt. Vlotho errang Anfang der 80er Jahre auf Grund seiner Woodstock ähnlichen Größenverhältnisse von schon mal 70.000 ZuhörerInnen und den unvergessenen Schlammschlachten mehr als regionale Aufmerksamkeit. Neben der Idee, unkommerzielle Nonprofit-Veranstaltungen als authentischen Ausdruck des (damaligen) Lebensgefühls zu organisieren, war der Regen das einzige, das Wutzrock und Vlotho einte. In Vlotho gelang es nach den äußerst erfolgreichen Veranstaltungen von 1975 bis 1979 nicht, das Festival jährlich zu organisieren. Erst 1990 ging es weiter. 1993 waren wieder 70.000 nichtzahlende ZuhörerInnen erreicht. Danach gab es noch 1997 ein Festival. In diesem Jahr sollen nun vom 1. - 3. September wieder drei Tage alternativ gefeiert, Musik gehört und Drogen konsumiert werden. Vlotho war, anders als Wutzrock, immer eher ausschließlich das Festival des authentischen Lebensgefühls und nicht Ausdruck des politischen Widerstands.

Die ökonomische Umsetzung und Realisierung der Festivals ist überall gleich. Die Bands spielen zu Konditionen, die es nicht erlauben, Superstars zu holen. Der Verkauf der legalen Drogen bleibt in der Hand der Veranstalter, Stände werden gegen Gebühren vermietet, gearbeitet wird von vielen Leuten viel und umsonst.

In den Anfangstagen des Wutzrockfestivals sorgte das Bezirksamt Bergedorf bzw. die Hamburger Kulturbehörde über den jugendpolitischen Geldtopf noch für eine Ausfallbürgschaft. Nachdem diese Mittel bis 1995 mit nur noch 7.500 DM einen Tiefstand erreichten, stand aufhören oder anders weiter zur Debatte. Nach einigen Streitereien mit dem Hausrat vom JUZ gründete die Veranstaltungsgruppe den eingetragenen Verein "Galatic Entertainment" und setzte sich vorübergehend ein wenig vom Jugendzentrum ab. Sponsoring durch den in Bergedorf inzwischen entstandenen alternativen Mittelstand sollte nun die erforderlichen Geldmittel bringen: Der regionale Müsliladen, bzw. Fahrradschrauber um die Ecke und vielleicht sogar der Autodealer wurden zum Objekt der Begierde. Das Konzept ging auf und der Müsli-orientierte Bergedorfer Mittelstand half,

das erforderliche Geld zusammenzubringen. Als einziges Großunternehmen, Das in dieser Szene Kultursponsoring für zweckmäßig hielt - ist Langnese dabei.

Inzwischen hat das Festival am Eichbaumsee einen festen Veranstaltungsort. Seit dem steigen die Besucherzahlen langsam aber stetig von früher vielleicht maximal 3.000 auf heutige 7-10.000 Menschen an.

Sponsoring für die linke Subkultur

Erst seit ca. vier Jahren ist dieser Veranstaltungsort unumstritten. Davor hatte der Ortsausschuss "Vier- und Marschlande" in Form von einer CDU-FDP-Initiative ständig versucht, das Festival von diesem Platz zu vertreiben. Unvergessen ist die Drohung mit dem Volkszorn durch den FDP-Abgeordneten Hansen vom September 1991: "Müssen die Leute erst mit dem Güllewagen dort hinfahren ...", war seine Aufforderung zu Bauernriots.

Wutzrock hat sich inzwischen etabliert. Als ein eher regionales Musikfest hat es in den Anfängen die Jugendlichen der kleinen subkulturellen Szene Bergedorfs in ihrer Positionierung im politischen Koordinatensystem unterstützt. Über den Hebel der Musik wurde im kleinbürgerlichen Speckgürtel der Metropole Hamburg kulturpolitische Orientierung geboten, die zumindest in der jährlichen Realisierung des Festivals bis heute trägt. Eine frühzeitige Umsetzung des Mottos "Think global, Act lokal".

Als gegenkulturelle Veranstaltung war Wutzrock auch ein Angriffspunkt der Neo-Nazis. 1988 plakatierten Neo-Nazis im Hamburger Schanzenviertel Wutzrockplakate mit dem Text "Unser Haus spielt Bimbomusik" über. Das JUZ "Unser Haus" war damals noch identisch mit der Wutzrock-Veranstaltungsgruppe.

Bei diversen Festivals musste mit Provokationen durch die Nazis gerechnet werden, zumal Wutzrock immer auch aktiv politische Gegenkultur unterstützte. Seit 1998 hat die deutsche Sektion von ICAD (International Comitee against Disapperance) ein Infozelt auf dem Festivalgelände. ICAD problematisiert weltweit das staatlicherseits organisierte Verschwindenlassen kritischer, engagierter Menschen. Dieses Jahr wird das Festival um ein weiteres Infozelt unter dem Motto "Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen" ergänzt. Inhalt ist der antifaschistische Widerstand gegen das immer offenere Auftreten der Neo-Nazis auf Hamburger Straßen.

Wutzrock und Gegenkultur gegen Nazis

Zu hoffen bleibt, dass diese real gelebte Alternative weiterhin als Orientierungsrahmen im Kampf um die Köpfe bleibt, dass es auch in Zukunft gelingt, das Staffelholz an die nachwachsenden Generationen Jugendlicher zu überreichen, um weiter gesellschaftliche Räume zu besetzen.

Hz

Wutzrock 2000: 14.-16. Juli in Hamburg am Eichbaumsee, Programm unter: www.bergedorf.de/kulturost

37. Walk like an Egyptian - Continental Drifters

Autor: Hz · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:23

Ganz ohne neues Album kommen die Continental Drifters über den großen Teich, um sich für 12 Konzerte die Ehre zu geben. Die Band ist live eine Bank. Die LeserInnen des deutschen Rolling Stone wählten die Band 1998 auf den achten Platz der besten Liveacts. Und in der Tat war das 98er Konzert im Hamburger Knust mitreißend.

Die Continental Drifters sind Vicki Peterson, die Anfang der 80er Jahre mit der Girlie-Rock-Band The Bangles einige Evergreens ("Walk like an Egyptian", "Manic Monday") hinterließ. Peter Holsapple spielte früher bei REM. Mark Walton, Mitte der 80er Mitglied bei Dream Syndicate sowie Sängerin Susan Cowsill und Schlagzeuger Carlo Nuccio.

Die CDs der Continental Drifters erscheinen auf dem kleinen und exquisiten Blue Rose Label. Auf ihrer nunmehr zweiten Tournee tingelt die Band vor allem durch kleinere Säle. Eine dermaßen musikalisch fundierte Combo wird normalerweise nicht in Sälen unter 2000 Leuten geboten. Der Harmoniegesang ist außerordentlich mitreißend, die Instrumentierung beinhaltet neben dem Standard einer Folkrockgruppe noch Cello, Akkordeon und Mandoline. Das ganze ist also ein echter Leckerbissen, den man besser nicht verpasst.

Hz

Diskografie: Continental Drifters, 1995; Vermillion, 1998; Tourdaten 5.7. Nürnberg, K 4; 6.7. Tübingen, Sudhaus-Biergarten; 7. - 9.7. Heilbronn, Gaffenberg-Festival; 10.7. Bremen, Moments; 11.7. Hamburg, Knust; 12.7. Dresden, Star Club; 13.7. Berlin, Knaack; 14.7. Ludwigsfelde, Relax; 15.7. Halle, Studentenclub Turm; 16.7. Frankfurt, Sindkasten

38. Sound des Hasses - Nazi-Musik in Europa

Autor: DSe · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:19

Die Ausstrahlungskraft der neonazistischen und rassistischen Organisationen, Gruppen, Vereine und Parteien ist ohne eine erhebliche Kulturarbeit kaum vorstellbar. Ihr Einfluss und ihr Rekrutierungsfeld erschließen sie über ein Netz von Unternehmen und Einrichtungen, die sich mit dem Vertrieb von Rechtsrock-Musik befassen. Darüber werden nicht nur viele Jugendliche erreicht, auch für die Finanzlage rechter Organisationen ist das Engagement von Nutzen. Einen umfassenden und äußerst detaillierten Bericht über die Aktivitäten von Neonazis im Bereich des Rechts-Rocks verschafft das vor kurzem erschienene Buch White Noise, das in Zusammenarbeit mit der britischen Zeitung Searchlight, dem Berliner Antifaschistischen Infoblatt und anderen entstanden ist. Dabei handelt es sich um eine teilweise aktualisierte und ergänzte Ausgabe, der bereits 1998 in England unter gleichem Titel veröffentlichten Aufsatzsammlung.

Das Buch liefert durchaus mehr als nur einen Einblick in die internationale Neonazi-Musik-Szene. Dargestellt wird nicht nur, wer wo und mit wem an der Herstellung und dem Vertrieb von Blood & Honour und White-Power-Musik beteiligt ist. In den verschiedenen Aufsätzen wird auch auf die inneren Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen eingegangen und deutlich gemacht, welches ökonomische Potenzial die Verkaufs-Erlöse für Nazi-Organisationen darstellen. "Neonazi-Musik konnte schon Mitte der 90er Jahre Hundertausende von Mark erwirtschaften, heute dürften es allein in Deutschland Millionen sein. Der Doppeleffekt könnte dabei zu einer enormen Dynamik führen: Einerseits werden Zigtausende an Musikträgern mit rassistischer, neonazistischer Musik überwiegend an Jugendliche gestreut; andererseits fließen große Mengen Geld direkt in die Hände neonazistischer Funktionäre und Organisationen", stellen die Herausgeber im Vorwort fest.

Rechte Musik bringt Geld und Einfluss

In der Tat ist die Bedeutung der Rechts-Musik für die ideologische Ausrichtung von Jugendlichen nicht zu unterschätzen. Zwar muss man nicht gleich unterstellen, dass der Besuch solcher Konzerte von Bands wie Combat 18 und anderen automatisch zur Organisierung der Leute führt. Aber in jedem Fall dürfte das Umfeld, in dem man sich zu solchen Anlässen bewegt, eindeutig die Bereitschaft, die Botschaften von Nazigruppen und Organisationen aufzunehmen, deutlich verbessern. Rassistische und neonazistische Propaganda kann so erheblich einfacher in den öffentlichen Raum und die Köpfe ganzer Szenen eingeschleust werden. Das hilft alle mal, um für Hetzjagden gegen Flüchtlinge und Anschläge auf Wohnheime für ausreichende Akzeptanz zu sorgen.

Dass diese Nazi-Musik-Kultur nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden kann, ist den Autoren und Herausgebern ebenso klar, wie die Begrenztheit der staatlichen Maßnahmen gegen diese Bewegung. Ein massiveres staatliches Vorgehen gegen die Vertriebswege und die Verbreitung von Nazi-Musik ist jedoch nur dann zu haben, wenn der politische Druck auf die entsprechenden staatlichen Institutionen erhöht wird. Schon zu diesem Zweck ist antifaschistische Recherche und Aufklärung erforderlich, - und genau das leistet White Noise.

Doch allein staatlicher Druck reicht nicht aus. Die Herausgeber verweisen ausdrücklich darauf, wie wichtig es ist, Jugendliche gegen den rechten Mainstream zu unterstützen und ihnen zu helfen, (Frei-)Räume zu schaffen. "Denn neonazistischer Ideologie kann der Boden nur durch eine breite solidarische und vor allem für Jugendliche attraktive Gegenbewegung entzogen werden." Wie das allerdings aussehen könnte und was unter einer attraktiven Gegenbewegung zu verstehen wäre, darüber werden in dem Buch leider keine weitere Überlegungen angestellt. Ein solcher Beitrag wäre ganz schön gewesen. Denn die Herausgeber gehen zurecht auch davon aus, dass die dargelegten Fakten und Entwicklungen einigermaßen "erschlagend wirken". Der Hinweis, dass mit der Vorlage des Buches eine in Anlehnung an die in England laufende Kampagne "Turning down the sound of hate" nun auch in Deutschland laufen soll, ist etwas kurz geraten.

Dennoch: als Grundlage für jede und für jeden, sich mit der Nazi-Musik und Propaganda näher beschäftigen will, der/die hat mit White Noise eine exzellente Informationsquelle zur Verfügung. Und dies nicht nur über die deutsche Szene. Umfassend wird auf die jeweiligen Nazi-Bands, Vertriebswege und politischen Strukturen und deren Zusammenarbeit in Europa und den USA eingegangen. Aufsätze über die Neonazi-Musik in Polen, über

die White-Power-Skins in den USA, die Strukturen und Entwicklung in Schweden und natürlich in England und Deutschland machen deutlich, dass es sich hier nicht einfach um ein isoliertes Problem in einigen ländlichen Gebieten handelt, sondern dass die Neo-Nazi-Szene und ihre Musik sich inzwischen international organisiert haben und engstes zusammenarbeiten. Der rechte Kultur-Austausch ist intensiv entwickelt.

Nazi-Musik hetzt auch im Internet

Wer über die rassistischen und faschistischen Texte und die Präsens der Nazi-Bands einen eigenen Eindruck bekommen möchte, braucht heutzutage nicht mehr in die entsprechenden Veranstaltungsorte wie dem Club 88 (was in der Szene "Heil Hitler" bedeutet, die acht steht für den achten Buchstaben im Alphabet) im schleswig-holsteinischen Neumünster reisen. Ein vorzüglicher Artikel von Stefan Jacoby folgt den Spuren der Nazi-Szene-Bands im Internet. Auszüge von Musiktexten unterstreichen die brutalen Gewaltfantasien der Nazi-Szene, in denen zu Mord und Totschlag an Juden und Flüchtlingen aufgerufen wird. Auch die Musik lässt sich hier finden: über das Datei-Format mp3 ist es inzwischen bequem möglich geworden, Musikdateien über das Internet zu vertreiben. Aufgezeigt wird, wie die Kommunikation der Neo-Nazis funktioniert, wie über elektronischen Gästebücher legaler Seiten die NutzerInnen über andere, zutiefst nazistische Homepages informiert werden, die wegen immer neuer Verbote durch die Provider ihre Adresse immer wieder ändern müssen. "Wenn man der White-Power-Szene das Rückrat brechen kann, würde das erhebliche Auswirkungen auf die Neonazi-Organisationen haben, die von ihr finanziert werden. Der rassistischen Musikszene der Saft abdrehen, ist heute eine der wichtigsten Aufgaben für AntirassistInnen und AntifaschistInnen", heißt es in den bereits 1998 verfassten Schlussfolgerungen. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

DSe

White Noise, Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour - Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene, Herausgegeben von Searchlight, Antifaschtisches Infoblatt, Enough is enough und rat. Das 152 seitige Buch ist erschienen bei: UNRAST-Verlag, reihe antifaschistischer Texte, Hamburg/Münster 2000 und kostet 19,80 DM,

ISBN 3-89771-803-0

39. Alles verändert sich. Neues Glas aus alten Scherben

Autor: DSe · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:14

Mein Name ist Mensch, als brasilianischer Samba live aufbereitet und mit so viel Schwung dargeboten, dass man nicht nur gleich loshüpfen wollte, sondern auch noch völlig überrascht zuhört. Das war irgendwie nicht zu erwarten. Auf der brandneuen CD Neues Glas gibt es eine schöne Auswahl neuer Fassungen der Songs von Ton Steine Scherben und Rio Reiser. Die Erwartung war klar: Das kann nicht gut gehen. Ton Steine Scherben kann man nicht nachmachen, - und schon gar nicht Rio Reiser. Aber genau das macht Neues Glas aus alten Scherben auch nicht. Die Band ist derart eigenwillig bei der Sache, dass man nach wenigen Sekunden neu zuhört, nur noch hin und wieder mal kurz nachsinnt, wie das denn auf dem Original klang. Stattdessen drängt sich immer mehr das Gefühl auf, wie verdammt lebendig und aktuell das ganze ist. Und vor allem: an Glaubwürdigkeit hat das ganze nicht die Bohne verloren. Das liegt sicher nicht nur daran, das Neues Glas mit einigen alten Scherben daher kommt. Die Musik ist kompakter und rockiger. Die wohl schwierigste Aufgabe, die Stimme, das Herz, die Seele und die Botschaft von Ton Steine Scherben - also Rio Reiser - zu ersetzen, an ihm vorbei zu singen, ihn "vergessen" zu machen, löst Michael Kiessling. Das macht er auf seine eigene Art und ohne den Versuch, Rio Reiser zu kopieren. Eigenwillig und mit tiefem Bass bringt er Stücke wie Wenn die Nacht am tiefsten, Wann, oder Land in Sicht rüber. Spätestens wenn die Band Der Traum ist aus unverzagt und mit einer unglaublichen Power abliefert, kommt man nicht umhin, den Namen der Band auch programmatisch zu verstehen.

Neues Glas aus alten Scherben hat kaum etwas, eigentlich gar nichts mit sentimentalen Erinnerungen an längst vergangene Tage, Nächte und Kämpfe zu tun (weiß du noch ...). Die Stücke sind heute und hier neu gemacht und sie haben was mit den heutigen Befindlichkeiten und der Suche nach einem Standort und einer Perspektive zu tun. Nicht anders kann es sein, wenn Mischka im März 2000 über die 99er Konzerte und deren Ablauf berichtet: "Sie boten uns Abend für Abend die Chance, ein Publikum zu erreichen, wie man es sich bunter kaum vorstellen kann - vom Alter her wie auch von den Wünschen und der Art, diese lautstark oder verhalten zu artikulieren. Oft genug waren die Konzerte Auslöser für lange Gespräche und so war nach den letzten Zugaben selten wirklich Schluss ..." Das genau macht es doch interessant.

Kiessling hat es scheinbar sowieso ein wenig mit dem Existenziellen. In einer Bar-Revue mit Texten von Charles Bukowski und Songs von Tom Waits ist er seit einiger Zeit ebenfalls unterwegs (gibt es auch auf CD, Infos: http://www.bukowski-waits.de). Und die taz weiß zu berichten: "Sänger Michael Kiessling flüstert, würgt, röhrt die Song- Texte aus einem schmalen Körper, wie es Tom Waits nicht besser könnte. Da ist zusammengewachsen, was längst zusammen gehört." Es lohnt sich wirklich, einen Abend der CD zu lauschen und zu erleben, wie aus alten Scherben neues Glas entsteht.

Keine Macht für Niemand

Wer noch mal tief in die Geschichte und Welt von Ton Steine Scherben eintauchen möchte, der kann dies nun mit einem Buch vor der Nase anfangen. Bassist Kai Sichtermann hat sich mit etwas Unterstützung daran gemacht, sämtliche Etappen der Geschichte der Band detailliert aufzuzeichnen und das unter dem Titel Keine Macht für Niemand. Dabei hat er mit vielen der damals im Umfeld der Scherben Aktiven Interviews und Gespräche geführt, die teilweise auch in dem 320 Seiten-Wälzer veröffentlicht werden. Neben vielen kleinen amüsanten Geschichtchen und Episoden in den Scherben-Jahren zwischen 1970 und 1985, den Stationen und Veränderungen von Berlin bis Fresenhagen blättert Sichtermann ein elementares Stück linker Geschichte auf. Nicht so sehr im politischen Kontext, sondern vielmehr als persönlich Beteiligter, der mit Georg von Rauch, mit Anne Reiche oder Thomas Weißbecker zu tun hatte, der am Rande der RAF und der Bewegung 2. Juni seine Musik machte und mit den Scherben mitten drin in der Hausbesetzerszene, der Lehrlingsbewegung stand.

Immer wieder geht es auch um das liebe Geld, das immer fehlte und das am Ende das Ende der Scherben besiegelte. Aus heutiger Sicht ist es irgendwie nur noch schwer nachvollziehbar, dass es innerhalb der Linken als unanständig galt, wenn eine Band von ihrer Musik leben und also Geld verdienen wollte. Die Beschaffung einer neuen Anlage, die die Band heimlich still und leise quasi als Kommandoaktion durchführen musste, um

linke Kritik nicht aufkommen zu lassen, ist schon irgendwie beklemmend. Aber, und das sollte man sicher nicht übersehen, ohne diese Linke, ohne diese Aufbruchstimmung, ohne diese Gefühl von solidarischer Verbundenheit (auf der einen Seite) wären die Scherben sicher nicht die Scherben geworden und vermutlich hätten sie sich nie kennen gelernt.

Schade nur, dass Kai Sichtermann Bassist ist. Der ist als ruhender Pol - keine Frage - unverzichtbar und ein Bassist der das nicht ist, wäre keiner. Aber als Autor ist das etwas anderes. Immer wieder klingt das doch ein wenig zu sehr drüber stehend, ein wenig zu distanziert. Mag sein, dass das auch daran liegt, dass die Geschichte der Scherben von einem direkt Beteiligten häufig in der dritten Person erzählt wird. Dadurch verliert sie etwas und es wäre sicher besser gewesen, hätte Sichtermann auf Mitautor Jens Johler gehört, der ihm die Ich-Form vorgeschlagen hatte, aber an Kais Widerstand scheiterte. Das Buch macht anschaulich, dass die Scherben mehr als nur eine "Familie" waren (und sind) und mehr als nur die Summe der jeweils beteiligten Personen. Doch die etwas steife Erzählweise wirkt manchmal, als wäre Kai Sichtermann nicht wirklich mittendrin, sondern nur dabei gewesen. Aber das spricht keine Sekunde dagegen, sich den Schmöker für den bevorstehenden Urlaub zu beschaffen und sich mit einem schönen Glas Rotwein oder einem Joint auf eine Reise zu begeben.

DSe

Die CD Neues Glas aus alten Scherben Live kann man entweder über das Rio Reiser Archiv oder über BuschFunk-Vertriebs GmbH, Rodenbergstr. 8, 10439 Berlin (tel: 030-446511000) zum Preis von 27 DM plus Versandkosten bestellen. Das Buch Keine Macht für Niemand von Kai Sichtermann, Jens Johler und Christian Stahl ist erschienen beim Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag und kostet 29,80 DM. Infos zu Rio Reiser, Ton Steine Scherben und Neues Glas aus alten Scherben gibt es im Internet: www.neues-glas.com/,

www.rioreiser.de/index_1.html, www.tonsteinescherben.de

40. Fleckfieberexperimente im KZ. Die Behringwerke produzierten und profitierten

Autor: Thomas Werther · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:04

"Man nahm (...) für einen Versuch mit Impfstoff 100 Personen. 80 bekamen eine Präventivimpfung. 15 Tage nach der letzten Impfung spritzte man den gleichen Häftlingen intravenös fünf ccm virulentes Blut eines Typhuskranken [gemeint ist Fleckfieber = Typhus exanthematicus, d. A.] auf dem Höhepunkt seiner Infektion. Gleichzeitig erhielten die 20 übrigen Häftlinge, die nicht geimpft worden waren und ebenfalls als Versuchsobjekte dienten, dieselbe Menge. Nach vier oder fünf Tagen starben die Versuchsobjekte oder begannen zu sterben; denn niemand kann solches Quantum überleben. Gewöhnlich genügt 1/10 ccm, um den Tod herbeizuführen. Die Geimpften ihrerseits starben nicht alle, und die Deutschen fertigten eine Tabelle über die Versuchsobjekte an; sie besaßen auch eine Wirksamkeitskurve, die die Raschheit und die Zahl der Todesfälle im Verhältnis zu den Geretteten zeigte. Nach zwei bis drei Monaten gab es eine bestimmte Zahl von Überlebenden, wenn der Impfstoff wirksam gewesen war. Im letzteren Falle wurden die Überlebenden durch eine Herzspritze mit Phenol ‚liquidiert`."

Diese Aussage machte Dr. Alfred Balachowski für die französische Anklagebehörde im Nürnberger Ärzteprozess. Als ehemaliger Laborleiter des weltweit bekannten Pasteur-Instituts in Paris wusste er sehr genau, wovon er sprach. Das Pariser Pasteur-Institut war 1942 von den Behringwerken, einer Abteilung der I.G. Farben, übernommen worden. Als KZ-Häftling wurde Balachowski im Block 50 des KZ Buchenwald eingesetzt, um dort mit seinem Mithäftling Dr. Ludwig Fleck unter der Leitung des SS-Lagerarztes Sturmbannführer Erwin Ding eine SS-eigene Impfstoffproduktion aufzubauen. Dr. Fleck war Mitarbeiter des Lemberger "Weigl-Instituts", dass den weltweit ersten wirksamen Fleckfieber-Impfstoff hergestellt hatte. Das Institut war von der Wehrmacht beschlagnahmt und seine Impfstoffvorräte (allein 90.000 Portionen) den Behringwerken zugeteilt worden.

Fleckfieber ist eine Krankheit, die als eine typische Hunger- und Kriegsseuche angesehen wird (auch genannt: Gefängnisfieber, Lagertyphus, Schiffsfieber, Hungertyphus). Fleckfieber war lange Zeit eine Haupttodesursache bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Im ersten Weltkrieg besiegte das Fleckfieber große Teile des deutschen Heeres im Ostfeldzug. Die von der Seuche betroffenen Abteilungen hatten eine Todesrate von 70%. In Wehrmachtskreisen war die Angst vor dieser Seuche entsprechend groß. Zu Kriegsbeginn gab es - da Antibiotika als Heilmittel noch nicht bekannt waren - nur einen einzigen wirksamen Impfstoff gegen die Seuche: einen Impfstoff, den der Biologe Rudolf Weigl an der Uni Lemberg entwickelt hatte (im folgenden als Weigl-Impfstoff bezeichnet). Auf Grund der sehr aufwendigen Produktionsweise aus Läusedärmen (Infizierung der Läuse durch Kanülen, Läusefütterung durch immunes Personal, Herausoperieren des Läusedarms, Verreibung desselben mit Kochsalz und Phenol mit dem Ziel, "nichtlebende Vaccine" zu erhalten) konnte der hergestellte Impfstoff quantitativ nicht den minimalsten Ansprüchen genügen. Deswegen wurde ab Kriegsbeginn an vielen Instituten einerseits nach neuen Produktionsmethoden, andererseits aber auch nach neuen Therapien gesucht. Alle dafür in Frage kommenden Forschungseinrichtungen im Reich und den eroberten Gebieten waren mit dieser Aufgabe befasst. Beteiligt waren u.a. das Robert-Koch-Institut (RKI, Berlin) als "Reichsinstitut für Seuchenbekämpfung", das "Staatl. Inst. für experimentelle Therapie" in F/M (heute: Paul-Ehrlich-Institut), das Hamburger "Tropeninstitut" und dessen Ableger in Warschau (ab 1940 eigenständiges staatl. Inst. des Generalgouvernements), die Behringwerke in Marburg und vor allem ab 1942 dessen Produktionsstätten in Lemberg, die "Chemotherapeutische Abt. der I.G." in Elberfeld, Teile der Kaiser-Wilhelm-Institute (heute Max-Planck-Institute), das SS-"Ahnenerbe"" in der Reichsuniversität Straßburg, das "Hygiene-Institut der Waffen-SS" Berlin (1944 eigene Produktion in Buchenwald) und das "Fleckfieberforschungsinstitut des Oberkommandos des Heeres (OKH)" in Krakau.

Trotz des enormen Aufwandes lässt sich der Forschungsstand folgendermaßen zusammenfassen: Alle Impfstoffe, die von deutschen Wissenschaftlern entwickelt, zunächst an Tieren und dann (oder aber sofort) am Menschen ausprobiert wurden, blieben in ihrer Wirkung beschränkt oder ganz und gar wirkungslos. Ausnahme war der nicht als Massenprodukt lieferbare Weigl-Impfstoff aus Läusedärmen. Dieser Impfstoff wurde in Krakau (OKH), im Staatlichen Hygiene-Institut in Warschau und im Emil-von-Behring (EvB)-Institut der

Behringwerke in Lemberg hergestellt. Weigl-Impfstoff wurde nur an die SS und das Sanitätspersonal der Wehrmacht im Osten abgegeben.

Die anderen Impfstoffe gegen Fleckfieber wurden entweder aus infizierten Tierlungen, Tierhirnen oder befruchteten oder unbefruchteten Hühnereiern hergestellt. Mit diesen Impfstoffen wurden die KZ-Häftlinge in Buchenwald, Neuengamme, Lemberg und Natzweiler oder sowjetische Kriegsgefangene in den Lagern des Ostens traktiert und ermordet.

Fleckfieber-Forschung

Am 25. Oktober 1938 fand in Marburg die 25. Serobakteriologische Betriebsbesprechung statt. Hier wurde mitgeteilt, dass man mit Hilfe einer aus dem Staatlichen polnischen Hygiene-Institut in Warschau "organisierten" mit Fleckfieber infizierten Maus beginnen wollte, die "Gewinnung von Fleckfieber-Impfstoff auf andere Weise zu intensivieren". Dies geschah in Absprache mit der Heeressanitätsinspektion, dem Reichsgesundheitsamt und dem Innenministerium. Die Marburger griffen zunächst einmal auf die Produktionsweisen zurück, die ihnen bekannt waren: die Gewinnung von Impfstoffen aus Pferden. Wie aus der nachfolgenden 26. Serobakteriologischen Besprechung am 11.1.1940 in Marburg hervorgeht, wurde das Pferdeserum an die Wehrmachtshygieniker Rose und Zeiß geschickt, um diesen Impfstoff in Warschau zu testen. Da aber das Risiko sehr groß schien, sollte dieser Impfstoff nur im absoluten Ernstfall zum Einsatz kommen, solange nicht bessere Präparate gefunden waren. Aber auch Walter Menk erhielt dieses Präparat. Walter Menk war seit 1930 Parteimitglied, ausgebildet am Tropeninstitut in Hamburg und hatte sich dort in der Therapie der Schlafkrankheit und in der Malariaprophylaxe etabliert, d.h. er hatte 1921, 1926 und 1927 in Jugoslawien verschiedene Mittel gegen die Schlafkrankheit und die Malaria an Menschen getestet. Versuche in der Anstalt Friedrichsberg an "Paralytikern" (Gelähmten) mit Epochin mussten abgebrochen werden, da Nervenlähmungen, Zyanosen, Hautfärbungen und Psychosen auftraten. Menk wurde 1932 wissenschaftlicher Leiter des EvB-Instituts in Rio de Janeiro, ab 1934 in Buenos Aires. Ab 1936 stand er bei der United Fruit Company in Lohn und Brot, 1939 kehrte er nach Hamburg zum Tropeninstitut zurück, meldete sich im September 1939 freiwillig zur Wehrmacht und wurde ab Oktober zum polnischen staatlichen Hygiene-Institut nach Warschau geschickt. Zunächst war er als Beauftragter der Wehrmacht, dann der Besatzungsregierung für die staatlichen Seruminstitute in der neu vom Tropeninstitut eingerichteten Fleckfieber-Forschungsstelle tätig. An diesen Walter Menk erinnerte man sich auf der Marburger Besprechung am 11.1.1940. Aus dem Protokoll: "Anzustreben sind Versuche am Menschen durch Prof. Menk, Warschau." Menk sollte die "Übernahme der polnischen Produktionsstätten" durch die Behringwerke in Angriff nehmen. Menk setzt sich in der Tat für die Belange der Behringwerke ein. In einem Brief an Zeiß (Berlin) wirbt er: " Es bietet sich deutschen Forschern dort eine so leicht nicht wiederkehrende Gelegenheit zu wissenschaftlichen Arbeiten über Rickettsien" (Rickettsien: Fleckfieber-Bakterien).

Das Marburger Pferdeserum war so schlecht, dass bereits 1940 in Warschau mit den Vorbereitungen für die Impfstoffproduktion nach Weigl begonnen wurde. Menk selbst erprobte die Wuppertaler Therapeutika Uliron, Eubasin und Novasirol im jüdischen Krankenhaus von Warschau. Ergebnis: völlige Wirkungslosigkeit gegenüber Fleckfieber! Ebenso wirkungslos blieben auch alle anderen Sulfonamid-Verbindungen, die später in Warschauer Krankenhäusern am Menschen erprobt wurden. Die im jüdischen Krankenhaus von Warschau begonnenen Sulfonamid-Versuche wurden ab 1942 im KZ Neuengamme weitergeführt.

Die Warschauer Bemühungen, eine eigene Impfstoffproduktion aufzubauen, gestalteten sich schwierig. Erst Mitte 1941 hatten sie im Hygiene-Institut den ersten brauchbaren Impfstoff produziert. Die Okkupationsregierung hatte in der Zwischenzeit die Behringwerke damit beauftragt, in Lemberg eine Produktionsstätte zu errichten. Die Behringwerke waren im Verlauf des Jahres 1940 mehrfach bei der Regierung des Generalgouvernements vorstellig geworden, um über die Übernahme der polnischen Impfstoff- und Seraproduktion zu verhandeln. Zur Seite standen ihnen dabei das Reichsinnenministerium und der Reichsmarschall persönlich. Hermann Göring ließ sich einmal pro Monat aus Lemberg über die Entwicklung der Impfstoffproduktion Bericht erstatten.

Weg der Impfstoffe

Beschlossen wurde der Aufbau des Instituts in Lemberg am 29.12.1941. Anwesend im Büro des Referenten für Seuchenbekämpfung des Innenministeriums, Dr. Walter Bieber, waren Dr. Buurmann (Reg.

Generalgouvernement), Prof. Kudicke (Beauftragter Generalgouvernement für Fleckfieber, und damit Nachfolger von Menk), OStA Dr. Scholz (Heeressanitätsinspektion), Prof. Gildemeister (RKI und Reichsgesundheitsamt), die I.G.-Direktoren Demnitz (Produktionsleiter der Behringwerke), Zahn (I.G. Leverkusen) und Heinrich Neumann (Berliner Büro der I.G., "Wirtschaftspolitische Abteilung"). In dieser Sitzung musste Albert Demnitz schwer um die Aufnahme seiner Impfstoffe in das beschlossene Fleckfieber-Versuchsprogramm kämpfen. Gildemeister (RKI) und die Vertreter der Wehrmacht stellten den Wert der Behringprodukte in Frage. Es wurde sich darauf geeinigt, dass Demnitz persönlich mit dem Leiter des Hygiene-Instituts der Waffen-SS, Berlin, Dr. Joachim Mrugowsky in Verbindung treten sollte, damit seine Impfstoffe in den SS-Versuchsplan aufgenommen würden. In Marburg waren inzwischen neue Impfstoffe nach dem Eierverfahren entwickelt worden, die auch tatsächlich in der ersten Versuchsreihe im Januar 1942 im KZ Buchenwald zum Einsatz kamen. Überbringer der Impfstoffproben war der Marburger Hygieniker und Zyklon-B-Spezialist Walter Dötzer, der später zum Stellvertreter Mrugowskys (Leiter des SS-Hygiene-Instituts) wurde. Die Marburger Impfstoffe hinterließen nichts als Tote.

Die Auswertung dieser Impfstoffversuche erfolgte am 4. Mai 1942 auf einer Fleckfieberkonferenz in Marburg. Nach der Besichtigung der Marburger Produktionsanlagen einigten sich Bieber, Otto, Gildemeister und Demnitz auf eine "einheitliche Impfstoffherstellung". Die Behringwerke sollten "auf Wunsch des Innenministeriums" ihre Produktion "auf das vom RKI angewendete Herstellungsverfahren umstellen".

Während in Buchenwald Häftlinge an den Folgen der Behring-Impfungen elendig starben, planten die Herren der I.G. am 19.1.1942 in Leverkusen (mit dabei auch Demnitz) den Aufbau des Lemberger Instituts: Geplant wurde eine monatliche Produktion von 60.000 Impfdosen. Lemberg sollte die "Zentrale der Bekämpfung des Fleckfieber in Europa" werden. Die Leitung des Instituts wurde Richard Haas übertragen. (1) In Marburg selbst sollten 12.000 Impfdosen monatlich produziert werden. Des weiteren wurde besprochen, dass Demnitz Kontakte zum Reichsarzt SS, Harald Waegner, und zu Mrugowsky aufnehmen sollte, um in "Ostland", also den besetzten Gebieten der Sowjetunion, I.G.-Mitarbeiter als "Sonderführer" für die eroberten Sera- und Impfstoff-Produktionsstätten einzusetzen. Diese I.G.-Fachkräfte der "Abt. Behringwerke" wurden dann auch tatsächlich zur Wehrmacht einberufen und über den Wirtschaftsstab Ost "mit der Betreuung der verschiedenen Serainstitute beauftragt", um sie "in die allgemeine deutsche Produktionsplanung mit einzubeziehen", d.h. sie für die "Abt. Behringwerke" zu übernehmen. Man holte sich den Zoologen Rudolf Gönnert von der Forschungsstelle Warschau und Seidlmayer nach Lemberg. Gönnert war derjenige, der die in Lemberg hergestellten Impfstoffe nach Buchenwald brachte.

In der Zwischenzeit hatte am 17.11.1942 in Marburg erneut eine serobakteriologische Betriebsbesprechung stattgefunden, auf der weitere Versuchsreihen an Menschen in Buchenwald beschlossen wurden. Es wurde besprochen, "mit Dr. Mrugowsky wegen neuer Versuche mit unserem M-Impfstoff Fühlung zu nehmen. Es wurde verabredet, diese Angelegenheit Herrn Dr. Demnitz persönlich zu überlassen." Einen Monat später wurde der Ausbau des Instituts zwecks höherer Produktivität beschlossen. Die Wehrmacht wollte ab Januar 1943 30.000 Portionen Fleckfieber-Impfstoff monatlich geliefert bekommen. Um diese enorme Menge bereitstellen bzw. verkaufen zu können, wurde über andere Produktionsverfahren nachgedacht. Zu diesem Zweck sollte Haas im Februar 1943 nach Paris fahren und sich über das Giroud-Verfahren (Kaninchenlungen) informieren. Dies Verfahren wurde dann zwar nicht in Lemberg, aber in Marburg unter Aufsicht von Prof. Richard Bieling, dem wissenschaftlichen Leiter der Behringwerke, durchgeführt. In Lemberg erweiterte man die Produktion von Eier- als auch Weigl-Impfstoff. Zusätzliche Räumlichkeiten wurden organisiert, eine neue Hühnerfarm gebaut.

Ein weiteres Problem wurde auf dieser Betriebsbesprechung ebenfalls gelöst. Es bestand die Gefahr, dass Richard Haas jederzeit von der Wehrmacht eingezogen werden konnte. Demnitz löste das Problem auf seine Weise. Er versicherte sich telefonisch bei Mrugowsky, dass Haas "als SS-Mann jederzeit für Lemberg einsetzbar" blieb. Carl Lautenschläger (im Aufsichtsrat der I.G. Farben) beauftragte daraufhin Richard Haas, ein "wissenschaftliches Programm" in Lemberg umzusetzen.

Des weiteren wurde Haas damit beauftragt, sich an Dr. Buurmann (Reg. Generalgouvernement) zu wenden mit der Bitte, die staatlichen Prüfungen so lange zurückzustellen, bis "im Reich genügend Erfahrungen" gemacht wurden, sprich: bis die neuen Produkte in Buchenwald ausprobiert wurden.

Im Oktober 1943 zeigte man sich mit der Entwicklung zufrieden, da die Produktionszahlen weit über das angestrebte Maß hinausgingen. Das Institut erhielt durch Generalgouverneur Frank das "Diplom für hervorragende Leistungen".

Die letzte (mir bekannte) serobakteriologische Besprechung fand am 18. und 19. August 1944 in Marburg statt. Anwesend waren die Marburger Demnitz, Schmidt und Oldenburg, die Herren Zahn, Gude und Löw aus Leverkusen sowie das gesamte Lemberger Leitungspersonal Haas, Gönnert, Seidlmayer und Golz. Aus diesem Protokoll geht hervor, dass Lemberg inzwischen von der Roten Armee befreit worden war. Die Produktion war nach Krakau verlagert worden. Da aber auch Krakau in absehbarer Zeit befreit werden würde, beschloss man die Verlagerung der gesamten Impfstoffproduktion nach Marburg. Weigl-Impfstoff wurde in Marburg dank der vorhandenen russischen Kriegsgefangenen als Läusefütterer in einer notdürftig hergerichteten Holzhütte bis zum Tag der Befreiung durch die US-Amerikaner hergestellt.

Juristische Aufarbeitung nach 1945

Bei Kriegsende im Herbst/Winter 1944/45 war die gesamte Abt. E der I.G. Farben aus Leverkusen nach Gladenbach in der Nähe von Marburg verlegt worden. Als die Amerikaner im März 1945 in Mittelhessen einmarschierten, bot sich ihnen die Möglichkeit, viele Kriegsverbrecher festzunehmen. In Gladenbach: W.R. Mann und Gerhard Zahn sowie den aus Berlin nach Gladenbach geflüchteten Wilhelm von Kohlhaas (1942 Vermittler zwischen den Behringwerken und Mrugowsky zwecks Prüfung von völlig wirkungslosen Ruhrimpfstoffen russischer Nachahmung an 1.500 KZ-Häftlingen). Außerdem befanden sich auch Wilhelm Noack (Kampfstoffexperte "N-Stoff" der anorg. Abt. Leverkusen) und viele andere Mittäter in der nach Gladenbach ausgelagerten Zentrale. Die Amerikaner nahmen auch einige fest, ließen sie aber bald wieder frei.

Im I.G.-Farben-Prozess wurde nur die Konzernspitze abgeurteilt. Wie allgemein bekannt, fielen die Urteile sehr glimpflich aus: Die Herren Zahn, Lautenschläger, Hörlein wurden freigesprochen, Brüggemann war durch Krankheit beim Prozess entschuldigt.

Im Ärzteprozess sollten die Verantwortlichen für die Menschenversuche zur Verantwortung gezogen werden. Unter anderen wurde Mrugowsky, der Koordinator der meisten "medizinischen" Experimente in den KZs, zum Tode verurteilt. Interessant ist, dass Demnitz, Bieling und Zahn in diesem Prozess allesamt als Entlastungszeugen von Mrugowskys Anwalt aufgeboten wurden. Richard Bieling hatte sich von sich aus dem Prof. Rose als Entlastungszeuge angeboten.

Irgendwann fällt dann auch der deutschen Justiz auf, dass die Menschenversuche in Buchenwald auch auf das Betreiben der Behringwerke zurückzuführen sind. Im Mai 1960 beginnen Ermittlungen gegen alle noch lebenden Beteiligten an den Fleckfieberversuchen.

Es wird ermittelt gegen Lautenschläger, Weber und Fußgänger wegen der Akridin-Versuche (2): Einstellung! Grund: Sie seien 1948 schon einmal freigesprochen worden.

Es wird weiterhin ermittelt gegen Demnitz, Bieling und Haas wegen Beteiligung an diesen Versuchen. Ergebnis: Einstellung! Aus der Einstellungsverfügung des Limburger Landgerichts: Demnitz sei 1959 gestorben, ist nicht mehr zu verurteilen. Bieling sei ja zur Wehrmacht eingezogen gewesen, kann also nicht beteiligt gewesen sein, weil er keinen Dienst bei den Behringwerken gehabt hätte. Haas konnte sich an nichts mehr erinnern und wusste nicht, dass in Buchenwald ein KZ gewesen war.

Mit ebenso absurden Konstruktionen werden auch die Ermittlungen gegen die Fleckfieberforscher des OKH (Eyer), des RKI (Rose, Lockemann und Christiansen) eingestellt. Der Staatsanwalt stellt dabei all das in Frage, worauf sich der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg berufen hatte und wonach zum Tode verurteilt wurde. Das Ding-Tagebuch, in dem die Versuche akribisch genau protokolliert wurden, sei gefälscht worden; der Staatsanwalt weist Eugen Kogon angebliche Fehlaussagen nach, statt dessen glaubt er eher den Aussagen des Stellvertreters von Ding, dem in Nürnberg zum Tode verurteilten Lagerarzt Hoven. Und da der Belastungszeuge Arthur Dietzsch (Oberpfleger der Fleckfieberabteilung in Buchenwald) ein "Berufsverbrecher" sei, ist dem Mann sowieso nicht zu glauben.

Auch dem juristischem Laien wird bei der Durchsicht der Unterlagen schnell klar, daß keinerlei Verfolgungswille bestand. Es ist nicht ansatzweise ein Bemühen zu erkennen, den realen Sachverhalt aufzuklären, noch nicht mal eine persönliche Vorladung zur Befragung der Angeklagten fand statt.

Juristisch blieben die Menschenversuche der Behringwerke ungewürdigt.

Thomas Werther,

Geschichtswerkstatt Marburg

Anmerkungen:

1) Richard Haas hatte vorher im Marbacher Werk mit Demnitz zusammen Ruhrimpfstoffe entwickelt, die in einem Massenversuch (1.050 Häftlinge) 1936 im Knast Bruchsal auf ihre Tauglichkeit hin überprüft wurden. Angeblich verbesserte Präparate gegen die Ruhr werden später noch in den KZs von Mauthausen, Sachsenhausen und Buchenwald, in Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht und sogar in japanischen Kinderheimen ausprobiert.

2) Prof. Carl Ludwig Lautenschläger hatte mit Dr. Weber (I.G. Höchst) gemeinsam ein angebliches Fleckfieber-Therapeutikum "Akridin" entwickelt, welches ebenfalls im KZ Buchenwald getestet wurde. Das Therapiemittel erwies sich als absolut wirkungslos. Die benutzten KZ-Häftlinge mussten tödliche Torturen erleiden: Die Sterblichkeit seines Akridins lag mit 53,3% der künstlich mit Fleckfieber infizierten Testpersonen knapp unter der der nicht behandelten "Kontrollen" mit 55,5%. Übrigens war Herr Lautenschläger von der Philipps-Universität Marburg für seine Verdienste um die Zusammenarbeit von Behringwerken und Uni (gemeinsames Emil-von-Behring-Institut) 1942 zum Ehrensenator ernannt worden.

41. Projekt Glücklicher Kondor. Raul Zeliks Guerilla-Roman "La Negra"- eine Buchbesprechung

Autor: gw. · Rubrik: Kolumbien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak439/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:41

Ein belletristisches Werk über die Guerilla in Kolumbien zu schreiben ist mutig. Raul Zelik ist dieses Wagnis eingegangen; ihm ist ein spannender Politthriller gelungen, die Geschichte von - im positivsten Sinne - linksradikalen Menschen, die sich zu einer schlagkräftigen Guerilla formieren, um ein Ding durchzuziehen, "das Mut macht". Durchsetzen lässt sich das allerdings nur gegen die Militärs (im Roman in Gestalt des General Ayala Diaz) und Paramilitärs (verkörpert von Vladimir, ein "explosiver Typ, dem die Anspannung ins Gesicht geschrieben steht"). Heraus kommt das wahnwitzige "Projekt Glücklicher Kondor", wie es Ricardo, der Ex-Gewerkschafter nennt - die Besetzung der Erdölraffinerie in Barrancabermeja.

Der Gewerkschafter Pablo García, mit der Raffinerie genauestens vertraut, ist nur grob in die Pläne eingeweiht. Mit Flacoloco, dem Sprengstoffspezialisten der Guerilla, erkundet er das Raffineriegelände, "bleibt stehen und zeigt auf eine offene Fläche vor ihnen: drei Meter hohe Zäune, Minenfelder, Wachtürme, Sicherheitsschneisen, Marinestützpunkte, Hubschrauberlandeplätze und, wohin man auch schaut, bemalte Gesichter. ‚Ich weiß ja nicht, was ihr vorhabt`, sagt García, ‚aber ihr müsst völlig durchgedreht sein, wenn ihr hier was durchziehen wollt.` Flacoloco seufzt. Solch scharfsinnigen Analysen kann man einfach nicht widersprechen." Trotzdem vertraut die Gruppe darauf, dass sich schon eine bisher übersehene Möglichkeit ergeben wird.

Barrancabermeja? Wo zum Teufel liegt dieser Ort, dem man sich nach einer Fahrt durch "phosphorgrüne Täler, Hänge mit Kakao, Bananen und Yucca" nähert, der einem eine "schweißtreibende Ankunft" beschert und dessen Erkennungszeichen, "das unwirkliche Licht", das "Feuer der Raffinerie" ist? Barrancabermeja, die Erdölstadt im Nordosten Kolumbiens, steht im Zentrum von Raul Zeliks Roman La Negra. Und plötzlich bekommt der Ort eine ganz andere Bedeutung, wenn einem bei der Zeitungslektüre die Überschrift entgegen prangt: "Grünes Licht für zweite Guerilla-Zone" (Neues Deutschland). Nach Lektüre des Romans kann mensch nachempfinden, wie es dazu kommen konnte, dass seit dem diesjährigen Osterwochenende nun auch die kolumbianische ELN eine entmilitarisierte Zone kontrolliert. Nur getrennt durch den größten Fluss Kolumbiens, den Magdalena, "verfügt" die ELN über ein 4.700 Quadratkilometer großes Gebiet.

Auf der anderen Seite des Magdalena liegt Barrancabermeja. Flacoloco, der Elektrotechniker in Diensten der Guerilla, Luisa, genannt La Negra, Ricardo, genannt der Blonde, die "Heilige Teresa des Pulverfasses", die Dame mit dem Himbeermund - sie und viele andere, die Raul Zelik uns in seinem Roman vorstellt, werden ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass Militärs wie dem General Ayala Diaz ein entmilitarisiertes Gebiet abgetrotzt werden konnte. Zwar sind die Figuren des Romans fiktiv, aber doch deutlich der Realität angenähert.

In dem Buch geht es um die bizarren Geschichten dieser Menschen - Handlungen, die anfangs nebeneinander herlaufen und schließlich in eine Gesamtgeschichte voll überraschender Wendungen münden: Dass die in Brüssel bei der EU tätige Telefonistin Edith Dubois aus Esslingen unerwartet an wichtige Informationen gelangt und damit der Guerilla in einer ausweglos erscheinenden Situation helfen kann, ist eine dieser Überraschungen, die dennoch nicht konstruiert wirken - schließlich spielt auch im realen Leben der Zufall eine nicht unwichtige Rolle. Umgekehrt gilt: Erfolgreiche Politik kann nur machen, wer auf unerwartete Wendungen spontan zu reagieren versteht.

Natürlich spielt in diesem Roman auch die (unerfüllte) Liebe eine wichtige Rolle. Zum Beispiel die zwischen Flacoloco und der Brasilianerin "La Negra" Luisa: "Für Flacoloco erstarrt seit Luisas Abfahrt jede Sinneswahrnehmung zur Erinnerung." In den wenigen Tagen des Zusammenwohnens hat er sie mit dem Singen von Rancheras und dem Basteln von Schwingkreisen genervt; sie schreibt ihm nun Briefe aus dem Dschungel, die sie niemals losschicken wird, weil sie ihn zu sehr runter ziehen würden.

Dem Roman merkt man an, dass der Autor weiß, wovon er schreibt. Raul Zelik ist es gelungen, den vielen Facetten des Guerillalebens eine belletristische Form zu geben. Er schreibt, ähnlich wie in seinem Erstling ("Friss und stirb trotzdem", auch sehr empfehlenswert), mit kritisch solidarischem Blick auf die Handelnden.

Sehr nahe an der Realität, hinterfragt Raul Zelik nicht nur Allgemeinplätze linker Politik, vielmehr behandelt er sie mit viel Witz und bissiger Ironie.

gw.

Raul Zelik: La Negra, Edition Nautilus, Hamburg 2000, 256 Seiten, 29,80 DM

42. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:02

Primo Levi

Myriam Anissimovs Biografie Primo Levis stellt den Rezensenten vor ein Problem: Soll er das umfängliche und ziemlich teure Werk zum Lesen empfehlen oder doch eher davon abraten - weil Primo Levi selbst so viel über sich preisgegeben hat und weil seine wichtigsten Bücher zur Pflichtlektüre gerade für Linke gehören? Vielleicht darf hier ausnahmsweise eine Rangliste der Dringlichkeiten aufgestellt werden. Wer "Ist das ein Mensch?", "Atempause", "Das periodische System" und "Die Untergegangenen und die Geretteten" gelesen hat, "darf" und soll auch Anissimovs Buch zur Hand nehmen. Es enthält neben vielem, das aus den genannten Werken bekannt ist, eine Unzahl von Details aus Primo Levis Leben, Aussagen von Mithäftlingen in Auschwitz und von Menschen, mit denen Levi kurz vor seinem Selbstmord zusammentraf. Auch Anissimov gelingt es nicht, kann es nicht gelingen, das Rätsel dieses "Freitodes" endgültig zu klären. Neben der "unheilbaren Verletzung" durch das Lager haben private Lebensumstände eine Rolle gespielt. Es gibt aber auch politische Faktoren - die Gleichgültigkeit der Nachwelt gegenüber den Leiden der Opfer und, mehr noch, die Aggressivität der Negationisten und Relativierer. So dokumentiert Anissimov einen Artikel, den Levi 1987 zum deutschen "Historikerstreit" schrieb. Der erstaunlich sachliche Ton dieses Artikels kann nicht darüber hinweg täuschen, dass diese Debatte Levi erregte und gleichzeitig deprimierte.

Myriam Anissimov: Primo Levi. Die Tragödie eines Optimisten; Philo Verlag (Berlin) 1999; 639 Seiten, 59,80 DM

Der Geheimtresor des Kapitals

Dass die neutrale und (nach außen) friedfertige Schweiz kein Idyll ist, wissen wir schon länger. In dem Land, das mit dem NS-Regime schmutzige Geschäfte machte und den "Judenstempel" erfand, gedeihen auch heute noch Antisemitismus, Rassismus und Wohlstandschauvinismus. So weit ist die Schweiz ein "normales" europäisches Land. Dessen Sonderrolle als "logistisches Zentrum der internationalen Wirtschaftskriminalität" zeigt Werner Rügemer in seinem Buch "Grüezi! Bei welchen Verbrechen dürfen wir behilflich sein?" Die geheimen Transaktionen der hessischen CDU, die erst nach Erscheinen des Buches publik wurden, erscheinen nach dessen Lektüre fast schon zwingend: Das anonyme Nummernkonto, Kernstück des zur Staatsdoktrin erhobenen "Bankgeheimnisses", lädt zu kriminellen Machenschaften geradezu ein, bei denen beide Seiten profitieren - die Geldwäscher und Steuerhinterzieher ebenso wie die Schweizer Banken und der Staat. Gemäß der Devise "Unser Rohstoff ist das fremde Geld - woher immer es auch kommt" ist der Kunde König im Alpenländchen. Auch Diktatoren werden zuvorkommend bedient: Hitler und Göring, das Ehepaar Perón, Mobutu, Ceaucescu, Schah Reza Pahlevi und Somoza. Das meiste Geld aber dient zur Förderung des alltäglichen Kapitalismus: "Deutsche, französische, englische usw. Konzerne lagern hier bevorzugt die Millionenbeträge, die als Schmiergelder weltweit bei Staatspräsidenten, Unternehmenschefs und Beamten landen." So ganz ungestört laufen die Geschäfte denn allerdings doch nicht. Vor drei Jahren begann "das Jahr, das die Identität der Schweiz erschütterte" - nach einem eher zufälligen Aktenfund wurde der Raubgoldhandel mit den Nazis weltweit bekannt, wurde die Lüge widerlegt, die kleine Schweiz hätte sich gegenüber dem mächtigen Deutschen Reich "bewunderswert" verhalten. Die immer lauter erhobene Forderung, Bankgeheimnis und Nummerkonto abzuschaffen, wird sich allerdings auf absehbare Zeit kaum durchsetzen lassen. Die Schweiz wird ein "Gefängnis des Geldes", ein "Geheimtresor für multinationale Konzerne" bleiben und auch weiter korrupten Politikern zu Diensten stehen - Grund genug, sich mit dem oft unterschätzten Kleinstaat näher zu beschäftigen. Werner Rügemers hervorragend geschriebenes Buch ist als Grundlage dafür bestens geeignet.

Werner Rügemer: Grüezi! Bei welchen Verbrechen dürfen wir behilflich sein? Die Schweiz als logistisches Zentrum der internationalen Wirtschaftskriminalität. Essays, Analysen und Materialien; Distel Verlag (Heilbronn) 1997; 120 Seiten, 20 DM

Kosmopoliten und Nationalisten

Michael Löwys Essay-Sammlung über den Marxismus und die "nationale Frage" enthält wichtiges Basiswissen zu diesem höchst komplexen Thema. Dass es den Standpunkt des Marxismus in dieser Frage nicht gibt, zeigt

Löwy schon im ersten Kapitel über die "Kosmopoliten" Marx und Engels. Im Kommunistischen Manifest steht einerseits der viel zitierte Satz "Die Arbeiter haben kein Vaterland" - Ausdruck eines "revolutionären humanistischen Standpunkts". Gleichzeitig behauptet das Manifest aber auch das Verschwinden nationaler Gegensätze "schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie" - eine fatale Fehleinschätzung, wie das 20. Jahrhundert mit zwei Weltkriegen gezeigt hat. Auch eine bis heute in der Linken anzutreffende Pauschal-Verurteilung "reaktionärer Völker" geht auf Engels zurück, der in diese Kategorie Basken, Bretonen, Südslawen und Schotten einordnete. Löwy zeichnet auch die Kontroverse um das nationale "Selbstbestimmungsrecht" noch einmal nach. Im Unterschied zu Rosa Luxemburg habe Lenin erkannt, "dass nur die Freiheit zur Lostrennung eine freie und freiwillige Union, Assoziation, Kooperation oder auf lange Sicht gar Verschmelzung von Nationen möglich macht". Dass die Anwendung des Leninschen Prinzips - etwa auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien - immens schwierig ist, räumt Löwy ein, weil (nicht nur) dort das demokratische Recht auf Lostrennung mit gefährlichen Träumen von nationaler Homogenität vermischt wird. In Abgrenzung zu Stalins grobschlächtigem Kriterien-Katalog hebt Löwy hervor, dass "die Nation nicht einfach eine Ansammlung abstrakter und äußerlicher Merkmale" darstelle. Hinzu komme vielmehr die "subjektive Dimension", etwa "das Bewusstsein der nationalen Identität und eine nationale politische Bewegung". Die heutige revolutionäre Linke warnt Löwy vor zwei "Versuchungen": Die erste bestehe darin, "die Berechtigung von nationalen Bewegungen der Palästinenser oder der Katholiken in Ulster zu bestreiten"; ebenso falsch sei es, "die nationalistische Ideologie dieser Bewegungen unkritisch in den Himmel zu heben" und ihre dominanten Gegner als "reaktionäre Völker" zu verdammen.

Michael Löwy: Internationalismus und Nationalismus. Kritische Essays zu Marxismus und "nationaler Frage"; Neuer ISP Verlag (Köln) 1999; 202 Seiten, 29,80 DM

Liebe in Zeiten der Revolution

Deutschland vor 150 Jahren: Die Preußen herrschen, Demokraten kämpfen - und Frauen beginnen, sich selbst zu bestimmen. "Denn es gibt keine vom Manne besonders für uns Frauen erfundene Doktrin, die wir gläubig nachzubeten haben", konstatiert kühl Mathilde Franziska Anneke, geb. Giesler. Sie emanzipiert sich von einem trunksüchtigen Ehemann und wird allein erziehende Mutter. Ihr zweiter Mann, Fritz Anneke, wird Demokrat, nachdem er wegen Duellverweigerung "unehrenhaft" aus dem preußischen Heer entlassen wurde. Beide nehmen Abschied von ihrer westfälischen Heimat und tragen 1848 in Köln wesentlich zur Entstehung des dortigen Arbeitervereins bei. Dort beeinflussen sie mit ihrer Gruppe, liebevoll "ästhetisch-kommunistisches Clübchen" genannt, das politische Leben. Zu ihrem damaligen Freundes- und Bekanntenkreis zählen unter anderen Marx, Engels und der Dichter Ferdinand Freiligrath. Mathilde gibt die Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten heraus, ein politisches Tageblatt, das bei den Oberen aneckt und ebenso der Zensur zum Opfer fällt wie dessen Nachfolgeprojekt Frauenzeitung. 1848 gerät Fritz Anneke an die vorderste Front der Revolution in Deutschland. Mathilde folgt ihm und gehört zu den wenigen Frauen, die aktiv daran teilnehmen. 1849 fliehen die Annekes in die Schweiz, um sodann nach Amerika auszuwandern. Sie wirkt dort als streitbare Pädagogin und Pionierin der Frauenbewegung, er kämpft als Offizier in der Armee der Nordstaaten gegen die Sklaverei und arbeitet in verschiedenen Berufen. Beide exponieren sich in den USA auch als Kritiker gegen die Kirche und Verfechter des freien Gedankens und Wortes. Erneut ist es Mathilde, die ihr Engagement für Gleichberechtigung mit Tabubrüchen pflastert. In der Deutschen Frauenzeitung veröffentlicht sie Emma Bunteschuhs Ballade über eine Mutter, die sich und ihr Kind mittels Prostitution über Wasser hält. Für die Zeitung arbeiten Frauen als Setzerinnen - ein weiterer Tabubruch. Das Eheleben der Annekes gerät aus den Fugen, als drei der sechs Kinder an den Pocken sterben. Danach besteht ihre Ehe lediglich auf dem Papier - trotz Trennung führen sie einen lebhaften Briefwechsel, der den allmählichen Wandel von einer Liebesbeziehung zu dauerhafter Freundschaft dokumentiert. Dem Autor Klaus Schmidt, Theologe, Historiker und Publizist, gelingt die Verknüpfung jüngster Forschungsergebnisse mit einer spannend erzählten Doppelbiografie, die den historischen Kontext ebenso lebendig werden lässt wie die Liebe in Zeiten der Revolution.

Klaus Schmidt: Mathilde Franziska und Fritz Anneke: eine Biografie. Aus der Pionierzeit von Demokratie und Frauenbewegung. SchmidtvonSchwind Verlag für Hörbuch und Buch (Köln) 1999, 205 Seiten, 29,80 DM

43. Tatort Katholikentag

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:17

Mein Gott. Was sich der NDR da am 28. Mai zur besten Sendezeit um viertel nach acht am Sonntag leistete, ist schon ein Hammer. Nur drei Tage bevor in Hamburg der Deutsche Katholiken Tag beginnt, bringt es der bis in die Knochen protestantische Norddeutsche Rundfunk fertig, die Rolle der Katholischen Kirche im und nach dem Faschismus in der harmlosen Verpackung eines mittelmäßig langweiligen Tatorts anzuprangern. Ohne jede Spur von Ausgewogenheit! Kein Hinweis, dass auch die Protestanten mit wehenden Fahnen dem Führer gefolgt sind.

Die Message des Tatorts ist klar und eindeutig: die katholische Kirche hat zum Tode verurteilte Nazis nach dem Krieg mit falschen Papieren ausgestattet und ihnen so die Flucht ermöglicht. Doch nicht nur das: In dem diese Kirche auch heute noch die damaligen Verbrechen verschweigt, hilft sie, das weitere Verbrechen bis zum Mord geschehen können. Stoever und Brockmüller, zwei säkularisierte Hamburger Kriminalbeamte, müssen alles Können aufbieten, um die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. An dieser Aussage ist nichts auszusetzen. Aber warum sendet der NDR das ausgerechnet jetzt? Wenige Tage vor dem Katholiken-Tag? Da liegt die Vermutung doch auf der Hand, dass es der protestantischen Führungsriege im NDR nicht nur um Aufklärung und Unterhaltung ging.

Wie kommt der NDR dazu, den nach Hamburg eilenden Christen der unbefleckten Empfängnis ihre Verstrickung und Beteiligung an den Verbrechen der Nazis entgegen zu halten? Sollen womöglich die nordischen Protestanten zur Gegenwehr aufgewiegelt werden?

Will man beim NDR verhindern, dass sich die Katholen wieder im Norden ausbreiten, nachdem sie erst vor wenigen Jahren den Sitz ihres Bistum in Hamburg angesiedelt haben? Will man sagen: bis hier hin und nicht weiter? Vor allem aber: Wie fädelt man einen solchen Sendetermin, ein solches Drehbuch so zielgenau ein? Sitzen in der NDR-Programm-Kommission keine Katholiken? Haben die nichts gemerkt? Oder hatte man sie mit fadenscheinigen Tricks auf Dienstreisen geschickt, - z.B. in den Vatikan? Und wieso hat es eigentlich keinen katholischen Aufschrei gegeben? Müssen wir etwa damit rechnen, das zum großen Gegenschlag ausgeholt und in den nächsten Monaten der Tatort aus München den Protestanten heftig einen mitgibt? Kommt es möglicherweise in nächster Zeit zu einem medialen Religionskrieg in Deutschland? Und kann der sich ausbreiten?

Für meinen Geschmack sind da noch ziemlich viele Fragen offen. Nicht nur, dass Stoever und Brockmüller uns im unklaren lassen, ob der verschwiegene Klosterboss noch vor Gericht kommt. Wird die Gerechtigkeit siegen?

Und warum hat diese Zeitung eigentlich nicht die Möglichkeit, einen Profi darauf anzusetzen, all diesen Fragen investigativ nachzugehen, Licht in die Machenschaften beim NDR zu bringen, um für uns alle wichtigen taktischen und strategischen Tricks aufzudecken, mit denen wir noch gegen ganz andere intrigieren könnten? Aber das können wir eben nicht, weil ihr noch immer nicht genügend Abos angefordert habt. So kann es euch allzu leicht passieren, dass wir euch über drohendes Unheil nicht rechtzeitig informieren können, wichtige Analysen womöglich unterbleiben. Es liegt an Euch, ob ihr von neuen Glaubenskämpfen und Kriegen mitten in Deutschland erst erfahrt, wenn ihr das Schwert schon auf der Brust habt oder ob ihr euch für schlappe 60 (Sozialabo) bzw. 90 DM für eine Versicherung gegen derartige Überraschungen entscheidet. Mehr kostet nämlich ein anständig atheistisches Jahresabo von ak nicht. Und ein kleines silbernes Schutzschild bekommt ihr von uns dann auch noch kostenlos dazu. Solange ihr das nicht als Schutzschild einzusetzen braucht, könnt ihr die fast 4.000 ak-Artikel, die auf dem Ding gespeichert sind, studieren und euch so analytisch und kritisch mit Argumenten gegen Kirche und Reaktion wappnen. Also: Abonniert ak!

ak-redaktion, Rombergstr. 10,

20255 Hamburg, tel: 040 - 401 701 74, fax: 040 - 401 701 75 oder per Mail:

ak-redaktion@cl-hh.comlink.de.

Informiert euch unter www.akweb.de.

44. Plakate zuschicken erwünscht!

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:25

"Wildplakatieren erwünscht" ist das Titel-Logo des von HKS 13 herausgegebenem "hoch die Kampf dem"-Plakatbuches Automomer Bewegungen im Verlag Libertäre Assoziation (VLA) - Schwarze Risse - Rote Straße. Das Buch ist leider so gut wie vergriffen, aber wildzuschicken ist nun erwünscht, weil wir zumindest die dem Buch beiliegende CD mit bisher fast 3.000 Plakaten "updaten" wollen.

Das heißt: Alle, die noch Plakate "autonomer Bewegungen" haben, die weder im Buch noch auf der alten CD auftauchen, möchten uns diese baldmöglichst zuschicken. An VLA c/o Schanzenbuchladen, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg. (Das gilt auch für die Plakate, die nach dem Erscheinen des Buches gedruckt worden sind.) Wenn es nicht anders gewünscht wird, werden wir diese Plakate nach ihrer Digitalisierung an das Archiv für soziale Bewegungen in der Roten Flora in Hamburg abgeben. Nach Rücksprache können wir Portokosten ersetzen. Allerletzter Einsendeschluss für diese Update-Runde ist der 26. Juni, später eintreffende Plakate wandern erst mal in das Archiv.

Alle ZusenderInnen von Plakaten werden von uns eine upgedatete CD erhalten.

HKS 13 (Sebastian Haunss,

Markus Mohr, Klaus Viehmann)

Für Rückfragen und Kontakte:

plakate@freenet.de oder Schwarze Risse Buchladen: Tel.: 030/692 87 79

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:27

Grenzcamp

Ende Juli beginnt in Forst/Brandenburg das dritte antirassistische Grenzcamp. Zur Vorbereitung und Mobilisierung laden die travellers gegen Rassismus ein zu einer Veranstaltung, die mit einem 45-minütigen Video vom Grenzcamp 99 beginnt.

Hamburg, 14.6., 19 Uhr, Kölibri,

Hein-Köllisch-Platz 12

Rechte Musik

und Ideologie

Ein Teil der Dark-Wave-, Neofolk- und Industrial-Szene erscheint zunehmend anfällig für rechte Ideologie. Die Ästhetik einschlägiger Bands orientiert sich am "schönen Schein" des Dritten Reichs, den Skulpturen von Arno Breker oder den Filmen von Leni Riefenstahl; Lieder werden mit Reden von Nazi-Politikern unterlegt, weil die "so ausdrucksvoll klingen". Auf einer Veranstaltung der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf sprechen die Autoren Jan Raabe und Hans Wanders über eine notwendige Abgrenzung.

Düsseldorf, 14.6., 20 Uhr, ZAKK,

Fichtenstr. 40

Mexikanische Studierende

Die Rundreise von VertreterInnen der mexikanischen Studierendenbewegung geht weiter. Berichtet wird über das neoliberale Projekt marktkonformer Bildung und über die Proteste an den mexikanischen Hochschulen; in der Diskussion wird es auch um internationale Perspektiven des Widerstandes gehen - auch in Deutschland soll das (formale) Recht auf Bildung weiter eingeschränkt werden, u.a. durch die Einführung von Studiengebühren.

Frankfurt/Main, 15.6., 20 Uhr,

BCN-Café, FH, Nibelungenplatz

Kaiserslautern, 16.6., Kramladen, Uni

Erlangen, 19.6., 20 Uhr, Uni,

Philosophische Fakultät, Raum A 401, Bismarckstr. 1

München, 20.6., 19 Uhr, Kleine Aula, Uni

Stuttgart, 22.6., 19.30 Uhr, baz110, Ludwigstr. 110a

Bielefeld, 23.6., 20 Uhr, Murnausaal, Ravensberger Park 1

Freiburg, 27.6., KTS

Burschenschaften 1

Zu Aktionen gegen den "Burschentag" der Deutschen Burschenschaften ruft die Antifaschistische Aktion in Eisenach: "Ein Treffen von Deutschnationalen und Rechtskonservativen darf nicht ungestört bleiben." Auf der Kundgebung am Sonntag spricht u.a. der Widerstandskämpfer Peter Gingold.

Eisenach, 15.6., 18.30 Uhr, Galloways Taverne (Info-Veranstaltung)

17.6., 20 Uhr, gleicher Ort

("Anti-Burschi-Party")

18.6., 12 Uhr Hauptbahnhof

(Demonstration)

Opfer rechter Gewalt

Morde, Hetzjagden, Überfälle, Brandanschläge, Bedrohungen und Beleidigungen - für viele MigrantInnen und Flüchtlinge, aber auch für Jüdinnen und Juden, Schwule, Lesben, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen gehört rassistisch und faschistisch motivierte Gewalt inzwischen zum Alltag. Gegen das Klima der Angst und für praktische Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt engagiert sich der Verein Opferperspektive. Eine Vertreterin des Vereins und ein Flüchtling aus Rathenow informieren und stellen Möglichkeiten der Gegenwehr zur Diskussion.

Hamburg, 15.6., 19.30 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Indonesien

Über die aktuelle Situation in Ost-Timor und in Indonesien berichten Alex Flor und Monika Schlicher von WATCH INDONESIA. Folgende Fragen sollen beantwortet werden: Fällt Indonesien auseinander? Gibt es Alternativen zur Militärdiktatur? Wie ist die UN-Intervention in Ost-Timor einzuschätzen?

Berlin-Kreuzberg, 20.6., 19 Uhr, KATO im U-Bahnhof Schlesisches Tor

Psychosoziale Projekte

"Eine zerstörte Brücke ist schnell wieder aufgebaut, die psychischen Folgen von Krieg und Diktatur, von Armut und Naturkatastrophen wirken dagegen oft über Generationen hinweg", heißt es in der Einladung zur Tagung "Psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur" von medico international. MitarbeiterInnen von 16 Projekten in Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika treffen sich zum öffentlichen Erfahrungsaustausch und zur Konzeptdiskussion.

Mainz, 21.6., 9 bis 18.30 Uhr, Erbacher Hof, Grebenstr. 24-26. Informationen zur Tagung unter www.medico.de oder telefonisch unter 069/944380. Kosten 80 DM bzw. 60 DM (ermäßigt)

Braunzone Guben

Im Februar 1999 wurde im brandenburgischen Guben ein algerischer Flüchtling von mindestens 15 Nazis in den Tod gehetzt. Eine Rechtsanwältin berichtet über den sich dahin schleppenden Prozess gegen die Täter. In einem weiteren Referat wird das gesellschaftliche Umfeld der Tat und des Prozesses dargestellt: "Die Täter von Guben sind in ein von der Örtlichen Bevölkerung getragenes rechtsradikales Umfeld eingebunden und wägen sich sicher", schreiben die VeranstalterInnen von der enlightenment factory und dem Verein Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli-Süd.

Hamburg, 23.6., 19 Uhr, Kölibri,

Hein-Köllisch-Platz 12

Kriminelle Seilschaften

Der Autor Hubert Brieden vom Arbeitskreis Regionalgeschichte in Neustadt bei Hannover liest aus seinem Krimi "Totes Moor". Es geht um "die verschwiegene Vergangenheit eines polnischen Zwangsarbeiters, einen mysteriösen Brandunfall und merkwürdige Geschäftsverbindungen" im Zusammenhang mit der EXPO.

Hannover, 29.6., 20 Uhr,

Café International, Ottenstr. 1

Billigjobwunder

Die JungdemokratInnen/Junge Linke setzen ihre am 1. Mai begonnene Kampagne "Wir haben besseres zu tun! Gegen Arbeitszwang und Billigjobs" fort mit einer Veranstaltung über das sozialdemokratische "Billigjobwunder".

Berlin-Kreuzberg, 29.6., 19 Uhr, KATO im U-Bahnhof Schlesisches Tor

Burschenschaften 2

"Gegen Herrentage und andere Widerwärtigkeiten" richtet sich ein Antifaschistisches Wochenende in Marburg. Ziel der Proteste ist der "Marktfrühschoppen", ein männerbündisches und nationalistisches Ritual, bei dem die vielbeschworene Differenz zwischen den studentischen Korporationen beim gemeinsamen Biertrinken überwunden und die Verbrüderung der Korporierten mit der Mehrheitsgesellschaft gefeiert werden soll. Höhepunkt vielfältiger Gegenaktivitäten sind Fest und Demo am ersten Juli-Wochenende.

Marburg, 1./2.7., Gegenfest mit Bands, Infos, Essen etc., Universitätsstr. 4

2.7., 9.30 Uhr, Demonstration gegen den Marktfrühschoppen, Bahnhof

Schickt Eure Veranstaltungshinweise!

Per e-mail, per Post oder als Fax

Annahmeschluss für ak 440 ist der 27. Juni 2000

Zum Auslegen auf Veranstaltungen schicken wir Euch gern

kostenlose Probe-Exemplare von ak . Bitte rechtzeitig anfordern!

46. Stop deportation.class!

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/auf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:auf

Die Anzeichen mehren sich, dass der Vorstand der Lufthansa AG die gängige Abschiebepraxis in Frage stellt - zumindest hinter den Kulissen. Aktivistinnen und Aktivisten von kein mensch ist illegal berichten, dass der Lufthansa-Vorstand kurz vor der Aktionärsversammlung in hektischen Geheimverhandlungen den Ausstieg aus dem Abschiebegeschäft plant. kein mensch ist illegal will deswegen in den nächsten Wochen den Druck auf den Konzern weiter verstärken. Am 15. Juni soll die deportation.class-Kampagne anlässlich der Lufthansa-Aktionärsversammlung einen vorläufigen Höhepunkt erreichen.

Ende Mai kam es in Hamburg, Bremen, Frankfurt/Main, München, Regensburg, Würzburg und Tübingen zu Protesten gegen die Lufthansa (LH). Anlass war der Todestag des Sudanesen Aamir Ageeb, der im Mai vergangenen Jahres an Bord einer LH-Maschine erstickte. Beamte des Bundesgrenzschutzes hatten ihn gefesselt, ihm einen Motorradhelm auf den Kopf gesetzt und ihn so lange in den Sitz gedrückt, bis er starb. Nach einer Schamfrist von wenigen Wochen, in der zunächst keine gewaltsamen Abschiebungen durchgeführt wurden, gingen Bundesinnenministerium, Ausländerbehörde und die Airlines wieder zur Tagesordnung über.

1999 sollen rund 19.000 Abschiebungen durch die Lufthansa AG erfolgt sein. Inzwischen behaupten Sprecher der Airline, "Schüblinge", die Widerstand leisten, würden nicht mehr mit der Lufthansa ausgeflogen. Aber mehrere Vorfälle aus letzter Zeit beweisen das Gegenteil. Dass die Lufthansa mit solchen Erklärungen an die Öffentlichkeit tritt, ist allerdings ein erstes Zeichen für den Erfolg der Kampagne. Vor dem drohenden Image-Verlust könnte die Airline also doch noch in die Knie gehen. Nichts fürchtet ein solcher Konzern mehr, als dass seine schmutzigen Geschäfte so breit bekannt werden, dass sie KundInnen abschrecken.

Ziel der Kampagne ist, dass die Lufthansa sich vollständig aus dem Geschäft mit der Abschiebung zurückzieht. Weil die Airline ihre Flugverbindungen in die ganze Welt für Abschiebungen zur Verfügung stellt, wäre ihr Rückzug ein Schlag gegen die inhumane und zum Teil tödliche Abschiebepolitik der Bundesrepublik.

Seite 19

47. Fit zur Intervention

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/buwe.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:buwe

Hurra - die Bundeswehr wird verkleinert! Ist das am Ende gar der Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht?

Was führende Grüne dreist als Erfolg ihrer "Friedenspolitik" ausgeben, erweist sich bei näherem Hinsehen als übler Schwindel. Die partei-übergreifend betriebene Reform der Bundeswehr hat vor allem ein Ziel: Die deutschen Streitkräfte sollen weltweit interventionsfähig gemacht werden. Es geht um "strategische Lufttransportkapazität", "Präzisionsbewaffnung mit Abstandsfähigkeit" und eigenständige "strategische Aufklärung", um von der Spionage der Bündnispartner unabhängig zu werden. Mit der so modernisierten Bundeswehr ließe sich dann im Bündnis eine führende Rolle einklagen.

Um Führung geht es nicht nur den deutschen Militärstrategen. Joschka Fischers europapolitischer Vorstoß zielt in die gleiche Richtung: Ein deutsch-französisches "Gravitationszentrum" soll die europäischen Nachzügler und Querulanten auf Trab bringen. Während die Medien dem grünen Staatsmann zujubeln, schließt dessen Partei die Reihen - gegen Uli Cremer, einen linken Kritiker des NATO-Krieges in Jugoslawien, wurde ein Ausschlussverfahren eingeleitet.

Seite 4, 6 und 7

48. Früher war es immer der Gärtner

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/gaertner.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:gaertner

Hausmeister leben gefährlich. Nachdem im Dezember u. a. Axel H., Hausmeister im Berliner MehringHof, wegen angeblicher RZ-Mitgliedschaft verhaftet worden war, hat es nun seinen ehemaligen Kollegen Lothar E. erwischt: Er wurde in Kanada verhaftet.

Nach einer weiteren Verhaftung in Berlin im April sitzen jetzt insgesamt sechs Leute im Knast, die alleine auf Grund der Aussagen des Kronzeugen Tarek M. von der Bundesanwaltschaft beschuldigt werden, an RZ-Aktionen in den 80er und 90er Jahren beteiligt gewesen zu sein.

Tarek M. pflegt mittlerweile engsten Umgang mit dem Staatsschutz, wie die erneute Durchsuchung des MehringHofs am 30. Mai bewies. Im lockeren Plauderton - selbstverständlich duzt man sich inzwischen - lenkte er die BKA-Beamten per Video-Schaltung durch das Gebäude. Diese emotionale Nähe zwischen Zeugen und Ermittlern ist bei Kronzeugen keine Seltenheit, wie Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck in einem Interview ausführt.

Seite 7-9

49. Quelldatei leone.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/leone.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:leone

In Sierra Leone ist der Krieg zwischen der Revolutionary United Front (RUF) und der Regierung neu entflammt. Während die UN-Friedensmission hilflos dasteht, hat die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien Kriegsgerät und Elitesoldaten in das westafrikanische Land geschickt - und zwar nicht nur, um AusländerInnen zu evakuieren. Ziel der Mission ist es, die Regierungsarmee auszubilden und die Kontrolle über die Diamantengebiete zu sichern.

Über Akteure und Hintergrund des Krieges Seite 16

50. Wahlen in Peru

CD-Datei: daten/aksuche/ak439/peru.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:439:peru

Nichts ist prima in Lima

Mit Erpressung, Stimmenkauf, manipulierten Hochrechnungen und einer Medienkampagne in großem Umfang hat es Alberto Fujimori ein drittes Mal in Folge geschafft, Staatschef von Peru zu werden. Die Proteste aus dem Ausland, die Sanktions-Ankündigungen einiger EU-Länder oder die Erklärung aus den USA, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen, kann der seit 1990 mit eiserner Hand regierende Autokrat vielleicht noch ignorieren. Nicht mehr übergehen kann er jedoch die zunehmend explosive Stimmung im Land. Seit Gegenkandidat Alejandro Toledo seine Teilnahme an der Stichwahl vom 28. Mai aus Protest gegen den fortgesetzten Wahlbetrug absagte, wächst in dem Andenstaat der Widerstandgegen die "Militärdiktatur mit dem zivilen Gesicht".

Trotz Wahlpflicht machten 30 Prozent der Stimmberechtigten ihren Wahlschein ungültig, über 18 Prozent blieben den Urnen ganz fern. Allein in der Hauptstadt Lima demonstrierten am Wahlabend über 80.000 zornige PeruanerInnen gegen Fujimori. Auch an den Universitäten rumort es. Mit dem Aufstieg des "Publikumsliebling" Toledo scheinen viele die Angst vor dem allmächtig erscheinenden militärischen Einschüchterungsapparat verloren zu haben, mit dem Fujimori und seine rechte Hand, Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos, das Land Anfang der 80er Jahre in Grabesruhe versetzten und die Opposition mit einer Antiterrorismus-Kampagne von der Bildfläche fegten, die hunderttausende die Freiheit oder sogar das Leben kostete.

Doch obwohl das Eis für die peruanische Regierungsmafia dünn geworden ist, kann sie dank der Medien immer noch auf große Teile der Bevölkerung zählen, die sich mehr und mehr in zwei politische Lager spaltet.

Seite 12